Dr. Otto Hommer

Die Entwicklung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Ein Beitrag zum Gewerkschaftsproblem

Carl Heymanns Verlag, Berlin 1912

Verlags-Archiv 1921

Harry J Marks.
Berlin 19 VII 33

Dr. Otto Hommer

Die Entwicklung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Ein Beitrag zum Gewerkschaftsproblem

Carl Heymanns Verlag, Berlin 1912

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8.

Dem Andenken meiner lieben Eltern

Digitized by the Internet Archive
in 2013

http://archive.org/details/dieentwicklungun00homm

Vorwort.

Auf zwei Wegen sucht die soziale Bewegung ihrem Ziele näher zu kommen: durch politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Beteiligten. Letzterer findet seinen Ausdruck in der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung.

Wie die Zünfte des Mittelalters zu einem mächtigen Hebel des nationalen Lebens geworden sind, wie der damalige Staat diese Organisationen anerkennen mußte, so hat auch die Gewerkschaftsbewegung der letzten zwanzig Jahre stark das wirtschaftliche Leben beeinflußt, und auch heute hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß man mit den Arbeiterorganisationen rechnen muß, wenn auch von manchen Seiten ihnen noch ihre Existenzberechtigung abgesprochen wird (ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden).

Kaum eine Arbeiterkoalition aber greift so scharf in das wirtschaftliche Getriebe ein wie der Deutsche Metallarbeiterverband. Die Aufmerksamkeit weitester Kreise wurde auf die Organisation, die größte der Erde, gelenkt, die durch ihre Tätigkeit und deren Folgen zuweilen eine ganze Industrie ins Stocken zu bringen drohte.

In der folgenden Darstellung soll daher versucht werden, die Entstehung und Tätigkeit dieses Verbandes näher darzulegen.

Während das Material zu dem Kapitel über die Entwicklung des Verbandes fast nur die Metallarbeiterzeitung und einige ältere Zeitungen boten, die an den betreffenden Stellen erwähnt sind, versuchte der Verfasser die Unterlagen für das zweite Kapitel durch Fragebogen zu bekommen. Da die Metallarbeiterbewegung wie die soziale und wirtschaftliche Bewegung überhaupt beständig in Fluß ist, so war es nur möglich, ein Augenblicksbild zu geben: die Zahlen beziehen sich auf den 1. Januar 1910.

Zugrunde gelegt sind die Zahlen der Gewerkschaftsliteratur — hauptsächlich die Jahresberichte des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Diese sind z. B. bei der Beurteilung der Erfolge für die Arbeiter günstiger als die Zahlen der Reichsstatistik. Bemüht war der Verfasser vor allem wenig Theorie der Gewerkvereine und ihrer Probleme zu bringen, sondern nur Tatsächliches zu bieten und daraus Schlüsse abzuleiten, soweit dies ohne zu große Verallgemeinerung möglich war.

Wenn es auch nicht Aufgabe des Nationalökonomen sein kann, wirtschaftliche Prophezeiungen zu geben, so mag doch eins hervorgehoben sein: das einzige Mittel, den wirtschaftlichen Frieden zu fördern, ist Erziehung, Aufklärung in wissenschaftlicher Weise — nicht verhetzend und einseitig — über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens. Dies kann geschehen in besonderen Vorträgen, besonders aber in den Fortbildungs- (kaufmännischen und gewerblichen) und Fachschulen und in den oberen Klassen der höheren Lehranstalten.

Zum Schluß danke ich dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den Herren Redakteuren der Metallarbeiterzeitung sowie Herrn Cohen von der Berliner Ortsverwaltung und allen, die mich bei der Beschaffung des Materials in liebenswürdiger Weise unterstützt haben.

Besonders aber fühle ich mich meinen hochverehrten Lehrern, Herrn Prof. Dr. Wilbrandt-Tübingen und Herrn Prof. Dr. Weber-Cöln, verpflichtet für die mannigfachen Anregungen und Ratschläge bei der Entstehung dieser Arbeit. Ihnen spreche ich auch an dieser Stelle meinen tiefempfundenen Dank aus.

St. Tönis-Crefeld, im April 1912.

Otto Hommer.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

I. Abschnitt. **Die Entwicklung des Verbandes.**

A. Entstehung und Ausbreitung.

1. Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1
2. Vom Erlaß des Sozialistengesetzes bis zur Gründung der „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" 1884 4
3. Die Zeit der Fachvereine 1884—1891 11
4. Die neuere Entwicklung 13

B. Hindernisse der Bewegung.

1. Hindernisse, die in der Art und Größe der Betriebe liegen 33
2. Hindernisse, die in der Persönlichkeit, dem Bildungsgrad, den unzureichenden Löhnen, in der Nationalität usw. liegen 38
3. Stellung der Arbeiterinnen zur Organisation 41
4. Nebenbeschäftigung und Vergnügungsvereine 43
5. Hemmnisse für die Entwicklung der Organisation durch die Behörden 44
6. Unternehmer und ihr Zusammenschluß in Arbeitgeberverbänden . . . 46
7. Wohlfahrtseinrichtungen 50
8. Die Geistlichkeit beider Konfessionen 52
9. Kost- und Logiswesen 52
10. Genuß von alkoholischen Getränken 53
11. Konjunktur 54
12. Fluktuation der Mitgliederzahl 55
13. Konkurrenzorganisationen 57
14. Technik 66

II. Abschnitt. **Die Tätigkeit des Verbandes.**

A. Der Kampf um die Arbeitsbedingungen.

1. Streik und Streiktaktik 71
   a) Geschichtlicher Überblick 71
   b) Wirkungen der Kämpfe 76
   c) Taktik 83

Seite

2. Tarifverträge 96
   a) Die tatsächliche Entwicklung der Tarifverträge in der Metallindustrie 96
   b) Zweck der Tarifverträge in der Metallindustrie und die Hindernisse, die sich ihrer Einführung entgegenstellen 104

B. Innerer Ausbau.

1. Die Gewerkschaftsbeamten 122
2. Die Bildungstätigkeit der Gewerkschaft 127
3. Agitation 128
4. Unterstützungseinrichtungen 133
   a) Allgemeines 133
   b) Streikunterstützung 135
   c) Gemaßregeltenunterstützung 137
   d) Reise- und Umzugsunterstützung 139
   e) Arbeitslosenunterstützung 142
   f) Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 147
   g) Sterbegeld, Unterstützung in Notfällen und Rechtsschutz 148
   h) Wirkung der Unterstützung bzw. der Beseitigung der Hindernisse 149

Schluß. **Entwicklungstendenzen** 155

Anhang 159

I. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter 161
II. Zur Behebung von Mißständen im Gießereigewerbe 168
III. Tabellen 171
   a) Fachvereine 171
   b) Gegenüberstellung der Mitgliederzahl und der Einnahmen und Ausgaben 171
   c) Spezifikation der Ausgaben des Deutschen Metallarbeiterverbandes 172
   d) Mitgliederbewegung von 1891—1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes 174
   e) Einnahmen und Ausgaben von 1891—1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes 175

Literaturverzeichnis.

Arbeitgeber, Der.

Berichte der dem Internationalen Metallarbeiterverband angeschlossenen Landesverbände an die Internationalen Kongresse.

Berliner Tageblatt = B. T.

Braun, A., Die Gewerkschaften. Wesen, Aufbau, Kampfmittel und Ziele der österreichischen und deutschen Gewerkschaften. Wien 1911.

Bringmann, Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung. Hamburg 1909.

Broschüren des Deutschen Metallarbeiterverbandes; die einzelnen sind im Text angeführt.

Broschüren und Jahresberichte des „Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter" (Hirsch-Dunckerscher).

Broschüren und Jahresberichte des „Christlichen Metallarbeiterverbandes".

Brüggerhoff, G., Das Unterstützungswesen bei den deutschen freien Gewerkschaften. Jena 1908.

Calwer, Kost und Logiswesen im Handwerk. Berlin 1908.

Cassau, Th., Der Deutsche Holzarbeiterverband. Altenburg 1909.

Correspondenzblatt.

Der Buchdruckertarif vom Standpunkt der nationalen Volkswirtschaft. Berlin 1909.

Der gelbe Sumpf. 1. Aufl. 1908.

Der gelbe Sumpf. 2. Aufl. 1909.

Deutsche Arbeitgeberzeitung = D. A. G. Z.

Drucksachen des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten".

Düwell, Wohlfahrtspflege. Dortmund 1903.

Eingabe des „Vereins Deutscher Schiffswerften" an den Reichskanzler vom 28. Februar 1908.

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse. London 1901.

Fellinger, R., Gelbe Gewerkschaften. In den preuß. Jahrbüchern 1910. Bd. 141, Heft 3.

Forderungen des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Frankfurter Zeitung = F. Z.

Gasteiger, M., Die gelben Gewerkschaften, ihr Werden und ihr Wesen. München 1909.

Günther, Wohlfahrtseinrichtungen und Betriebseinrichtungen.

Geschäftsberichte einiger Werkvereine.

Geschäftsberichte einzelner Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Geschäftsberichte des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Jahrbücher des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Jacobsohn, Der Kampf gegen die Wohlfahrtseinrichtungen in Großbetrieben. Leipzig 1910.

Imle, Fanny, Gewerbliche Friedensdokumente. Jena 1905.

Koeppe, H., Der Arbeitstarifvertrag als Gesetzgebungsproblem. Jena 1908.

— Die neueste Entwicklung des Arbeitstarifvertrags in Deutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie. 1909. II.

Lebius, R., Die gelbe Arbeiterbewegung. Charlottenburg 1909.

Le Bon, Psychologie der Massen. Leipzig 1908.

Mehring, Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und Lehre. 1879.

Metallarbeiterzeitung = M. Z.

Metallarbeiterkalender.

Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin-Schöneberg 1907.

Neue Zeit = N. Z.

Offenbacher, Beiträge zur Beurteilung der Tarifverträge in der Metallindustrie. Nürnberg 1909.

Panier, Das. (Vorläufer der Metallarbeiterzeitung.)

Parvus, Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich. Dresden 1910.

— Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Berlin 1910.

Protokolle der Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Protoll der Ausschußsitzung des „Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller" vom 6. April 1909.

Reports on Collective Agreements between Employers and Workpeople in The United Kingdom. London 1910.

Schäffle, Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegesetz. In der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft". Tübingen 1890.

Schellwien, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge in „Hirts Annalen" 1909.

Schriften der „Gesellschaft für soziale Reform".

Schmelzer, Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunkts.

Selter, Über die Einführung von Tarifverträgen in den Großbetrieben des Maschinenbaues und verwandter Industrien. Berlin 1911.

Simmel, Soziologie.

Simmersbach, Die Entwicklung der Arbeiterverbände in der amerikanischen Eisenindustrie. Kattowitz 1910.

Soziale Praxis = S. P.

Sozialistische Monatshefte = S. M.

Stapf, A., Die wirtschaftliche Bedeutung des Arbeitstarifvertrags. Weimar 1909.

Troeltsch-Hirschfeld, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Berlin 1905.

Untersuchungen über die Entlöhnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie. Herausgegeben im Namen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Bosselmann, C., Die Entlöhnungsmethoden in der südwestdeutsch-luxemburgischen Eisenindustrie.

Schulte, F., Dr., Die Entlöhnungsmethoden der Berliner Maschinenindustrie.

Timmermann, W., Dr., Die Entlöhnungsmethoden der Hannoverschen Eisenindustrie.

Reichelt, C., Dr., Die Arbeitsverhältnisse in einem Berliner Großbetrieb der Maschinenindustrie.

Simmersbach, Dr., Die Entlöhnungsmethoden in der Eisenindustrie Schlesiens und Sachsens.

Jeidels, O., Dr., Die Methoden der Arbeiterentlöhnung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Günther, C., Dr., Die Entlöhnungsmethoden in der bayerischen Eisen- und Maschinenindustrie.

Heiß, Ch., Dr., Die Entlöhnungsmethoden der Berliner Feinmechanik.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. 1905, 1909.

Verhaltungsreglement für die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 1908 und 1909.

Volksstaat, Der (Ende der 60er Jahre).

Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1910.

Webb, S. und B., Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine; deutsch von C. Hugo. Stuttgart 1906.

Zeitgeist.

Zukunft, Die. Demokratische Zeitung, herausgegeben von Dr. Jacoby, von der Leeden und Dr. Langerhans (Ende der 60er Jahre).

Zur Frage des Arbeitstarifvertrags; Antwort auf die Eingabe des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller an die Bayerischen Staatsbehörden und den bayerischen Landtag vom Januar 1909. Herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiterverband. Stuttgart 1908.

I. Abschnitt.

Die Entwicklung des Verbandes.[1]

A. Entstehung und Ausbreitung.

Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes.

Die Anfänge der Metallarbeiterbewegung lassen sich bis in das Jahr 1868 zurückverfolgen. Nach Lassalles Tode traten auch hier, wie im allgemeinen in der Gewerkschaftsbewegung, zwei Richtungen hervor. Unter der Direktive Dr. Schweizers trat am 26. Dezember 1868[2]) die „allgemeine deutsche Metallarbeiterschaft" ins Leben (Hannover), während von der Eisenacher Richtung die „Internationale Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter" mit dem Sitz in Nürnberg gegründet wurde (14. August 1869). Das Statut des zweiten bezeichnete im § 1 als Zweck des Verbandes: „Gegenseitige Wahrung der Ehre, der geistigen und materiellen Interessen der Genossenschaft durch

a) Abschaffung der bestehenden Zwangskassen und Einführung freier Krankenunterstützungs- und Begräbniskassen,

b) Einrichtung einer allgemeinen Kranken- und Begräbniskasse,

c) Gründung einer allgemeinen Wanderunterstützungskasse,

d) Gewährung von Schutz gegen Bedrückung der Behörden oder Arbeitgeber, nötigenfalls Bestreitung der Kosten,

e) Förderung und Unterstützung von Produktivgenossenschaften, um damit das Hauptmittel zur Hebung des Arbeiterstandes zu

---

[1]) An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß für das Material zu dem 1. Kapitel fast ausschließlich die Metallarbeiterzeitung in Frage kam, da anderes Material nicht vorhanden war.

[2]) Vgl. Mehring, Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und Lehre, 1879, S. 108.

erlangen, soweit es die Kassen und Zeitverhältnisse gestatten, indem dadurch der Arbeitslohn durch den Arbeitsvertrag ersetzt wird,

f) statistische Erhebungen über Höhe der Löhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise und den Stand des Arbeitsmarktes, überhaupt Arbeitsvermittlung,

g) Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens.

(Eine der wichtigsten und notwendigsten Punkte des § 1 des Statutes war zweifellos die Regelung des Lehrlingswesens. Das Lehrlingswesen zerfiel seit dem Aufkommen der Fabrik in zwei Teile: Lehrlingswesen im Kleinhandwerksbetrieb und Lehrlingswesen im Fabrikbetrieb. Das Kleinhandwerksmeisterwesen befand sich schon im Aussterben. Einen Gesellen konnte sich der Kleinmeister nicht halten, da sein Einkommen dies nicht zuließ, und man neue Arbeit bei einem „Krauter" nicht bestellte. Um sein Einkommen zu vergrößern, bildete er gegen hohes Lehrgeld Lehrlinge aus, doch lernte der Lehrling in den meisten Fällen wenig, so daß er nach beendigter Lehrzeit in die Fabrik wandern mußte, da er nicht als Geselle angenommen wurde.

Nicht viel besser war es um die geistige Ausbildung der Lehrlinge bestellt. Die Sonntags- und Fortbildungsschulen, die auch nur in geringer Zahl vorhanden waren, wurden wenig besucht, da die Lehrlinge zuweilen noch am Sonntag nachmittag arbeiten mußten. Hier suchte die Gewerkschaft der Metallarbeiter nach dem Vorbilde der Buchdrucker regelnd einzugreifen.)

h) Gründung bezw. Unterstützung eines Preßorgans, das die Interessen der Gewerksgenossenschaft wahrnimmt.

Im wesentlichen waren es mit Ausnahme von Punkt 1 und 6 Zwecke, die der Metallarbeiterverband heute noch verfolgt.

Der Beitrag betrug einen Silbergroschen. Kurze Zeit nachher wurde der Sitz von Nürnberg nach Hannover verlegt; von da 1872 nach Chemnitz, 1874 nach Braunschweig, wo er bis zur Aufhebung der Vereinigung (1878) verblieb.

Die erste Zeit nach der Gründung war für die Entwicklung des Verbandes nicht günstig. Der Streit zwischen Lassalleanern und Eisenachern ließ ein gedeihliches Wirken nicht aufkommen. Die Lassalleaner gründeten den Formerbund und 1873 den Verband der Klempner. Außerdem wirkten der Krieg 1870/71 und die Gleichgültigkeit der Arbeiter ungünstig für die Fortentwicklung. So kam es, daß der Verband 1873 nur an 18 Orten Filialen hatte. Schon im Jahre 1874 versuchte man, die verschiedenen Vereine zu einer Union zu verschmelzen. Zu diesem Zweck berief man 1874 einen Eisen- und Metallarbeiterkongreß nach Hannover ein, der fünf Tage dauerte und auf dem 53 Delegierte etwa 50 000 Arbeiter vertraten. Nach dem Vorbilde des Holzarbeiterverbandes beschloß man, einen allgemeinen Metallarbeiterverband

zu gründen als Fachorganisation mit einem Zentralorgan. Jedoch gab sich die gewählte Kommission keine Mühe, die Beschlüsse zu verwirklichen.

1875 wurde nochmals zu demselben Ziele eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz in Gotha abgehalten, wozu die Vorstände aller bestehenden Gewerkschaften eingeladen waren. Hier empfahl man ebenfalls Fachorganisation mit Zentralisation. Jedoch war der Egoismus zu stark, das Solidaritätsgefühl zu gering, um die Gothaer Beschlüsse zu verwirklichen[1]).

Doch gelang 1875 die Vereinigung zwischen Eisenachern und Lassalleanern und damit auch der Abschluß von Kartellverträgen. 1876 gründeten die Metallarbeiter eine eigene Fachpresse in dem „Panier" (früher hatten sie das allgemeine Gewerkschaftsorgan benutzt).

Der 1873 gegründete Klempnerverband verschmolz sich 1877 mit der Metallarbeitergewerksgenossenschaft, die jetzt 3384 Mitglieder zählte. Die höchste Mitgliederzahl erreichte die Vereinigung 1878 mit 4264 Mitgliedern. Auch die Kassenverhältnisse zeigten schon ganz erhebliche Summen: April 1876: Einnahmen 2348,24 *M*, Ausgaben 819,81 *M*.

Ende März 1877 betrugen die Jahreseinnahmen	14 968,89	*M*,
die Jahresausgaben	13 964,14	„
hiervon entfielen auf Reiseunterstützung	2 757,30	„
auf Gemaßregeltenunterstützungen	1 257,12	„
auf Sterbegeld	636,—	„
auf Gerichtskosten	160,19	„

das übrige auf Verwaltung, Agitation und das Fachorgan „Panier".

Die Metallarbeitergewerksgenossenschaft hatte im Mai 1876 an 47 Orten Filialen mit 1461 Mitgliedern.

Nach der A. Geibschen Gewerkschaftsstatistik waren 1877 in Deutschland vorhanden 350 000 Metallarbeiter, wovon 4000 in der Metallarbeitergewerksgenossenschaft, 600 im Schmiedeverband und Schlosserfachverein, 800 im Gewerkverein der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen organisiert waren.

Dem Frühling der Koalition folgte aber bald ein harter Winter, der die jungen Knospen, die zur Blüte gerade aufzubrechen schienen, zerstörte.

[1]) Wie aus den Berichten der Metallarbeiterzeitung in jener Zeit hervorgeht.

Vom Erlaß des Sozialistengesetzes bis zur Gründung der „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" 1884.

Wie so manche Vereinigung fiel auch die Metallarbeitergewerksgenossenschaft unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes.

Am 26. Oktober 1878 wurde sie durch eine Verordnung der herzoglichen Polizeidirektion in Braunschweig aufgelöst, da sie „einen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung durch Errichtung von Produktivgenossenschaften zum Zwecke der Beseitigung des Lohnsystems anstrebte".

Der hier unter dem Namen Metallarbeitergewerksgenossenschaft bestehende Verein bezweckt nach § 1 seines Statutes: „Die gegenseitige Wahrung der Ehre, der geistigen und materiellen Interessen der Gewerksgenossen" u. a. durch Förderung und Unterstützung der Produktivgenossenschaften, um damit das Hauptmittel zur Hebung des Arbeiterstandes zu erlangen, soweit es die Zeit- und Klassenverhältnisse gestatten, indem dadurch der Arbeitslohn durch den Arbeitsertrag ersetzt wird; Gründung resp. Unterstützung eines Preßorgans, das die Interessen der Gewerksgenossenschaft wahrnimmt.

Die Metallarbeitergewerksgenossenschaft, notorisch aus der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hervorgegangen, sucht unter der Devise: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" die Mittel zur Lösung der sozialen Frage auf gleichem Gebiete, wie jene Partei und bildet ein wesentliches Glied innerhalb der Organisation der letzteren.

Eine Beseitigung des Lohnsystems durch Produktivgenossenschaften ist nicht anders durchführbar als bei Umstürzung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Durch die Tatsache also, daß das Vereinsstatut die Ersetzung des Arbeitslohnes durch den Arbeitsertrag als Vereinszweck hinstellt, wird bewiesen, daß die Metallarbeitergewerksgenossenschaft ein Verein ist, welcher durch sozialdemokratische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und damit zugleich der bestehenden Staatsordnung bezweckt. — Derartige Umsturzbestrebungen des Vereins treten, und zwar in einer dem öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise, ferner weit zutage in fast jeder Nummer des durch den Verein unter der Bezeichnung „Das Panier" gegründeten Preßorgans, so u. a. in nachstehenden Artikeln:

1. „Vorboten der hereinbrechenden Reaktion" Nr. 24 und 25 vom 13. und 20. Juni d. J.,
2. „Zur Reichstagswahl" Nr. 29 vom 18. Juli d. J.,
3. „Ferien" Nr. 30 und 31 vom 25. Juli und vom 1. August d. J.,
4. „Das Zukunftsproletariat" Nr. 36 und 38 vom 5. und 19. September d. J.,
5. „Notstand überall" Nr. 37 vom 12. September d. J."

Mit der Metallarbeitergewerksgenossenschaft hat sich im Jahre 1877 die Genossenschaft „Klempner und verwandte Berufsgenossen" (Klempnerverband genannt) in der Weise vereinigt, daß die Verwaltungsorgane gemeinsam und von beiderseitigen Mitgliedern gewählt werden, daß auch die Hauptkasse im Gegensatz zu den Ortskassen eine gemeinsame ist und daß nur an Orten, wo beide Vereine große Mitgliederzahlen haben, die letzteren gesondert bleiben. Die Vereinigung der beiden Genossenschaften ist danach im wesentlichen eine vollständige, so zwar, daß dieselben einen einheitlichen Gesamtverein bilden.

Nach vorstehendem sind die Metallarbeitergewerksgenossenschaft und der mit derselben vereinigte Klempnerverband als ein Verein anzusehen, welcher durch sozialdemokratische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckt und in welchem sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zutage treten.

Auf Grund des § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober wird demnach die Metallarbeitergewerksgenossenschaft und der mit derselben vereinigte Klempnerverband durch die unterzeichnete Behörde als zuständige Landespolizeibehörde hiermit verboten.

Dem Vereinsvorstande steht gegen diese Verfügung innerhalb einer Woche nach der Zustellung die Beschwerde an die im § 26 des zitierten Gesetzes bezeichnete Kommission zu.

Braunschweig, den 26. Oktober 1878.

Herzogliche Polizeidirektion.

W. Pockels.

Ende Oktober wurde auch „Das Panier" verboten, Mitte November die Hilfskasse „Kranken- und Sterbekasse" der Gewerkschaft in Stuttgart geschlossen.

Es war schlimm für die Arbeiter, daß die Zeit der industriellen Hochflut gerade in die Zeit der Herrschaft des Sozialistengesetzes fiel. Die gewerkschaftliche Bewegung, durch die der Arbeiter die Unternehmer vielleicht hätte zwingen können, einen Teil des Konjunkturgewinnes ihnen in Gestalt höherer Löhne zu geben, lag gefesselt darnieder. Eine gewerkschaftliche Organisation war fast unmöglich.

Eine neue Bewegung begann 1880 mit der Gründung einer Zentralkrankenkasse in Hamburg. 1883 wurde als geistiges Bindeglied für die der Organisation Geneigten „Die deutsche Metallarbeiterzeitung" in Nürnberg gegründet. Infolge dieser geistigen Anregung entstanden bis 1884 an 23 Orten Fachvereine[1]). Die Wirkung zeigte sich darin, daß an verschiedenen Stellen Lohnkämpfe ausbrachen.

Man sieht hier wieder, daß die einer Bewegung innewohnenden Gesetze sich nicht durch äußeren Zwang beseitigen lassen. Der Kapitalismus entwickelte sich seit den 70er Jahren immer stärker. Damit wuchs aber in seinem Schatten das Proletariat heran, das an dem wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben wollte. War auch ein geschlossenes Vorgehen seitens der Metallarbeiter nicht möglich, so entbrannte mit nicht geringerer Heftigkeit jetzt ein wirt-

[1]) MZ. 1893 Nr. 21.

schaftlicher Guerilla-Krieg. Aber auch gerade der äußere Druck trieb die Arbeiter zusammen.

Das Ausnahmegesetz richtete sich zwar in der Form gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen, doch wurde es so gehandhabt, daß hauptsächlich die Gewerkschaften (freie) ihm zum Opfer fielen. Es war aber unmöglich, auf die Dauer die Arbeiterbewegung damit zu unterdrücken. Die Form der Bewegung, die Gewerkschaft wurde zwar beseitigt, doch die Bewegung selbst blieb. Der Druck, der auf ihr lastete, bewirkte allerdings, daß nach außen ein Wachsen nicht möglich war. Um so mehr bewirkte er eine intensivere Ausdehnung.

Wie eine Pflanze, der man durch einen Druck von oben das Wachstum in die Höhe verwehrt, nach den Seiten und nach unten wächst, so wuchs auch die Gewerkschaft.

Die Agitation wurde noch wirksamer insofern, als sie jetzt geheim betrieben wurde und nicht mehr faßbar war. Den Führern blieben die Anhänger um so mehr treu als sie sahen, daß die Ideen durch das Gesetz nicht beseitigt werden konnten.

Das Wesen mußte auch ohne Form bleiben, da es organisch aus den bestehenden Zuständen hervorgegangen war. Solange nicht die Ursachen beseitigt waren, welche die Bewegung ins Leben gerufen hatten, solange nicht Einrichtungen geschaffen waren, welche die Bewegung gegenstandslos machten, so lange mußte auch die Bewegung fortbestehen. Ja noch mehr; sie mußte stärker werden nicht nur trotz des Druckes von oben, sondern wegen des Druckes. Wie beim einzelnen Individuum ein seinem Willen entgegenwirkender Druck seinen Trotz auslöst, seine Willenskraft stärkt, so auch bei einer Massenbewegung. Das bestätigt uns auch die Geschichte. Schon Karl der Große erließ zu den Gesetzen der Lombarden eine Verordnung, worin sich ein Verbot eidlicher Verschwörung der gewerblichen Vereine oder Verbrüderung der Gilden befindet. Auch in dem Capitulare von Frankfurt 794 wurden diese Verbote nochmals wiederholt und die Urheber solcher Verschwörungen mit dem Tode, die Helfer mit Geißelung und mit Nasenabschneiden bestraft. Was war die Folge dieser Bestimmungen? Gerade zu Karl des Großen Zeiten waren diese Genossenschaften sehr verbreitet.

So urteilt auch Schäffle aaO. S. 205: „Wenn auch sonst ausnahmsrechtliche Beschränkungen gerechtfertigt sein mögen und

tatsächlich gerechtfertigt sind, so in diesem Falle nicht, da eine gesellschaftliche Krankheit in das Blut des Volkskörpers zurückgetrieben wurde."

Die oben erwähnte Metallarbeiterzeitung erließ am 15. Dezember 1883 in Nr. 1 des ersten Jahrganges einen Aufruf: „Die allgemeine Lage der Arbeiter ist heutzutage eine nichts weniger als befriedigende . . . Auch in unserm eigenen Gewerbe haben sich die Lohnverhältnisse nicht gebessert. Die Kollegen wissen alle, wie übel wir dran sind, und daß eine Aufbesserung nach jeder Richtung not tut.

Es bleibt nicht bei dem äußerlichen (physischen) Elend allein, welches die alten niedrigen Löhne anrichten; das geistige Elend kommt hinzu. Was sollen wir tun für unsere Ausbildung, die infolge unzureichender Einkommensverhältnisse unserer Eltern schon in unserer Jugend vernachlässigt werden mußte; was sollen wir tun für die Ausbildung unserer Kinder, wenn wir nur so viel verdienen, daß wir kaum die allernotwendigsten Ansprüche unseres Körpers befriedigen, die verbrauchte Muskelkraft wieder ersetzen können? . . .

Was brauchen wir also? Wir besagen es kurz und deutlich: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne! . . .

Die Fachvereine sollen ein Bollwerk sein, mittels dessen sich die Arbeiterschaft gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lage verteidigt. Denn nur in der Vereinigung, in festem Zusammenhalt, in gemeinsamer Förderung der gewerblichen und beruflichen Interessen kann ein Haltepunkt gefunden werden gegenüber den den Arbeitern so ungünstigen wirtschaftlichen Strömungen. Aber das nicht allein: mittels der Fachvereine sollen die Arbeiter nicht nur Errungenes behaupten, sondern auch vorwärtsstreben; sie sollen sich günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpfen. . . .

Die Fachvereine können keine politischen Verbindungen sein, das ist in ihrer ganzen Natur begründet. . . .

Wir hoffen, auch die Metallarbeiterschaft wird den Wert dieser Vereinigung begreifen und nicht hinter den anderen Gewerken zurückbleiben, die durch kräftige Vertretung der gemeinsamen Interessen schon da und dort ganz vortreffliche Errungenschaften aufzuweisen haben",

Allerorts entstanden Fachvereine. Für Schlosser und Klempner in Braunschweig, Cassel, Chemnitz, Dresden, Elberfeld, Eßlingen, Fürth, Hamburg u. a.; für Mechaniker und Metalldrücker in Gera, Göppingen, Hanau, Kalk, Leipzig, Friedrichshafen, Magdeburg, Mannheim, München, Mainz, Nürnberg u. a.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1884 machte sich von den verschiedensten Seiten, so besonders von Mannheim aus immer mehr der Ruf nach einer Zentralorganisation bemerkbar, obwohl einige Mitglieder (Metzger, Hamburg) die Fachorganisation zu verteidigen suchten. Es wurde für Ende des Jahres 1884 ein allgemeiner Metallarbeiterkongreß in Aussicht gestellt.

Trotzdem nun eine Vereinigung hergestellt zu werden schien, versuchte man noch in einzelnen Städten Fachvereine zu gründen.

Vom 25. bis 29. Dezember 1884 fand der Metallarbeiterkongreß in Gera statt, zu dem 48 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Ein Statut wurde festgelegt, auf Grund dessen eine „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" gebildet wurde.

Zweck dieser Vereinigung war nach § 2 des Statutes die Ehre und die Interessen der Metallarbeiter zu wahren:

a) Durch Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen und strengste Aufrechterhaltung dieser namentlich in bezug auf Arbeitspreis und Arbeitszeit.

b) Unterstützung aus der Verbandskasse in folgenden Fällen:
1. bei Maßregelung,
2. bei Streikfällen und deren Folgen,
3. für die auf der Reise befindlichen Mitglieder,
4. Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten.

c) Gründung einer Kasse für Arbeitslose, Regelung des Arbeitsnachweises sowie des Herbergswesens.

d) Bekämpfung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, sowie die industrielle Beschäftigung der Strafgefangenen; Beseitigung der Mißstände betr. des Lehrlingswesens, aller Verordnungen in Fabriken und Werkstätten, welche die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter illusorisch machen, oder der Ehre und den Interessen derselben zuwiderlaufen.

Wenn sich in den Debatten auf diesem Kongreß auch manchmal die Gegner heftig gegenübertraten, so war man sich doch in dem

einen Punkte einig, daß nur eine Zusammenfassung der Kräfte zum Ziele führen könne.

Um den örtlichen und geschäftlichen Verhältnissen der den verschiedenen Metallarbeiterbranchen angehörigen Mitglieder besser Rechnung zu tragen, zerfiel die Vereinigung in Mitgliedschaften, welche beliebige Benennung tragen durften, jedoch mit dem Zusatz: Mitgliedschaft der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands. Die Vereinigung sollte am 1. Januar 1885 ins Leben treten (Sitz Mannheim).

Mit der ersten Abrechnung war ein „Aufruf" verbunden, der der Vereinigung zum Verhängnis werden sollte.

Überall stellten sich den Vereinen, die sich dem Zentralverband anschlossen, Hindernisse entgegen. So wurde durch Beschluß des Stadtmagistrats Nürnberg der dort bestehende Fachverein, der sich der Vereinigung deutscher Metallarbeiter angeschlossen hatte, als politischer Verein erklärt und demselben aufgegeben, innerhalb 14 Tagen eine Statutenänderung vorzunehmen, widrigenfalls die Auflösung des Verbandes und strafrechtliche Verfolgung eintreten würde[1]).

Dieses Beispiel fand bald Nachahmung in München und anderen Orten; ja man erklärte nicht bloß die „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" als politischen Verein, sondern auch die Fachvereine, obwohl in der Gewerbeordnung, Verbote betr. Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen aufgehoben waren.

Doch waren die preußischen Behörden damals zweifellos formell im Recht. Sie beriefen sich auf § 340 Nr. 6 des preußischen Strafgesetzbuches vom 14. April 1851. Dieser Paragraph bestand noch, da die Materie noch nicht reichsrechtlich geregelt war, er hatte folgenden Wortlaut:

„Wer ohne Genehmigung der Staatsbehörde Aussteuer-, Sterbe- und Witwenkassen oder andere dergleichen Gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Einkaufsgeldes oder gegen Leistung von Geldbeiträgen beim Eintritt gewisser Bedingungen oder Termine, Zahlungen an Kapital oder Rente zu leisten, wird bestraft."

Ebenso waren die Behörden im Recht, wenn sie die Fachvereine als politisch bezeichneten und daher hatte das preußische Obertribunal in dem Erkenntnis vom 28. November 1878 entschieden:

[1]) MZ. 1885 Nr. 8.

„Der Zweck der sittlichen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes ist als eine öffentliche Angelegenheit anzusehen, wenn darauf abgezielt wird, den Arbeiterstand als solchen, als soziale Einrichtung im Verhältnis zu und gegenüber anderen Ständen zu heben."[1])

Diese Einzelverbote wurden bald generalisiert, d. h. die ganze „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" wurde verboten durch eine Verfügung vom 19. August 1885 des großherzoglich badischen Landeskommissars für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.

Begründet wurde dieser Erlaß damit, daß auf dem Geraer Kongreß eine große Anzahl bekannter Agitatoren der sozialdemokratischen Partei anwesend waren, und daß fast sämtliche dort erschienenen Delegierten jener Partei angehörten. Außerdem erhellte aus dem ganzen Verlauf der Kongreßverhandlungen, daß es sich bei der Gründung der Vereinigungen um ein Unternehmen handelte, bei dem der gewerkschaftliche Zweck hinter dem politisch-sozialdemokratischen in den Hintergrund tritt. Demgemäß verfolge die Vereinigung Bestrebungen, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien.

Daher sei man zu der Überzeugung gekommen, daß in der Tätigkeit des Vereins weniger die nach den Statuten bezweckte Förderung der Ehre und Interessen der Metallarbeiter als vielmehr sozialistische Bestrebungen zutage treten, welche den öffentlichen Frieden gefährdeten und auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien.

Aus diesen Erwägungen heraus, gestützt auf § 1 Abs. 2 und § 6 des Gesetzes vom 1. Oktober 1878 wurde die Vereinigung und sämtliche bestehende Mitgliedschaften verboten.

Die so verbotene Vereinigung wies nach ihrer ersten Abrechnung 23 Mitgliedschaften auf, die für 1776 Mitglieder 685,60 ℳ Beitrittsgeld, 502,45 ℳ Beiträge eingezahlt hatten[2]).

Wenn auch so der äußere Zusammenhalt zwischen den einzelnen Verwaltungsstellen gelöst war, so blieb doch die geistige Zentrale in der Metallarbeiterzeitung bestehen, die von dem Erlaß nicht getroffen war, da sie in Nürnberg herausgegeben wurde.

---

[1]) MZ. 1885 Nr. 18.

[2]) Metallarbeiterkalender 1902.

Die Zeit der Fachvereine von 1884—1891.

Jetzt war vorläufig, solange das Sozialistengesetz noch bestand, an eine Neuorganisation nicht zu denken, da der § 152 der GewO. keine genügende Garantie bot. Das einzige, was man versuchte, war eine Neueinrichtung von Fachorganisationen.

Schon bald setzten die Schmiede den Gedanken in die Tat um. Am 24. August 1885 konstituierte sich die Vereinigung der deutschen Schmiede; ihnen folgten die Mechaniker 1886, die Kupferschmiede 1886, die Goldarbeiter 1889. Man hatte durch Erfahrung gelernt. Nicht nur die äußeren, sondern auch die inneren Hindernisse ließen den Gedanken an eine Zentralorganisation nicht aufkommen. Man mußte vorläufig jeden Beruf individuell behandeln, seine individuellen Schäden, Schwächen und Besonderheiten erkennen und demgemäß handeln. Man mußte erst die Kollegialität und Solidarität unter den engeren Branchengenossen pflegen; dies war aber nur möglich in Branchenvereinen. Die Verhältnisse waren noch zu differenziert, als daß man wieder an eine Zentralorganisation hätte denken können.

Bald folgte man an vielen Orten diesem Beispiele. Doch mußten auch viele Versuche aufgegeben werden, da die Polizeibehörde konsequent jede Genehmigung der Lokalstatuten laut § 6 Abs. 3 des Sozialistengesetzes versagte. Beschwerden an die Regierung blieben erfolglos (Düsseldorf). Indes waren Anfang des Jahres 1886 wieder 49 Fachvereine zu neuem Leben erstanden: 27 Fachvereine der Metallarbeiter, 7 der Former, 8 der Klempner, 5 der Schlosser und je 1 der Eisen- und Metalldreher und Metalldrucker.

Ein zwar bescheidener Erfolg, aber immerhin beachtenswert nach den Schlägen des Vorjahres!

Der geringe Erfolg lag zweifellos zum Teil daran, daß den Vereinen nicht der gesetzliche Schutz und die Anerkennung gegeben wurden. Doch lag nicht minder das Fiasko der Bewegung an den Arbeitern selbst. Teilweise lebten sie in dem Gedanken, daß das Gesetz ihnen helfen müsse. Sollte aber das Gesetz ihnen helfen, so wäre ein großer Anstoß dazu in der Masse des Volkes zu suchen gewesen. Durch ihre Organisation in Fachvereinen hätten sie ihre etwaigen Forderungen anbringen können. Dann aber verzweifelten manche an dem Erfolg der Bewegung überhaupt. Sie

nahmen ihre Lage ruhig hin und ergaben sich in das ihnen gewordene Schicksal.

Die zahlreichen Streiks Ende der 80er Jahre, besonders der große Hamburger Schlosserstreik machte den Organisationsgedanken wieder lebendig. Zuerst wollte man wieder Branchenkongresse einberufen (so ging von Hamburg der Ruf nach einem Kongreß der Schlosser aus); doch trat man diesem Vorschlag energisch entgegen, da auf dem letzten Geraer Kongreß die Frage der Fachzentralisation erledigt, mithin undiskutierbar sei. Hingegen fand der Vorschlag, einen allgemeinen Metallarbeiterkongreß einzuberufen, vielen Anklang.

Ein Ende Dezember 1888 nach Weimar einberufener Kongreß, auf dem 72 Delegierte erschienen waren, brachte die Frage der Organisation nicht viel weiter (man empfahl die Gründung lokaler Organisationen mit der Maßgabe, daß sowohl Branchen als auch Zentralorganisationen, je nach den örtlichen Verhältnissen für zweckentsprechend zu erachten seien). Man hatte eingesehen, daß nichts Positives zu erreichen war, solange das Damoklesschwert in Gestalt des Sozialistengesetzes über den Organisationen schwebte. Um wenigstens ein geistiges gemeinsames Band zu haben, wurde beschlossen, die 1883 gegründete Metallarbeiterzeitung möglichst allgemein einzuführen. Für die fünf Hauptberufe (Schlosser und Maschinenbauer, Klempner, Schmiede, Former und Gießereiarbeiter, und die übrigen Metallarbeiter) wurde je ein Vertrauensmann eingesetzt. Dieser hatte die Pflicht, die Inswerksetzung und Fortführung von Streiks und Aussperrungen zu überwachen und ev. dabei zu vermitteln. Die größere Beteiligung (72 1888 gegen 46 1884) zeigte, daß das Interesse für die Bewegung reger geworden war.

In der folgenden Zeit schlossen sich die Unternehmer angesichts der immer höhergehenden Fluten der Arbeiterbewegung, der immer zunehmenden Zahl der Streiks, zu Unternehmerverbänden zusammen. (1887 Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen; 1890 ins Leben getreten.)

Dies entschlossene Vorgehen der Unternehmer ließ auch die Metallarbeiter zu der Einsicht kommen, noch einmal den Versuch zu machen, eine Zentralorganisation zu schaffen. Der Gedanke schien auch deshalb berechtigt, weil man auf mehr Verständnis für die Ziele und Zwecke der Organisation hoffen konnte, wie ein

Blick auf die Entwicklung der Fachvereine erkennen läßt (siehe Anhang). Zudem machten sich auch in Nichtarbeiterkreisen Strömungen bemerkbar, die in der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen eine Ungerechtigkeit sahen. So konnte man hoffen, die Zentralorganisation mit gutem Erfolge in die Wege zu leiten (die Bestätigung brachte das nächste Jahr 1891).

Der nach Weimar Ende Mai 1890 einberufene allgemeine deutsche Metallarbeiterkongreß beschloß von einer Branchenorganisation abzusehen und eine allgemeine Metallarbeiterunion anzubahnen, weil durch die Gründung von Einzelverbänden der Geist für die gemeinsame Sache abgeschwächt, die Kräfte zersplittert und die Verwaltung verteuert wurde. Jetzt erkannte man auch, daß man die Lokalorganisationen wegen der bestehenden gesetzlichen und politischen Verhältnisse noch bestehen lassen müsse.

Als 1890 das Sozialistengesetz ablief und nicht mehr erneuert wurde, drängte wieder die Frage der Zentralisation zur Erörterung. In den letzten Tagen des Dezember (27. und 28.) erließ die in Offenbach tagende hessische Metallarbeiterkonferenz einen Aufruf zur Schaffung einer allgemeinen Metallarbeiterorganisation. Diese Anregung fand lebhaften Widerhall.

Vom 1. bis 6. Juni 1891 fand ein allgemeiner Metallarbeiterkongreß in Frankfurt a. M. statt, der sich hauptsächlich mit der Frage der Organisation beschäftigte. Vertreten waren die oben erwähnten sechs Vertrauensmänner und 119 Orte mit 181 Mandaten.

Nachdem sich die einzelnen Branchenkongresse für Zentralisation ausgesprochen hatten, wurde mit starker Mehrheit (101 gegen 21 Stimmen) folgende Resolution angenommen: „Der zu Frankfurt a. M. tagende Metallarbeiterkongreß Deutschlands beschließt die Gründung einer allgemeinen Metallarbeiterunion mit nach Lage der Verhältnisse zu errichtenden örtlichen Fachsektionen."

Zur Überführung der bestehenden Organisationen in den neuen Verband wurden Übergangsbestimmungen erlassen.

Die neuere Entwicklung.

Am 1. August 1891 trat der „Deutsche Metallarbeiterverband" mit dem Sitz in Stuttgart in Wirksamkeit.

Nach dem Statut sollte er sich über das Deutsche Reich erstrecken und hatte den Zweck, die Ehre, sowie die materiellen und geistigen

Interessen der Mitglieder nach Maßgabe des § 152 der GewO. zu wahren und zu fördern.

Dieser Zweck soll, soweit die Kassenverhältnisse solches gestatten, erreicht werden durch

a) möglichste Beschränkung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Überstunden und der Akkordarbeit unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und deren Familien ausreicht;

b) Gewährung von Reisegeschenk.

(Diese Bestimmung bezog sich nur auf solche Vereine, welche gesetzlich am Anschluß verhindert waren und die gleiche Tendenz wie der Verband verfolgten.)

c) Unterstützung der Mitglieder in Notfällen, sowie in allen Fällen, in denen eine Unterstützung zur Erreichung des Verbandszweckes notwendig ist;

d) freien Rechtsschutz in gewerblichen und sonstigen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder infolge ihrer Verbandstätigkeit verwickelt werden;

e) Pflege der Berufsstatistik;

f) Regelung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens[1]).

Die wöchentlichen Beiträge für männliche Mitglieder betrugen 15 Pf., für weibliche 5 Pf.

Damit war die Organisationsfrage endgültig entschieden. Sämtliche Lokalorganisationen unterstehen nur einer Oberleitung. (Der erste Industrieverband insofern, als zum ersten Male die verschiedenartigsten Elemente unter einer Oberleitung zusammengefaßt werden.)

Von den Ende 1891 in 135 allgemeinen Metallarbeiterfachvereinen organisierten 14131 Mitgliedern und in 159 Fachvereinen (besondere) organisierten 16121 Mitgliedern (zusammen 294 Vereine mit 30252 Mitgliedern) traten bis zum 1. August 1891 180 Lokalvereine über, von denen sich 137 als allgemeine Verwaltungsstellen und 43 als Fachsektionen konstituierten[2]). Die Gesamtmitgliederzahl betrug 18000. Ende Oktober 1891 trat der Mechanikerverband und im Juli 1892 der Schlosser- und Maschinenbauerverband über. Dem Verbande standen noch fern: der Kupferschmiedeverband, die Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter, der Werftarbeiterverband, der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

[1]) Vgl. MZ. 1891 Nr. 26.

[2]) Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung, Altenburg 1893.

Berlins, der deutsche Gold- und Silberarbeiterverband und ein Teil der Former, die den Zentralverein der deutschen Former gründeten.

1893 (Februar) betrug die Mitgliederzahl rund 27 000.

Auf der Generalversammlung zu Altenburg 1893 wurde das Statut in einigen Punkten abgeändert. Das „Reisegeschenk" wurde in „Reisegeld" umgewandelt. Vom Vorstand wurde besonders hervorgehoben, daß die Einnahmen nicht ausreichten zur Unterstützung der auf Wanderschaft befindlichen Mitglieder und zur Unterstützung der Abwehrbewegungen. Doch konnte sich die Generalversammlung nicht entschließen, die Beiträge zu erhöhen, sondern genehmigte nur einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 25 Pf. und beschränkte die Wanderunterstützung auf ein Jahr. Alle Anträge zum Ausbau des Unterstützungswesens wurden abgelehnt. Als weiteres Mittel zur Erreichung des Zweckes des Verbandes nahm man die Pflege gemeinnütziger und wissenschaftlicher Vorträge in das Programm auf.

Noch immer wurden einzelne Vereine (München und Königreich Sachsen), die man für politisch erklärte, auf Grund der Vereinsgesetze aufgehoben. Man sah in den Vertrauensmännern Leiter von Vereinen und „löste sie auf". Die Begründung der Auflösung war verschieden. Man erblickte z. B. in den in den Generalversammlungen gehaltenen Vorträgen das Bestreben, der Sozialdemokratie neue Anhänger zu werben[1]).

Um fernere Auflösungen zu verhindern, nannte man dieselben Leute nicht „Vertrauensmänner" sondern „Bevollmächtigte des Vorstandes".

Neben diesen Hindernissen durch die Behörde waren auch die niedrigen Beiträge Grund, daß die Gewerkschaft, wie alle Gewerkschaften zu jener Zeit, nichts leisten konnte. Diese niedrigen Beiträge waren erklärlich aus der Gefahr, in der die Gewerkschaften zu jener Zeit schwebten. Denn meist wurden sie gerade in dem Augenblick aufgelöst, wo ihre Kassen gefüllt, mithin die Verbände wirtschaftlich gestärkt waren. So konnten nur Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen zugkräfig sein, da zudem auch weniger gut bezahlte Arbeiter geringe Beiträge leisten konnten; auch war die Gefahr der Auflösung nicht so groß. Als weitere

[1]) Vorstandsbericht an die Generalversammlung zu Magdeburg 1895.

Ursache für die geringe Entwicklung des Verbandes in jener Zeit sind auch die Zweifel an der Leistungsfähigkeit sowie die schlechte Geschäftslage anzusprechen.

Bald bekam der Verband auch wieder Verstärkung. Schon seit Jahren bestand beim Gold- und Silberarbeiterverband die Absicht, sich mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu vereinigen, da die Kosten für die einzelnen kleinen Berufsorganisationen durch eigene Verwaltungen, eigene Fachzeitungen und eigene Kongresse zu groß waren und in keinem entsprechenden Verhältnis zu den Erfolgen standen. Der Deutsche Metallarbeiterverband genehmigte auf der Magdeburger Generalversammlung den Übertritt und sicherte den übertretenden Mitgliedern die gleichen Rechte zu, welche die Mitglieder des Verbandes hatten. Im ganzen traten 174 Verwaltungsstellen über.

Außerdem wurden auf dieser Generalversammlung die Beiträge für männliche Mitglieder auf 20 Pf. erhöht. Diese Erhöhung ist wohl als wesentlicher Grund dafür anzusehen, daß die Mitgliederziffer sich nicht sehr erhöhte. Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit 54 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

In den folgenden Jahren erfuhr der Verband einen für jene Zeit enormen Zuwachs an Mitgliedern. Die Mitgliederzahl stieg von Ende 1894 bis Ende 1896 um rund 16 000, also etwa 50 %. Dieser Aufschwung ist einmal auf den bessern Geschäftsgang, dann aber vor allem auf die intensivere Agitation zurückzuführen. (Die Ausgaben für Agitation waren von 2700 ℳ — 1892 — auf ca. 8458 ℳ — 1894 — auf 14 796 ℳ — 1896, also etwa um 75 % gegen 1894 gestiegen.)

Doch blieben auch in diesem Jahre Sonderbestrebungen nicht aus. Am 1. Mai 1895 traten die Feilenhauer aus und gründeten einen Sonderverein (Unterstützungsverein), weil der deutsche Metallarbeiterverband ihren Interessen nicht genug Rechnung trug. Besonders erschien ihnen die Reiseunterstützung für andere Berufe relativ zu hoch. Doch war diese Amputation nicht bedeutend, da nach der Abrechnung Ende 1894 nur 72 Feilenhauer im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert waren.

Mit der Stärkung des Verbandes versuchte dieser auch seiner Hauptaufgabe (Verbesserung der Arbeitsbedingungen) mehr gerecht zu werden. Er suchte die steigende Konjunktur auszunutzen, um

eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erreichen. Hier zeigte sich eine Änderung der Taktik gegen früher. (Auf die Taktik im allgemeinen wird in einem andern Kapitel eingegangen.) Während man in früheren Jahren bestrebt war, eine Erhöhung der Löhne zu erreichen, suchte man jetzt eine Kürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Zu dieser Taktikänderung war man deshalb übergegangen, da bei schlechter Konjunktur der Unternehmer meist[1]) nicht dazu übergeht, die verkürzte Arbeitszeit zu verlängern.

Demgemäß stiegen auch die Kosten für Streiks. Im ganzen wurden 138 652 *M* (1895—96) ausgegeben. Von diesen Streiks verliefen 30 erfolglos, 12 erfolgreich und 14 mit teilweisem Erfolg. Fast alle wegen Maßregelung unternommenen Streiks verliefen erfolglos. Diese Kämpfe gestalteten sich meist deshalb so schwierig, weil die Unternehmer das Verlangen der Arbeiter, einen Gemaßregelten wieder einzustellen, als ungerechtfertigt ansahen, auch die öffentliche Meinung sich dann zuweilen gegen die Streikenden richtete; fast stets ging dann der Kampf für die Arbeiter verloren. Die Folge war, daß man nach dem Streik noch viele Arbeitslose unterstützen mußte. Erreichte man aber wirklich die Einstellung, so war der früher Gemaßregelte doch nur geduldet und mußte sich über kurz oder lang nach einer andern Stelle umsehen. Gerade in dieser Periode (1894—96) kamen solche Streiks wegen Aussperrung eines oder einiger Arbeiter häufig vor. Ein anderer Grund für die Erfolglosigkeit der Streiks lag in der Konkurrenz der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Einen neuen Zuwachs erfuhr die Gewerkschaft dadurch, daß der Berliner Metallarbeiterverband, der bis jetzt abseits gestanden hatte, auf der Generalversammlung zu Braunschweig 1897 seinen Beitritt erklärte (5800 Mitglieder). Er konnte als Einzelverband, wenn er auch an Mitgliederzahl in den letzten Jahren bis 1897 zugenommen hatte, doch nicht gegen die Macht der Organisation der Berliner Metallindustriellen erfolgreich kämpfen, die zu der in jener Zeit stärksten Unternehmerorganisation zusammengeschlossen waren. Im Laufe der nächsten zwei Jahre traten

[1]) Doch benutzt der Unternehmer in der Zeit schlechter Konjunktur seine Macht den Arbeitern gegenüber zuweilen dazu, die von den Arbeitern in der Zeit guter Konjunktur erlangten Verbesserungen wieder rückgängig zu machen.

6325 Berliner Metallarbeiter dem Deutschen Metallarbeiterverbande bei.

Wie überhaupt in den ersten Jahren des Bestehens des Verbandes, so fluktuierte besonders in den Jahren 1897—99 die Mitgliederzahl stark. 1897 traten z. B. 45 255 Personen dem Verbande bei, während er am Schlusse des Jahres nur 59 890 Mitglieder zählte. Von den dem Verband bei der Gründung angehörenden 23 205 Mitgliedern gehörten ihm 1899 nur noch 2500 an. Diese starke Fluktuation ist neben andern Ursachen darauf zurückzuführen, daß die Verwaltungsstellen alle die Mitglieder aus der Mitgliedschaft ausschloß, die nicht pünktlich ihre Beiträge zahlten. Früher hatte man, um mit hohen Mitgliederziffern aufwarten zu können, die Mitglieder nicht aus dem Verbande ausgeschlossen, wenn sie ihre Beiträge nicht pünktlich bezahlten.

Verstärkung schien der Verband 1899 zu bekommen. Auf der Generalversammlung wurde beantragt, den Zentralverein der Former mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu verschmelzen. Doch man sah von einer definitiven Abstimmung vorläufig ab und beschloß, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Am 13. April 1900 kam die Einigung zustande[1]). Auf der Generalversammlung 1901 wurde abermals das Statut abgeändert. Unter anderen Änderungen sei die Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 Pf. für männliche und von 5 auf 10 Pf. für weibliche Mitglieder erwähnt. Auf dieser Generalversammlung entschied man sich endlich auch für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die seit der Generalversammlung zu Altenburg 1891 stets auf der Tagesordnung gestanden hatte, aber stets glatt abgelehnt worden war. Interessant ist es zu beobachten, wie gerade die Führer des Verbandes, die erst entschiedene Gegner jener Unterstützung waren, sich nach und nach zu ebenso lebhaften Verteidigern umwandelten. Klärend hatten in dieser Angelegenheit besonders zahlreiche Artikel in der Metallarbeiterzeitung in den Jahrgängen 1892—99 gewirkt. (Näheres in dem Kapitel über Unterstützungen.) Zwar wurden von allen Seiten Bedenken ausgesprochen, daß die Erhöhung der Beiträge und der Ausbau des Unterstützungswesens manche Mitglieder veranlassen

[1]) Protokoll der Generalversammlung 1901, S. 126—127.

würden, aus dem Verband auszutreten und andererseits dem Neueintritt anderer Mitglieder hinderlich wäre. Doch hat sich diese Befürchtung nicht erfüllt. Anfang 1899 zählte der Verband 75 431 Mitglieder, Ende 1891 bereits 85 013 und Ende 1900 sogar 100 762 Mitglieder. Doch trennten sich im Laufe des Jahres einige, wenn auch nur kleine Teile ab; so in Frankfurt a. M., Berlin, Hannover und Quedlinburg.

Was die innere Entwicklung anbetrifft, so zerfällt die Zeit von 1891—1899 in zwei Abschnitte: die Zeit von 1891—95 mit der völligen Regierung des Unterstützungswesens und die Zeit von 1895—99, während der der Ausbau des Unterstützungswesens gepflegt wurde. Der zweite Abschnitt wurde eingeleitet durch Erhebungen, die der Vorstand über die Arbeitslosigkeit 1896 veranstaltete.

Hinsichtlich der Ausbreitung umfaßt diese Zeit von 1891—99 auch zwei Perioden: nämlich die Zeit des langsamen Zunehmens der Mitgliederzahl bis 1895 und die Zeit des schnelleren Wachstums von 1895—99, was hauptsächlich auf die steigende Konjunktur zurückzuführen ist.

Scharfe Konkurrenz suchte der Zentralverein der Schmiede dem Deutschen Metallarbeiterverband in dieser Zeit zu bereiten. Auch die lokalen Behörden suchten die Gewerkschaft wieder zu unterdrücken. So versuchte die Polizeibehörde in Braunschweig gegen die Gewerkschaft vorzugehen, indem sie sie als Versicherungsgesellschaft bezeichnete, ein schon längst geübtes Verfahren, das aber ebensolange von den Gerichten als gesetzwirdig bezeichnet war.

Das Jahr 1901 stand noch unter dem Zeichen der Krise. Besonders hatte der Werkzeugmaschinenbau hart unter den Wirkungen der Krise zu leiden. Aber auch in den andern Branchen machten sich die Folgen der Krise bemerkbar durch Überangebot von Arbeitskräften und Lohnreduktionen. Dadurch wurde auch die Ausbreitung des Verbandes gehemmt. Zwar hatte das Jahr 1901 nominell einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen; doch läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob nicht doch durch die Massenaustritte der Mitglieder ein Rückgang entstanden ist, da das nominelle Wachsen auf den Beitritt des Zentralvereins der Former im Oktober 1901 zurückzuführen ist. Das Jahr 1902 zeigte sich als ein Jahr der Stagnation. Die Agitation konnte

in diesem Jahre besser einsetzen als im vorigen Jahre, so daß die Mitgliederzahl langsam stieg.

Die Konjunkturkurve für das Jahr 1903 zeigte eine steigende Tendenz. Die Depression war vorüber. Langsam aber stetig nahm die Beschäftigung wie fast überall, so auch in der Eisenindustrie zu. Die Roheisenerzeugung stieg

von 7 800 000 Tonnen im Jahre 1901
auf 8 530 000 „ „ „ 1902,
„ 10 086 000 „ „ „ 1903.

Eine ähnliche Hebung der Geschäftslage war auch in den weiterverarbeitenden Industrien zu bemerken, wenn hier auch nicht in dem Maße wie bei der Roheisenerzeugung. Diese Besserung der Geschäftslage machte sich auch im Verbande bemerkbar durch gesteigerte Agitation, höhere Mitgliederzahl und gesteigerte Finanzkraft. Ende 1903 zählte der Verband 160 135 Mitglieder gegen 128 842 Ende 1902. Den größten Zuwachs hatten die Schlosser mit 10 187, die Gießereiarbeiter mit 4638, die Hilfsarbeiter mit 4630 und die Dreher mit 3960 Mitgliedern zu verzeichnen, zum Teil entsprechend dem verschiedenen Steigen der Konjunktur in den einzelnen Berufen. Zum Teil jedoch stellt sich dieser Zuwachs z. B. bei den Gießereiarbeitern nur als eine Verschiebung infolge Berufswechsels dar.

Auch in dem Geschäftsjahr 1903 wies die Mitgliederzahl wieder eine starke Fluktuation auf, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß einzelne Branchen sich nur langsam von den schweren Schlägen der Krise erholten. Man konnte bei den Austritten die Beobachtung machen, daß unter den Ausgeschiedenen meist die jüngeren Jahrgänge vertreten waren, während die früher eingetretenen meist dem Verbande treu blieben. Dies scheint seine Erklärung in der Wirksamkeit der Unterstützungseinrichtungen zu finden.

Andererseits machte sich die Besserung der Geschäftslage auch in dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und in einer geringeren Auszahlung von Reisegeld, einer Vermehrung der Arbeitskämpfe um bessere Arbeitsbedingungen bemerkbar.

Wie die beiden Vorjahre, so hatte auch das Wirtschaftsjahr 1904 keinen besonders flotten Geschäftsgang zu verzeichnen. Zum Teil mag dies auf die handelspolitische Unsicherheit und die ost-

asiatischen Kriegswirren zurückzuführen sein; doch war der Geschäftsgang immerhin besser als in den drei Vorjahren. Gerade die Metallindustrie wurde günstig beeinflußt durch die Wirkungen der Gründung und Erneuerung von Kartellen und Syndikaten in der Metallindustrie (es sei nur an den Stahlwerksverband erinnert). Diese etwas gebesserte Konjunktur gibt auch ihr Abbild in der Bewegung innerhalb des Metallarbeiterverbandes. Die Arbeitslosigkeit war nicht so lange, und lange Arbeitslosigkeit war nur in einzelnen Betrieben zu beobachten. Auch in der Mitgliederzahl kam dies zum Ausdruck. Sie stieg um rund 39 000.

Auch das Jahr 1905 brachte noch einen weiteren Aufschwung des Wirtschaftslebens, der seine Ursache in verschiedenen Ereignissen hat: Einstellen der Kriegswirren Ostasiens und neue Zollgesetzgebung von 1904. Letztere war für die Unternehmer insofern günstig, als sie jetzt in den durch die Handelsverträge festgesetzten Zöllen ein bestimmt berechenbares Kostenelement bekamen, das ihnen eine sicherere Berechnung als früher gestattete. Durchweg zeigten alle Teile der Eisenindustrie einen flotten Geschäftsgang mit Ausnahme einiger Eisengießereien, die unter den Wirkungen des Streiks der Bergarbeiter des Ruhrgebietes zu leiden hatten. Außer den Betrieben der Eisengießereien zeigt nur noch das Blattmetallgewerbe einen schleppenden Geschäftsgang. Dies Bild spiegelt sich auch in der Entwicklung des Verbandes wieder. Die allgemeine Zunahme betrug 69 728 Mitglieder = 30,52 %. Diese Stärkung beruht zum Teil darauf, daß der Gold- und Silberarbeiterverband in Hanau und der Werftarbeiterverband in Bremerhaven sich auflösten. Von dem letzteren traten 1871 Mitglieder über, während der Gold- und Silberarbeiterverband geschlossen übertrat. (Der Werftarbeiterverband hatte sich 1896 abgezweigt, weil die Beiträge des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu hoch waren. Doch war es ihm nicht möglich gewesen, alle auf den Werften beschäftigten Arbeiter in seine Organisation zu bekommen. Außerdem wäre es ihm nie möglich gewesen, gegen die Unternehmer einen erfolgreichen Kampf durchzuführen, da ihm die nötigen Reserven, die Mitglieder der anderen Branchen fehlten, die während des Streiks der Werftarbeiter diese unterstützen konnten.)

In dieser Zeit machte sich überhaupt das Streben bemerkbar, mit den andern Verbänden in Beziehung zu treten. Zuerst ver-

suchte man, die Verbände der Schmiede, Kupferschmiede, Graveure und Ziseleure sich anzugliedern. Auf einer am 19. Januar in Hamburg abgehaltenen Konferenz kamen besonders folgende Punkte zur Besprechung:

1. Verständigung über die Agitation,

2. Taktik der einzelnen Verbände, um nicht in Grenzstreitigkeiten zu geraten,

3. Verständigung bei geplanten Lohnbewegungen, Streiks und Tarifabschlüssen, wo diese Organisationen in Frage kamen. Für die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren die Beschlüsse insofern günstig, als die Arbeiterschaft ebenso wie die Industrie immer stärker zur Konzentration drängten. Der Deutsche Metallarbeiterverband konnte auf diese Weise nur gewinnen.

Während die Jahre 1903—05 ein fortwährendes Steigen der Konjunktur aufwiesen, bedeutet das Jahr 1906 eine Stagnation in der Eisen- und Metallindustrie. Die Krise des folgenden Jahres warf ihre Schatten voraus. Doch waren die einzelnen Zweige der Eisen- und Metallindustrie noch gut beschäftigt. Dies zeigt sich in den zahlreichen Vergrößerungen und Neuanlagen von Werken.

Diese Zeit der guten Konjunktur brachte aber auch eine für die Arbeiter besonders empfindliche Folge: die Lebensmittelpreise stiegen merklich mehr. Sie stiegen in den Jahren 1901—05 für eine fünfköpfige Familie um 80 ℳ pro Jahr; nach den Erhebungen der württembergischen Regierung von 1905 (Dezember) bis 1906 (Oktober) um 88 ℳ, dagegen stiegen die Löhne in den Berufsgenossenschaften:

	1904	1905	+	
Rhein.-westf. Eisen- u. Stahl-Berufsgenossensch.	1366,51	1413,48	46,97	ℳ
Rhein.-westf. Maschinen- u. Kleineisen-Berufsgen.	1310,—	1345,—	35,—	„
Südwestdeutsche Eisen- u. Stahl-Berufsgenossensch.	1133,75	1141,—	8,75	„
Sächs.-thür. Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft	1033,—	1075,—	42,—	„
Schlesische Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft	859,69	886,92	27,23	„

Infolge dieser Lebensmittelverteuerung waren die Arbeiter erregt und desto empfänglicher für die in dieser Zeit schärfer einsetzende Agitation. Man versuchte Bewegungen zur Erreichung einer Teuerungszulage ins Werk zu setzen und hatte auch Erfolg.

Diese und andere Erfolge führten dem immer erstarkenden Verbande neue Mitglieder zu, so daß die Mitgliederzahl Ende 1906 375 075 betrug gegen 259 692 Ende 1905, also ein Zuwachs von 29,02 %. In diesem Jahre wurden endlich auch die letzten noch bestehenden Sektionen der Klempner in Erfurt und der Mechaniker in Jena mit andern größeren Mitgliedschaften verschmolzen.

Was die Fluktuation anbetrifft, so zeigt auch das Jahr 1906 wieder, daß die älteren Mitglieder die ständigen sind.

Mancherlei Hindernisse stellten sich der Ausbreitung des Verbandes entgegen. Die Diskussion über die in jener Zeit auftauchende Frage des Massenstreiks zeigte, daß die Arbeiter vielfach noch nicht genügend aufgeklärt waren über die gesellschaftlichen Zusammenhänge, über die Bedeutung der Gewerkschaften und ihre Macht. Vor allem wirkte aufklärend eine Artikelserie von Kampffmeyer in der Metallarbeiterzeitung. Besonders der Gewerkschaftsbewegung hinderlich gestaltete sich die Diskussion auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Namentlich suchte man das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den Verbandsangestellten zu untergraben.

Die zunehmende Macht und Wirkung des Verbandes kam zum Ausdruck in der Stellung des Verbandes der Metallindustriellen zur Frage der Arbeitszeitverkürzung. Nachdem von einigen Mitgliedern des Verbandes schon vor 1906 die 9- oder $9^1/_2$ stündige Arbeitszeit eingeführt war, nahm der Verband als solcher jetzt Stellung zu dieser Frage. In der Abstimmung erklärte man sich gegen die Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit; doch wurde den Mitgliedern die Einführung der $9^1/_2$ stündigen Arbeitszeit freigestellt.

Ein festerer Zusammenhalt zwischen den einzelnen Metallarbeiterorganisationen der verschiedenen Länder wurde durch die 1906 zuerst erschienene „Internationale Metallarbeiterrundschau" geschaffen.

Das Krisenjahr 1907 brachte dem Verband keine so bedeutende Steigerung der Mitgliederzahl, wie die vorangegangenen Jahre. Zudem fehlten auch die äußeren Anlässe, wie z. B. Lohnbewegungen zur Steigerung der Mitgliederzahl. Sie stieg von 335 075 Ende 1906 auf 362 204 Ende 1907, also um 8,09 %. Angesichts der Stagnation oder des Rückgangs anderer Verbände

in dieser Zeit, muß dieses Ergebnis als ein günstiges bezeichnet werden. Hier machten sich wieder die Unterstützungseinrichtungen bemerkbar, die die Mitglieder durch Gewährung materieller Vorteile an den Verband ketteten. So konnte die Organisation, die nicht nur nicht durch die Krise geschwächt, sondern gestärkt war, bei einem erneuten Steigen der Konjunktur mit größerem Nachdruck die Interessen der Mitglieder vertreten.

Beachtenswert ist das Anwachsen der Zahl der in dem Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Schmiede von 14 782 im Jahre 1906 auf 18 425 (der Schmiedeverband zählte Ende 1907 16 649 Mitglieder). Diese Bewegung läßt erkennen, wie nach und nach auch bei den Schmieden der Zentralisationsgedanke sich durchzusetzen beginnt.

Größeren Zuwachs erhielt der Verband am 4. August 1907 durch den geschlossenen Übertritt der Graveure und Ziseleure (insgesamt 2008 Mitglieder).

Einige Arbeitgeber ließen sich mit der wachsenden Macht des Verbandes auch herbei, mit den Angestellten des Verbandes oder mit Beauftragten zu verhandeln.

In dieser Zeit trennte sich eine kleine Gruppe, hauptsächlich der Rohrleger unter der Führung eines früheren Berliner Mitgliedes (Wiesenthal) ab, unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband". Doch ist er für die Arbeiterbewegung bedeutungslos.

Das Wirtschaftsjahr 1908 war ebenfalls wie das Jahr 1907 ein Jahr der Depression. Es ist für den Verband wohl das schlechteste gewesen, das er seit seinem Bestehen erlebt hat. Besonders die Metallindustrie, von den Zweigen der Schwerindustrie bis zu denen der Feinverarbeitung, lag danieder. In der Schwerindustrie vermochten die Kartelle die ungünstigen Wirkungen der Krise nur wenig aufzuhalten. Die Folge war mangelnde Beschäftigung, Verkürzung der Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitern.

Trotzdem war es dem Verband möglich, sich in dieser schweren Zeit zu behaupten, seinen Mitgliederstand (bis auf 131) zu erhalten. Angesichts der gerade in diesem Jahre scharfen Bekämpfung durch die Konkurrenzorganisationen ist das Resultat günstig zu nennen.

Die Krise machte sich aber auch für das Unterstützungswesen des Verbandes insofern bemerkbar, als die Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungszweige sich beinahe verdoppelten. Die Zahl der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung wuchs von 29 270 im Jahre 1907 auf 71 169 im Jahre 1908. Zum ersten Male seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 1 752 910 *M*.

Noch unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Depression stand das Jahr 1909. Der eigentliche Aufschwung machte sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres bemerkbar. Dies zeigt denn auch seine Wirkungen in der Mitgliederbewegung des Verbandes. Im zweiten Quartal sank die Mitgliederzahl sogar, um sich dann aber wieder stetig zu heben.

Wirft man einen Blick auf die noch bestehende Fachorganisation der Schmiede und vergleicht diesen Verband mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, so zeigt sich, wie immer mehr die Gewerkschaftsbewegung den Gedanken der Fachorganisation zugunsten des Industrieverbandes aufgibt. Gerade in der Metallindustrie hat der Kampf an der Wasserkante 1909 und 1910 gezeigt, daß heute nicht mehr der Einzelne dem Unternehmer, oder die einzelne Werkstatt dem einzelnen Unternehmer gegenübertritt. Der Werkstattstreik kommt wohl noch als Vorpostengeplänkel oder in ganz speziellen Fällen vor. Doch tritt er mehr und mehr zurück vor dem großen Kampf, der sich in einer Industrie zwischen Arbeit und Kapital abspielt. Die einzelne Werkstatt oder die einzelne Branche kann heute als solche bei der gewaltigen Konzentration des Kapitals, bei der Vereinigung der Arbeitgeber in Arbeitgeberverbänden nicht mehr die Rolle spielen wie früher. Immer mehr bildet sich der Kampf zu einem Klassenkampf aus. Diese Entwicklung zeigt sich besonders deutlich bei dem Deutschen Metallarbeiterverband, der größten Gewerkschaft der Erde. Heftig tobte um die Wende des 9. Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts der Streit um Fach- oder Industrieverband. Schon 1891 als Industrieverband gegründet, hat seine Entwicklung gezeigt, daß nur diese Art imstande ist, den Kampf durchzuführen.

Gerade in der Metallindustrie hat das Unternehmertum sich früh und fest zu Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen. Ist nun aber schon das Kapital an sich in der Hand des einzelnen konzentrierte soziale Gewalt, wieviel mehr in solchen Ver-

bänden, wie wir sie bei den Unternehmern der Metallindustrie vor uns sehen. Hier konnte nur der Zusammenschluß der Arbeiter in einen Industrieverband das entsprechende Gegengewicht bilden.

Dann allerdings zeigt auch die Entwicklung, daß diese Industrieverbände mehr und mehr zum Klassenkampf hindrängen. Nicht mehr der einzelne Arbeiter kämpft mit seinem Arbeitgeber — der Schmied, der Schlosser, der Metalldrücker, der Werftarbeiter usw. —, sondern die Arbeiter als Klasse kämpfen gegen das Unternehmertum als Klasse. Damit ist aber nicht gesagt, daß dadurch notwendig der Kampf verschärft wird. Wenn auch jetzt oder in nächster Zukunft sich so zwei mächtige Heere im wirtschaftlichen Kampfe gegenüberstehen, so mag auch hier, wie im politischen Kampfe der Nationen die Rüstung den bewaffneten Frieden bedeuten. Wie die Völker nicht des Krieges wegen rüsten, sondern um den Frieden zu wahren, so kann und wird auch die gegenseitige Rüstung der beiden Gegner im wirtschaftlichen Kampfe es nicht zum äußersten kommen lassen, sondern sie stets mahnen, daß ein Friedensvertrag oder Waffenstillstandsvertrag besser ist als ein Sieg nach blutigem Kampfe. Diese Tendenz zeigt sich denn auch, wenn wir die Entwicklung der Tarifverträge in der Metallindustrie verfolgen (Näheres hierüber in dem Kapitel „Tarifverträge"). Auch zeigt es sich namentlich darin, daß die Zahl der Lohnbewegungen des Verbandes, welche ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt wurden, in fortwährender Zunahme begriffen sind.

Einen wie großen Vorsprung die Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes vor den Metallarbeiterorganisationen anderer Länder bedeutet, mag ein Vergleich mit England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigen. In dem vereinigten Königreich (Großbritannien und Irland) waren 1909 nach einer Zusammenstellung des Sekretärs der britischen Metallarbeiterföderation von 1 705 754 Metallarbeitern 373 877 als organisiert durch 46 Metallarbeitergewerkschaften auf dem Gewerkschaftskongreß von Ipswich vertreten. Die gesamten organisierten Metallarbeiter waren 1910 in 240 verschiedenen Verbänden zerstreut[1]).

[1]) Vgl. MZ. vom 2. Juni 1910.

Nach einem Artikel von Chagrin vom Februar 1908 in der Metallarbeiterzeitung waren die Arbeiter der Metallindustrie in den Vereinigten Staaten in 28 Unionen vereinigt, von denen 12 bis nur 1000 Mitglieder hatten[1]).

Über das Alter, die Mitgliedschaftsdauer, die Mitgliederbewegung nach Berufen und die Größe der Verwaltungsstellen geben die umstehenden Tabellen Aufschluß (nach dem Jahrbuch für 1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes).

Die Ausweitung der Organisation fand ihre Grenzen nicht an der nationalen Grenze. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Metallarbeiter in unserer Zeit des internationalen Austauschs führte die Metallarbeiter eingedenk des Wortes Marx' „Proletarier aller Länder vereinigt euch" bald dazu, ihre Hände nach den benachbarten Landesorganisationen hinüberzureichen.

---

[1]) Deutschland ist in der Schaffung von Industrieverbänden den andern Staaten voraus.

In England beschloß man erst auf dem Gewerkschaftskongreß in Sheffield die Gründung von Industrieverbänden (MZ. Nr. 5 1911).

In Belgien konnte der 12. Jahreskongreß der Gewerkschaften 1911 sich noch nicht für Industrieverbände entschließen (MZ. Nr. 3 1911).

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehen für einzelne Gewerbe „internationale Verbände" mit besonderer Verwaltung.

International Association of Machinists (internationale Vereinigung von Maschinisten),

International Brotherhood of Blacksmiths (internationale Brüderschaft von Hufschmieden),

Brotherhood of Boiler Makers and Iron Ship Builders of America (Brüderschaft von Kesselmachern und Eisenschiffbauern in Amerika),

Stove Mounters' International Union (Internationale Verbindung der Ofenbauer),

Amalgamated Sheet Metal Workers' International Alliance (Internationale Verbindung der vereinigten Metallblecharbeiter),

International Molders' Union of North America (Internationale Formervereinigung von Nordamerika),

Metal Polishers, Buffers, Platers and Brass Workers' International Union of North America (Internationale Vereinigung von Nordamerika der Metallpolierer, Polierer, Versilberer und Messingarbeiter).

Obschon diese Organisationen häufig Verträge mit Arbeitgebern eingehen, so wirken sie doch zusammen, indem sie unter den gegenwärtigen Umständen die besten Resultate erzielen, indem sie die Tarifverträge durch die Abteilung Metallgewerbe der American Federation of Labor abschließen. (Diese Angaben über die amerikanische Bewegung verdanke ich Herrn Gompers-Washington.)

Alter und Mitgliedschaftsd

Alter in Jahren	Dem Verbande beig									
	1909	in Prozent	1908	in Prozent	1907	in Prozent	1906	in Prozent	1905	Pr
unter 18	10190	2,73	2144	0,57	558	0,15	67	0,02	4	
18 bis 20	18042	4,83	10185	2,73	4923	1,31	915	0,24	106	0
20 „ 25	18742	5,02	11641	3,12	14548	3,89	15395	4,11	11553	3
25 „ 30	12637	3,38	8682	2,33	10964	2,94	14209	3,81	10506	2
30 „ 35	7093	1,90	5020	1,34	7053	1,89	10880	2,92	7991	2
35 „ 40	4225	1,13	3317	0,89	4427	1,19	6888	1,85	4978	1
40 „ 45	2560	0,68	2007	0,54	2843	0,77	4318	1,16	3423	0
45 „ 50	1308	0,36	1212	0,32	1594	0,43	2549	0,68	1823	0
50 „ 55	707	0,19	661	0,18	896	0,24	1647	0,44	1217	0
55 „ 60	238	0,06	280	0,07	496	0,13	915	0,25	616	0
60 „ 70	91	0,02	103	0,03	231	0,06	508	0,14	361	0
über 70	1	—	1	—	11	—	39	—	23	
Zusammen	75834	20,30	45253	12,12	48544	13,00	58336	15,62	42601	11

Für das Jahr 1909.

Alter	Zahl der Mitglieder	Prozent der Mitglieder
unter 18 Jahren	12963	3,47
18 bis 20 „	34245	9,17
20 „ 25 „	86039	23,05
25 „ 30 „	82878	22,20
30 „ 35 „	63002	16,88
35 „ 40 „	39571	10,60
40 „ 45 „	25077	6,72
45 „ 50 „	14129	3,78
50 „ 55 „	8751	2,34
55 „ 60 „	4289	1,14
60 „ 70 „	2243	0,61
über 70 „	162	0,04
Zusammen	373349	100,00

Schon 1893 gründete man in Zürich eine internationale Metallarbeiterorganisation. Doch war sie nur als lose Vereinigung gedacht. Internationale Metallarbeiterkongresse gaben seit dieser Zeit alle 3—4 Jahre Gelegenheit, in größerer Breite die internationalen Beziehungen einander darzulegen (2. Kongreß 1896 in London, 3. 1900 in Paris, 4. 1904 in Amsterdam, 5. 1907 in Brüssel, 6. 1910 in Birmingham).

Das seit Mitte der 90er Jahre bestehende Informationsbureau, dessen Leitung von 1896—1905 in den Händen des Engländers Hobson in Sheffield lag, genügte bald nicht mehr und wurde 1904 durch einen „Internationalen Metallarbeiterbund" ersetzt, dessen Leitung dem Vorsitzenden des Deutschen

Schlusse des Jahres 1909.

im Jahre								Vor dem Jahre 1901	in Prozent	Summa	in Prozent
04	in Prozent	1903	in Prozent	1902	in Prozent	1901	in Prozent				
-	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12963	3,47
30	0,01	14	—	—	—	—	—	—	—	34245	9,17
40	1,94	4738	1,27	1151	0,30	843	0,23	188	0,04	86039	23,05
57	2,02	6605	1,77	3999	1,07	3127	0,84	4592	1,23	82878	22,20
06	1,45	5063	1,35	3622	0,97	2523	0,67	8355	2,24	63002	16,88
36	0,89	2871	0,77	1416	0,38	1458	0,39	6655	1,78	39571	10,60
39	0,53	1786	0,48	1192	0,32	758	0,19	4221	1,12	25077	6,72
04	0,30	966	0,26	669	0,18	501	0,14	2403	0,64	14129	3,78
22	0,19	546	0,15	449	0,12	331	0,08	1575	0,43	8751	2,34
11	0,08	274	0,07	227	0,06	137	0,04	795	0,22	4289	1,14
28	0,03	158	0,04	125	0,04	78	0,02	460	0,12	2243	0,61
6	—	13	—	14	—	7	—	47	—	162	0,04
29	7,44	23034	6,16	12864	3,44	9763	2,60	29291	7,83	373349	100,00

Metallarbeiterverbands übertragen wurde. Dieser internationale Verband hat nach § 2 des Statuts von 1904 den Zweck, „das Zusammenarbeiten der Metallarbeiterorganisationen aller Länder auf gewerkschaftlichem Gebiet zu fördern und die Organisation der Metallarbeiter in den in dieser Hinsicht noch rückständigen Ländern zu betreiben. Dieser Zweck soll erreicht werden:

1. durch Austausch von Berichten, Veröffentlichung und Besprechung der wichtigsten Vorgänge auf gewerkschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet und durch Veröffentlichung von das internationale Zusammenarbeiten fördernden Abhandlungen;

2. durch Verbesserung des Gegenseitigkeitsverhältnisses der einzelnen Landesverbände, und zwar durch:

a) Wahrung der Rechte der Mitglieder der dem Bunde angeschlossenen Organisationen beim Aufenthalt im Ausland und Schaffung von Übertrittsbestimmungen von der Organisation eines Landes in die eines anderen;

b) Unterstützung von Organisationsbestrebungen in Ländern, wo Organisationen der Metallarbeiter noch gar nicht oder nur schwach vertreten sind;

c) Aufstellung und Durchführung von Grundsätzen für die moralische und finanzielle Unterstützung von Lohnkämpfen und Aussperrungen;

d) Veranstaltung internationaler Metallarbeiterkongresse."

Mitgliederbewegung nach Berufen.

Berufe	1908	1909	+ Zunahme — Abnahme absolut	+ Zunahme — Abnahme Prozent	Anteil an d. Gesamtmitgliedsch. 1909 in Prozent	Anteil an d. Gesamtmitgliedsch. 1908 in Prozent
Drahtarbeiter (Drahtweber, Siebmacher, Nadler, Spinner usw.)	1 728	1 862	+ 134	+ 7,75	0,50	0,48
Dreher (Eisen-, Metall-, Fasson-, Schrauben-, Revolver- usw.)	37 401	39 298	+ 1897	+ 5,07	10,53	10,33
Elektromonteure (Hilfsmonteure)	4 273	4 553	+ 280	+ 6,55	1,22	1,18
Feilenhauer (Feilenschleifer, Maschinenhauer, Härtner usw.)	2 413	2 531	+ 118	+ 4,89	0,68	0,67
Former (Eisengießer)	25 730	26 447	+ 717	+ 2,78	7,14	7,11
Gelb-, Rot-, Glocken- u. Metallgieß.	2 045	1 986	— 59	— 2,88	0,48	0,56
Gießereihilfsarbeiter (Gußputzer, Kernmacher)	8 660	9 051	+ 391	+ 4,51	2,42	2,40
Goldarbeiter (Fasser, Finierer, Kettenmacher, Diamantschleifer)	8 909	8 533	— 376	— 4,22	2,28	2,46
Graveure, Ziseleure	2 985	3 056	+ 71	+ 2,37	0,82	0,83
Gärtler (Galvaniseure, Vernickler, Platticrer, Planierer usw)	5 848	6 307	+ 459	+ 7,58	1,69	1,61
Heizer und Maschinisten (Kessel- u. Maschinenwärter)	1 869	1 994	+ 125	+ 6,68	0,53	0,52
Hochofen- und Hüttenarbeiter	1 639	1 655	+ 16	+ 0,97	0,44	0,45
Kesselschmiede (Schiffs-, Winkelschmiede, Nieter, Stemmer usw.)	6 265	6 333	+ 68	+ 1,08	1,75	1,73
Klempner (Flaschn., Spengl., Blech.)	20 414	21 278	+ 864	+ 4,23	5,70	5,64
Installat. (Rohrl., Heizungsmont.)	5 581	5 736	+ 155	+ 2,77	1,54	1,54
Kupferschmiede usw.	549	613	+ 64	+ 11,65	0,16	0,15
Mechaniker (chir. Instrumenten-, Büchsen-, Reißzeug- u. Uhrmach., Schnitt- und Werkzeugmacher)	13 694	14 000	+ 306	+ 2,23	3,75	3,79
Messerschmiede (Reider, Einstecker, Heftefeiler usw.)	761	910	+ 149	+ 19,58	0,24	0,21
Metalldrücker	2 190	2 383	+ 193	+ 8,81	0,64	0,61
Metallschleifer (Polierer-, Messer- und Scherenschleifer)	9 497	9 815	+ 318	+ 3,35	2,63	2,62
Nadelarbeiter usw.	1 401	1 500	+ 99	+ 7,06	0,40	0,39
Optische Industrie (Brillen-, Pincenezarbeiter, Emailschleifer usw.)	1 202	1 095	— 107	— 8,92	0,29	0,33
Schläger (Gold-, Silber-, Metall-, Zinn- und Bronzearbeiter)	1 713	1 890	+ 177	+ 10,33	0,51	0,47
Schlosser (Bau-, Maschinen-, Anschläger, Monteure usw.)	99 692	103 615	+ 3923	+ 3,93	27,75	27,53
Schmiede (Huf- u. Wagen-, Zuschl.)	13 246	13 213	— 33	— 0,24	3,49	3,66
Walzwerkarbeiter	1 890	2 001	+ 111	+ 5,87	0,54	0,52
Werftarbeiter (Schiffbauer, Schiffzimmerer)	3 365	3 318	— 47	— 1,39	0,89	0,93
Zinngießer usw.	325	332	+ 7	+ 2,15	0,09	0,08
Sonstige Metallarbeiter (Bohrer, Fräser, Hobler, Stanzer usw.)	57 775	58 615	+ 840	+ 1,45	15,70	15,95
Arbeiterinnen aller Art	15 167	15 548	+ 381	+ 2,51	4,16	4,19
Nichtmetallarbeiter (Modellschreiner, Vergolder, Lackierer usw.)	3 846	3 881	+ 35	+ 0,91	1,04	1,06
Zusammen	362 073	373 349	+11276	+ 3,11	100,00	100,00

Verwaltungen nach Größenklassen.

1908				1909			
Größenklasse der Verwaltungsstellen	Zahl der Verwaltungen	Zahl der Mitglieder	Prozent der Mitglieder überh.	Größenklasse der Verwaltungsstellen	Zahl der Verwaltungen	Zahl der Mitglieder	Prozent der Mitglieder überh.
bis 200 Mitglied.	257	19 964	5,51	bis 200 Mitglied.	244	18 707	5,01
201 bis 500 =	81	25 271	6,98	201 bis 500 =	89	27 486	7,37
501 = 1000 =	34	24 324	6,72	501 = 1000 =	40	29 939	8,02
1001 = 2000 =	28	37 501	10,35	1001 = 2000 =	27	37 166	9,95
2001 = 3000 =	12	28 375	7,84	2001 = 3000 =	11	26 486	7,09
3001 = 5000 =	8	29 681	8,20	3001 = 5000 =	9	33 323	8,93
5001 =10000 =	10	17 448	19,73	5001 =10000 =	10	71 286	19,09
über 10000 =	6	125 509	34,67	über 10000 =	6	128 956	34,54
Zusammen	436	362 073	100	Zusammen	436	373 349	100

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat mit den kontrahierenden Verbänden Vereinbarungen getroffen über

1. Bekanntmachung der Konflikte in verschiedenen Ländern;
2. Austausch der Gewerkschaftsblätter zwischen den Organisationen der einzelnen Länder;
3. Austausch der Adressen der Vertrauensleute zwischen den Organisationen der einzelnen Länder;
4. Gegenseitigkeit mit Rücksicht auf die Wander- und Arbeitslosenunterstützung;
5. Übergang der Mitglieder aus der Organisation des einen Landes in die des anderen ohne Einschreibegeld;
6. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

Für die Regelung der Punkte 4 und 5 sind noch besondere Beschlüsse zustandegekommen, da sie von großer praktischer Bedeutung sind. Danach erhalten die Mitglieder der kontrahierenden Verbände, die in den Wirkungskreis eines der anderen Verbände kommen, wenn sie ihren Verpflichtungen nachgekommen und bezugsberechtigt sind, Unterstützung nach den Statuten des Landesverbandes, in dessen Bezirk sie kommen, jedoch nicht mehr als in ihrer Organisation.

Tritt ein Mitglied in einem anderen Lande der entsprechenden Vertragsorganisation bei, so erhält es kostenlos ein Mitgliedsbuch dieser Organisation gegen Abgabe seines bisherigen Mitgliedsbuches unter Anerkennung seiner erworbenen Rechte.

Am längsten widerstehen die englischen Verbände diesen internationalen Verbindungen. Auf dem letzten internationalen

Metallarbeiterkongreß (am 2. November 1910 in Birmingham) war wieder der Antrag auf Schaffung eines internationalen Gegenseitigkeitsverhältnisses gestellt. Die Abmachungen sollten regeln:

1. die Auskunftserteilung durch Verpflichtung der Bundesvereine zu derselben oder, wenn eine solche nicht möglich, zur Mitteilung darüber;

2. Kostenlosen Übertritt von der Organisation eines Landes zu der eines anderen Landes bei Aufenthalt im Ausland;

3. Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks und Aussperrungen.

Die Engländer erklärten zwar ihre Sympathie mit dem Vorschlag, doch dessen Ausführung für unmöglich[1]).

Durch diese internationale Verbindung soll nicht nur den Arbeitern Unterstützung im Ausland gewährt, sondern vor allem Einheitlichkeit der Aktion gesichert werden. Eine außergewöhnliche Gelegenheit zu praktischer internationaler Hilfsbereitschaft gab im Jahre 1909 der schwedische Großstreik, bei dem sich durch einen Akt internationaler Solidarität die Bedeutung praktisch geübter internationaler Betätigung durch die Metallarbeiter der verschiedenen Länder zeigte. Infolge der vom Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes erlassenen Aufrufe zur Sammlung für die ausgesperrten Eisen- und Metallarbeiter Schwedens wurden 454 928,59 ℳ als Unterstützung und 100 000 ℳ als Darlehen gesammelt[2]).

Der Internationale Metallarbeiterbund umfaßte 1910 45 Vereine und Landesverbände mit zusammen 755 680 Mitgliedern. In den letzten drei Jahren hatte er um 7 Vereine mit 130 480 Mitgliedern zugenommen.

Hat so der in Deutschland an Mitgliedern und Mitteln stärkste Metallarbeiterverband seine Stellung noch durch die inter-

---

[1]) Die beiden Webbs suchen diese Abneigung gegen internationale Organisationen durch die Unterschiede in der gesetzlichen Stellung, der politischen Lage, den Arbeitsmethoden und den ökonomischen Verhältnissen zu erklären. (S. und B. Webb: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine; deutsch von E. Hugo, Stuttgart 1906.)

[2]) Bericht der angeschlossenen Landesverbände an den 6. Internationalen Metallarbeiterkongreß in Birmingham 1910, S. 30 und 31.

nationale Verbindung verstärkt, so stehen im eigenen Lande noch große Massen der Metallarbeiter diesem Verbande fern. Die Ursachen dieser Erscheinung zu verfolgen, soll Aufgabe des folgenden Kapitels sein.

B. Hindernisse der Bewegung.

Oft und viel ist von den „Grenzen" der Gewerkschaftsbewegung gesprochen und geschrieben worden. Betrachtet man die Frage etwas genauer, so sieht man, daß die Lösung dieser Frage nicht so sehr schwer ist. „Grenzen" der Gewerkschaftsbewegung gibt es eben nur an dem begrenzten Umfang des jeweils investierten Kapitals und der Arbeiterzahl.

Meist will man mit dem Worte „Grenzen" jedoch die „Hindernisse" der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdrucke bringen. Diese für den Deutschen Metallarbeiterverband zu zeichnen, soll im folgenden versucht werden[1]).

Nicht alle, sondern nur die hauptsächlichsten Hindernisse sollen dargestellt werden, soweit sie nicht der Geschichte angehören und schon im ersten Kapitel erwähnt sind. Hierbei sei bemerkt, daß sie zuweilen nur vereinzelt auftreten, zuweilen zu mehreren zusammenwirken.

Die Darstellung zeigt, wie gerade in der Metallindustrie fast alle Hindernisse sich finden, die überhaupt als der Koalition hinderliche Momente aufzuzählen sind[2]).

Betrachten wir zunächst die Hindernisse, die in der Art und Größe der Betriebe liegen.

Kautsky erklärte auf dem Mannheimer Parteitag, daß die Metallarbeiter, wenn sie behaupten, daß sie in den Großbetrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht begehen könnten, dadurch zugleich eingestehen, daß die gewerkschaftliche Organisation vor den Riesenbetrieben (Krupp, A. E.-G., Siemens usw.) Halt mache. In dieser Fassung ist der Gedanke allerdings nicht ganz richtig, denn die Gewerkschaftsbewegung hat auch hier Fuß gefaßt. Doch ist es in diesen Betrieben meist schwieriger als in anderen Be-

[1]) Um die Unterlagen für diese Ausführungen zu bekommen, wurden an die Ortsverwaltungen (470) des Deutschen Metallarbeiterverbandes Fragebogen geschickt.

[2]) Vgl. dazu Troeltsch-Hirschfeld.

trieben, dem Organisationsgedanken größere Verbreitung zu verschaffen. Vor allem ist es die Monopolstellung, die diesen Betrieben größere Macht gegenüber der Organisation verleiht. Sie brauchen den wirtschaftlichen Kampf nicht so sehr zu fürchten, da ihnen keine oder nur geringe Konkurrenz die Aufträge während dieser Zeit fortzunehmen droht.

Die meisten Einrichtungen der Gewerkschaft, die teils der Agitation, teils der materiellen und geistigen Hebung der Mitglieder dienen, versagen beim Großbetrieb. Dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter kommt der moderne Großbetrieb in weitgehendster Weise durch reichhaltige Bibliotheken und Vorträge verschiedensten Inhalts entgegen.

Einen Ersatz für die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaft bieten die Großbetriebe in den Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkassen. Ergänzend treten noch die Wohlfahrtseinrichtungen anderer Art, wie z. B. billige Wohnungen hinzu. Diese locken die Arbeiter in vielen Gegenden besonders an[2]). Eine Inanspruchnahme der Wohlfahrtseinrichtungen schließt aber die Mitgliedschaft beim Deutschen Metallarbeiterverband aus.

Die Agitation in ihren verschiedenen Formen kann schwerer in diese Betriebe eindringen, da das Vertrauensmännersystem in der Werkstättenagitation unmöglich ist.

Nicht zuletzt sind die geringen Erfolge der Gewerkschaft dem Großbetrieb gegenüber aber auf die Struktur des Verbandes zurückzuführen. Während der Industrieverband der Holzarbeiter es meist mit mittleren Betrieben von 30—50 Arbeitern zu tun hat — Großbetriebe von 150—200 Arbeitern finden sich selten —, stehen dem Deutschen Metallarbeiterverband bedeutend größere Betriebe mit völlig verschiedenartigen Arbeitern gegenüber. Kann der Metallarbeiterverband sich einmal durch seine eigenartige Struktur nicht den verschieden großen Betrieben anpassen — denn in der Anpassung der Organisation an die Struktur der Industrie beruht der Erfolg oder Nichterfolg der Gewerkschaft —, so liegt ein anderer Mangel bei seinem Aufbau darin, daß er die verschiedenartigsten Elemente (wie dies gerade beim Großbetrieb zum Ausdruck kommt) in sich vereinigt. Dieser Verschiedenheit sucht der Deutsche Holzarbeiterverband Rechnung zu tragen durch

[1]) Vgl. Bosselmann, Die Entlöhnungsmethoden, aaO. S. 24

Einrichtung der Sektionen (Branchen). Auch der Deutsche Metallarbeiterverband hat früher diese Einrichtung gehabt; da sie sich aber nicht bewährte, hat man Branchenvertrauensleute eingesetzt. In der Zusammenfassung völlig heterogener Elemente liegt vielleicht auch eine Schwäche des Verbandes. „Das System der unterschiedslosen Zusammenfassung der Arbeiter führt eben nicht zu größerer Macht der Gewerkschaften, sondern es macht sie machtlos!“[1]).

Wenn die Großbetriebe nicht gerade eine Monopolstellung einnehmen und dadurch das Eindringen des Koalitionsgedankens erschwert wird, so wird manchmal durch das Zusammenarbeiten größerer Massen die Agitation erleichtert und gefördert.

Doch auch hier läßt sich kein allgemeines Urteil fällen. So wurde uns z. B. von einer Ortsverwaltung im Rheinland berichtet, daß dort zuweilen die Organisation gerade in den Großbetrieben große Fortschritte macht. Entscheidend sind meistens die persönlichen Eigenschaften der Unternehmer. In dem betreffenden Bericht der Ortsverwaltung heißt es: „Bei solchen Unternehmungen, die leben und leben lassen, ihre Arbeiter nicht durch neue Maßnahmen beunruhigen, so daß alles seinen ruhigen Gang hat, ist es in der Regel sehr schwer, Fuß zu fassen.“

Unter den Großbetrieben figurieren auch meist die kaiserlichen Werften. Bei den Arbeitern der Staatsbetriebe besteht die Ansicht, daß sie am besten weiterkommen, wenn sie sich von allen Organisationsbestrebungen fernhalten. Sie können die Organisation um so eher entbehren, da sie auf lebenslängliche Beschäftigung rechnen.

Weit hinderlicher als der Großbetrieb ist dem Organisationsgedanken zweifellos der Kleinbetrieb. Als Kleinbetrieb in der Metallindustrie kommen vor allem die Betriebe der Edelmetallindustrie (Pforzheim und Umgebung), Flaschner, Kupferschmiede, Schlosser, Installationsgeschäfte und Klempner in Betracht. Meist sind hier in den Werkstätten nur einige Gesellen beschäftigt, mit denen der Agitator wenig Fühlung nehmen kann (in den Klempnereien kommen nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes durchschnittlich 4 Gesellen auf einen Betrieb). Bei einer so geringen Zahl ist es unmöglich, für jeden Betrieb einen Vertrauensmann zu ernennen. Dazu kommt noch, daß die

[1]) Bringmann aaO. S. XIII

Gesellen in der Blauklempnerei meist allein auf einem Bau arbeiten und die Arbeitsstelle oft wechseln.

In den gemischten Betrieben, wo die Metallarbeiter in der Hauptsache nur zu Reparaturen beschäftigt werden, gestaltet sich die Agitation nicht weniger schwierig, weil die Betreffenden wenige oder gar keine Berufskollegen um sich haben. In diesen gemischten Betrieben, wo die Metallarbeiter hauptsächlich Reparaturarbeiten zu verrichten haben, werden diese Arbeiten meist nach Feierabend in Überstunden vorgenommen, wenn der Betrieb stilliegt. Daher ist es diesen Arbeitern vielfach auch nicht möglich, an den Versammlungen teilzunehmen.

Ebenso hinderlich für die Ausbreitung der Organisation wie die zerstreut liegenden Betriebe ist die zerstreute Wohnweise. Aus Mitteldeutschland wurde berichtet, daß 400 Arbeiter eines Betriebes in 20 verschiedenen Orten wohnen. Von den in Kassel beschäftigten 9 000 Metallarbeitern sollen 2 000 auf dem Lande in etwa 100 verschiedenen Orten wohnen. In einigen Orten wohnen nur einige Arbeiter. Diese fühlen sich dann vereinsamt und verlieren die Fühlung mit der Organisation, da bei ihnen meist weder Haus- noch Werkstattagitation möglich ist. Auch die vielfachen Bildungsmöglichkeiten, die in größeren Orten durch die Gewerkschaft geboten werden und den Boden für die Organisation bereiten, fehlen auf dem Lande meist. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Pforzheim und Umgebung. Der größte Teil der in Pforzheim beschäftigten Goldarbeiter und -Arbeiterinnen wohnt auswärts. Die Abfahrtszeiten der Züge liegen meist so, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Beendigung der Arbeit sogleich zum Bahnhof müssen und so keine Betriebsversammlungen besuchen.

Wie überhaupt, so ist auch die Heimarbeit in der Metallindustrie der gewerkschaftlichen Vereinigung abhold. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin geht den eigenen Weg und bekümmert sich nicht um den andern. Dies rührt einmal daher, daß sie wegen ihres isolierten Wohnens von der Agitation schlecht zu erfassen sind; dann aber auch, weil sie wegen ihres geringen Verdienstes die Beiträge zur Organisation nicht aufbringen können.

In den Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Metallindustrie ist zuweilen die Bestimmung aufgenommen, gemeinsam dahin zu wirken, daß die Heimarbeit als Hausarbeit

nach der regulären Arbeitszeit ausgeschaltet wird. So heißt es z. B. in den „Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern der Gold-, Silber- und Metallwarenindustrie und der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterschaft" vom 21. August 1906 unter Nr. 3: „Mit den Vertretern der Arbeiterschaft mißbilligt es der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, wenn den im Betrieb beschäftigten Personen Heimarbeit mit nach Haus gegeben wird, und er legt seinen Mitgliedern die Unterlassung dieser Unsitte dringend ans Herz."

Über die Verbreitung der Heimarbeit in der Metallindustrie mag der Berichterstatter für die Berliner Heimarbeitsausstellung berichten[1]): „Die Heimarbeit als Nebenbeschäftigung ist in der Metallindustrie so weit verbreitet, daß eine Feststellung ja nur eine annähernde Feststellung der Zahl ihrer Angehörigen ganz ausgeschlossen erscheint. Selbst die großen und größten Städte vermissen sie nicht. Hier finden wir Tausende und Abertausende von Familienvätern und Hausmüttern, die nicht befriedigt von des Tages Arbeit noch Arbeit mit nach Hause nehmen, um sie abends fertig zu machen, und dadurch ihren Verdienst zu erhöhen. Natürlich ist das nur in bestimmten Berufen möglich. Hierher gehören die leichteren Arbeiten aller Art, die Uhrmacherei, einzelne Branchen der Feinmechanik, namentlich der Reißzeugmacherei, Goldschmiede und kleinere Silberarbeiten, Gravierungen, Ziselierungen, leichtere Drahtarbeiten, kleinere Metallwaren-, Polier- und Lackierarbeiten, hier und da auch wohl Justierarbeiten. Ebenso gehört das Anschärfen und Instandsetzen von Werkzeugen nicht selten zu den gelegentlichen Heimarbeiten nach Feierabend. Endlich auch das Abzählen, Sortieren und Einpacken der in der Fabrik im Hauptberuf hergestellten Waren. Ein jeder, der als Gelegenheitsarbeiter tätig ist, namentlich soweit größere Städte in Betracht kommen, ist in dem vollen Bewußtsein, eine Tätigkeit auszuüben, durch die er sowohl seine eigenen als auch seiner Berufsgenossen Interessen schädigt. Dies zeitigt bei ihm eine gewisse Scheu seinen Mitarbeitern gegenüber und hindert ihn, sich diesen zu nähern oder gar zu offenbaren."

Wie für die Ausbreitung der Organisation die Größe der Betriebe maßgebend ist, so kann man auch einen Einfluß der Größe

[1]) Vgl. „Die Heimarbeit und ihre Verbreitung in der Metallindustrie", Stuttgart 1904, S. 6.

des Ortes beobachten. Am besten ist das Organisationsverhältnis in der Verwaltungsstelle Berlin. Überhaupt ist das Organisationsverhältnis in den Städten am besten. 1907 waren die Klempner z. B. organisiert: in Berlin 90 %, Bremen 89 %, Hannover 85,5 %, Kiel 84,5 %, Hamburg 84 %, Wiesbaden 82,1 %, München 76,5 %, Köln 75,6 % usw.[1]).

Neben diesen in der Größe der Betriebe und der Orte liegenden Hindernisse finden sich solche auch vielfach in Momenten, die beim einzelnen Arbeiter liegen: in der Persönlichkeit, dem Bildungsgrad, in unzureichenden Löhnen, in der Nationalität usw.

Besonders ausgeprägt finden wir diese Ursachen am Niederrhein. Abgesehen von den für die Gewerkschaftsbewegung ungünstig wirkenden Einflüssen der betreffenden Persönlichkeit des Unternehmers oder Arbeiters ist es hier die verschiedenartige Zusammensetzung der Arbeiterbevölkerung. Aus West- und Ostpreußen, Galizien, Schlesien und Böhmen kommen hierher die Arbeiter. Sind diese schon in ihrer Heimat (wie aus den Agitationsberichten hervorgeht) nicht der Gewerkschaftsidee zugänglich, so besonders hier nicht, wo noch andere hindernde Momente hinzukommen (Sprachengemisch, Druck der Unternehmer). Einzelne Ortschaften am rechten Niederrhein sind geradezu von fremden, eingewanderten Arbeitern überschwemmt und stellen einen sehr großen Teil der gesamten Metallarbeiterschaft des rheinischen Industriebezirks dar, so daß sie einzelnen Orten fast ihr heimatliches Gepräge geben. Zum Teil sind diese fremden Arbeiter nur vorübergehend dort und haben infolgedessen wenig Interesse für die Organisation.

Nicht aber nur durch ihre fremde Eigenart (Sprache insbesondere) bilden sie ein Hemmnis für die Gewerkschaftsentwicklung, sondern vor allem deshalb, weil sie aus Gegenden kommen, wo die Löhne bedeutend niedriger sind, da es sich zumeist um agrarische Landesteile handelt. So bedeutet für sie der niederrheinische Lohn eine bedeutende Verbesserung, ganz abgesehen von einer besseren Behandlung.

Dies wirkt aber auch auf die eingesessenen Arbeiter ein. Diese sehen, wie die fremden Arbeiter sich gegenseitig und auch sie unter-

[1]) Vgl. Bericht über die Erhebungen der Lohnverhältnisse der Bauklempner, Installateure usw.

bieten. Wollen sie aber ihre Arbeit nicht verlieren, so geben auch sie sich mit den gegebenen Bedingungen zufrieden und versuchen nicht, für die Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Sie müssen um so mehr fürchten, wegen zu starken Eintretens für ihre Gewerkschaft entlassen zu werden, da gerade hier die ungelernte Arbeit im Gegensatz z. B. zu der elektrotechnischen Industrie eine große Rolle spielt, sie also leicht entlassen werden können.

Wie schon erwähnt, bietet neben der Eigenart der Nationalität (die Polen streben danach, ihre Landsleute in den polnischen Berufsorganisationen zu organisieren) die fremde Sprache den Agitatoren besondere Schwierigkeit. Außerdem ist es nach dem Reichsvereinsgesetz verboten, in öffentlichen Versammlungen zu den fremden Arbeitern in ihrer Heimatsprache zu reden.

In Elsaß-Lothringen bildet in einigen Gegenden der Nationalitätenhaß ein Hemmnis für die Ausbreitung der Organisation. Nicht weniger als diese nationalen Momente wirkt die Differenziertheit unter den Metallarbeitern hinderlich, sie zu einem Industrieverband zu vereinen. Diese Differenziertheit wurde schon lange vor der Entstehung des Verbandes als eines der größten Hindernisse erkannt. So schreibt das „Panier" Jahrgang 1876 Nr. 6: „In keiner Branche sind die Differenzen, was Intelligenz und Verdienst anbetrifft, so groß als unter den Metallarbeitern. Die oberste Stufe mit Kenntnissen ausgestattet, steht immer noch in einem Lohnverhältnis, mit dem sie sich kaum durchschlagen kann. Die zweite Stufe sind gewissermaßen die lebendigen Maschinenteile, auf einen Teil der Fabrikation angelernt und sehr oft die Handlangerdienste der ersteren spielend, fristen sie mit einem kümmerlichen Verdienst ein elendes Dasein, ja bei genauerer Untersuchung werden wir finden, daß eine Masse unter ihnen materiell den sächsischen Webern gleichgestellt und auf der untersten Stufe der Parias der Gesellschaft angelangt sind. Diese erste Stufe, nun sie pochen auf ihre Kenntnisse und sind zu stolz, sich mit den letzteren abzugeben, in dem Wahn fortlebend, der Fabrikant könne ohne ihre Kenntnisse nicht fabrizieren."

Ist auch heute die Behauptung, daß die Löhne der Metallarbeiter niedrig seien, hinfällig, so behält der Gedanke der Differenzierung, der sich in obigen Sätzen ausdrückt, noch seine Gültigkeit. Die in der Fabrikhierarchie nur etwas höherstehenden Arbeiter fühlen sich zu erhaben, mit Arbeitern in einer Organisation zusammen

zu sein, die unter ihnen stehen; sie glauben die Organisation entbehren zu können[1]).

Zum Teil sind Löhnungsmethoden (Akkordarbeit) eingeführt, die so wirken, daß ein Teil der Arbeiter andere Interessen zu haben glaubt als der andere Teil. Besonders das Kolonnensystem für Schlosser im Lokomotivbau wirkt in diesem Sinne. (Eine Kolonne von 20 und mehr Arbeiter arbeitet unter einem Vorarbeiter.) Hierbei glaubt der Vorarbeiter andere Interessen zu haben als die in der Kolonne als „Hilfe" arbeitenden Schlosser[2]). Noch schärfer tritt das Bewußtsein, höhergestellt zu sein, bei den Monteuren bzw. Obermonteuren hervor. So heißt es in dem Protokoll der ersten Konferenz der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Heizungsmonteure und Helfer S. 8: „Die sog. Obermonteure lehnen es ohnehin ab, Angaben über ihren Verdienst zu machen. Sie waren schon fast alle im Verband, sind aber aus Branchendünkel wieder ausgetreten."

Ein für die Ausbreitung der Organisation wichtiger Faktor liegt in der Person des Agitators. Kenntnis der Branche, der Eigenart der Bevölkerung und vor allem der spezifischen Verhältnisse des Agitationsbezirkes sind die ersten und wichtigsten Vorbedingungen für den Erfolg. Der Agitator darf nicht aus einer andern Gegend sein. So schreibt O. Hué in der Metallarbeiterzeitung (1896 Nr. 52) für die Agitatoren der rheinischen Bezirke: „Argumente eines Hitze müssen einem Redner unseres Bezirks gerade so geläufig sein wie die Karl Marx! Die Einseitigkeit der Ausbildung unserer Agitatoren ist ein großer Übelstand, dem sich aber leicht abhelfen läßt." Ähnliches rügte auch der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Führern und Agitatoren auf der Generalversammlung zu Braunschweig 1897 bei der Berichterstattung über seine Agitationstour am Main, Rhein und an der Nahe: „Ferner ist mir aufgefallen, daß vielfach in Versammlungen eine recht kräftige Sprache, sog. Massiv-

[1]) „Auch diese (die Arbeiter) waren von Haus aus Individualisten, und was schwer ins Gewicht fällt, die tüchtigsten haben noch heute ein gewisses Recht, Individualisten zu sein, denn sie können noch immer vom einfachen Arbeiter zum Werkmeister emporsteigen. Gerade die brauchbarsten Köpfe der großindustriellen Arbeiterschaften sind am wenigsten von dem bedrückt, was Lasalle als ehernes Lohngesetz bezeichnete" (Naumann aaO. S. 113).

[2]) Vgl. Geschäftsbericht für die Verwaltungsstelle Kassel, 1908, S. 70—72.

rhetorik beliebt wird, was ich für einen Fehler in Beziehung auf den erzieherischen Effekt und die nachhaltige Wirkung des Gesagten ansehen muß. Endlich ist die Stufe der Erkenntnis selbst bei den Vorgeschrittenen noch nicht soweit gediehen, alle Fragen von großen sachlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Die Personen, die eigenen Ichs, stehen im Vordergrund und wollen diese Stellung behaupten und befestigen. Das führt zu Prinzipienreiterei, Glaubenszünftelei und hat den Effekt, Indifferente abzustoßen, in ihnen Vorurteile oder Zwistigkeiten und dergleichen festzusetzen. Daneben spielt aber auch tatsächlich die Personenfrage eine Rolle."

Die prekäre Lage der Arbeiterführer, die Troeltsch-Hirschfeld noch als Hemmnis hervorheben, fällt heute beim Deutschen Metallarbeiterverband fort, da fast alle Beamten „freigestellt" sind (Näheres weiter unten).

In vielen Gegenden ist der Mangel an genügendem Verdienst der Grund, daß die Leute der Organisation nicht beitreten. In Zeiten guter Konjunktur lassen sie sich durch guten Verdienst und Aussicht auf besseren dazu begeistern, der Organisation beizutreten, um ihr dann, wenn die Konjunktur und mit ihr der Verdienst zurückgeht, den Rücken zu kehren, da sie die Beiträge nicht bezahlen können.

Wenn die Frauen und Kinder mitarbeiten, ist der Verdienst zuweilen so hoch, daß die Leute kein Bedürfnis fühlen, sich der Organisation anzuschließen, um besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen.

Damit kommen wir zu der

Stellung der Arbeiterinnen zur Organisation.

Die Eisen- und Metallindustrie ist einer der Berufe, in denen die Frauenarbeit besonders Eingang gefunden hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zunahme der gewerbetätigen weiblichen Personen 1907 gegen 1895 in der Metallindustrie 88,9%[1]); in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 276,8%[2]). Nach den Berechnungen der Metallarbeiterzeitung (deren Ausführungen über „Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands" in Nr. 29/1909

[1]) 1895: 40074; 1907: 73039.
[2]) 1895: 12172; 1907: 97361.

wir die folgenden Zahlen entnehmen), die nur die wirklichen Betriebe der Metallindustrie umfassen (die in den amtlichen Veröffentlichungen unter „Industrie der Maschinen usw. befindliche Pianoforte-Fabrikation ist ausgeschaltet, während der Hüttenbetrieb, die Gas- und Wasserinstallation und Graveure einbezogen sind), betrug die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte 1907 gegen 1895 in der Metallverarbeitung 83,7 % und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 217,3 %.

Damit wachsen zugleich die Schwierigkeiten, alle in der Metallindustrie Beschäftigten zu organisieren, da gerade die Frauen dem Organisationsgedanken schwer zugänglich sind. Mit Ausschluß des Aufsichtspersonals und der tätigen Angehörigen betrug 1908 die Zahl der organisationsfähigen Arbeiterinnen in der Metallindustrie 99461. Von diesen waren Ende 1908 im Deutschen Metallarbeiterverband 15167 organisiert, und zwar in Berlin 3564, 4136 in der Blattgoldindustrie in Nürnberg, Fürth und Schwabach, 2923 in der Gold- und Silberwarenindustrie in Gmünd, Hanau, Pforzheim und Oberstein.

Zum Teil handelt es sich um Zunahme der weiblichen ungelernten Arbeit, die auf die zunehmenden technischen Verbesserungen zurückzuführen ist. Wie sehr die ungelernte weibliche Arbeitskraft in der Metallindustrie zugenommen hat, mag nachstehende Tabelle (MZ. Nr. 29 1909) zeigen:

Berufsgruppe	Gel. Arbeiterinnen			Ungel. Arbeiterinnen		
	1895	1907	1907 mehr geg. 1895 in Proz.	1895	1907	1907 mehr geg. 1895 in Proz
Gold- und Silberarbeiter und Verarbeitung von Blattmetall	6614	10205	54,3	2995	4597	53,5
Fertigung von Metallspielwaren	105	1045	895,2	579	2467	326,1
Sonst. Verarbeitung unedler Metalle	824	3074	273,0	5115	15826	209,4
Eisengießerei und Emaillierung	56	470	739,3	2000	3518	75,8
Blechwarenfabrikation	214	242	13,0	3912	5304	35,5
Fertigung von Stiften, Nägeln, Schrauben, Ketten	56	338	503,5	1770	3725	110,4
Fertigung eisener Kurzwaren	129	286	121,7	745	1729	132,0
Näh-, Stecknad., Nadlerw.-, Drahtg.	466	1583	239,7	2424	3355	38,4
Fert. v. Masch., Instrum., Apparate	214	667	211,6	2910	5560	91,0
Fertigung von Zeitmeßinstrumenten	763	2048	168,4	759	1594	110,0
Fertigung musikalischer Instrumente	339	877	158,7	681	1249	83,4
Fert. math., physik., chem. u. chir. Instr.	238	588	147,0	616	1932	213,6
Lampen und Beleuchtungsartikel	6	271	4416,0	1316	6205	376,0
Elektr. Masch., Apparate, Anlagen usw.	12	380	3066,6	1066	9346	776,7
Hüttenbetrieb (Frisch- u. Streckw.)	18	67	272,2	4210	5537	31,3

Die geringe Neigung der Frauen, sich zu organisieren, hängt zum Teil mit ihrer ängstlichen Natur zusammen, da sie fürchten, dann entlassen zu werden; zum Teil handelt es sich um junge Mädchen, die ihre Tätigkeit in der Industrie nur als eine vorübergehende betrachten und ihre Zukunft in der Ehe gesichert glauben. Bei manchen ist der Verdienst auch so niedrig, daß sie kein Geld für Organisationsbeiträge erübrigen können. Die Organisationslust wird bei den Frauen noch dadurch gemindert, daß es sich bei ihnen meist um ungelernte Arbeit handelt; bald arbeitet dieselbe Frau daher in der Textilindustrie, bald in der Kartonagen- oder in der Metallindustrie.

Das Interesse für die Organisation wird noch mehr abgelenkt durch

Nebenbeschäftigung und Vergnügungsvereine.

Wenn auch der wirtschaftliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit in neuerer Zeit immer schärfere Formen (Ca-Canny-System) annimmt und immer heftiger geführt wird, so treten die Arbeiter meist doch nur dann ganz für ihre Organisation ein, wenn der Kampf entbrannt ist oder doch der Kampf schon in Aussicht steht. Zu andern Zeiten treten andere Bedürfnisse stärker auf und lassen das Streben nach wirtschaftlichem Zusammenschluß zurücktreten.

Nebenbeschäftigung und Vergnügungsvereine aller Art nehmen die Interessen der Arbeiter stark in Anspruch. Wie stark die Nebenbeschäftigung zuweilen ist, mag ein Beispiel zeigen, das uns aus der Provinz Sachsen mitgeteilt wurde: in einem Betrieb waren 68 verheiratete und 15 ledige Arbeiter beschäftigt. Eine Nebenbeschäftigung hatten 54 Verheiratete und 2 Ledige. Die Nebenbeschäftigung besteht zum Teil darin, daß die Maschinenarbeiter sich zu Hause mit ähnlicher Arbeit beschäftigen. Die Nebenbeschäftigung finden wir meist dort, wo früh die Arbeitszeit beendigt ist (4 oder 5 Uhr).

Hauptsächlich besteht sie in landwirtschaftlicher Arbeit; besonders in Mittel- und Süddeutschland. Hier benutzen die Leute die freie Zeit, um in der Land- und Forstwirtschaft tätig zu sein. Die Anlegung von Schrebergärten kommt ihrem Bedürfnis entgegen. Arbeitslosigkeit durch Streik, Aussperrung oder infolge schlechten Geschäftsganges brauchen diese Leute nicht so sehr zu fürchten, da

sie sich in dieser Zeit mehr ihrer sonstigen Nebenbeschäftigung widmen. Aber diese auf dem Lande wohnenden Arbeiter streben danach, ein kleines Haus mit einigen Parzellen Feld zu erwerben, sind daher meist mit Häuserschulden überlastet und können die Beiträge für die Organisation nicht aufbringen.

Ungleich mehr der Entwicklung der Organisation hinderlich als die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung ist die Neigung, möglichst vielen Vereinen anzugehören. Hinderlicher ist es deshalb, weil hierfür eine größere Zahl in Betracht kommt. Das Vereinswesen steht sowohl der Ausbreitung als der Vertiefung des Organisationsgedankens entgegen. Tanz-, Turn-, Gesang-, Kegel-, Rauch- und Radfahrervereine finden mehr Interesse als die wirtschaftliche Vereinigung. Eine Stadt in Baden mit 63 000 Einwohnern, besitzt, wie uns berichtet wurde, 29 Gesangvereine, 14 Radfahrervereine, 8 Turnvereine, 4 Athletenklubs, 8 Fußballklubs. Bei einer solchen Anzahl von Vereinen ist es nicht verwunderlich, daß das Interesse für die wirtschaftliche Organisation gering ist, wenn man bedenkt, daß die genannten Vereine sich meist aus Arbeitern zusammensetzen.

Nicht so groß sind die

Hemmnisse für die Entwicklung der Organisation durch die Behörden.

In früheren Jahren bis zur Mitte des 1. Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts wurden der Gewerkschaft seitens der Behörde mancherlei Hindernisse in den Weg gelegt. Im Anfang des Bestehens des Deutschen Metallarbeiterverbandes sollen einige Unternehmer sogar die Unterstützung der Behörden genossen haben, um so gemeinsam gegen den Verband zu kämpfen[1]).

Die heutige Behörde legt zuweilen (besonders in Süddeutschland) in Erkenntnis der Bedeutung, die die Gewerkschaftsbewegung heute hat, der Entwicklung der Organisation keine Schwierigkeiten mehr in den Weg. Namentlich ist dies von größeren Orten zu sagen, während in kleineren Orten der Bürgermeister glaubt, die Bewegung im Interesse des Staatswohls unterdrücken zu müssen. Von solchen kleinen Orten wurde uns berichtet, daß den

[1]) Vgl. „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse. Aktenstücke über eine Koalition Deutscher Metallarbeiter-Verbände mit Königlich preußischen Behörden." London 1899. Verlag von E. Bernstein & Co., Printed in Switzerland.

Wirten sogar mit Konzessionsentziehung gedroht wurde, wenn sie dem Deutschen Metallarbeiterverband ihr Lokal für Versammlungen zur Verfügung stellen. Von Verwaltungsstellen in größeren Orten wurde hingegen berichtet, daß die Behörden nicht nur keine Schwierigkeiten machen, sondern sogar entgegenkommend seien.

Zuweilen versuchte man noch in den letzten Jahren bei der Verteilung von Flugblättern Schwierigkeiten zu machen. Heute kommt aber dies nicht mehr vor, nachdem die Judikatur die gegen Entgelt vorgenommene Zettelverteilung nicht für genehmigungspflichtig hält. Zum Beweise dafür, daß der Zettelverteiler Anspruch auf eine Vergütung hat, bekommt er einen Schein, mit dem er sich vor dem Polizeibeamten ausweisen kann. Etwa folgender Art:

Gutschein.

Gegen Vorzeigung dieses Gutscheines erhält der Inhaber Herr ..... als Bezahlung für Verteilen von Flugblättern an die Arbeiter der Firma ..... den Betrag von .... ℳ von Herrn ..... ausbezahlt.
Kassel, den .....

Quittung.

Den Betrag von .... ℳ erhalten zu haben, bescheinigt
Kassel, den .....
..... (Unterschrift.)

Auch die gesetzlichen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht zeigten sich früher meist der Ausbreitung des Verbandes hinderlich. Besonders in Sachsen war es unmöglich, eine Verwaltungsstelle zu gründen, da sie sofort aufgehoben worden wäre. Deshalb behalf man sich in Sachsen mit Einzelmitgliedschaften; an Stelle der Ortsverwaltung mußten einzelne Bevollmächtigte den Verkehr der Mitglieder mit dem Vorstand vermitteln.

Durch das Reichsversicherungsgesetz von 1908 und seine Begründung wurde ausdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine sind. Auch die Beantwortung der Fragebogen geht fast einstimmig dahin, daß die Auslegung des Vereinsgesetzes sich nicht gegen die Gewerkschaft richtet. Gering an Zahl sind die Orte, an denen man die Versammlungsfreiheit zu beschränken sucht.

Der Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes weit hinderlicher als Behörden und Gesetze sind die

Unternehmer und ihr Zusammenschluß in Arbeitgeberverbänden.

Konnten wir oben ein fast völliges Verschwinden des Druckes feststellen, den die Behörden auf den Verband ausübten, so kann man Gleiches von den Unternehmern und ihren Organisationen nicht behaupten. Die Schwierigkeiten, die die Unternehmer dem Verband bereiten, kommen fast überall vor, und sind je nach Temperament und Ansichten des Unternehmers verschieden. In manchen Betrieben werden die Arbeiter vor ihrer Einstellung nach der Zugehörigkeit zum Verband gefragt, und falls sie Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind, erfolgt die Einstellung nicht (Gelbe, Hirsch-Dunkersche und Christliche werden eingestellt). Einige Betriebe haben in ihre Arbeitsordnung folgende Bestimmung aufgenommen: „Jeder Arbeiter, der bei seiner Annahme . . . . . nicht wahrheitsgemäß angegeben hat, welchen . . . . . Fach- und Gewerkvereinen er als Mitglied angehört, kann mit Kündigung nicht eingestellt werden." An anderer Stelle heißt es unter „Aufhebung des Arbeitsverhältnisses": „Außer in den in der Gewerbeordnung aufgeführten Fällen können die Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden . . ., bei Anzettelung und Unterstützung von irgendwelchen gegen die Interessen der Fabrik gerichteten Bestrebungen innerhalb des Betriebes."

Doch helfen auch solche Bestimmungen nicht. Einige Arbeiter richten sich danach, d. h. sie geben nicht an, daß sie dem Deutschen Metallarbeiterverband angehören.

Zuweilen sind die Unternehmer nicht geneigt, Organisierte zu entlassen, weil es sich um tüchtige Arbeiter handelt. Doch werden diese dann von allen Wohlfahrtseinrichtungen (Weihnachtsgeschenken usw.) ausgeschlossen. Aus vielen Verwaltungsstellen wurde jedoch berichtet, daß die Unternehmer dem Verband überhaupt keine Hindernisse entgegenstellen.

Weit wirksamer als der einzelne Unternehmer kann der Arbeitgeberverband der Arbeiterorganisation entgegentreten. Bis vor einigen Jahren weigerten sich die meisten Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu unterhandeln. So heißt es 1906 in einem Schreiben des Verbandes der Metallindustriellen Badens, daß sie (die Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen) dem Deutschen Metall-

arbeiterverband „eine Berechtigung, im Namen der bei den unserm Verband angeschlossenen Betriebe beschäftigten Arbeitern an die Betriebsinhaber bzw. Leiter Vorschläge zu machen, nicht zugestehen". Man wollte an dem naturgemäßen Zustand, wie man es nannte, daß die Arbeiter einzeln mit den Unternehmern verhandeln sollten, festhalten im Interesse der Arbeiter und des guten Einvernehmens zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern[1]).

Es sollte verhindert werden, daß die deutsche Industrie nach den Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes schematisiert werde, daß auch der Arbeiter selbst ohne Ansehen seiner Leistung lediglich eine Nummer werde. (In demselben Schreiben.)

Später sah man ein, daß man mit den Verbandsvertretern besser unterhandeln konnte als mit dem einzelnen Arbeiter, der nicht das Verständnis für die allgemeine Lage und die Durchführbarkeit etwaiger Forderungen hat, zudem oft von den verschiedensten Momenten leicht beeinflußt wird. Erst 1906 gelang es zuerst in Baden und Württemberg, dem Verbande seine Anerkennung gegenüber dem Verband der Metallindustriellen zu erzwingen.

Hauptsächlich mit zwei Einrichtungen treten die Arbeitgeberorganisationen in der Metallindustrie dem Deutschen Metallarbeiterverband entgegen: mit den „schwarzen Listen" und dem unparitätischen Arbeitsnachweis.

Das System der „schwarzen Listen" schildert schon Keßler in seinem Buche S. 145 und 147 in seinen Wirkungen für die Metallarbeiter im Saarrevier und in der Eisenindustrie Hamburgs. Wenn auch heute manche Härten vermieden werden, so werden diese Listen doch auch heute noch geführt und in diese hauptsächlich solche Arbeiter aufgenommen, die für den Deutschen Metallarbeiterverband agitieren[2]). Doch erklärte Dr. Tille,

[1]) Schreiben des Verbandes der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke an den Deutschen Metallarbeiterverband vom 22. März 1906.

[2]) Vgl. die Aussage Dr. A. Tilles vor dem Landgericht Saarbrücken 1908 bei Gelegenheit einer Verhandlung über die Entlassung einiger Arbeiter der Firma Kreuth und Zenner, Armaturenfabrik in Saarbrücken. — Abgedruckt in der MZ. Nr. 29 1910.

daß es der freien Entschließung jeden Arbeitgebers überlassen bleibt, ob er einen solchen Arbeiter (der in der schwarzen Liste steht) einstellen will oder nicht.

Die Metallarbeiterzeitung entrüstet sich darüber, daß dieses nicht sittlich erlaubt sei. Doch dem Nationalökonomen kann die Entscheidung über die sittliche Erlaubtheit nicht obliegen. Die „schwarzen Listen" sind aber auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkte zu verwerfen aus demselben Grunde wie auf seiten der Arbeiter die „passive Resistenz", von der weiter unten gesprochen wird.

Daß auch der Arbeitsnachweis von den Unternehmern als Mittel gegen die Organisation der Arbeiter (also auch gegen den Deutschen Metallarbeiterverband) gebraucht wird, geht aus einer Äußerung des früheren Generalsekretärs der deutschen Arbeitgeberverbände — Bueck (am 4. Mai 1905 im Hotel Kaiserhof, Berlin) — hervor: „Nach meiner Auffassung würde es für Ihren Verein (damals handelte es sich um den Zechenverband) ebenso wie für die andern Arbeitgeberverbände zweckmäßig sein, einen Arbeitsnachweis zu errichten. Ich betrachte den Arbeitsnachweis als das wirkungsvollste und bedeutendste Mittel, um der Agitation der Sozialdemokratie und ihren Organisationen wirkungsvoll entgegentreten zu können."

Wenn nun auch einige Unternehmer allein und durch ihre Organisationen dem Verband manche Schwierigkeiten in seiner Entwicklung bereiten, so kann man doch nicht das unterschreiben, was der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in seinen „Forderungen" aaO. S. 32 von der Macht des koalierten Unternehmertums bezüglich seiner Einwirkung auf die Arbeiterverbände sagt: „Das in seiner höchsten Vollendung koalierte Großkapital und Unternehmertum, wie wir es heute in den Eisen- und Stahlsyndikaten vor uns sehen, ist allmächtig." Wenn man sich nüchtern die letzten Kämpfe in der Metallindustrie (1910 auf den Werften und in der Pforzheimer Edelmetallindustrie) besieht, kann man wohl sagen, daß der Gedanke in dieser Fassung eine Hyperbel ist.

Solange die Arbeiter sich nicht zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen koalierten, war auch kein Zusammenschluß der Unternehmer zu finden[1]). Der Zusammenschluß der Arbeiter und

[1]) Vgl. auch Bosselmann aaO. S. 32.

ihr Druck auf die Unternehmer ließ aber auch bald die Unternehmer sich in Arbeitgeberverbänden zusammenfinden. Große Interessenverbände lösten die kleinen Kampforganisationen ab. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der sich erst auf die Firmen und Berufe beschränkte, wurde auch in der Metallindustrie zu einem Kampfe, der die ganze Industrie erfaßt. Auch das Unternehmertum in der Metallindustrie suchte sich daher außer in Reichs- oder Bezirksberufsverbänden, z. B. Verband der Kupferschmiedereien Deutschlands, Vereinigung von Arbeitgebern der deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Berufszweige, in einem Industrieverband zu vereinigen, „in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten" (Bueck, in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller)[1]).

Um dem Industrieverbande der Metallarbeiter ein Gegengewicht zu bieten, schlossen sich die Metallindustriellen 1890 zum „Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller" zusammen. Dieser zählte

1890	5	Verbände,					
1900	18	Bezirksverbände,	20	angeschl.	Vereine,	35	Einzelmitglieder,
1905	27	„	2	„	„	33	„
1910	34	„	4	„	„	37	„

In den letzten Jahren scheint die Organisationsfreudigkeit der Arbeitgeber in der Metallindustrie nachgelassen zu haben, da dem Verbande 1907 schon 34 Bezirksvereine und 36 Einzelvereine angeschlossen waren (vgl. Weber, aaO., S. 320). Die Betriebe in Rheinland und Westfalen sind zum großen Teile nicht diesem Verbande angeschlossen, sondern gehören dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher

[1]) Die mustergültig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt. Mit Aussperrungen drohen, damit wird nichts erreicht, darüber lachen die Leute bloß. Kleine Aussperrungen von 30000 bis 40000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Überwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten, das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht — oder sich unter die Herrschaft der Hetzer und Aufrührer zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen (AGZ. 18. XII. 1910, Anm. der vorigen Seite).

Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf an, welcher etwa 200 000 Arbeiter umfaßt. Selbst der Industrieverband, der den Berufsverband zurückdrängte, muß zuweilen schon die Führung im Kampfe an den „Klassenverband" (Hauptstelle oder Verein Deutscher Arbeitgeberverbände) abtreten.

Besonders können die Unternehmer auf die Organisation einwirken durch die

Wohlfahrtseinrichtungen.

Schon früh verurteilten die organisierten Metallarbeiter die Wohlfahrtseinrichtung. Das „Panier" (1876 Nr. 23) schrieb: „Der Fabrikant ist nie mehr zu fürchten, als wenn er Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter gründet".

Wohlfahrtseinrichtungen, welche vor allem der Ausbreitung der Gewerkschaft hinderlich sein können, sind die Werkswohnungen und die Pensionskassen.

In den Mietsverträgen für Werkswohnungen besteht zuweilen die Bestimmung, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses sofort oder innerhalb 14 Tagen die Wohnung geräumt werden muß. Da in der Regel eine neue Wohnung nicht so leicht zu bekommen ist, schreckt der Betreffende vor allem zurück, was das Arbeitsverhältnis lösen könnte. Vor allem wird er sich nicht an einem Streik beteiligen[1]). Andere Arbeiter, die vom Unternehmer Darlehen zur Errichtung von Wohnhäusern bekommen haben, treten der Organisation nicht bei, weil sie fürchten, daß ihnen das Darlehen gekündigt wird[2]).

Ähnlich wie die Werkswohnungen wirken auf die Organisationslust die Pensionseinrichtungen der größeren Eisenwerke ein. In einigen Werken sind die Arbeiter z. B. nach 5 Jahren pensionsberechtigt. Haben sie diese Karrenzzeit überschritten, so fühlen sie sich gesichert und glauben der Organisation entbehren zu können.

Wohl selten ist der Wert oder Unwert einer Institution verschiedenartiger beurteilt worden als gerade die Wohlfahrtsein-

---

[1]) Zuweilen beteiligen sich auch diese Arbeiter am Streik.

[2]) Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik: „Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich von Dr. A. Günther und R. Prévot".

richtung. „Von der Parteien Haß und Gunst entstellt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte“[1])[2]). Beide Seiten — Unternehmer sowohl wie die Arbeiter — suchen die Vorteile bzw. Nachteile meist einseitig hervorzuheben. Doch erklären auch die Unternehmer zuweilen, daß ein Zweck — wenn auch nur als Nebenzweck — der Wohlfahrtseinrichtungen der sei, die Freiheit zum Streiken und damit zum Beitritt der Koalition zu verhindern. Werner von Siemens gibt in seinen „Lebenserinnerungen“ die Gründe zur Errichtung der Pensionskasse an: „Man hat dieser Einrichtung den Vorwurf gemacht, daß sie den Arbeiter zu sehr an die betreffende Arbeitsstelle binde, weil er mit seinem Abgang die erworbenen Rechte verliere. Es ist dies ganz richtig, wenn die erworbene Härte auch dadurch gemildert wird, daß bei Arbeiterentlassungen wegen mangelnder Arbeit jeder entlassene Arbeiter einen Schein erhält, der ihm ein Vorrecht zum Wiedereintritt gibt. Freilich die Freiheit zum Streiken wird dem Arbeiter durch die Pensionseinrichtungen wesentlich beschränkt, denn bei seinem freiwilligen Austritt verfallen statutenmäßig seine Altersrechte“[3]).

Andererseits wird aber auch von der Seite der Arbeiter zuweilen in nicht zu billigender Weise gegen diese Einrichtung agitiert. Das Organ der Metallarbeiter (der Vorläufer der Metallarbeiterzeitung), das „Panier“ 1876 Nr. 23, erklärte z. B. „Das Verdienst der Herren ist um so eher anzuerkennen, als sie doch nur Undank von den Arbeitern ernten. Einen Teil der Schuld tragen wir mit. Wir sagen zu den Arbeitern: „Betrachtet jeden Herrn, der Euch eine Wohlfahrtseinrichtung gründet, als wenn er Euch eine Ohrfeige gibt. Ob die Ohrfeige in gutem Glauben gegeben wird, darauf kommt es nicht an.“ Was damals klar ausgedrückt wurde, wird heute noch mehr oder minder deutlich gesagt.

---

[1]) Vgl. hierzu Günther, „Wohlfahrtseinrichtungen und Betriebseinrichtungen.“ München 1909 und Jacobsohn, „Der Kampf gegen die Wohlfahrtseinrichtungen in Großbetrieben.“ Leipzig 1910.

[2]) Bei Krupp waren 1910 3300 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 300 Mitglieder des Gewerkvereins, 1500 Mitglieder des christlichen Verbandes und 5000 Mitglieder des gelben Werkvereins.

[3]) Vgl. Geschäftsbericht für 1908—1910 des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Mögen die Absichten bei der Gründung dieser Einrichtungen gute oder schlechte gewesen sein — daß viele nur aus edlen Motiven gegründet sind, steht fest —, sicher ist, daß sie vielfach der Entwicklung des Organisationsgedankens gerade bei den Metallarbeitern — denn gerade in der Metallindustrie, abgesehen vom Bergbau, kommen die meisten Wohlfahrtseinrichtungen vor — hinderlich sind.

Unterstützend beim Kampf gegen die Gewerkschaft tritt dem Unternehmer die

Geistlichkeit

zur Seite — freilich aus völlig andern Motiven. Wenn auch seiner Natur nach die Wege des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht parallel mit denen der sozialdemokratischen Partei führen, so ist doch nicht zu leugnen, daß eine große Zahl der Mitglieder — wenn nicht die größte — der sozialdemokratischen Partei angehört. So ist es denn erklärlich, daß die Geistlichkeit beider Konfessionen die Arbeiter abzuhalten sucht, dem Verband beizutreten. In überwiegend katholischen Gegenden ist es die katholische, in überwiegend protestantischen Gegenden die protestantische Geistlichkeit, die meist in Vereinen (Arbeiter-, Männer-, Jünglings- und Jungfrauenvereinen) ihre Tätigkeit gegen den Verband entfaltet. Besonders sucht man die Frauen durch Hausagitation zu gewinnen.

Zweifellos ist dies vom Standpunkt der Kirche und ihrer Vertreter richtig. Doch hierüber zu entscheiden, ist bekanntlich nicht Aufgabe des Nationalökonomen. Seine Aufgabe erschöpft sich damit, lediglich die wirtschaftlichen Zwecke und Wirkungen festzustellen.

Wenn die Geistlichen so einerseits gegen den Deutschen Metallarbeiterverband arbeiten, so suchen sie andererseits die Arbeiter für den Christlichen Metallarbeiterverband zu erwärmen in Erkenntnis, daß wirtschaftlicher Zusammenschluß das Bedürfnis, wie überhaupt der Einzelindividuen in unserer Zeit, so besonders der wirtschaftlich Schwachen ist.

Erwähnt sei das

Kost- und Logiswesen,

das zuweilen der Organisation hindernd entgegentritt. Bei den dem Kost- und Logiszwang unterworfenen Arbeitern ist die Agitation und die Beteiligung an der Organisation schwer, weil

es sich meist um einzelne Arbeiter handelt, und diese unter fortwährender Aufsicht des Meisters stehen. Doch besteht der Kost- und Logiszwang in der Metallindustrie nur noch in sehr geringem Maße bei einzelnen Schlossern, Schmieden und Klempnern in ländlichen Gegenden.

Schon seit längerer Zeit ist die Generalkommission für die Beseitigung dieses Zustandes eingetreten. Sie hat eine Zentralstelle geschaffen, die alles einschlägige Material sammelt. Calwer hat dieses Material zusammengestellt in der Schrift „Kost- und Logiswesen im Handwerk", Berlin 1908.

Von 4010 erfaßten Betrieben mit 132 557 Beschäftigten waren

	in Kost und Logis	nur in Logis	nur in Kost
im ganzen	9009	1628	494
Metallarbeiter	33	—	—

1908 war in 34 Tarifgemeinschaften der Kost- und Logiszwang durch den Deutschen Metallarbeiterverband beim Meister geregelt.

Unter den Hindernissen für die Ausbreitung des Verbandes, die in stetigem Schwinden begriffen sind, ist der

Genuß von alkoholischen Getränken,

besonders von Bier und Branntwein, zu nennen. Nur bei den ungelernten Elementen der Arbeiterschaft findet man noch den Alkoholgenuß in solchem Maße, daß er der Organisation hinderlich ist. Auffallend ist dieser Rückgang besonders seit dem Beschluß des Leipziger Parteitages, der den Arbeitern den Schnapsboykott empfahl. Auch dem 6. Gewerkschaftskongreß[1]) lag ein diesbezüglicher Antrag vor. „Der Gewerkschaftskongreß erkennt es als eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Verheerungen des Alkoholismus durch Belehrung und praktische Gegenmittel zu bekämpfen.

Er fordert daher die Gewerkschaften auf, um die Förderung des Alkoholgenusses zu vermeiden, bei Zusammenkünften und Veranstaltungen aller Art jeden Trinkzwang zu beseitigen und den Verzehr alkoholischer Getränke auszuschließen oder doch möglichst zu beschränken.

Einrichtungen der Gewerkschaft, wie Zahlstellen, Arbeitsnachweise, Auszahlungsstätten sollen ihren Sitz nicht in Wirtschaften

[1]) Vgl. Korrespondenzblatt 1908 S. 309.

haben oder von Wirten verwaltet werden. Etwa erforderliche Ausgaben für solche Einrichtungen, sowie die Mieten für Versammlungsräume sind durch besondere Beiträge oder Ortszuschläge zu decken.

Die Gewerkschaftskartelle werden aufgefordert, sich vom Alkoholkapital völlig unabhängig zu halten, keine Vereinbarungen mit Brauereien und Wirten zu treffen, die eine Verpflichtung zum Genuß alkoholischer Getränke einschließen oder diese zu fördern geeignet sind, vielmehr durch das Mittel genossenschaftlicher Selbsthilfe die erforderlichen Räumlichkeiten zu mieten oder selbst zu errichten."

Wenn auch das Zurückgehen des Alkoholgenusses hauptsächlich als eine Folge des Kampfes gegen das „Junkertum" und als Folge des Kampfes gegen die Reichsfinanzreform 1909 anzusehen sind, so sind die Wirkungen doch für die Gewerkschaftsbewegung günstig.

Das geringere oder größere Wachstum der Mitgliederzahl ist zuweilen auch ein Spiegelbild der

Konjunktur.

Ein Bild auf die Kurve der Mitgliederzahl[1]) zeigt uns, wie die Krise auf die Ausbreitung der Organisation einwirkt. Viele Arbeiter treten aus, da sie glauben, dann nicht so leicht entlassen zu werden. Andere wenden der Organisation den Rücken, weil ihr Verdienst geschmälert ist, oder weil sie arbeitslos sind und infolgedessen die Mitgliederbeiträge nicht bezahlen können. Wie sehr die Konjunktur gerade in der Schwereisenindustrie wirken kann, mögen einige Sätze aus dem Bericht des 8. Bezirks (Frankfurt a. M.) für das Jahr 1908 zeigen[2]).

„1907 waren in Betrieb 107 Hochöfen, außer Betrieb 6 Hochöfen. 1908 im Betrieb 76, außer Betrieb 35 Hochöfen. . . . Im Stahlwerksbetrieb großer Betriebe in Lothringen war nicht die Hälfte der bei Vollbetrieb erforderlichen Belegschaft beschäftigt."

Geringe Schwankungen der Saison machen sich für die Organisation nur in Spezialgewerben bemerkbar. So blüht die Edelmetallindustrie besonders in der Zeit von August bis Ostern.

[1]) Vgl. Tabelle zu Kapitel I.

[2]) Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1908 S. 81.

In der Zwischenzeit ist der Geschäftsgang stiller; 1—2 Tage in der Woche wird dann zuweilen die Arbeit ausgesetzt.

Außer in einigen kleineren Industrien wie Blechwaren-, Nähmaschinenschiffchenfabriken macht sich das Auf und Ab der Konjunktur insbesondere beim Installations- und Klempnergewerbe bemerkbar, da diese zum Teil von dem Baumarkt abhängig sind.

Manche der oben erwähnten Momente sind Ursachen der

Fluktuation der Mitgliederzahl

und damit Hindernisse für die Organisation überhaupt. Niedrige Löhne in Verbindung mit Erhöhung der Beiträge veranlassen manchen Arbeiter, der Organisation den Rücken zu kehren. So verlor eine Verwaltungsstelle in Baden 1907 bei der Beitragserhöhung um 10 Pf. von 7200 Mitgliedern etwa 900 Mitglieder. Der Hauptanteil der Fluktuation ist der mangelhaften Beitragsleistung zuzuschreiben. Nach dem Statut darf nach einem Beitragsrückstand von 6 Wochen die Mitgliedschaft nicht weiter bestehen.

Am geringsten ist die Fluktuation dort, wo der Arbeiter aus irgendeiner Ursache an die Scholle gefesselt ist, während sie in reinen Industriegegenden wie in den Städten zwischen Hamm und Duisburg, wo die Arbeiter die betreffende Arbeitsstätte nur als Durchgangsstation benutzen, am größten ist.

In den östlichen Provinzen wird die Fluktuation zuweilen von den Agitatoren unwillkürlich selbst hervorgerufen oder unterstützt, indem sie auf die günstige Lage der Arbeiter im Westen Deutschlands hinweisen. Der Erfolg einer solchen Rede ist zuweilen nicht der, daß der Arbeiter sich der Organisation anschließt, sondern daß er in das „gelobte Land" wandert[1]).

Wie groß die Fluktuation zuweilen ist, mögen die Zahlen für 1909 zeigen. Die Zahl der Beitritte betrug 103 928, die der Übertritte 5003, die der vom Militär Zurückgekommenen 5618, zusammen 114 549 Zugänge; demgegenüber steht ein Abgang von 103 273 bei einem Gesamtmitgliederstand von 373 349. Des näheren orientiert darüber die folgende Tabelle aus dem Jahrbuch 1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

---

[1]) Vgl. den Abschnitt über Reiseunterstützung im Kapitel „Unterstützungen".

1. Beitritte und Übertritte.

Geschlecht	Beitrittsgeldsumme Mk.	Pf	Zahl der Beitritte	Vom Militär zurück	Übertritte von freien Verbänden	Gewerkverein	Christlicher Verband	Ausländer	zusammen	Beitritte und Übertritte zusammen
Männliche .	43791	50	87583	5618	2936	375	335	1357	5003	98204
Jugendliche .	1769	60	8848	—	—	—	—	—	—	8848
Weibliche . .	1499	40	7497	—	—	—	—	—	—	7497
Zusammen	47060	50	103928	5618	2936	375	335	1357	5003	114549

2. Zunahme und Wiederabgang.

Geschlecht	Mitgliederzahl Ende 1908	Beitritte und Übertritte 1909	Mitgliederzahl Ende 1909	+ Zunahme — Abnahme	Wiederabgang von Mitgliedern: von älteren Jahrgängen	von den im Jahre Beigetretenen	Zusammen
Männliche . .	341011	98204	349941	+ 8930	—	—	[1]89274
Jugendliche .	5895	8848	7860	+ 1965	—	—	6883
Weibliche . .	15167	7497	15548	+ 381	—	—	7116
Zusammen	362073	114549	373349	+ 11276	75179	28094	103273

1) Darunter 7600, die zum Militär abgingen.

Die Fluktuation in einzelnen Verbänden zeigt die nachstehende Tabelle.

Fluktuationsziffer in einzelnen Verbänden in Prozent der Jahresdurchschnittsmitgliedschaft.

Jahr	Metallarbeiter	Holzarbeiter	Tabakarbeiter	Maurer	Zimmerer	Buchbinder	Gemeinde- und Staatsarbeiter
1894			37,7				
1895			37,7	51,0	44,8		
1896			39,2	63,9	52,9		
1897	63,1		39,3	43,8	52,8	69,0	41,4
1898	54,7	56,5	34,7	41,2	51,1	43,8	80,8
1899	66,4	47,7	37,7	37,6	46,8	47,0	28,5
1900	57,5	52,0	31,9	39,9	52,6	55,1	44,1
1901	48,6	47,0	27,2	35,6	46,2	57,1	60,0
1902	38,8	39,8	25,6	38,9	44,9	38,4	39,6
1903	48,4	37,7	38,9	35,2	36,6	37,4	33,2
1904	41,4	27,6	20,0	32,3	37,4	45,4	32,0
1905	38,7	29,2	27,3	29,3	35,4	43,4	32,4
1906	37,7	29,4	39,1	28,8	30,3	49,9	

(Nach Dr. Brüggerhoff aaO. S. 144.)

Die Mehrzahl der Übertritte kommt ebenfalls aus freien Verbänden, weniger aus Konkurrenzverbänden, von denen im folgenden Abschnitt zu reden ist.

Konkurrenzorganisationen.

Wie im allgemeinen im Wirtschaftsleben die verschiedenartigen Bedürfnisse zuweilen die Konkurrenz hervorrufen, so können wir es auch bei den Arbeiterorganisationen verfolgen[1]). Fast gleichzeitig entstanden in der Metallindustrie Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts drei Richtungen: die Richtung der Hirsch-Dunckerschen, der Marxisten und der Lassalleaner; die beiden letzten vereinigten sich 1875 zu den Anfängen der freien Gewerkschaft. Ende der 90er Jahre trat dann noch die christlich-soziale Richtung hinzu. Diese und die anderen kleinen Konkurrenzorganisationen werden am Schlusse dieses Abschnittes zusammengestellt.

Eine neuere hauptsächlich in der Metallindustrie in die Erscheinung tretende Organisationsart, die gerade in jüngster Zeit große Fortschritte gemacht hat, mag in kurzen Zügen im folgenden gezeichnet sein. Es sind die Werkvereine, auch „gelbe" Vereine genannt.

Mit dem Ausdruck „gelbe" Vereine sollen in den folgenden Ausführungen alle die Gründungen bezeichnet werden, die sich gegen die Gewerkschaften wenden. Zwar sind diese Werkvereine zum Teil verschieden von den gelben Gewerkschaften, wie sie im westlichen Nachbarland zu finden sind[2]). Doch hat sich die Bezeichnung „gelb" allgemein für sie eingebürgert. Selbst ihr Führer nennt sie „gelbe Arbeitervereine"[3]).

Sie sind verhältnismäßig jung. Erst 1905 ins Leben gerufen, sind sie trotz oder vielleicht auch wegen heftiger Gegenorganisation schnell gewachsen. Es kann nicht Aufgabe dieses Abschnittes sein, das ganze Problem der gelben Gewerkschaften in Deutschland aufzurollen[4]).

Es soll hier nur soweit erörtert werden, wie erforderlich, um die tatsächliche Konkurrenz und die Konkurrenzfähigkeit in der

---

[1]) Verschiedenartig, soweit religiöse und politische Bedürfnisse in Frage kommen (freie Gewerkschaften — sozialdemokratisch; christliche Gewerkschaften — Zentrum; Hirsch-Dunckersche — freisinnig).

[2]) Vgl. Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit, S. 507. Tübingen 1910.

[3]) Vgl. Lebius, Die gelbe Arbeiterbewegung. Berlin-Charlottenburg 1908.

[4]) Vgl. M. Gasteiger, Die gelben Gewerkschaften. Ihr Werden und ihr Wesen. München 1909. R. Lebius, Die gelbe Arbeiterbewegung. Charlottenburg 1908. Dr. R. Fellinger, Gelbe Gewerkschaften, in den Preußischen Jahrbüchern Bd. 141 Heft 3. 1910. P. Umbreit, Der Stand der gelben Organisationen in Deutschland. Berlin 1908. Der gelbe Sumpf. Stuttgart 1908. 1. Aufl. Der gelbe Sumpf. Stuttgart 1909. 2. erweiterte Aufl.

Metallindustrie bzw. in einzelnen Betrieben dieser Industrie zu zeigen. Zweck dieses Teils kann es auch nicht sein, jeden einzelnen Gewerkverein in der Metallindustrie von der Geburt bis zu seinem jetzigen Dasein zu verfolgen. Nur das „Typische" soll dargestellt werden.

Die Spitze dieser Vereine richtet sich gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und den Deutschen Metallarbeiterverband im besonderen. Dieses geht aus den Reversen hervor, die die Arbeiter bei ihrem Eintritt unterschreiben müssen. So sollten die Arbeiter, die der „Kranken-Hilfskasse Württemberg" zu Stuttgart gegründet vom „Württembergischen Metallindustriellen-Verband", beitraten, erklären, „weder einer mit einer Kranken-, Hilfs- oder Unterstützungskasse versehenen noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation mit einer oder ohne eine solche Kasse anzugehören". Schon durch den ersten Teil der Klausel wären die Arbeiter verpflichtet gewesen, dem Deutschen Metallarbeiterverband fernzubleiben. Um jedoch die Tendenz dieser Gründung noch besonders hervorzuheben, wurden die sozialdemokratischen Gewerkschaften noch besonders aufgeführt.

Eine ähnliche Bestimmung, daß die Mitglieder der Werkvereine keiner andern Organisation angehören dürfen, enthalten alle Statuten. In der Satzung des Arbeitervereins vom Werk Augsburg heißt es im § 2: „Vereinsmitglied kann jeder auf Grund schriftlicher Beitrittserklärung gegenüber der Vorstandschaft werden und bleiben, welcher im Werk Augsburg auf Grund der Arbeitsordnung beschäftigt, nicht Sozialdemokrat ist und nicht einer andern Arbeiterorganisation angehört."

Als die erste dieser Gründungen mit dem ausgesprochenen Zweck einer Gegenströmung zum Deutschen Metallarbeiterverband ist der Arbeiterverein vom Werk Augsburg anzusprechen. Doch bestanden schon früher in der Metallindustrie gelbe Arbeitervereine. So konnte z. B. der Hüttenverein „Stahl und Eisen" in Völklingen am 18. Juni 1909 sein 25jähriges Stiftungsfest feiern[1]).

Fragen wir nun „Warum entstanden gelbe Vereine und wo können sie in der Metallindustrie bestehen?"

---

[1]) Vgl. Rede des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Karl Röchlin über die Werkvereinsbewegung. Gehalten bei Gelegenheit der Fahnenweihe des Hüttenarbeitervereins „Stahl und Eisen" zu Völklingen am 18. Juni 1909.

Zum Teil mögen diese gelben Vereine von den Unternehmern selbst oder von ihren Beauftragten ins Leben gerufen sein. Doch ist dies nicht in der unbedingten Weise auszusprechen, wie es Gasteiger tut. „Unternehmer begründen die gelben Gewerkschaften, Unternehmer unterstützen die gelben Gewerkschaften und infolgedessen beherrschen sie auch die von ihnen beherrschten und unterstützten Vereine. Daß solches Verhältnis auf die Dauer unfruchtbar ist, bedarf keiner weiteren Erörterung“[1]). Was das erste anbetrifft, so können wir dem Verfasser auf Grund der veröffentlichten Briefe, in denen Arbeiter selbst zur Gründung gelber Werkvereine in der Metallindustrie aufrufen (Krupp, Augsburg), nicht ganz zustimmen. Wenn Gasteiger den finanziellen Vorschuß als Ursache zur Gründung anführt, so verwechselt er die Aufeinanderfolge der Handlungen: erst einige Zeit nach der Gründung gaben die meisten Unternehmer den Zuschuß auf Ersuchen der Arbeiter (hierüber weiter unten). Was das Hergeben des Zuschusses selbst anbetrifft, kann man mit Fellinger fragen: „Wer sollte ihnen das nötige Geld gewähren? Aus sozialreformerischen Kreisen hätten sie gewiß nichts erhalten“[2]).

Daß die Gründung im Siemenskonzern entstand „zur Gegenbewegung gegen die von einem großen Teil der Arbeiterschaft als nachteilig empfundenen Maßnahmen des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ erklärt auch Dr. Fellinger.

Ähnlich war es im Nürnberger Werk (Siemens). Die in diesem Werk organisierten Arbeiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten beschlossen, für sich eine Unterstützungskasse zu gründen und zu dieser nur Mitglieder ihrer Organisation zuzulassen. Daher beschlossen die Hirsch-Dunckerschen und Christlichen ebenfalls eine Unterstützungskasse zu gründen. Da diese jedoch nicht sogleich genügend Mittel aufbringen konnte, so wandte sie sich um einen Zuschuß an die Firma, der ihr auch gewährt wurde. Da sich aber bald zwischen Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Zwistigkeiten ergaben, so wurde der Verein für neutral erklärt, d. h. seine Mitglieder durften keiner andern Organisation angehören.

Im Anschluß daran gründeten Berliner Arbeiter einen gelben Werkverein (1906 800 Mitglieder). Da manche Streiks des

[1]) Gasteiger S. 160.
[2]) Fellinger S. 20.

Deutschen Metallarbeiterverbandes bei den Siemenswerken fehlschlugen, stieg die Zahl der Mitglieder des gelben Vereins immer mehr, so daß er anfangs 1910 . . . . . 10 000 Mitglieder, Oktober 1910 bei der Gründung des „Bundes Deutscher Werkvereine" . . . . . 12 000 „ Mitte Dezember 1910 . . . . . 13 500 „ bei einer Gesamtarbeiterzahl von 20 000 hatte.

Einige Betriebe scheinen für die gelben Vereine prädestiniert zu sein. Vorbedingungen sind vor allem gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Diesbezügliche gesteigerte Ansprüche der Arbeiter können besonders in den Betrieben wie Siemens befriedigt werden wegen der Monopolstellung und der Eigenart des Betriebes. Dies ist auch der Grund, warum der Deutsche Metallarbeiterverband nicht eindringen kann. Durch Streik, den eine solche Gewerkschaft doch als letztes Mittel anwenden muß, kann hier wenig erreicht werden. Gegen solche Betriebe kann als Drohmittel ein Streik nicht so angewendet werden, wie gegen andere Betriebe, welche die Konkurrenz zu fürchten haben. Während die Betriebe, die in Konkurrenz arbeiten, immer fürchten müssen, daß die Konkurrenzbetriebe die Aufträge ausführen, die sie während der Zeit des Streiks nicht ausführen können, kann ein Monopolbetrieb wie der Siemenskonzern ruhiger einer Arbeitsruhe entgegensehen, da bei ihm diese Gefahr nicht besteht. Diese dominierende Stellung der Elektrizitätsgesellschaften auf dem Arbeitsmarkte wird sich u. E. noch verstärken durch die zunehmende Konzentration und Verschmelzung dieser Unternehmungen, die fast einer Vertrustung nahekommt. Gerade das Jahr 1910 zeigte dies deutlich. Als die Bergmann-Elektrizitätswerke es gewagt hatten, die „idyllische Monopolherrschaft" der drei großen Konzerne — A.E.G., Siemens-Schuckert, Felten-Guilleaume-Lahmeyerwerke — zu bedrohen, entspann sich ein heftiger Konkurrenzkampf, der zwar mit der Niederlage der Felten-Guilleaume-Lahmeyerwerke (jetzt dem Konzern der A. E.-G. angegliedert) endete; doch erörterte man bald den Anschluß der Bergmannwerke an Siemens-Schuckert. Da die beiden bestehenden Konzerne schon eng verbunden sind, dürfte ein Elektrizitätstrust und damit auch ein Arbeitgebermonopol in der Elektrizitätsindustrie nicht allzufern sein[1]).

[1]) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 359 II 1910.

Somit sind gerade in den Monopolbetrieben die Voraussetzungen der Erfüllung des Wortes „alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" nicht gegeben. Ein anderes Moment wirkt noch diese Tendenz verstärkend mit.

Wie schon oben einleitend erwähnt wurde, gibt es gerade in den großen Betrieben mancherlei Einrichtungen, die auch auf andere Weise den Arbeiter mit dem Betriebe verbinden. So vor allem die viel umstrittenen Wohlfahrtseinrichtungen. Mag man darüber streiten, ob es Wohlfahrtseinrichtungen oder Wohlfahrtsplagen[1]) sind, sicher ist, daß der Arbeiter manches von dem Unternehmer empfängt. So ergänzt die Firma Siemens die Löhne in Fällen, wo der Arbeiterhaushalt leicht aus dem Gleichgewicht kommt, durch Zuschüsse zum Krankengeld. Durch solche Einrichtungen fühlen sich die Arbeiter zum großen Teil zufriedener und haben nicht das Bedürfnis nach einer direkten Kampfesorganisation. Dem Koalitionsbedürfnis, das überhaupt der Masse der modernen Zeit innewohnt, genügt hier die gelbe Vereinigung.

Die Wohlfahrtseinrichtungen in Verbindung mit einer guten Entlohnung machen den Arbeiter in den Groß- und Riesenbetrieben mit Monopolstellung zufriedener. Hier fehlt also das beste Agitationsmittel für die Gewerkschaften: das schroffe Vorgehen der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer.

Selbst Lebius, das geistige Haupt der Bewegung erkennt, daß diese Vereine nur in größeren Werken lebensfähig sind. So schreibt er in einem Briefe an Herrn Herzogenrat, Aachen[2]): „Werkvereine gründet man für gewöhnlich nur in Werken, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen." Ähnlich auch in andern Briefen. „In kleineren Werken, die weniger als 100 Arbeiter beschäftigen, würde es sich empfehlen, die gelben in unserm gelben Metallarbeiterverband — Sitz Berlin — zu sammeln"[3]). Dieses widerspricht aber dem Prinzip[4]).

Um den Mitgliedern der einzelnen gelben Vereine zu ermöglichen, daß sie die Arbeitsstätte wechseln, ohne ihrer Mitgliedschaft und damit der eingezahlten Beiträge verlustig zu gehen, hat

---

[1]) Düwell, Wohlfahrtsplage. Dortmund 1903.
[2]) Vgl. Der gelbe Sumpf, 1. Aufl. S. 4.
[3]) Ebenda S. 5.
[4]) Vgl. Rede Dr. Röchlings aaO. S. 2.

der gelbe Arbeiterbund (eine Vereinigung der Berliner Werkvereine) einen eigenen Arbeitsnachweis geschaffen.

Die gewerkschaftliche Agitation wird von den großen Betrieben auch dadurch ferngehalten, daß in den Arbeitsordnungen der Passus aufgenommen ist: „Politische oder gewerkschaftliche Betätigung irgendwelcher Art innerhalb des Fabrikgrundstücks ist untersagt." Den gelben Vereinen andererseits ist die Agitation und Verteilung von Zeitungen und Flugschriften während der Arbeitszeit auf dem Fabrikgrundstück gestattet.

Als ein die gelbe Bewegung förderndes Mittel erwies sich auch die Einrichtung, daß den Mitgliedern dieser Vereine die Mitgliederbeiträge durch das Lohnbureau vom Lohn abgezogen werden. Hierdurch werden den Vereinen Kosten erspart; die große Fluktuation, die beim Deutschen Metallarbeiterverband durch Ausschluß der mit den Beitragszahlungen rückständigen Mitglieder hervorgerufen wird, wird auf diese Weise vermieden. Auch der Austritt wird erschwert, da er beim Lohnbureau angemeldet werden muß; dies hält manchen ab, seinen Austritt zu erklären.

Betrachtet man die verhältnismäßig beschränkte Ausdehnung und die Bedingungen und Grundlagen der Existenz der gelben Vereine in der Metallindustrie, so kommt man zu dem Schluß, daß auch die gelbe Bewegung allein niemals restlos das Problem der Arbeiterorganisation lösen wird. Zwar ist es bei der Jugend der Bewegung unmöglich, ein völlig abschließendes Urteil zu fällen. Ihre Aufgabe ist, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" Ende Oktober 1910 schrieb, riesig, ihr Ziel in unendlicher Ferne. Doch wird man sich beim Lesen der Abrechnungen sagen müssen, daß augenblicklich die Arbeiter weder allein imstande sind, diese Bewegung zu halten und zu fördern (beim Arbeiterverein vom Werk Augsburg betrugen die Einnahmen für 1909 — nach dem Geschäftsbericht S. 7 — 3222 ℳ bei einem jährlichen Beitrag von 1,50 ℳ pro Mitglied; die Ausgaben hingegen 43000 ℳ) noch dieser Arbeiterorganisation aus voller Überzeugung anzugehören und der Parole zu folgen, die sie auf ihre Fahne geschrieben hat: mit dem Unternehmer gegen die Gewerkschaften. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sie mit der einen Hand vom Unternehmer die Wohltaten nehmen, während sie die andere den Gewerkschaften reichen. Dies zeigt sich deutlich bei den Wahlen zur Krankenkasse. Als Beispiel sei die Wahl zur Krankenkasse vom Werk Augsburg (27. Mai 1909) angeführt:

	Wahlberechtigte			abgegebene Stimmzettel					
	Im ganzen	Mitgl. d. V. V.	Nichtmitglied.	Im ganzen	Mitgl. d. V. V.	Nichtmitglied.	Liste des V. V.	Gegenliste	Ungült. Zettel
Montiersäle, Maschinenbau .	953	755	198	699	571	128	338	318	25
Dreherei, Maschienenbau . .	469	325	144	414	288	126	156	260	4
Schnellpressenbau	481	449	32	406	399	7	348	—	43
Schmiederei und Kesselschmiede	151	113	38	117	94	23	87	21	4
Schreinerei und Sägenwerk .	187	170	17	158	151	4	122	—	13
Gießerei	361	280	81	306	246	60	170	110	9
Allgemeine	371	258	113	194	162	31	168	—	16
	2973	2350	623	2294	1912	382	1389	709	114

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf anderen Werken.

Diese Tatsache bestätigt deutlich den Satz Dr. Keßlers: „Die meisten bleiben der Gewerkschaft fern nur aus Trägheit, falscher Sparsamkeit, Eigenbrödelei oder wegen drückender Geldverpflichtungen, sehen aber in der Organisation stets ihre berufenen ohne weiteres anerkannten Vertreter. Bei allen Ausschuß-, Gewerbegerichts- und Ortskrankenkassenwahlen kann man das beobachten. Ist es nicht fast ausnahmslos die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, deren Kandidaten bei geheimer Abstimmung gewählt werden?“

Doch auch für die Unternehmer scheint diese Organisationsart nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein. Nach dem Protokoll über die Gründungsversammlung des „Bundes deutscher Werkvereine“ (am 15. Oktober 1910) gab Dr. Nathansohn u. a. dem Gedanken Ausdruck, daß man verhindern möchte, daß die Werkvereine von vornherein allem Katheder-Sozialismus ausgesprochen feindlich gegenübertreten, da auch die Arbeitgeber nicht ohne Unterschied ihnen freundlich gegenüberstehen. Auch könne man nicht ohne weiteres jedem Arbeitgeber von vornherein Vertrauen entgegenbringen, sondern nur solchen Arbeitgebern, die auch ihrerseits den Arbeitern Vertrauen entgegenbringen und grundsätzlich gewillt sind, sich in friedlicher Weise über notwendig werdende Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse mit ihrer Arbeiterschaft zu verständigen.

Ausführend setzte er dann hinzu, daß man sich einig sei, in der „Beurteilung des Streikmißbrauchs, wie er von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihren christlichen und anderen Anhängseln zum Schaden der Arbeiterschaft getrieben werde“. Damit

gab er aber gleichzeitig zu, daß auch die gelben Vereine den Streik nicht schlechtweg verwerfen, sondern nur den „Streikmißbrauch" (ebenso Dr. Fellinger). Mag man auch über die Grenzen des Streikrechts streiten, mögen die Begriffe „Streikrecht" und „Streikmißbrauch" sehr subjektiv sein, anerkennen muß man, daß der Deutsche Metallarbeiterverband, der hauptsächlich in Betracht kommt, auch gelernt hat, den Streik als ultimo ratio zu betrachten, daß er im allgemeinen eingesehen hat, daß der friedliche Weg der beste und gangbarste ist.

Differenzen werden so lange bestehen bleiben, wie unser Wirtschaftsleben sein individualistisches Gepräge behält.

Wo die natürlichen Bedingungen für die Entstehung und Ausbreitung der gelben Vereine nicht vorhanden sind, wo sie hingegen lediglich gegründet und erhalten werden aus Abneigung gegen die freie Gewerkschaft, da erleben es die Unternehmer, daß die Arbeiter von ihnen mit der einen Hand das Gute nehmen, während sie die andere den freien Gewerkschaften reichen.

Gelbe Vereine werden in der Metallindustrie nur in beschränktem Umfang auftreten können. Sie mögen den Deutschen Metallarbeiterverband in gewissen für sie prädestinierten Betrieben zurückdrängen oder ganz ausschalten. Doch für große und größte Teile des Reiches wird die dominierende Stellung der Gewerkschaften bestehen bleiben; soweit nämlich Kleinbetriebe vorherrschen.

Die Ausbreitung der gelben Vereine in der Metallindustrie wird verschieden angegeben. Nach dem Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1909 bestanden in der Eisen- und Metallindustrie in 36 Orten und 74 Betrieben etwa 60 Werkvereine, mit zusammen 28 174 Mitgliedern.

Nach der Teilnehmerliste der Konferenz der nationalen Werk- und Arbeitervereine Deutschlands (15. Oktober 1906) bestanden in der Metallindustrie an 15 Orten 33 Vereine mit 46 841 Mitgliedern[1]). Wie schon früher erwähnt, herrschen die Werkvereine in der Metallindustrie vor. Von 72 Vereinen mit 115 923 Mitgliedern fielen 33 Vereine mit 46 841 Mitgliedern auf die Eisen-, Stahl und Metallindustrie. (Von 9 Vereinen war die Mitglieder-

[1]) Manche der im Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1909 angeführten Vereine sind hier nicht erwähnt.

zahl nicht angegeben. Bei verschiedenen Ortsvereinen ließ sich die Zahl der Metallarbeiter nicht bestimmen.)

Als sonstige Konkurrenzorganisationen kommen in Betracht: der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit 741 Ortsvereinen und 37 647 Mitgliedern, der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands mit 262 Ortsgruppen und 24 002 Mitgliedern (die Zahlen sind für 1909 nach dem Korrespondenzblatt Nr. 32 1910)[1]).

Auch einige freie Gewerkschaften suchen ihre Mitglieder aus denselben Kreisen wie der Deutsche Metallarbeiterverband. Es sind dies: der Verband der Kupferschmiede mit 4000 Mitgliedern, der Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen mit 15 600, der Verband der Heizer und Maschinisten mit 18 300, der Industrieverband der Solinger Stahlwarenindustrie mit 6000 Mitgliedern.

Leistet die Konkurrenz im Wirtschaftsleben manchmal Großes, bringt sie auch manches wirtschaftliche Wesen zur Blüte und Entfaltung, hier gereichen die gegenseitigen Reibungen nicht nur dem Deutschen Metallarbeiterverband zum Schaden, sondern der gesamten Arbeiterschaft.

Jede Organisation muß versuchen, sich zur Alleinherrschaft durchzuringen, da erst dann, wenn die Arbeiter einheitlich organisiert sind, eine einheitliche Kampftaktik möglich ist. Solange die Arbeiter noch in verschiedenen Organisationen zersplittert sind, solange sind auch ihre finanziellen Mittel geschwächt und können nicht voll ausgenutzt werden. In Flugschriften, Broschüren, Zeitungsartikeln und Reden suchen sich die Gewerkschaften gegenseitig zu schaden. Zu untersuchen, wen die Schuld trifft, kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, lediglich die Tatsache der Zersplitterung und gegenseitigen Befehdung soll hier festgestellt werden.

---

[1]) Nach dem Reichsarbeitsblatt war der Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie im 1. Quartal 1911:

Deutscher Metallarbeiterverband	480 680
Schmiedeverband	17 123
Kupferschmiedeverband	4 497
Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter	41 686
Christlicher Metallarbeiterverband	38 035

Trotz der heftigen Konkurrenz ist der Deutsche Metallarbeiterverband der an Zahl stärkste Verband der Metallarbeiter Deutschlands wie überhaupt der an Mitgliederzahl stärkste der Erde. Ende des 1. Vierteljahres 1911 betrug die Mitgliederzahl über 500 000. Doch ist die große Zahl nicht immer ein Beweis für die innere Stärke.

Hören wir, wie eine Konkurrenzorganisation über ihn urteilt: „Zunächst darf mit gutem Recht gesagt werden, der Deutsche Metallarbeiterverband ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Seine Macht den Arbeitgebern gegenüber ist gleich Null und die Unfähigkeit seiner Führer, die Arbeitermassen zu dirigieren, gibt den Arbeitgebern in neuerer Zeit die Gewißheit, daß sie mit dieser Organisation machen können, was sie wollen[1])."

Wenn auch die Konkurrenzorganisationen trotz ihrer numerischen Schwäche, der Ausbreitung des Verbandes manchmal hindernd entgegenstehen, so wirkt in neuerer Zeit weit mehr in dieser Richtung mit der steigenden Konzentration des Kapitals besonders die

Technik.

Vielfach wird die Koalition mit ihrer Tendenz durch Druck auf den Unternehmer, die Löhne zu steigern, als Grund für gesteigerte Anwendung der Technik angeführt. Für Zeiten, wo die Industrie noch in Kinderschuhen steckte, mag das stimmen. Heute bedarf der vom modernen kapitalistischen Geist (Gewinnstreben, scharfe Konkurrenz) beseelte Unternehmer dieses Ansporns meist nicht mehr, wenigstens soweit die Metallindustrie in Betracht kommt[2]). Der Unternehmer sucht sich aus den verschiedensten Gründen von der persönlichen Arbeitskraft des Arbeiters zu emanzipieren und sie durch die Maschine zu ersetzen. Besonders die ungelernten und angelernten Arbeiter werden überflüssig gemacht, während die hochqualifizierten Arbeiter immer noch zur Bedienung und Beaufsichtigung der Maschinen nötig sind. Gerade die Elemente werden so entbehrlich gemacht, aus denen sich der Mitgliederbestand des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammensetzt.

[1]) Vgl. „Wirren in der deutschen Arbeiterbewegung" S. 35. Verlag des Generalrats des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Berlin.

[2]) Für die Schwerindustrie trifft dies allerdings nicht immer zu.

Der besonders gut bezahlte und sehr gesuchte Hüttenarbeiter z. B. hingegen, der sich auch in guter und sicherer Stellung weiß, hat keine Neigung, sich zu organisieren. (Anders in England, wo auch die bestbezahlten und höchstgestellten Arbeiter organisiert sind. Dies kommt daher, weil dort schon eine ziemlich festgefügte Organisation vorhanden war, als die Hüttenindustrie sich noch in den Anfängen befand).

Wie die moderne Unternehmung gerade in der schweren Eisenindustrie mehr und mehr die Arbeiter durch die Maschinen zu ersetzen sucht, hat Prof. Kammerer in seiner Arbeit: „Die Lastenbeförderung einst und jetzt" und in seinem Vortrag auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909 gezeigt. „In einer Hochofenanlage waren ursprünglich 228 Mann mit einem Lohnaufwand von 0,91 ℳ auf 1 Tonne Roheisen erforderlich; nach Einbau von Schrägaufzügen sind nur 82 Mann notwendig, entsprechend einem Lohnaufwand von 0,28 auf 1 Tonne[1])."

Kranen mit Greifen, Zangen oder Pratzen machen große Massen von ungelernten Arbeitern entbehrlich. Nach dem Einbau eines Ladekrans zum Laden von Martinöfen waren noch 14 gelernte und 2 ungelernte Arbeiter beschäftigt, während vorher 10 gelernte und 36 ungelernte Arbeiter nötig waren.

So wird nach und nach die moderne Unternehmung immer unabhängiger von dem Arbeiter. Der Streik verliert mehr und mehr seine Gefahren für die Fortsetzung des Betriebs, während andererseits die Lasten der Gewerkschaft wachsen. Zu Hilfe kommen den Unternehmern während der Zeit des Kampfes die „Streikbrecher"-Institute, die dem Unternehmer Arbeitswillige zur Verfügung stellen. Zwar ist diese Aushilfe für den Unternehmer ziemlich teuer, doch zahlt er gern dieses Lohnagio, um sich den Sieg zu sichern, der für ihn dann nicht nur finanziellen Gewinn bedeutet, sondern auch zugleich seine Stellung der Gewerkschaft und den einzelnen Arbeitern gegenüber stärkt, während er die Arbeiterorganisation schwächt und das Vertrauen der Arbeiter zu ihr wankend macht.

Diese Institute in Verbindung mit der immer gesteigerten Anwendung der Technik sind zwei der gefährlichsten Gegner des Verbandes.

[1]) Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1909 S. 415—416.

Ein nicht zu unterschätzender Grund, der die Tätigkeit des Verbandes hemmt, liegt in der Organisation selbst. Die Gewerkschaft brauchte zur vollen Entfaltung ihres Wesens einer gewissen Anzahl von Mitgliedern. Erst bei einer großen Mitgliederzahl konnte sie ihre Macht entfalten. Die gegenseitige Hilfe, die die Arbeiter der einzelnen Berufe sich leisteten durch gegenseitige Unterstützung, kam erst zur Geltung, als verschiedenartige Berufe in dem Industrieverband vereinigt waren. Doch geht diese Stärkung nicht weiter mit der zunehmenden Ausbreitung des Verbandes[1]). Bald ist das Optimum erreicht. Sobald eine gewisse numerische Ausdehnung vorhanden ist, können die persönlichen Eigenschaften des einzelnen nicht mehr genügend berücksichtigt werden. Mit den in dem letzten Jahrzehnt gestiegenen Ansprüchen sinkt die Grenze, wo das Optimum an Kraft der Gewerkschaft erreicht wird. Leistung und Gegenleistung können nicht mehr so ins Gleichgewicht gebracht werden, daß die Masse zufrieden ist. (Man denke nur an die verschiedenartigen Elemente — Diamantarbeiter, Hüttenarbeiter, Goldarbeiter, Werftarbeiter — deren Beiträge gleich normiert, deren Lebensbedingungen und Lebensansprüche jedoch völlig verschieden sind[2]).)

Keine befriedigende Lösung scheint uns beim Deutschen Metallarbeiterverband die Aufgabe gefunden zu haben, verschiedene Be-

---

[1]) „Was für den Unterstützungszweck, den sekundären Zweck der Gewerkschaften, vorteilhaft ist, nämlich die möglichste breite Beteiligungsbasis, auf der die Versicherung auf Gegenseitigkeit ihre besten finanziellen Wirkungen erzielt, das ist für die idealen, primären Zwecke der Gewerkschaften nur bis zur Grenze der Berufsgemeinschaft, ganz abgesehen von den verwaltungstechnischen Schwierigkeiten einer darüber hinausgehenden Erweiterung, von Nutzen. Denn der Korpsgeist beruht hier in nicht zu unterschätzendem Maße auf der Gemeinsamkeit der spezifischen Berufsinteressen und des Bewußtseins der durch die besonderen Verhältnisse eines jeden Berufs bedingten gemeinsamen wirtschaftlichen und sonstigen Lage" (Köppe, Jahrbuch für Nationalökonomie, 1909, S. 341).

[2]) „Der unbedingte Zusammenschluß der Elemente, auf dem die Möglichkeit des Radikalismus soziologisch beruht, kann sich um so weniger halten, je mannigfaltigere individuelle Elemente die numerische Steigerung hereinbringt. Deshalb wissen professionelle Arbeiterkoalitionen, deren Zweck die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im einzelnen ist, sehr wohl, daß sie mit steigendem Umfang an innerem Zusammenhang abnehmen" (Simmel aaO. S. 55, 69).

rufe in einem Industrieverband zusammenzufassen. Wenn auch die Arbeiter als Klasse viele gemeinsame Interessen haben, so verlangen doch die einzelnen Berufe besondere Berücksichtigung, die in etwa allerdings durch die Branchenvertrauensleute gegeben ist[1]). Beim Deutschen Holzarbeiterverband ließ sich dieses Problem leichter lösen, da er einmal nicht so verschiedenartige Elemente umfaßt wie der Deutsche Metallarbeiterverband; dann aber hat auch der Deutsche Holzarbeiterverband nicht solche Schwierigkeiten in seiner Tätigkeit zu überwinden, wie der Deutsche Metallarbeiterverband, da ihm nicht an Größe so verschiedene Betriebe entgegenstehen wie dem Deutschen Metallarbeiterverband.

Zahlreich sind, wie dieses Kapitel zeigte, die Hindernisse, die sich überall und jederzeit der Ausbreitung des Verbandes entgegenstellten. Seine jetzige Macht zeigt aber schon, wie es ihm vielfach gelungen ist, die Hindernisse zu beseitigen, wie er es sogar oft verstand, die hindernden Momente zum Teil in fördernde zu verwandeln, um sich nach und nach zu der Metallarbeitervertretung auszuwachsen, die es sich zur Aufgabe macht, der stärksten Kapitalkonzentration, wie sie sich in der Metallindustrie zeigt, entgegenzutreten. Zusammenfassung der Arbeiter und ihrer finanziellen Mittel, sowie Schulung und Disziplinierung der Mitglieder — das ist das Ziel und die Aufgabe des Verbandes. Wie dies erreicht wird durch ein tüchtiges Beamtenpersonal, durch Bildungsmittel, Agitation, Unterstützungseinrichtungen, Tarifverträge und das Mittel der Arbeitseinstellung mögen die folgenden Kapitel zeigen.

Zuvor sei noch ein kurzer Überblick über die augenblicklichen Organisationsverhältnisse gegeben (nach Metallarbeiterzeitung Nr. 22 1911).

Nach der Berufszählung 1907 waren etwa $2^1/_2$ Millionen Arbeiter in der Metallindustrie im Hauptberuf beschäftigt. Als organisationsfähig kamen nach der Metallarbeiterzeitung in Betracht 1 860 076 Personen. (Heute ist diese Zahl bei der enormen Entwicklung der Metallindustrie längst überholt.) Nachstehende Tabelle zeigt annähernd, wie sich die Zahl der Organisierten zur Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Berufen stellt:

---

[1]) Vgl. auch Bringmann aaO. S. 19 und XIV.

Berufe	Zahl der am Schlusse des Jahres 1910 Organisierten	Zahl der nach der Berufszählung von 1907 beschäftigten Arbeiter	Von der Gesamtzahl der Beschäftigten sind organisiert in Prozent
Drahtarbeiter, Nadler	4021	15552	24,5
Feilenhauer	2967	7239	40,9
Former und Gießereiarbeiter	44852	136168	32,9
Goldarbeiter und Schläger	12760	43661	29,2
Graveure	3608	12232	29,5
Verarb. unedler Metalle, Gürtler, Gelbgießer, Metalldrücker, Schleifer	30311	120292	25,2
Hüttenarbeiter aller Art	23278	227324	10,2
Klempner	28700	79845	35,9
Installateure und Brunnenmacher	8759	22468	38,9
Kupferschmiede	5538	11059	50,1
Mechaniker, Uhrmacher usw.	21604	77563	27,8
Schmiede aller Art	43215	236004	18,3
Zinngießer	510	1977	25,7
Alle übrigen Berufe (Schlosser, Elektrotechniker, Dreher, Werftarbeiter, sonstige Metallarbeiter, Arbeiterinnen	358620	868692	41,2

Im Durchschnitt sind etwa 33% der Beschäftigten organisiert, und zwar im 1. Bezirk (Stettin und Umgegend) 20%, im 2. Bezirk (Breslau und Umgegend) 12%, im 3. Bezirk (Berlin-Umgegend) 25%, im 4. Bezirk (Dresden und Umgegend) 44%, im 5. Bezirk (Halle und Umgegend) 37%, im 6. Bezirk (Hamburg und Umgegend) 52%, im 7. Bezirk (Düsseldorf und Umgegend) 14%, im 8. Bezirk (Frankfurt und Umgegend) 20%, im 9. Bezirk (Stuttgart und Umgegend) 28%, im 10. Bezirk (Nürnberg und Umgegend) 44%, im 11. Bezirk (Berlin) 50%.

II. Abschnitt.

Die Tätigkeit des Verbandes.

A. Der Kampf um die Arbeitsbedingungen.

Streik und Streiktaktik.

Geschichtlicher Überblick.

Wenn auch Segitz 1890 auf der Konferenz in Weimar den Erfolgen, die durch Streik erzielt wurden, sehr skeptisch gegenüberstand, indem er seinen Gedanken in den Worten Ausdruck gab: „Die Arbeitseinstellungen stehen im engsten Zusammenhang mit unserem gesamten Produktionswesen. Dauernde Erfolge können durch Arbeitseinstellungen kaum mehr erzielt werden, da selbst bei günstiger Geschäftslage das Angebot von Arbeitskräften den Bedarf weit übersteigt und die Vervollkommnung der Technik immer mehr die Verwendung von ungelernten Arbeitern ermöglicht. In der Hauptsache kann es sich nur um momentane Erfolge handeln“[1]), so hat doch der Verband eingedenk seiner Stellung als Kampfesorganisation von Beginn an den Streik als Mittel benutzt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Schon in dem ersten Jahre des Bestehens des Verbandes fanden einige Bewegungen statt. Manche Streiks wurden gerade in diesen Jahren ohne Genehmigung des Vorstandes begonnen — ein Zeichen der Jugend der Organisation; den Mitgliedern fehlte die gewerkschaftliche Schulung. Zum Teil wurde vom Vorstand die Genehmigung versagt, weil der Streik als nicht gerechtfertigt, zum Teil, weil er als nicht erfolgreich erschien, zum Teil

---

[1]) Ähnlich schrieb auch „Der Arbeiter“, Organ der Fachabteilungen: Den Streik verteidigen, heißt eine „Apologie des Selbstmords schreiben“ (zitiert im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ 1905, S. 85).

deshalb, weil es zu kleinliche Gründe waren, deretwegen man in den Streik treten wollte. Meist gingen diese Streiks auch verloren. Oft waren diese Niederlagen auch auf mangelnde Berichterstattung zurückzuführen. Der organische Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen der Organisation, das zielbewußte Zusammenarbeiten fehlte — besonders bei den unteren Organen. Den Ortsbeamten fehlte neben der nötigen Schulung die nötige Kenntnis und Zeit, die Berichterstattung ausreichend oder auch nur überhaupt zu machen. Letzteres war vielfach der Fall, da die Verwaltung meist im Nebenamt besorgt wurde.

In den folgenden Jahren 1893—1895 stieg die Zahl der Streiks bedeutend; doch ist ihre finanzielle Bedeutung sehr gering. Der mangelhaften Berichterstattung suchte man dadurch abzuhelfen, daß der Vorstand, namentlich bei größeren Streiks, stets von seinem Rechte Gebrauch machte, einen Bevollmächtigten in das Streikgebiet zu senden.

Der Verlauf wie auch der Erfolg der Kämpfe in den ersten Jahren zeigte, daß die Organisation noch nicht genügend zur Durchbildung gelangt war. Sowohl nach außen wie nach innen bedurfte sie einer größeren Festigung und Ausbildung. Die Unternehmerorganisationen waren, wenn auch ebenso jung, doch bedeutend überlegen.

Der aufsteigenden Konjunktur der Jahre 1895—1897 entsprechend mehrten sich auch die Bewegungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Taktik ist eine andere geworden. Während früher das Ziel der Kämpfe eine Erhöhung des Lohnes war, so suchte man jetzt mehr eine Kürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Man hielt dies deshalb für zweckmäßiger, weil der Unternehmer bei schlechtem Geschäftsgang meist nicht die Arbeitszeit zu verkürzen sucht.

Auch jetzt kam es noch häufig vor, daß Lohnbewegungen ganz gegen die statutarischen Bestimmungen ohne Kenntnis des Vorstandes in Szene gesetzt wurden. Solches Vorgehen brachte den Verband dann oft in große Ungelegenheiten. Es blieb nicht aus, daß bei Ausbruch eines Kampfes die Mittel zur Unterstützung nicht vorhanden waren, wenn einzelne Verwaltungsstellen selbständig vorgingen, ohne Rücksicht darauf, ob die Verbandskasse durch andere große und prinzipielle Streiks sehr in Anspruch genommen war. Sowohl finanziell wie moralisch waren die Folgen

für den Verband wenig angenehm. Besonders litt die Ausbreitung darunter, da das Ansehen des Verbandes durch viele verlorene Streiks stark beeinträchtigt wurde.

In der Streiktaktik selbst beging man den Fehler, daß man die Arbeit wegen der Maßregelung eines Nebenarbeiters niederlegte. Solche Ausstände gingen fast immer verloren. Gerade sie wurden vom Unternehmer mit besonderer Heftigkeit geführt, da er in dem Verlangen der Arbeiter, den Gemaßregelten wieder einzustellen, einen Eingriff in seine Rechte erblickte.

Vielfach glaubte man die Hochkonjunktur nur durch Streik ausnützen zu können, um dadurch bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu bekommen. Die Erfahrung lehrte aber, daß es zweckmäßiger war, nur im äußersten Falle vom Streik Gebrauch zu machen, ihn nur als letztes Mittel in Anwendung zu bringen. Abgesehen davon, daß der Streik dem einzelnen und der gesamten Organisation große Opfer auferlegte, zeigte es sich, daß die seitens der Unternehmer ohne Streik gemachten Zugeständnisse viel besser gehalten wurden als solche, die ihnen durch direkte Gewalt abgerungen worden waren. Zuweilen benutzte man die Nachgiebigkeit des Unternehmers während des Streiks, um neue Forderungen zu stellen. Das rächte sich besonders, wenn sich im Verlauf des Streiks die Spitze des Kampfes gegen das organisierte Unternehmertum richtete, speziell dann, wenn durch den Kampf die Unternehmer zum Rücktritt von irgendwelcher Vereinbarung, die sie unter sich getroffen hatten, gezwungen werden sollten, wie es 1896 in Lübeck der Fall war: die Arbeiter forderten u. a. vom Unternehmer Austritt aus dem Arbeitsnachweis der Industriellen bzw. Beseitigung der Mängel desselben durch Einführung eines städtischen Nachweises. Manche Streiks gingen dadurch verloren, daß die Konkurrenzorganisationen die Bestrebungen des Verbandes durchkreuzten.

Fast die ganze Summe der Streikgelder wurde von der Organisation selbst durch Beiträge aufgebracht. Von Sammlungen sah man hauptsächlich deshalb ab, weil die Kontrolle der Einnahmen bei den Sammellisten erschwert war, die Abrechnungen über die Eingänge der Sammlungen sich zu sehr in die Länge zogen und der Erfolg verhältnismäßig gering war.

Auch in den Jahren 1897—1898 war die Streikbewegung ziemlich lebhaft. Doch waren die Erfolge nicht bedeutend. Meist

handelte es sich um Ausstände in kleineren Werkstätten, die wegen Abstellung von Mißständen, Verteidigung des Koalitionsrechtes usw. entstanden waren. Nur einige Branchen, wie die Feilenhauer, Schmiede und Klempner, erzielten eine Verbesserung ihrer Lage. Die ganzen wirtschaftlichen Kämpfe dieser Jahre sind als ein wirtschaftlicher Guerillakrieg zu bezeichnen. In diesen Jahren gelang es schon, die ganze Streiksumme aus eigenen Mitteln aufzubringen, ohne Sammellisten herauszugeben. Sammlungen wurden nur für englische und dänische Metallarbeiter veranstaltet.

Wenn auch die folgenden Jahre an Streiks sehr reich waren, so war der Erfolg der Streiks doch äußerst gering, so daß die Kampflust stark zurückgedrängt wurde. Auch jetzt standen die Bewegungen noch im Zeichen des Kleinkrieges. Einheitliches Vorgehen innerhalb ganzer Berufsgruppen, größerer Gebiete, ist in dieser Zeit noch nicht zu bemerken. Stürmisch drängen die einzelnen zum Kampf und glauben im Ausstand das alleinige Heilmittel zu erblicken. Sie überschätzen ihre eigene Kraft und unterschätzen die des Gegners.

Im Jahre 1903 waren die Angriffsbewegungen hauptsächlich auf Schaffung kollektiver Arbeitsverträge gerichtet, doch blieben sie örtlich begrenzt.

In den folgenden Jahren gelang es mehr denn früher, bessere Arbeitsverhältnisse ohne Streik zu erringen.

Während 1904 für 29 521 Beteiligte Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt werden konnten, verliefen ohne Arbeitseinstellung

1905	etwa	57	%	aller Bewegungen
	für	56,9	%	„ Beteiligten,
1906		61,78	%	„ Bewegungen
	für	68,27	%	„ Beteiligten,
1907		67,70	%	„ Bewegungen
	für	71,86	%	„ Beteiligten,
1908		68,22	%	„ Bewegungen
	für	53,67	%	„ Beteiligten.

Allerdings waren nicht alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Diese Zunahme der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung hatte vor allem ihre Ursache in der stets wachsenden Mitgliederzahl und der damit wachsenden Macht des Verbandes. Dann aber war es

der zunehmenden Einsicht der Unternehmer zuzuschreiben, daß es besser ist, die Organisation anzuerkennen und mit ihr zu unterhandeln, und der Furcht vor Arbeitseinstellungen mit ihren wirtschaftlich schädlichen Folgen. Nicht zuletzt aber waren es die von den Verbandsbeamten im Laufe der letzten Jahre gemachten Erfahrungen, durch die eine friedliche Beendigung der Differenzen herbeigeführt wurde. So erfolgten z. B. im Jahre 1905 41 % der Verhandlungen, die zur Beendigung der Bewegung führten, durch Verbandsangestellte.

Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, nahmen in diesen Jahren die Bewegungen einen immer größeren Umfang an. Betrug die Zahl der 1904 an den Lohnbewegungen Beteiligten 47 932, so stieg diese Zahl 1905 ungefähr auf das Dreifache. Diese Steigerung der Kämpfe sowohl an Zahl wie an Umfang hat eine zweifache Ursache. Einmal reizte der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung die Arbeiter an den Vorteilen der Hochkonjunktur teilnehmen zu wollen und deshalb mit Forderungen an den Unternehmer heranzutreten, dann aber waren auch die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen und zwangen den Arbeiter, eine Erhöhung seines Einkommens zu versuchen.

Auch in den folgenden Jahren 1907—1909 trägt die Tätigkeit des Verbandes den Kampfescharakter. Während aber 1907 die Zahl der Bewegungen zunahm, sank die Zahl der Beteiligten. (Durchschnittlich $^1/_3$ aller Mitglieder war an den Lohnbewegungen beteiligt — darüber hinaus nahmen aber auch die Nichtbeteiligten an den Verbesserungen teil.) Wie in den früheren Jahren, so zeigt sich auch jetzt, daß mit der Länge und Ausdehnung eines Streiks die Aussicht auf Erfolg geringer wird. Wenn wirklich Erfolge erzielt wurden, so standen diese meist in keinem Verhältnis zu den aufgebrachten Opfern. Die 1908 herrschende Krise machte sich in der Zahl und Art der Bewegungen bemerkbar. Angriffsstreiks und Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung treten stark zurück, während die Abwehrbewegungen an Zahl gleichbleiben. Die Unternehmer suchen sich in der Zeit der Hochkonjunktur für die erlittenen Niederlagen zu entschädigen. Der Kampf gestaltet sich für den Verband um so schwieriger, als die stark gewordenen gelben Gewerkschaften ein großes Kontingent der Arbeitswilligen stellen. Wenn auch aus diesem Grunde die Bewegungen keinen positiven Erfolg hatten, insofern keine wesent-

lichen Verbesserungen erreicht wurden, so gelang es doch, bedeutende Verschlechterungen mit Erfolg abzuwehren. Wegen der verminderten Angriffsbewegung war auch die Zahl der Beteiligten nicht so groß wie in früheren Jahren — etwa $^1/_9 = 11{,}45\,\%$ der Mitglieder gegen etwa $^1/_3 = 31{,}09\,\%$ in früheren Jahren. Mit der steigenden Bedeutung des Verbandes gelang es auch, eine immer größere Anzahl der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung durchzuführen.

Wie das Jahr 1908, so stand auch teilweise noch das Jahr 1909 unter dem Zeichen der Depression. Diese hemmte denn auch die Streikbewegungen. Überfluß an Arbeitskräften ließ einen erfolgreichen Kampf für die Arbeiter nicht zu. Hingegen übte dieser Überfluß an Arbeitskräften einen Druck auf die Arbeitsverhältnisse aus. Daher waren von den 692 Kämpfen des Jahres 1909 363 Abwehrkämpfe — 129 Abwehrstreiks und 234 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung —, während nur 51 Angriffsstreiks inszeniert wurden gegen 182 im Jahre 1906.

Doch ist die Tätigkeit des Verbandes in den Abwehrbewegungen ebenso wichtig wie die Erringung besserer Arbeitsbedingungen; denn was nützen bessere Arbeitsbedingungen, wenn sie in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs verschlechtert werden, wenn die errungenen Erfolge wieder verloren gehen! So wurde 1909 durch den Verband für 693 Personen eine Arbeitsverlängerung von durchschnittlich 6,5 Stunden pro Person und Wochen, für 4904 Personen Lohnabzüge von 2,77 ℳ pro Person und Woche abgewehrt.

Wirkungen der Kämpfe.

Welches ist nun der Erfolg der Kämpfe? Drei Arten von Bewegungen wollen wir unterscheiden: Streik, Aussperrung und Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung. In der nachstehenden Statistik sind Angriff- und Abwehrstreiks zusammengefaßt, weil zuweilen die Grenze nicht zu finden ist, dann aber auch, weil sie in ihrem Wesen im Gegensatz zur Aussperrung gleich sind.

Soweit es die vorhandenen Unterlagen gestatten, wurden in nachstehenden Tabellen die Ergebnisse und Aufwendungen der Kämpfe gegenübergestellt. Einen exakten rechnerischen Vergleich lassen jedoch die Tabellen nicht zu. Zu einer volkswirtschaftlichen Wertung müßte man auch die Arbeitszeitverkürzung bzw. die abgewehrte Arbeitszeitverlängerung, den Verlust an Produktion

Jahr	Zahl der Beteiligten	Es wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung: für Beteiligte	Es wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung: zusammen Stunden pro Woche	Es wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung: f. d. einzelnen Std. pro Woche	Es wurde erreicht: Lohnerhöhung: für Beteiligte	Es wurde erreicht: Lohnerhöhung: zusammen pro Woche	Es wurde erreicht: Lohnerhöhung: f. d. einzelnen pro Woche	Es wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlänger.: für Beteiligte	Es wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlänger.: zusammen Stunden pro Woche	Es wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlänger.: f. d. einzelnen Std. pro Woche	Es wurde abgewehrt: Lohnkürzung: für Beteiligte	Es wurde abgewehrt: Lohnkürzung: zusammen pro Woche	Es wurde abgewehrt: Lohnkürzung: f. d. einzelnen Std. pro Woche	Kosten: Hauptkasse ℳ	Kosten: Lokalkassen ℳ	Gesamtkosten ℳ	Verlust an: Arbeitszeit Tage	Verlust an: Arbeitsverdienst ℳ
Angriff- bzw. Abwehrstreiks.																		
1905	28229	4163	13486	3,2	6289	16940	2,72	219	684	3,1	2688	7041	2,61	762488	181919	944407	415597	1638949
1906	83865	7860	28117	3,6	16367	31954	1,95	165	644	3,9	1317	3807	2,89	1203165	387003	1590168	726518	3916529
1907	22072	5314	14374	2,7	8094	16923	2,06	335	1929	5,7	1638	6666	4,07	1182459	327163	1509622	568551	2238756
1908	10606	418	1093	2,6	1544	2432	1,59	4	6	1,5	1429	4893	3,42	458092	169069	627161	230608	1043355
1909	9105	391	1066	2,7	1722	2884	1,67	—	—	—	1720	3924	2,28	292459	132504	424963	147142	438933
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.																		
1905	58473	21096	71838	3,4	29516	50014	1,61	843	4591	5,5	3560	7828	2,9	2956	778	3734	—	—
1906	127947	70350	274629	3,9	94906	166206	1,75	249	1021	4,1	1151	2740	2,38	7001	1732	8733	—	—
1907	138113	69522	206085	2,9	69086	95555	1,37	1301	3603	2,7	1586	3024	1,90	8224	3508	11732	—	—
1908	37209	5478	8602	1,6	7496	12020	1,60	721	3252	4,5	7881	17941	2,28	1671	1761	3432	—	—
1909	49401	3633	9676	2,7	8924	15499	1,74	693	4542	6,5	8472	13614	1,61	1708	3157	4865	—	—
Aussperrungen.																		
1905	61408	12027	20320	1,6	14463	15265	1,05	—	—	—	—	—	—	1298463	560242	1858715	686518	2885427
1906	28272	361	1602	4,4	3135	6266	1,99	—	—	—	—	—	—	1540798	257345	1798143	682124	2843328
1907	23315	6536	13758	2,1	6417	9494	1,48	—	—	—	—	—	—	562897	153810	716707	350159	1442693
1908	21517	180	375	2,1	180	436	2,4	—	—	—	—	—	—	304533	32107	336640	116744	526719
1909	4968	18	54	3,0	1309	3393	2,59	22	66	3,0	142	732	5,15	225394	41152	266546	99880	514018

usw. auf den gemeinsamen volkswirtschaftlichen Nenner „Kosten" bringen. Doch ist dieses leider nicht möglich. Nur rohe Schätzungen gestatten diese Unterlagen[1]).

Vergleichen wir zunächst die drei Gruppen bezüglich der positiv entstandenen Kosten. Die Gesamtkosten für die 5 Jahre von 1905—1909 sind für Streiks und Aussperrungen fast gleich. Während die Kosten für Streiks zusammen 5 096 321 ℳ betrugen, beliefen sich die Ausgaben für Unterstützung der Ausgesperrten auf 4 976 751 ℳ. Auffallend ist, wie gerade in den letzten Jahren sowohl die Aufwendungen für Streiks, wie auch für Aussperrungen geringer werden. Während früher der Satz galt: in Zeiten der Hochkonjunktur Streik, in Zeiten der Krise Aussperrung, sehen wir in den letzten Jahren (wie es auch aus der besonderen Statistik hervorgeht) eine Verminderung der offenen Kämpfe überhaupt. Dies ist auf die immer zunehmende Stärke der beiden Kampfparteien zurückzuführen.

Ähnliches zeigt sich auch beim Vergleich des Gesamtverlustes an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst. Während die Streiks den Arbeitern in den 5 Jahren von 1905—1909 einen Verlust an Arbeitszeit von 2 088 416 Tagen brachten, betrug dieser Verlust durch die Aussperrungen 1 935 427. Dies bedeutet einen entgangenen Arbeitsverdienst durch Streiks von 9 573 522 ℳ, durch Aussperrungen von 8 214 185 ℳ. Auch hier kommt wieder die Abnahme der offenen Kämpfe in den letzten Jahren zum Ausdruck.

Betrachten wir die Zahlen aber vom höheren Standpunkt der Volkswirtschaft, so sind diese Kämpfe sehr zu bedauern und zu verwerfen. Auf seiten der Arbeiter: Verbitterung, wachsende Unzufriedenheit, Zerrüttung des Familienlebens (wenn das Haushaltungsbudget aus dem Gleichgewicht kommt) — auf seiten der Unternehmer: Beunruhigung der Produktion, Vernichtung schwacher Unternehmungen[2]).

Weit geringer sind dagegen die Kosten der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Die Gesamtkosten für die 5 Jahre 1905 bis 1909 beliefen sich auf 32 796 ℳ, während die Kosten für

---

[1]) Unrichtig daher die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" in Nr. 49 1910 und Schiffer in den Verhandlungen der „Gesellschaft für soziale Reform", 1906 (s. vorstehende Tabelle).

[2]) Für den deduktiven Beweis von den Metallarbeitern ausgehend, vgl. Weber aaO. S. 550ff.

Streiks und Aussperrungen zusammen 10 073 072 ℳ, also das 371 fache betrugen.

Das Zurückhalten bzw. Zurückdrängen solcher großen Arbeitsmengen (von 1905—1909 insgesamt 4 023 843 Arbeitstage) bedeutet volkswirtschaftlich, dem Wirtschaftskörper diese Kraftmengen unwiederbringlich entziehen. Es ist eine Negierung der volkswirtschaftlichen Grundwahrheit, daß außer dem Boden die Arbeit die Quelle der Werte ist. Wertminderung des Volksvermögens und damit auch des Einkommens aller Klassen, auch des des Arbeiters wird also die unbedingte Folge sein. (Damit soll nicht geleugnet sein, daß durch Überproduktion und die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit auch eine Wertminderung entstehen kann.)

Andererseits zeigen uns auch die Tabellen, daß durch Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung weit mehr an Lohnerhöhung bzw. Verhinderung der Lohnkürzung und Arbeitszeitverkürzung bzw. Verhinderung der Arbeitszeitverlängerung erreicht wurde. Vor allem zeigt sich dies bei einem Vergleich der Zahl der Beteiligten überhaupt mit der Zahl der Beteiligten, für die durch eine Bewegung etwas erreicht wurde: die Zahl der Beteiligten, für die etwas ohne Lohnbewegung erreicht wurde, übersteigt die Zahl der Beteiligten, für die etwas durch Streiks erreicht wurde: 41 % gegen 11 %.

Dieser Erkenntnis entsprechend, gezwungen durch die gegenseitigen Rüstungen und eingedenk der eventuellen großen Verluste, zeigen sich die Parteien immer mehr zu Verhandlungen geneigt, wie auch die nachstehende Statistik über die Erledigung der Bewegungen der letzten Jahre zeigt.

Art der Erledigung der Bewegungen der letzten sechs Jahre.

Jahr	Zahl der durchgeführten Bewegungen	Ihre Erledigung fanden			
		durch Streiks	in Prozent	ohne Streiks	in Prozent
1904	438	194	44,29	244	55,71
1905	564	243	43,09	321	56,91
1906	955	365	38,22	590	61,78
1907	1067	345	32,30	722	67,70
1908	623	198	31,78	425	68,22
1909	292	212	30,64	480	69,36

(Aus dem Jahrbuch 1909.)

Noch geringer als bei Streiks sind die Aussichten für die Arbeiter bei Aussperrungen.

Aussperrungen.

Jahr	Zahl der							Von den Aussperr. hatten Erfolg			
								vollen od. teilw.		keinen	
	Bewegung.	Orte	Betriebe	beschäft. Arbeiter	Ausgesperrten	Organ. im Met.-Verbnd.	Org. in anderen Verbnd	Zahl	für Beteil.	Zahl	für Beteil.
1901	3	3	2	—	216	—	—	1	159	2	57
1902	15	11	114	1177	919	895	—	4	158	11	761
1903	10	9	115	9254	7992	5172	—	4	1354	6	6638
1904	24	17	197	11338	6873	6010	—	11	5963	13	910
1905	24	21	204	69205	56975	24742	13328	15	21839	9	35136
1906	46	36	340	40824	26507	17448	6825	37	24944	9	1553
1907	40	36	289	33005	22375	12706	3095	25	15165	15	7210
1908	32	23	61	42318	21435	8052	2206	24	21098	8	337
1909	32	24	341	14949	4968	3440	432	21	4272	11	696

(Aus dem Jahrbuch 1909.)

Ruhig denkende und vorsichtig abwägende Arbeiterführer haben dies anerkannt und demgemäß ihr Handeln eingerichtet. So führt der Vorsitzende des Verbandes diese Tatsache den anderen Leitern der Organisation im „Zeitgeist" 1908 vor: „Eigentlich kein Kampf, der von den Unternehmern mit einem „Streik der Arbeitgeber", mit einer Aussperrung größeren Stils beantwortet wurde, ist von uns erfolgreich beendet worden. Das heißt, wohl haben wir hier und da Verbesserungen erzielt, in der Mehrzahl der Fälle war uns das Erreichte aber schon vorher im Unterhandlungswege oder in der Antwort auf unsere Forderungen zugestanden worden, und nur in einem einzigen Falle, bei dem auf breiter Grundlage aufgebauten Formerstreik in Hannover, Braunschweig, Dresden und Breslau gelang es uns, wenigstens in den drei ersten Orten mehr zu erzielen als uns anfänglich in Aussicht gestellt war. Das lag aber daran, daß hier die bestreikten Unternehmergruppen von der Mehrheit ihres eigenen Verbandes in bezug auf das, was den Arbeitern zugestanden werden sollte oder konnte, abwichen oder weniger zugestehen oder sich nicht einmal in Verhandlungen mit ihren eigenen Arbeitern einlassen wollten" (S. 99 ff.).

Mehr Erfolg hatten, wie die nachstehenden Tabellen zeigen, die Abwehr- und Angriffsstreiks. (Immer ist die Statistik des Verbandes zugrundegelegt — die Reichsstatistik zeitigt bekanntlich andere Resultate.) Doch erwiesen sich auch nach der Gewerkschaftsstatistik die Abwehrkämpfe nicht so erfolgreich wie die Angriffsstreiks. Dies hat seinen Grund wohl darin, daß die Unternehmer genauer die gegenseitigen Kräfte abwägen und sich in sicherer Stellung wissen, wenn sie eine den Arbeitern ungünstige

Bedingung stellen, die diese zu Abwehrkämpfen veranlaßt. Meist führen diese Kämpfe zu Aussperrungen, so daß eine scharfe

Angriffsstreiks.

Jahr	Zahl der							Von den Streiks hatten Erfolg			
								vollen od. teilw.		keinen	
	Bewegungen	Orte	bestreikten Betriebe	beschäft. Arbeiter	Streikenden	Organ. im Met.-Verbnd.	Org. in anderen Verbnd.	Zahl	für Beteiligte	Zahl	für Beteiligte
1891	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1892	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1893	2	2	8	?	17	17	—	2	17	—	—
1894	3	3	3	?	163	133	—	2	20	1	143
1895	7	7	80	?	601	559	—	5	586	2	15
1896	24	21	193	?	1785	1517	—	15	1262	9	523
1897	8	8	36	?	320	304	—	6	282	2	38
1898	32	15	138	?	999	556	—	18	562	14	437
1899	40	34	222	?	5043	1681	—	29	3782	11	1261
1900	39	36	243	3032	2935	887	—	29	2178	10	757
1901	9	7	45	518	475	413	—	6	443	3	32
1902	17	8	450	4778	4065	847	—	14	4029	3	36
1903	51	32	1617	15638	8059	6775	—	38	7099	13	960
1904	73	39	666	12074	5865	4283	—	58	3792	15	2073
1905	88	53	1381	21964	10757	7072	2324	73	7879	15	2878
1906	182	85	1449	41574	20825	15108	3057	158	19824	24	1001
1907	158	85	1140	23315	13314	9671	1713	133	10615	25	2699
1908	29	23	86	8387	1208	1006	138	24	1139	5	69
1909	51	28	286	6332	2742	2170	359	43	2238	8	504

(Aus dem Jahrbuch 1909.)

Abwehrstreiks.

Jahr	Zahl der							Von den Streiks hatten Erfolg			
								vollen od. teilw.		keinen	
	Bewegungen	Orte	bestreikten Betriebe	beschäft. Arbeiter	Streikenden	Organ. im Met.-Verbnd.	Org. in anderen Verbnd.	Zahl	für Beteiligte	Zahl	für Beteiligte
1891	2	2	2	—	194	194	—	1	9	1	185
1892	6	6	6	—	209	209	—	2	37	4	172
1893	4	4	6	—	62	62	—	2	33	2	29
1894	17	14	20	—	771	771	—	8	446	9	325
1895	9	9	9	—	535	362	—	2	200	7	335
1896	16	12	16	—	481	380	—	3	77	13	404
1897	20	15	31	—	2396	1252	—	7	978	13	1418
1898	37	32	43	—	1796	1505	—	17	1159	20	637
1899	83	73	443	—	4034	1345	—	44	2047	39	1987
1900	51	54	379	9063	7687	2661	—	23	2527	28	5160
1901	52	34	70	4689	2908	1883	—	21	1162	31	1746
1902	86	39	255	8537	4688	3275	—	52	3288	34	1400
1903	115	60	123	33934	6647	3371	—	72	2978	43	3669
1904	92	53	92	6789	5531	3448	—	62	3663	30	1868
1905	116	67	238	15732	6084	4648	609	86	5207	30	877
1906	137	65	157	21973	12722	9253	1642	94	6663	43	6059
1907	129	74	140	30755	7653	5805	1232	82	5618	47	2035
1908	120	69	299	18328	8136	5637	857	71	4994	49	3142
1909*	129	63	262	25462	6363	5014	619	88	5118	37	1191

* 4 Streiks mit 54 Streikenden am Jahresschluß nicht beendet. (Aus dem Jahrbuch 1909.)

Scheidung nach Art der heutigen Aufstellung der Statistik nicht möglich ist[1]).

Was den Umfang der Streiks in den verschiedenen Jahren anbetrifft, so ließen sich Durchschnittszahlen nur für die Anzahl der Streikenden ermitteln (vgl. Tabelle), während genaue statistischen Unterlagen für die Dauer der einzelnen Ausstände nicht vorlagen. Auch sind die ermittelten Zahlen nur Durchschnittszahlen, die sich besonders für die letzten Jahre günstiger als die absoluten Zahlen stellen. Danach ergibt sich, daß die Streiks (Angriffs- und Abwehrstreiks) nicht den Umfang wie die Aussperrungen annehmen[2]). Mit zunehmender Koalition der Unternehmer werden diese die Aussperrungen immer mehr auszudehnen suchen (1909 allerdings sind die Aussperrungen zurückgegangen, da die Unternehmer die aufsteigende Konjunktur auszunützen suchten), um so die Kassen des Arbeiterverbandes schneller zur Erschöpfung zu bringen. Wie die Taktik der Unternehmerverbände dahingeht, die Kampfesfront zu verbreitern, um die Kassen der Organisation zu leeren und dadurch die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen, zeigt besonders der Werftarbeiterstreik 1910 (man hatte beschlossen, 60 % der deutschen Metallarbeiter auszusperren — ähnlich 1910 beim Formerstreik).

Jahr	Auf einen Kampf kamen durchschnittlich Personen			Jahr	Auf einen Kampf kamen durchschnittlich Personen		
	Angriffsstreiks	Abwehrstreiks	Aussperrungen		Angriffsstreiks	Abwehrstreiks	Aussperrungen
1891	—	97	—	1901	52	56	42
1892	—	34	—	1902	239	54	68
1893	8	15	—	1903	158	57	799
1894	54	45	—	1904	80	60	261
1895	85	59	—	1905	122	52	2374
1896	74	30	—	1906	114	92	576
1897	40	119	—	1907	85	59	559
1898	31	48	—	1908	41	67	701
1899	126	48	—	1909	53	49	155
1900	75	150	—				

(Zusammengestellt nach den Abrechnungen und Tabellen der Jahrbücher des Verbandes.)

Noch eine weitere Wirkung der erstarkenden Unternehmerverbände in der Metallindustrie läßt ein Blick auf die Tabelle der Angriffs- und Abwehrbewegungen erkennen. Während die

[1]) Vgl. auch Parvus, Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich. S. 53. Dresden 1910.

[2]) Vgl. die Anmerkung zu der Tabelle „Tarifverträge nach der Art ihres Zustandekommens" im Kapitel „Tarifverträge".

Angriffsstreiks an Zahl der Bewegungen wie an Zahl der Beteiligten abnehmen, nehmen die Abwehrstreiks sowohl an Zahl der Bewegungen wie an Zahl der Beteiligten zu.

Taktik.

Haben wir im vorstehenden versucht, die Entwicklung der Arbeitskämpfe des Verbandes darzustellen, so soll im folgenden die Kampfestaktik erörtert werden.

Während man im allgemeinen unter „Taktik" die Summe aller Maßnahmen zu verstehen hat, welche die Gewerkschaft ergreift, um die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern — also das, was Aufgabe dieser Arbeit ist, für den Metallarbeiterverband zu schildern: Unterstützungseinrichtungen, Bildungswesen, Streik, Tarifverträge usw. —, begreift man unter Taktik im engeren Sinne die Art der Kampfführung des Verbandes: Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Da es eine einheitliche Taktik nicht gibt, die Gewerkschaft sich niemals mit der Taktik festlegt, auch nicht festlegen kann, läßt sie sich auch nicht für alle Fälle einheitlich darstellen. Wie das ganze Wirtschaftsleben in beständigem Fluß ist, so auch die Art der Kampfführung des Verbandes, der mit den verschiedenartigsten Elementen des Wirtschaftslebens zu rechnen hat[1]). Die Taktik ändert sich je nachdem der Kampf gegen die Großindustrie oder gegen kleinere und mittlere Betriebe zu führen ist. Wohl bei keinem anderen Verband gestaltet sich die Kampfesführung aus diesem Grunde mannigfaltiger als beim Deutschen Metallarbeiterverband[2])[3]).

---

[1]) „Womit die Menschen im Leben zu tun haben, das sind die konkreten Zusammenhänge von Erscheinungen, und die menschlichen Kämpfe richten sich nach der wirklichen Bewegung der Tatsachen und Ereignisse, nicht aber nach der Abstraktion, die die Theorie gibt" (Bringmann S. XVII).

[2]) Teilweise haben die Unternehmungen Monopolstellung wie die A. E.-G., Siemens, Krupp usw. Gegen diese kann der Verband nicht so vorgehen wie gegen große Betriebe wie Borsig, die doch die Konkurrenz zu fürchten haben, die ihnen während der Arbeitsruhe die Aufträge fortzunehmen droht. Überhaupt kann der Verband nicht zu sehr gegen die Unternehmungen vorgehen, um sie nicht zu vertreiben, da die Arbeiter sonst der Industrie folgen müßten, wie es bei den Tabakarbeitern der Fall war, wenn auch diese Gefahr bei manchen Unternehmungen in der Metallindustrie nicht groß ist: Eisenhütten, Werften usw.

[3]) Vgl. Protokoll der Generalversammlung 1905, S. 153 ff., und Protokoll der Generalversammlung 1907, S. 106.

Als „die zweckgewollte Unterbindung der Warenerzeugung als der Quelle des Gewinns für das Kapital“[1]) ist der Streik die schärfste Waffe der Organisation. Als verfehlt ist daher das „Großstreiken“ zu bezeichnen, das sich in den ersten Jahren der Bewegung bemerkbar machte. In neuerer Zeit hat man dies aufgegeben wegen des Widerstandes der organisierten Unternehmer und der in solchen Fällen nicht zu unterschätzenden öffentlichen Meinung, die sich dann meist gegen die Arbeiterschaft wandte. Nur als äußerstes Mittel wird der Streik heute angewandt. Ergeben sich Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern, so versucht man zunächst auf friedlichem Wege diese zu beseitigen. Die Verhandlungen werden meist von den Leitern der Ortsverwaltungen oder den Bezirksleitern geführt. Steht der Unternehmer auf dem „Herrn im Hause-Standpunkt“, so tritt an Stelle des Verbandsbeamten ein anderes Verbandsmitglied oder eine Kommission. Ehe die Kommission zur Verhandlung zum Unternehmer geht, tritt sie zu einer Beratung mit dem Bevollmächtigten des Verbandes zusammen[2]); doch ist vorher dem Vorsitzenden der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen. Dieser hat dann den Bericht durch den Bezirksleiter dem Hauptvorstand zu übermitteln. Die Ausarbeitung etwaiger Forderungen, z. B. bei Angriffsstreiks, geschieht im Einverständnis mit der Bezirksverwaltung durch die Ortsverwaltung und die Vertrauensleute. Die mit einer sachlichen Begründung versehenen Forderungen werden durch den Bezirksleiter dem Hauptvorstand eingereicht (s. Anhang). Erst wenn dieser seine Zustimmung erteilt hat, werden die Forderungen dem Unternehmer mit einem in ruhigem Tone gehaltenen Begleitschreiben zugesandt.

Sind alle Verhandlungen gescheitert, so ist auf demselben Wege dem Hauptvorstand drei Monate vor Beginn des Streiks mitzuteilen, daß der Streik beabsichtigt ist. Ehe die Einwilligung erteilt wird, erfolgt eine genaue Prüfung der Lage des Arbeitsmarktes, der eigenen Stärke und der des Gegners und besonders der gesamten Organisationsverhältnisse des betreffenden Betriebs. Man untersucht, ob die Konkurrenzorganisationen geneigt sind, sich solidarisch zu erklären und vermeidet besonders Kämpfe,

---

[1]) Korrespondenzblatt 1909, S. 216.
[2]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 192.

woran Unorganisierte oder eben erst der Organisation Beigetretene beteiligt sind. Ferner versichert man sich, daß die Organisation in den Konkurrenzorten auch in der Lage ist, die Forderungen zu unterstützen, indem sie z. B. Streikarbeit ablehnen kann. Von großer Wichtigkeit bei der Beurteilung der Aussicht eines Kampfes ist die Arbeitslosenstatistik, die der Verband seit 1896 führt, und die Arbeitsvermittlung: durch diese sucht er an die Stelle des unorganisierten Arbeiters einen organisierten zu setzen und so die Aussichten auf Erfolg des Kampfes zu vergrößern.

Zu Hilfe kommt hier das Werkstätten-Vertrauensmännersystem, das polypenartig die Fäden der Organisation bis in die kleinste Werkstätte führt.

Das Material zur Begründung der Forderungen wird sorgfältig zusammengetragen und möglichst beweiskräftig gestaltet, „um den Gegner im wirtschaftlichen Kampfe von vornherein moralisch ins Unrecht zu setzen“[1]).

Wenn man sich früher zuweilen von dem Gedanken leiten ließ, daß alles öffentlich geschehen könne, was die Streikführung anbetrifft, so ist man durch die Erfahrung anders belehrt worden. Alle Vorbereitungen werden in der Stille getroffen, damit der Unternehmer nicht vorzeitig die Absichten der Gewerkschaft erfährt[2]). (Bei dem großen Formerstreik 1905 wäre durch vorzeitiges Bekanntwerden der Absichten des Verbandes beinahe die ganze Bewegung gescheitert.) Die Gefahr des vorzeitigen Bekanntwerdens ist dadurch leicht gegeben, daß man als Unterlage für den Streik statistische Erhebungen über den betreffenden Betrieb bzw. über die betreffende Branche zu veranstalten sucht.

Vor jeder Lohnbewegung macht der Vorstand auf die Konsequenzen aufmerksam, die eine Lohnbewegung im schlimmsten Falle nach sich ziehen kann. Bedenken gegen die Lohnbewegung werden aufgeworfen und erörtert. Da die Streikleiter sehr vorsichtig bei der Einleitung einer Lohnbewegung vorzugehen haben und nicht die Forderungen eines jeden Arbeiters erfüllen können,

---

[1]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 187.

[2]) So auch die Taktik der Unternehmer; vgl. „Der Goldarbeiterstreik in Pforzheim 1910“. Verlag der Pforzheimer Bijouteriezeitung. Pforzheim 1911, 2. Aufl.

sondern den Blick auf das Ganze richten müssen, werden sie von den Arbeitern zuweilen als „Bremser" bezeichnet, während die Unternehmer dieselben Arbeiterführer als „Hetzer" bezeichnen.

Ist die Lohnbewegung ausgebrochen, so beruft der Streikleiter ein Streikkomitee ein, das die technischen Arbeiten zu erledigen hat, insbesondere auf Grund der von den Streikenden ausgefüllten Streikzettel (vgl. nachstehendes Formular) eine Kontrollliste anzulegen hat.

Formular III.

Nr. .....

Zahlstelle ..... (Der Streiklegitimation.)

Dieser Zettel ist sofort und gewissenhaft von jedem Streikenden auszufüllen und der Streikleitung zu übergeben

Nur diejenigen, welche diese Bedingung erfüllen, haben Anspruch auf Unterstützung.

Nr. des Mitgliedsbuches? ..... Eingetreten in die Organisation am ..... (Tag, Monat, Jahr)

Name des Streikenden (Vor- und Zuname) .....

Wohnort ..... Straße ..... Hausnummer .....

Name der Werkstatt, des Arbeitgebers, Wohnort des Arbeitgebers oder Bezeichnung der Arbeitsstelle .....

Arbeiten Sie in der Werkstatt? ..... oder sind Sie Heimarbeiter? .....

Mit „Ja" oder „Nein" zu beantworten. { Hatte Kündigungsfrist? ..... / Hat die Arbeit vor Ablauf der Kündigungszeit niedergelegt? .....

Verheiratet? ..... Zahl der Kinder unter 14 Jahren? .....

Wann hat der Streikende die Arbeit niedergelegt? Am .....

Der Verdienst betrug in der Woche vor der Arbeitsniederlegung (gleichviel ob in Lohn oder Akkord) pro Tag ℳ .....

09. Unterschrift .....

Um etwaigen Zuzug fernzuhalten, werden Streikposten aufgestellt, welche die Vorgänge in der Fabrik und um dieselbe zu überwachen haben. Meist benutzt man hierzu ruhigere erfahrene Mitglieder, um jeden Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden. In einer Liste, die sich in den Händen des Streikkomitees befindet, sind die Streikposten bezeichnet für die Stunden von morgens 6 bis abends 5 oder 6 Uhr. Diese Leute gehen von dem Streiklokale aus und kehren nach Ablauf ihrer Zeit dorthin zurück, um Bericht zu erstatten. Die Streikenden sind während des Streiks einer Kontrolle unterworfen, daß sie nicht arbeiten und haben ihre Streikkarte zu einer bestimmten Zeit vormittags und nachmittags einem Mitgliede des Streikkomitees vorzuzeigen, das dies in der Kontrolliste vermerkt und die Karte abstempelt. (Vgl. nachstehendes Formular.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband — Verwaltungsstelle Berlin

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden Nr. 1239. NW 6, Charitéstraße 3. Verwaltung: Hof III. Amt Norden Nr. 1987.

Werkstatt: .....

Kontroll-Karte Nr. [redacted]

für

..... (Name) (Vorname) (Beruf)

*) Verheiratet (ja, nein). Wieviel Kinder? .....

*) Vollberechtigt — nicht vollberechtigt — unorganisiert. [redacted] (Buch-Nr.)

(Stempel.) Die Ortsverwaltung.

*) Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.

Inhaber hat sich persönlich zur Kontrolle gemeldet:

Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstg.	Freitag	Sonnabend
vom ..... bis	Stempel	Stempel	Stempel	Stempel	Stempel	Stempel
vom ..... bis	do.	do.	do.	do.	do.	do.
vom ..... bis	do.	do.	do.	do.	do.	do.
vom ..... bis	do.	do.	do.	do.	do.	do.
vom ..... bis	do.	do.	do.	do.	do.	do.

Jede Kontrollmeldung muß durch Stempel beglaubigt sein. Kontrollentziehung bedingt Verlust der Unterstützung für den betreffenden Tag. Die Ortsverwaltung.

Nach einigen Tagen wird eine Streikversammlung einberufen, in welcher der Streikleiter den Bericht für die verflossenen Tage entgegennimmt und, falls Einigungsvorschläge gemacht sind, diese der Versammlung zur Diskussion unterbreitet. Zum Schluß folgt eine geheime Abstimmung über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks, falls eine Änderung der Situation eingetreten ist. Soll der Streik fortgesetzt werden, so muß $^3/_4$ der Stimmenzahl für Fortsetzung sein, während bei Beginn des Streiks $^2/_3$ für Arbeitsniederlegung stimmen müssen. Wie vorsichtig man bei der Beurteilung der Stimmung ist, geht daraus hervor, daß die Abwesenden für Arbeitswillige gezählt werden. Der Verband geht deshalb so vorsichtig vor, weil er auf die materiellen Opfer Rücksicht zu nehmen hat, die der einzelne beim Streik bringen muß, da die Streikunterstützung meist nicht die Höhe des Lohnes erreicht. Für den Verband selbst ist die Unterstützung einiger hundert Arbeiter in seinem jetzigen Stadium weniger schmerzlich.

über jede Arbeitseinstellung ist dem Vorstand fortlaufend ein Wochenbericht sowie ein Schlußbericht einzusenden.

Erwägt man vor Beginn des Kampfes, ob man etwas und wieviel man erreichen kann, so beachtet man bei der Fortführung des Kampfes, ob die Allgemeinheit der Arbeiter Vorteil oder Nachteil vom Hinausziehen eines Kampfes hat, da auch die Allgemeinheit die Mittel zu den Kämpfen liefert und daher großes Interesse an dem Gelingen oder Mißlingen der Kämpfe hat. Eine unzeitige Beendigung hat für die Beteiligten zuweilen noch größere Nachteile als ein unzeitiger Beginn eines Kampfes. Die Zahl der Arbeitswilligen wird um so größer, je länger der Streik dauert; die Familienverhältnisse verschlechtern sich und veranlassen manchen, zur Arbeit zurückzukehren.

Was die Zeit anbetrifft, in welche der Streik gelegt wird, so gilt allgemein, daß der Streik kurz vor der Saison zu beginnen habe, um die Unternehmer nachgiebiger zu machen. Das Schwergewicht des Streiks sucht man in den Anfang der Saison zu legen; denn je mehr die Saison ihrem Ende zugeht, desto weniger Interesse haben die Unternehmer, den Kampf zu beenden, da sie dann die Konjunktur doch nicht mehr ausnützen können. Dies zeigte besonders der Goldarbeiterstreik in Pforzheim 1910. Zuweilen kann auch der Aufschwung des Geschäftslebens eine für den Streik ungünstige Zeit sein, wenn der Unternehmer sich sicher genug fühlt, daß er nicht mit dem Augenblick zu rechnen braucht, da der Aufschwung sich stabilisiert hat[1]).

Zuweilen stellt man sogar durchaus berechtigte Forderungen zurück, wenn sie sich im Augenblick nicht durchsetzen lassen. Dies tritt immer häufiger ein mit zunehmender Einführung der Maschinen. Zuweilen werden selbst gelernte Arbeiter in den Betrieben überflüssig (es sei nur an die Einführung der Rüttelformmaschinen erinnert, die selbst den bisher unentbehrlichen gelernten Arbeiter in den Gießereien überflüssig macht[2]).

---

[1]) „Am Kulminationspunkt jeder Hochkonjunktur treten bekanntlich sogar solche Momente ein, wo es den Unternehmern vorteilhaft wird, durch Streik die Produktion unterbrechen zu lassen, um auf diese Weise den überspannten Verpflichtungen, in die sie die Hochkonjunktur hineingetrieben hat, wenigstens für einige Zeit sich zu entziehen" (Parvus, Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe, S. 41. Dresden 1910).

[2]) MZ. Nr. 1, 1911.

Seit einigen Jahren führen die Metallarbeiter ein neues Mittel in den Kampf ein: die passive Resistenz. Gerade weil der offene Kampf, der im letzten Grunde eine wirtschaftliche Machtfrage ist, mit zunehmender Koalition der Unternehmer weniger Erfolg für die Arbeiter verspricht, sucht man das Ziel auf anderem Wege zu erreichen. Wie bei der Ware Quantität und Qualität den Preis bestimmen, so auch bei der Arbeit. Die Kürzung der Arbeitszeit hat auch für den Metallarbeiterverband ihre Grenzen. Die Kürzung wird dadurch ausgeglichen, daß die Arbeit intensiver wird. Hat der Arbeiter früher für zehn Stunden 4 *M* bekommen, so ist nach Kürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden der Stundenlohn von 40 auf 50 Pf. gestiegen. Doch gilt dies nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeit nicht intensiver wird. Genaue Beobachtungen haben aber gezeigt, daß mit Kürzung der Arbeitszeit die Arbeit intensiver wird. Dies sucht man jetzt zu verhindern durch die passive Resistenz. Man geht davon aus, daß die „Ware" Arbeitskraft sich für diese Art des Streiks vorteilhaft von der übrigen Ware unterscheidet. Sie ist nichts „Greifbares, Wägbares, Meßbares, sondern etwas Flüssiges". „Wenn ein Mensch seine Arbeitskraft in irgendeiner zweckbestimmten Form verausgabt, so bemerkt der Zuschauer das Hineinströmen vom Körper in den Arbeitsgegenstand nicht.... Das Quantum der verausgabten Arbeit zu bestimmen, ist ungemein schwierig, da nicht nur die Länge der Arbeitszeit, sondern auch der Intensitätsgrad der Arbeit bei der Feststellung von Bedeutung ist. . . . Es wäre also durchaus verkehrt, wenn die Arbeiterklasse die Arbeit lediglich nach der Elle messen wollte, wie rückständige Unternehmer noch heute tun, und sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit beschränken wollte. Gerade die Regelung der Intensität ist eine wichtige Frage, die um so brennender wird, je mehr die Arbeitszeitverkürzung Fortschritte macht. Zu fordern ist also nicht nur ein Arbeitstag von normaler Dauer, sondern auch eine Arbeitsweise von normaler Intensität[1]).

Auch der Vorsitzende des Verbandes, A. Schlicke, äußerte sich schon früher zu dieser Frage in demselben Sinne im „Zeitgeist" in einem Aufsatz „Zur Frage der Taktik": „Auch das, was die

[1]) MZ. Nr. 45, 1909.

Österreicher mit dem Ausdruck „passive Resistenz" bezeichnen, ist ein Kampfmittel, das sich bei uns in Deutschland auch in der Metallindustrie bewährt hat, weil gerade diejenigen taktischen Maßnahmen sich am besten zu bewähren pflegen, von denen man vor und während ihrer Anwendung gar nichts sagt. Dadurch, daß man den Gegner vor eine Situation stellt, die er sich aus den bisherigen Vorgängen nicht zu erklären vermag, bricht man ein gut Teil seiner Widerstandskraft und ebnet sich selbst den Weg zum Erfolge[1])."

In Pforzheim beschlossen die Kettenarbeiter 1910, daß alle männlichen Arbeiter dieser Branche die Überarbeit verweigern und die Akkordarbeiter passive Resistenz üben sollten, weil der Arbeitgeberverband für die Edelmetallindustrie sich geweigert hatte, mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in mündliche Verhandlung zu treten[2]).

Von diesem stillen Kampf gilt aber dasselbe was oben von Streiks und Aussperrungen gesagt wurde. Die Preise der Waren werden erhöht — so leiden zum Teil die Arbeiter direkt unter den Folgen. Doch auch der gesamten Volkswirtschaft wird geschadet. Wenn schon A. Smith, Ricardo, Rodbertus, Marx usw. lehrten, daß die Arbeit der Fonds ist, aus dem alle Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens bezahlt werden, so gilt dieser Satz auch heute noch. Die Arbeit kann den Wohlstand der Nation erhöhen. Wird sie aber von ihren Spendern systematisch zurückgehalten, so kann letzten Endes auch auf diese Weise die Arbeiterschaft nicht dauernd und allgemein ihren Lohn erhöhen, da der Lohn aus produzierten Werten bezahlt wird[3])[4]).

[1]) Zeitgeist 1908, S. 12.

[2]) Frankfurter Zeitung Nr. 292, 1910.

[3]) Vgl. hierzu Weber aaO. S. 568/69.

[4]) Vgl. dazu S. und B. Webb: „Es ist etwas ganz anderes, wenn man einzelne Arbeiter daran hindert, sich zu Werkzeugen herzugeben, durch die ihren Arbeitsgenossen unbezahlte Lohnarbeit abgepreßt wird, als wenn Gewerkvereine, unfähig die Lohnhöhe zu steigern, allen ihren Mitgliedern eine hinterlistige Verminderung ihrer Arbeitsenergie anempfehlen, ohne dieselbe den Unternehmern anzukündigen. Das ist eine ebenso betrügerische Anwendung des Vertrags wie der Gebrauch des Buttymeisters" (Webb aaO. S. 274). . . . „Unserer Ansicht nach leiden die Interessen der Gemeinschaft unvermeidlich bei solchen verderblichen Kämpfen. Trotz aller Proteste John Brights hat ein Parlament nach dem andern die Verfälschung der Waren verboten. Verfälschung der Arbeit ist aber für die

Auch durch dieses Mittel des stillen Kampfes, das aus der Erkenntnis hervorging, daß die Gewerkschaftsbewegung dem organisierten Unternehmertum in großen Frontschlachten nicht gewachsen ist[1]), sucht die Gewerkschaft in Verbindung mit Zentralisation der Mittel und Leitung die Hemmnisse, die sich ihr im Kampfe entgegenstellen, zu überwinden; denn während in den Anfangszeiten des Verbandes die einzelnen Ortsgruppen zuweilen für sich allein vorgingen, unbekümmert um das Verhalten des ganzen Verbandes, macht sich mit der Entwicklung zum Industrieverband einerseits, der zunehmenden Koalition der Unternehmer anderseits eine Einheitlichkeit in der Taktik bemerkbar. Die Mitglieder einer Verwaltungsstelle können nicht selbständig entscheiden. Dies ist schon aus rein technischen Gründen nicht möglich. (Soll z. B. eine Frage durch Schiedsspruch entschieden werden, so muß dies in möglichst kurzer Zeit geschehen. Dies ist aber nur durchführbar, wenn eine oberste Stelle dies für alle besorgt.) Deshalb ging die Leitung von den Lokal- und Bezirksverwaltungen an den Zentralvorstand über, dem es so möglich ist, das Tätigkeitsfeld in allen Teilen zu übersehen und die Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren. Dies zeigt sich einmal in der Zusammenfassung und Zusammenhaltung der finanziellen Mittel, um sie auf einmal an einem Punkt für einen Zweck zu verwenden, dann aber auch in der Inszenierung und Führung der Kämpfe insofern, als eine große Bewegung an mehreren Orten zu gleicher Zeit durchgeführt werden kann.

Manche Unzufriedenheit macht sich allerdings in den Reihen der Arbeiter darüber bemerkbar[2]). Doch „wer soll nun darüber

---

Gemeinschaft unendlich viel schädlicher. ... Der bei den Subunternehmern beliebte Gebrauch des „Antreibens", der fortwährende Druck, der einen Arbeiter zwingt, immer in seinem schnellsten Tempo zu arbeiten, muß schnell seine Gesundheit zerstören und die Nation durch sein vorzeitiges Alter ärmer machen. Dagegen muß systematisches Bummeln den Charakter und die Leistungsfähigkeit selbst des energischsten Arbeiters verderben. Die Verfälschung des Produkts führt die Verfälschung des Mannes mit sich. Bei den ungelernten Arbeitern einer großen Stadt, die bereits durch die Unregelmäßigkeit der Arbeit demoralisiert und zu andauernder Durchschnittsarbeit kaum noch fähig sind, kann die Lehre des „Go-Canny" leicht zu endgültiger Charakterverderbnis führen" (Webb S. 275).

[1]) MZ. Nr. 27, 1906.

[2]) Vgl. Neue Zeit Nr. 35, 1906.

in kürzester Frist bestimmen, ob anderthalbhunderttausend Arbeiter auf das Straßenpflaster fliegen und andere Tausende in Mitleidenschaft gezogen werden? Soll darüber in ein paar tausend Verwaltungsstellen und Sektionen abgestimmt werden? Können die Klempner in Tirschenreuth und die Schmiede in Lägerdorf die gesamte Geschäftslage der Metallindustrie, von der es abhängt, ob der Fehdehandschuh der Kühnemänner aufgenommen wird oder nicht, beurteilen? Wer kennt die Konjunktur des In- und Auslandes besser, wer weiß es, welche Werke am schwersten oder weniger hart getroffen werden können? Muß es nicht der Zentralvorstand sein, der in solch gewaltigen Ringen die taktischen Direktiven gibt? Heute gilt es doch, den wirtschaftlichen Gegner immer nur an den Stellen anzugreifen, wo er zur gegebenen Zeit am leichtesten verwundbar ist, ihn nie auf der ganzen Linie zur Ruhe kommen zu lassen, heute hier mit ihm Verträge abzuschließen und morgen dort mit ihm anzubinden. Die Gewerkschaftsbewegung ist dem organisierten Unternehmertum in großen Frontschlachten nicht gewachsen. Gut disziplinierte Gruppen müssen vorgeschoben und wieder zurückgezogen werden können, je nachdem die Umstände es gebieten. Und dieser immer anhaltende Kleinkrieg hebt das revolutionäre Empfinden der Gewerkschaftsmitglieder und bringt ihnen mit wenig finanziellen Opfern mindestens die gleichen Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen. Wie alles in der gegenwärtigen Zeit, so sind auch die wirtschaftlichen Kämpfe kompliziert geworden, alles drängt nach Zentralisation, damit der verwickelte Mechanismus richtig funktioniert und so auch die Gewerkschaften. Die modernen Lohnbewegungen können nur von einer mit geschäftlicher Einsicht und taktischem Können ausgerüsteten Zentralstelle geleitet werden"[1])[2]).

Gewiß mag Bernstein recht haben, wenn er sagt: „Jeder Arbeiterbewegung liegt die Demokratie sozusagen im Blute, sie ist das wesentliche ihrer Lebensorgane. Wo Arbeitervereine ihre Angelegenheiten nicht demokratisch regeln, ist nur das Zerrbild

---

[1]) Der Verbandstag der Maurer 1909 hat im Prinzip das Entscheidungsrecht der Mitglieder aufrecht erhalten; sie sollen sowohl über das Ergebnis lokaler Verhandlungen als über solche größerer Bezirke entscheiden. (Korr.Bl. 1909, S. 211.)

[2]) MZ. Nr. 27, 1906.

einer Arbeiterbewegung möglich[1])". Doch gilt diese demokratische Herrschaft nur soweit, als sie ihre Führer wählt und die Vorabstimmung bei Beginn der Arbeitskämpfe vornimmt. Die Genehmigung muß in den Händen der Führer liegen, die die Situation überschauen. (Die Demokratie kommt ja hier dadurch zum Ausdruck, daß die Arbeiter selbst ihre Führer wählen.) Niemals ist die Masse fähig, so schwerwiegende Entschlüsse wie bei Entscheidungen über Arbeitseinstellungen zu fassen. Das geistige Niveau der Masse wird stets zu tief sein, um die ganze wirtschaftliche und finanzielle Lage im Augenblick richtig zu erfassen, wie es bei den modernen wirtschaftlichen Kämpfen notwendig ist[2])[3]).

Die Arbeitermassen als solche lassen sich meist mehr von augenblicklichen Gefühlen leiten als von Verstand und Vernunft. Wenn dies auch durch die gewerkschaftliche Erziehung und Aufklärung des Verbandes heute nicht mehr mit derselben Schärfe gilt wie vor zehn Jahren, so bedürfen die Arbeiter doch der Leitung durch intelligente, ruhige, erfahrene Führer, die selbst aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen, durch das Vertrauen zu ihren Führern erwählt sind. Eine Aristokratie in der Demokratie!

Wer die Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei der Arbeit beobachten konnte, kann nicht dem Urteil Le Bons beipflichten, wenn er meint: „Meist sind die Führer nicht Denker, sondern Männer des Handelns. Sie sind von geringem Scharfblick und können es nicht sein, da der Scharfblick im allgemeinen zum Zweifel und zur Untätigkeit führt. Sie rekrutieren sich namentlich aus jenen Nervösen, Erregten, Halbverrückten, die an der Grenze des Irrsinns sich befinden[4])." Ganz abgesehen von den Beamten der oberen Instanzen ist schon für eine größere Ortsverwaltung mit der Fülle vielseitiger Verrichtungen kein Unruhiger oder Nervöser zu gebrauchen.

Ohne das Zurückhalten und Warnen der Führer würden die Arbeiter weit öfter die Arbeit niederlegen als es jetzt geschieht.

---

[1]) SM. 1909, I. S. 82.

[2]) Anders Bringmann S. XIX.

[3]) „Es ist die Dummheit, nicht der Geist, das sich in den Massen akkumuliert" (Le Bon aaO. S. 14.) „Il est contre l'ordre natural, que le grand nombre gouverne, et que le petit soit gouverné" (Rousseau, contrat social).

[4]) Le Bon, Die Psychologie der Massen, aaO. S. 83—84.

So wurde entgegen dem Willen der Streikenden der Streik im Mannheimer Strebelwerk vom Vorstand für beendet erklärt, da er die Verantwortlichkeit für eine große Niederlage, die infolge der herrschenden Krise nicht ausgeblieben wäre, nicht auf sich nehmen konnte. Trotzdem gab es eine Anzahl gewissenloser Hetzer, die zum offenen Widerstand gegen die Leitung aufreizten, wie untenstehende Resolution zeigt, wenn man auch annehmen kann, daß die Resolution nur von einem geringen Teil der Arbeiter gefaßt wurde[1]). An einer andern Stelle sagt der Bericht: „Man war so weit gekommen, daß man nicht nur den Worten des Oberbürgermeisters und Fabrikinspektors nicht glaubte, sondern man mißtraute auch den Führern, die ihr ganzes Können bei der ganzen Bewegung für die Interessen der Arbeiter eingesetzt hatten. . . . Mit Hohngelächter, mit Zwischenrufen, mit Beleidigungen wurden die sachlichsten, überzeugensten Gründe zurückgewiesen. Man wollte sich nicht überzeugen lassen, man wollte vielmehr bestimmen, befehlen, man verlangte, daß die Leitung gehorche."

In der Verwaltungsstelle Hamburg wurde 1910 sogar einem Beamten gekündigt, weil er nicht den Massen gehorchte, sondern die Anordnungen des Vorstandes befolgte, gemäß den Statuten[2]). Trotzdem darf man solche Beispiele noch nicht verallgemeinern, wie es die Deutsche Arbeitgeberzeitung (4. XII. 1910) tut. Wenn man den Blick auf das Ganze richtet und von einzelnen Ausnahmen absieht, muß man zugeben, daß bis jetzt im Deutschen Metallarbeiterverband die Massen im allgemeinen ihren Führern gehorcht haben[3]). Straffe Disziplin ist aber auch die erste Vorbedingung für das Gelingen solch großer wirtschaftlicher Kämpfe, wie sie sich in der Metallindustrie abspielen.

---

[1]) „Die heute am 24. Dezember im Lokal Ritz stattfindende Versammlung der Streikenden des Strebelwerks protestiert energisch gegen das Verhalten der Führer, indem diese ohne Berechtigung den Streik für beendet erklären. Sie erachtet vielmehr das Resultat ihrer Abstimmung allein für maßgebend und richtet das Ersuchen an die übrigen Metallarbeiter des Industriebezirks Mannheim-Ludwigshafen, ihr Urteil auch darüber zu fällen. Die Versammlung beauftragt die Vertrauensleute, nach Möglichkeit die Öffentlichkeit über die Streikbewegung aufzuklären."

[2]) Vgl. MZ. Nov. 1910.

[3]) Allerdings mehren sich solche Fälle, wie wieder der Berliner Metallarbeiterstreik 1911 gezeigt hat.

Vor 10—15 Jahren wickelten sich die Differenzen noch als Werkstatt- oder lokale Streiks ab. Der einzelne Unternehmer stand nur seiner Arbeiterschaft oder nur einem Teil derselben gegenüber. Meist waren auch nur lokale Interessen berührt. Die Industrie als Ganzes litt wenig oder gar nicht darunter. Die Volkswirtschaft, die gesamte nationale Produktion blieb ungestört. Meist zogen sogar einzelne Unternehmer als Konkurrenten noch Nutzen aus dem Streik. Ein reiner Kleinkrieg! Sobald aber Arbeiter und Unternehmer in breiteren Schichten den Nutzen der Organisation erkannt hatten, entwickelte sich der Einzelkampf zum Massenkampf. Der wirtschaftliche Kampf gerade in der Metallindustrie hat heute den Charakter eines beruflichen Kampfes verloren und ist zum Kampf zwischen Kapital und Arbeit in der Metallindustrie schlechthin geworden; von den Unternehmern wird der Kampf möglichst auf die ganze Industrie ausgedehnt, um die Gewerkschaftskassen zu leeren[1]).

Zum Teil war dies auch durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung bedingt. Der ganze kombinierte Betrieb steht still, sobald eine einzelne Arbeiterkategorie fehlt. Vgl. auch Frankfurter Zeitung, 3. XII. 1910, über die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie: „Schon etwa 100 Fabrikanten waren genötigt, ihren Betrieb zu schließen, weil einzelne Arbeiterkategorien fehlten, ohne deren Mithilfe, wie der der Fasser und Graveure die Waren nicht hätten fertig gestellt werden können."

Wie der politische Kampf zwischen Nationen, so hat auch der wirtschaftliche Kampf alle Stadien durchlaufen. Nur in bedeutend beschleunigtem Tempo — mit ebenso großen, vielleicht noch größeren verderblichen Wirkungen.

---

[1]) „Die Aussperrung ist lediglich eine Machtfrage oder besser gesagt eine Geldfrage. Der Gesamtverband der Metallindustriellen beabsichtigt, durch die Riesenaussperrung die Gewerkschaftskassen zu leeren. Daß die vorhandenen Geldmittel nicht weit reichen können, folgt daraus, daß 420000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden. Es ist auch anzunehmen, daß die Arbeiter weit eher zum Nachgeben und zur Aufgabe ihrer unberechtigten Forderungen bereit sein werden, wenn die Mittel erschöpft sind. Naturgemäß wird die Aussperrung auch schwere wirtschaftliche Folgen zeitigen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden großen Schaden erleiden. Trotzdem müssen wir, um einmal Rückgrat zu zeigen, so handeln, wie wir es getan haben." (Kommerzienrat von Borsig im B. T. Nr. 484, 1910.)

Tarifverträge.

Wie in andern Gewerben, hat man auch in der Metallindustrie versucht, die sowohl für Unternehmer und Arbeiter wie auch für die gesamte Volkswirtschaft verderblichen Kämpfe zu vermeiden durch Abschluß von Tarifverträgen. Doch muß man sich bei der Betrachtung dieser Entwicklung von dem Gedanken freimachen, daß sie das Allheilmittel in dieser Frage bedeuten.

Betrachten wir zuerst

die tatsächliche Entwicklung des Tarifvertrags in der Metallindustrie.

Während man in der ersten Zeit der Bewegung von der Ansicht ausging, daß es nicht richtig sei, sich längere Zeit hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeit zu binden, da man die günstige Konjunktur nicht ausnützen könnte, verließ man in den letzten Jahren diesen Standpunkt[1]). Zweierlei hatte man übersehen. Erstens schließt selbst bei guter Konjunktur nicht jeder Streik erfolgreich ab. So halfen sich z. B. gerade in der Formerbranche die Unternehmer durch ihre Organisation. Dann übersah man auch zweitens, daß bei niedergehender Konjunktur bei Einzelvertragsschließung die Löhne durch das größere Angebot von Arbeitern gedrückt werden. Es kam sogar vor, daß die Löhne noch tiefer sanken als sie beim Anfang der guten Geschäftszeit gestanden hatten.

[1]) Resolution der Generalversammlung 1903: „Ausgehend von der Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Metallarbeiter entschieden einer Besserung und Regelung bedürfen, dies aber durch die seither geübte Methode der einzelnen Werkstättenstreiks nicht vollkommen und dauernd erreicht wird, erklärt die sechste ordentliche Generalversammlung den Abschluß von Tarifgemeinschaften und korporativen Arbeitsverträgen mit den Unternehmern im Interesse der Mitglieder, wie auch aller übrigen Metallarbeiter für zweckmäßig und wünschenswert. — Die Generalversammlung erkennt an, daß korporative Arbeitsverträge ein wesentliches Mittel sind, zur planmäßigen einheitlichen Förderung der Interessen der Metallarbeiter. Sie setzen jedoch starke Gewerkschaftsorganisationen voraus. Deshalb verspricht die Versammlung, unausgesetzt für die Ausbreitung der Organisation und deren finanzielle Stärkung einzutreten. — Zur Einleitung der Agitation für die Tarifgemeinschaften empfiehlt die Generalversammlung den Mitgliedschaften schon jetzt, bei etwaigen Lohnbewegungen auf den Abschluß bindender tariflicher Verträge hinzuwirken. — Der Verbandsvorstand wird verpflichtet, für die Förderung der auf den Abschluß korporativer Arbeitsverträge gerichteten Bestrebungen einzutreten und die erforderlichen Vorarbeiten nach Maßgabe der Durchführbarkeit in die Wege zu leiten."

Im Jahre 1903 erstreckten sich die Tarifverträge in der Hauptsache nur auf die baugewerblichen Berufe, sowie auf einzelne Branchen, die einen in sich abgeschlossenen Berufszweig mit eigenartiger Entwicklung darstellen (über die Entwicklung der Tarifverträge vgl. Tabelle).

Bei den ersten Tarifen — ausgenommen die Tarife für Schläger — war die Entlöhnung meist Zeitlohn. Für ausgelernte Arbeiter kamen noch tariflich festgelegte Löhne von 25 Pf. pro Stunde vor. Die Tarife bezeichneten vielfach nur die Festlegung der bestehenden Mindestlöhne. Bemerkenswert in diesen Verträgen waren die Zulagen für auswärtige Arbeiten. Die höchsten Montagezulagen betrugen 1903 bei Übernachten 3 Mark pro Tag. Diese Sätze sind noch bis 1908 geblieben mit Ausnahme für Berlin (Elektromonteure), Düsseldorf (Drücker), Magdeburg (Geldschrankschlosser).

1904 versuchte der Verband mit den Metallindustriellen und dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in Verbindung zu treten. Zweck der Verhandlungen sollte nicht sein, die Arbeitsverhältnisse direkt zu regeln, sondern Aufstellung allgemeiner Normen, weil bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in der Metallindustrie nur einzelne allgemeine Punkte geregelt werden konnten. Doch war das Bemühen erfolglos.

Das Jahr 1905 brachte für die Tarifbewegung nichts Bemerkenswertes.

Seit 1906 bleibt der Tarifvertrag nicht mehr nur auf die handwerksmäßigen Betriebe beschränkt. Durch die Gold- und Silberarbeiter-, wie auch durch die Former- und Gießereiarbeiterbewegung drang der Tarifvertrag auch in die Fabriken ein. Zum Teil wurden schon in der Maschinenindustrie Tarifverträge abgeschlossen. Allerdings findet man immer noch die vollkommensten Tarifverträge in den handwerksmäßigen Betrieben.

Eine starke Hemmung erfuhr die Tarifentwicklung in der Metallindustrie durch den wirtschaftlichen Niedergang 1908 und 1909. Die Zahl der beteiligten Personen ging zurück. Doch gelang es, dem Tarifgedanken in den Fabrikbetrieben weiter Eingang zu verschaffen. Zahlenmäßig bleiben allerdings diese für Fabrikbetriebe abgeschlossenen Tarifverträge noch weit hinter den in handwerksmäßigen Betrieben zurück. Von den handwerksmäßigen Betrieben steht der Schmiedeberuf, was die Tarifentwicklung an-

betrifft, am weitesten zurück. Doch hat auch hier der Deutsche Metallarbeiterverband am meisten zur Fortbildung des Gedankens beigetragen. Nach dem vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Werke „Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reiche" 1908 waren überhaupt im Schmiedeberufe zehn Tarifverträge vorhanden. Fünf von diesen zehn waren vom Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen worden. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß die Schmiede aus verschiedenen Gründen schwer zu organisieren sind, zum Teil liegt dies auch daran, daß die Schmiede in zwei freie Organisationen zersplittert sind (Deutscher Metallarbeiterverband und Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter). Daher kann keine erschöpfende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zustande kommen.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Tarifgedankens in der Metallindustrie:

Jahr	Tarife	für Betriebe	mit Personen	an Orten
1903	32	2 108	11 862	27
1904	79	4 137	25 406	84
1905	157	6 269	41 490	131
1906	306	9 294	82 560	105
1907	393	11 443	100 698	123
1908	376	11 172	91 588	124
1909	398	10 752	95 137	129

Ein Vergleich der von den einzelnen in Betracht kommenden Metallarbeiterverbänden abgeschlossenen Tarifverträge zeigt, daß auch hier der Deutsche Metallarbeiterverband die Führung hat.

	Tarife	Betriebe	Personen
Gewerkverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter, Berlin	33	211	1 599
Verband der Kupferschmiede Deutschlands, Berlin	31	233	1 299
Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands, Berlin	19	170	1 927
Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands, Berlin	26	1 576	12 169
Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, Hamburg	21	385	916
Industriearbeiterverband Solingen	35	?	5 491
Deutscher Metallarbeiterverband Stuttgart	376	11 172	91 588

Die Mehrzahl der Tarife wurde ohne Arbeitseinstellung erreicht.

Zusammenstellung der Tarife nach der Art ihres Zustandekommens.

Jahr	Neue, erneuerte und verlängerte Tarife			Es wurden abgeschlossen als Folge von						Darunter durch Bewegungen mit und ohne Streik zugleich Tarife
				Streiks und Aussperrungen			Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen			
	Anzahl	für Betriebe	für Arbeiter	Tarife	für Betriebe	für Arbeiter	Tarife	für Betriebe	für Arbeiter	
1907	247	4140	34935	45	959	4922	219	3181	30013	17
1908	183	4355	27824	15	168	1317	173	4187	26507	5
1909	237	5566	43420	26	2505	1721	211	3061	25699	—

(Nach den Jahrbüchern des Deutschen Metallarbeiterverbandes.)

Dies ist besonders bei den handwerksmäßigen Betrieben der Fall, wo der Unternehmer die Macht der Organisation fürchtet. So kamen von den 237 im Jahre 1909 neu abgeschlossenen oder verlängerten Tarifen 211 ohne Arbeitseinstellung zustande.

Auf die Erneuerung des ablaufenden Tarifs legen die Arbeiter kein Gewicht, wenn sie keine besonderen Verbesserungen erzielen können und es ihnen vorteilhafter erscheint, eine Zeitlang ohne Tarif zu arbeiten, um ihn zur Zeit besseren Geschäftsgangs zu erneuern[1]).

Nach dem Jahresbericht von 1909 regeln von den 398 abgeschlossenen Tarifen 336 die Arbeitszeit, 316 die Mindestlöhne, während 109 einen Mindestlohn bei Akkordarbeit garantieren. Von den 398 Tarifen enthalten 279 Bestimmungen über die Geltungsdauer, 268 eine Kündigungsfrist, während in 256 Tarifen festgesetzt ist, daß der Vertrag weiterläuft, wenn nicht rechtzeitig gekündigt wird.

Fast in allen Tarifen finden wir das Bestreben der Arbeiter, die Überarbeitszeit einzudämmen. In 327 Tarifen ist die Überstundenarbeit geregelt. Die für diese Arbeit festgesetzten Zuschläge schwanken zwischen 15 und 100 %.

Einige Tarife sehen auch Verbesserungen vor, die während der Geltungsdauer des Tarifs eintreten.

257 Tarife bestimmen Überwachungskommissionen. Die Überwachung ist in 196 Fällen einer besonderen Tarifkommission, in 77 Fällen dem Deutschen Metallarbeiterverband und in 24 Fällen

[1]) „Wir haben ja nie zu denen gehört, die vom Tarifwesen alles Heil erwarten. Bedauern müssen wir aber alle die bürgerlichen Sozialreformer, die ihm so begeisterte Lieder gesungen haben." MZ. zitiert in NZ. 1908/09, II, in dem Aufsatze von W. Häusgen: Tarifverträge und Wirtschaftskrisen, S. 87; vgl. auch Jahrbuch 1909, S. 16.

dem Gewerbegericht übertragen. Von den 398 Tarifen sind 93 Akkordtarife (über die wichtigsten Bestimmungen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß).

Branche	Anzahl: aller Tarife (einschl. Akkordtarife)	Anzahl: der Akkordtarife	In den Tarifen sind vereinbart in Fällen: Dauer der Arbeitszeit	Mindestlöhne: im 1. bis 3. Jahre nach der Lehre	Mindestlöhne: für ältere Arbeiter	Mindestlöhne: für Hilfsarbeiter	Lohngarantie bei Akkordarbeiten	Zuschläge bei: Überst., Nacht- u. Sonntagsarbeit	Zuschläge bei: Montagearbeit	Zuschläge bei: schmutzigen und gefährlichen Arbeiten	des Tarifs: Geltungsdauer	des Tarifs: Kündigungsfrist	des Tarifs: stillschweigende Verlängerung	Überwachung des Tarifs durch: Organisation	Überwachung des Tarifs durch: Gewerbegericht	Überwachung des Tarifs durch: Tarifkommission oder Arbeiterausschuß
Diamantarbeiter	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1
Drahtarbeiter	6	2	5	4	2	4	2	5	4	1	5	5	5	1	2	1
Elektromonteure	7	—	7	5	5	1	1	7	7	—	1	1	1	1	—	5
Feilenarbeiter	24	14	22	15	19	3	3	21	—	—	15	15	15	7	1	10
Former usw.	52	16	41	32	31	30	16	40	—	—	22	22	21	10	2	24
Gelbmetall- und Beleuchtungsindustrie	18	1	16	11	16	6	10	18	7	—	17	17	15	3	3	11
Gold- und Silberarbeiter	8	—	8	3	1	1	4	8	—	—	5	5	5	3	1	4
Heizungsmonteure und Rohrleger	20	2	20	18	18	8	8	20	19	11	19	19	17	1	2	12
Instrumentenmacher (chir.)	2	—	2	2	2	—	2	2	—	—	2	2	2	—	—	—
Klempner und Installateure	91	3	88	83	80	18	15	87	77	50	72	63	64	12	3	58
Mechaniker	3	—	2	3	3	2	2	2	—	—	3	2	3	—	—	3
Messerschmiede und Stahlwarenarbeiter	19	17	5	—	4	—	—	6	—	—	8	15	7	6	1	6
Metallarbeiter	92	19	71	57	60	40	33	73	20	4	61	57	56	28	1	29
Optische Industrie	3	2	1	1	—	—	1	1	—	—	3	3	3	—	—	3
Schläger	9	9	9	3	6	1	—	—	—	—	9	9	8	2	1	6
Schleifer	3	2	1	2	3	1	—	—	—	—	2	2	2	1	—	1
Schlosser	95	3	33	30	24	4	12	34	28	—	31	29	28	2	4	22
Schmiede	3	—	3	3	3	—	—	3	1	—	2	2	2	—	2	—
Zinngießer	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1	—

(Nach dem Jahrbuch 1909 des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“.)

In Tarifverträgen festgelegte Arbeitszeit.

Für 61,85 % der nach diesen Tarifen Arbeitenden beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden und weniger (vgl. Tabelle).

Branche	Die Arbeitszeit beträgt Stunden pro Tag																	
	8		8½		8¾		9		9¼		9½		9¾		10		10½	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Diamantarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	33	—	—	—	—
Drahtarbeiter	—	—	26	160	—	—	8	10	—	—	7	152	—	—	—	—	—	—
Elektromonteure	—	—	—	—	—	—	229	605	—	—	24	368	—	—	9	100	—	—
Feilenarbeiter	—	—	—	—	—	—	33	64	—	—	76	268	—	—	6	53	—	—
Former und Gießereiarbeiter	—	—	—	—	—	—	1	48	—	—	66	2924	10	572	27	809	1	14
Gelbmetall- u. Beleucht.-Industr.	—	—	—	—	—	—	242	5463	—	—	7	369	—	—	1	25	—	—
Gold- und Silberarbeiter	—	—	—	—	1	120	932	20254	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heizungsmonteure u. Rohrleger	—	—	—	—	—	—	164	1833	—	—	219	1258	—	—	28	128	—	—
Instrumentenmacher (chirur.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	52	—	—	—	—	—	—
Klempner und Installateure	—	—	—	—	—	—	1724	5671	—	—	1545	6740	47	78	667	1587	—	—
Mechaniker	—	—	1	500	10	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Messerschmiede u. Stahlwarenarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	—	13	143	—	—
Metallarbeiter	1	2400	8	88	—	—	74	1595	—	—	128	10852	19	810	16	1191	1	6
Optische Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42	590	—	—	—	—	—	—
Schläger	95	515	—	—	—	—	146	757	1	130	4	30	—	—	—	—	—	—
Schleifer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	102	—	—	—	—	—	—
Schlosser	360	2500	70	110	—	—	1714	11649	—	—	966	3515	25	25	172	570	—	—
Schmiede	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	129	—	—	—	—	—	—
Zinngießer	—	—	15	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	456	5415	120	934	11	180	5285	47994	1	130	3136	27352	102	1518	939	4606	2	20
Prozentsatz der Arbeiter		6,14		1,06		0,20		54,45		0,15		31,03		1,72		5,23		0,02

(Aus dem Jahrbuch 1909.)

Auch in den Tarifen macht sich das Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar. Die Arbeitszeit betrug laut Tarif:

Jahre	8 bis 9 Stunden		über 9 bis unter 10 Stunden		10 bis 10½ Stunden	
	für Arbeiter	Prozent	für Arbeiter	Prozent	für Arbeiter	Prozent
1905	20322	59,22	10639	27,33	7961	20,45
1906	45718	59,27	21526	27,85	9926	12,88
1907	52900	57,29	33152	35,90	6291	6,81
1908	53076	62,55	26724	31,49	5054	5,96
1909	54523	61,85	29000	32,90	4629	5,25

Wie schon im ersten Teil dieses Kapitels erwähnt wurde, können die Verhältnisse in der Metallindustrie nicht schablonisiert werden. Dies zeigt besonders nachstehende Tabelle über die in den Tarifen vereinbarten Mindestlöhne. Fast in allen Branchen (mit Ausnahme der Gold- und Silberarbeiter) finden wir große Lohnschwankungen. Die Mindestlöhne schwanken bei den Klempnern (älteren Arbeitern) zwischen 34 und 80 Pf. Daraus geht hervor, daß nicht nur örtliche Differenzierung der Löhne möglich ist, sondern daß auch der Abstufung nach der Leistung ein großer Spielraum geboten ist.

Branche	Anzahl der		Die in Tarifen vereinbarten Mindestlöhne betragen pro Stunde in Pfennig für				
	bestehenden Tarife	Tarife m. vereinb. Mindestlöhnen	Arbeiter im 1. Jahre nach der Lehre	Arbeiter im 2. Jahre nach der Lehre	Arbeiter im 3. Jahre nach der Lehre	ältere Arbeiter	Hilfsarbeiter
Diamantarbeiter	2	—	—	—	—	—	—
Drahtarbeiter	6	5	35–47½	40–60	44–60	45–60	22–40
Elektromonteure	7	5	33–45	40–45	45	43–60	35
Feilenarbeiter	24	19	25–55	30–55	37–55	42–60	32–35
Former und Gießereiarbeiter	52	36	27–50	32–50	37–55	35–60	28–40
Gelbmetall- u. Beleucht.-Industr.	18	16	29–55	33–55	37–55	38–65	30–50
Gold- und Silberarbeiter	8	3	39–42	45	47	49	32
Heizungsmonteure und Rohrleger	20	18	33–55	38–65	38–65	38–72½	25–40
Instrumentenmacher (chir.)	2	2	30	—	42–45	48–50	—
Klempner und Installateure	91	86	20–65	26–70	31–70	34–80	20–40
Mechaniker	3	3	29–45	40–49	42–49	48–60	32–39
Messerschmiede u. Stahlwarenarb.	19	4	—	—	—	40–50	—
Metallarbeiter	92	72	22–60	27–75	29–75	38–75	22–50
Optische Industrie	3	1	27	—	—	—	—
Schläger	9	7	27–32	38	—	35–50	22
Schleifer	3	3	25–35	33–42½	38–47½	42–60	32½–35
Schlosser	35	33	16–47½	28–50	32–52½	37–70	30–42
Schmiede	3	3	36–40	36–40	40	38–55	—
Zinngießer	1	—	—	—	—	—	—
Zusammen	398	316	—	—	—	—	—

(Aus dem Jahrbuch 1909 des „Deutschen Metallarbeiterverbandes".)

Die vom Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Tarifverträge beschränken sich, wie nachstehende Statistik zeigt, hauptsächlich auf handwerksmäßig betriebene Unternehmungen.

Branche	Zahl der			
	Tarifbezirke	Tarife	Betriebe	beschäftigten Personen
Diamantarbeiter	2	2	2	118
Drahtarbeiter	5	6	42	346
Elektromonteure	7	7	262	1073
Feilenarbeiter	24	24	209	768
Former	35	52	126	4723
Gelbmetall- und Beleuchtungsindustrie	11	18	269	6138
Gold- und Silberarbeiter	8	8	933	20374
Heizungsmonteure und Rohrleger	17	20	411	3219
Instrumentenmacher	1	2	3	52
Klempner und Installateure	77	91	4028	14138
Mechaniker	2	3	12	1178
Messerschmiede und Stahlwarenarbeiter	1	19	498	3355
Metallarbeiter	50	92	269	18578
Optische Industrie	1	3	59	687
Schläger	7	9	246	1436
Schleifer	3	3	12	257
Schlosser	30	35	3309	18492
Schmiede	2	3	47	129
Zinngießer	1	1	15	76

Dasselbe zeigt auch die Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amts für das Jahr 1909 (Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 8 1910).

Branche	1909 in Kraft getretene Tarifgemeinschaften			Es entfielen durchschnittlich		
				auf eine Tarifgemeinschaft		auf einen Betrieb
	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Personen
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	128	3760	33005	29,4	257,9	8,8
Darunter:						
Klempner[1]	29	947	4188	32,7	144,4	4,4
Schlosser[1]	25	2243	15511	89,7	620,4	6,9
Maschinisten, Heizer usw.[1]	16	172	5141	10,8	321,3	29,9

[1]) Auch in Verbindung mit anderen Berufen.

Vergleicht man hiermit jedoch die absolute Zahl der 1909 in der Metallindustrie bestehenden Verträge, so ergibt sich, daß die Zahl der Betriebe und Personen, die auf eine Tarifgemeinschaft fallen, sich gehoben hat. Die Zahl der 1909 überhaupt in der Metallindustrie bestehenden Tarifverträge betrug nach der Zählung des Kaiserlichen Statistischen Amts 583[1]). Diese erstreckten sich auf 13 470 Betriebe und 120 813 Personen. Danach fielen auf eine

[1]) Vgl. Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 8, 1910, S. 34/35.

Tarifgemeinschaft überhaupt 23,1 Betriebe und 207,2 Personen; auf einen Betrieb entfielen 8,9 Personen.

Wenden wir uns nun zu den Aussichten des Tarifvertrags in der Metallindustrie und betrachten die Frage unter Heranziehung der Argumente der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Erschöpfend kann und soll diese Frage im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden. Hierüber vergleiche das nach Abschluß dieser Arbeit erschienene Buch von Fr. Selter, Über die Einführung von Tarifverträgen in den Großbetrieben des Maschinenbaues und verwandter Industrien; Berlin 1911.)

Welches ist der Zweck der Tarifverträge in der Metallindustrie und welches sind die Hindernisse, die sich ihrer Einführung entgegenstellen?

Der Arbeitstarifvertrag für die Metallindustrie soll nach der Auffassung der Arbeiter folgende Gebiete des Arbeitsverhältnisses regeln:

1. Arbeitszeit.
   Dauer der täglichen Arbeitszeit, des Beginns und Ende derselben und der Pausen sowie Regelung und Entschädigung für Überzeitarbeit.
2. Entlohnung.
   Zeitlohnarbeit: Festsetzung von Mindestlöhnen. Akkordarbeit:
   a) Für neueintretende und ausgelernte Arbeiter Vereinbarung von Mindest- oder Einstellungslöhnen. Nach 1/4 jähriger Beschäftigungsdauer sind die Stundenlöhne dieser Arbeiter, sowie die der älteren Arbeiter in bestimmten Zeiträumen, nach ihren Leistungen in Akkord in der Weise neu festzusetzen, daß dieselben in der Regel 90 % des durchschnittlichen Akkordverdienstes betragen.
   b) Die Akkordpreise sind unter Zugrundelegung der Stundenlöhne nach dem Grundsatz der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der betreffenden Arbeitergruppe so zu kalkulieren, daß der Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit einen über seinen Stundenlohn hinausgehenden Verdienst zu erzielen imstande ist.
   c) Die Arbeiter sind in angemessener Weise zur Mitwirkung bei der Festsetzung von Akkordpreisen heranzuziehen.

Bei Artikeln wechselnder Konstruktion ist der Akkordpreis vor der Übernahme mit dem Arbeiter zu vereinbaren.

d) Über jede dem Arbeiter übertragene Akkordarbeit ist ein Akkordzettel, auf welchem Stückzahl und Akkordpreis vermerkt sein muß, auszufertigen und dem Arbeiter vor Beginn der Arbeit einzuhändigen.

e) Ausprobierte Akkorde dürfen nur reduziert werden, wenn an dem Stück konstruktive Vereinfachungen vorgenommen oder wenn technische Verbesserungen an den Werkzeugen und Arbeitsmaschinen stattfinden und das Arbeitsstück dadurch in kürzerer Zeit hergestellt werden kann. Wird durch konstruktive Veränderungen usw. ein größerer Zeitaufwand zur Herstellung des betreffenden Gegenstandes als bisher bedingt, so hat eine Erhöhung der Akkordpreise zu erfolgen.

Die Höhe des Akkordverdienstes darf bei ausprobierten Akkorden kein Anlaß zur Kürzung der Akkordpreise sein. Die ausprobierten Akkorde sind mit Tinte in ein den Arbeitern zugängliches Verzeichnis zur Einsichtnahme der sie betreffenden Akkorde einzutragen.

f) Lohngarantie für den Fall, daß ein Arbeiter bei Akkordarbeit den mit ihm vereinbarten Stundenlohn nicht erreicht.

g) Bei Gruppenakkord soll jeder Beteiligte seinen Leistungen entsprechend am Akkordüberschuß teilnehmen. Die Berechnung der Verteilung erfolgt durch den Unternehmer bzw. das Lohnbureau. Jedem Teilnehmer der Gruppe ist vor der Auszahlung Einsicht in die Abrechnung zu geben.

3. Einsetzung von Schlichtungsorganen zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitstarifvertrag.
4. Bestimmungen über die Dauer des Vertragsverhältnisses und die Kündigungsfrist des Vertrags.
5. Vollziehung des Vertrags gegenseitig durch die Unternehmer- und Arbeiterorganisation[1]).

[1]) Vgl. „Zur Frage des Arbeitstarifvertrags", Antwort auf die Eingabe des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller an die Bayerischen Staatsbehörden und den Bayerischen Landtag vom Januar 1909. Stuttgart 1909, S. 6—7.

Die Tarifvertragsfrage darf angesichts der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung nicht als Prinzipien- oder Machtfrage, sondern muß lediglich als Zweckmäßigkeitsfrage aufgefaßt und demgemäß beantwortet werden.

Ein dreifacher Zweck soll (nach Ansicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) mit den Tarifverträgen erreicht werden.

1. Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und vereinfachter Abschluß des Arbeitsvertrages.
2. Beseitigung der Arbeitsstörungen und dadurch Beseitigung der daraus sich ergebenden Verluste und Möglichkeit höherer Löhne.
3. Für den Arbeiter Sicherung des Einkommens. Für den Unternehmer Sicherung der Kalkulation und Beseitigung der Schmutzkonkurrenz.

Betrachten wir im folgenden die drei Behauptungen unter Heranziehung der Argumente der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so gibt auch der „Verband Bayerischer Metallindustrieller" zu, daß der Abschluß von Tarifverträgen für das Kleingewerbe und das Handwerk von Vorteil ist[1]). Für die Großindustrie, besonders für den Maschinenbau und die Exportindustrie lehnen die Arbeitgeber jedoch die Einführung von Tarifverträgen ab, da hier die Verhältnisse zu vielgestaltig seien, um die Arbeitsbedingungen einheitlich für ganze Bezirke oder das ganze Reich zu regeln[2]). Eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen für das ganze Reich ist schon wegen der weitgehenden Arbeitsteilung ausgeschlossen[3]). Ein Firmentarif hat nach Ansicht der Arbeitgeber denselben Nachteil, da er alle Arbeiter umfassen würde und der Unternehmer gezwungen wäre, mit allen Organisationen zu verhandeln. (Dazu kommt noch die große Fluktuation sowohl bei der Gewerkschaft wie im einzelnen Betrieb.) Bei der heutigen heftigen gegenseitigen Befehdung der Organisationen ist ein einheitlicher Vertrag selten möglich. Infolgedessen wäre der Unternehmer genötigt,

---

[1]) Beiträge zur Beurteilung des Tarifvertrags in der Metallindustrie von Dr. Offenbacher. Nürnberg 1909, S. 5.

[2]) Daß der Zweck der Vereinheitlichung der Arbeitsverträge durch Tarifgemeinschaften in der Metallindustrie nicht durchgeführt werden kann, erkennt auch ein Befürworter dieser Institution wie Schmelzer an (aaO. S. 45).

[3]) Druckf. des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 5.

zuweilen drei bis vier verschiedene Tarifverträge abzuschließen[1]). Doch ist dem entgegenzuhalten, daß mit allen Organisationen, wenn auch mit jeder besonders, derselbe Vertrag abgeschlossen werden kann, da es sich beim Abschluß des Tarifvertrags nicht um eine Macht-, sondern lediglich um eine Zweckmäßigkeitsfrage handeln soll. Die Zweckmäßigkeit, die technische Möglichkeit bleibt aber dieselbe, wenn es sich um große oder kleine Organisationen handelt. Doch scheitert die Ausführung dieses Gedankens an den zu großen Kosten, die die erforderliche Anzahl von Arbeitersekretären erfordern würde (vgl. Selter aaO. S. 14).

Ein Tarifvertrag ist aber auch (nach Ansicht der Arbeitgeber — Drucksache des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 4 und Dr. Offenbacher aaO. S. 5) in der Großindustrie nicht nötig, da die Arbeitsordnungen viel besser geeignet sind, in großen Betrieben Einheitlichkeit und Ordnung zu schaffen und zudem eine bessere Anpassung an die Eigentümlichkeiten der einzelnen Betriebe ermöglichen. Der Einwand, daß die Arbeitsordnung einseitig erlassen sei, erscheint den Unternehmern nicht sehr schwerwiegend[2]), da nach § 134 der Gewerbeordnung bei Erlaß der Arbeitsordnungen die Arbeiter zu hören sind. Hiermit ist aber von den Unternehmern selbst auf den Nachteil des Abschlusses von Arbeitsordnungen hingewiesen; denn hiermit ist weder den Arbeitern noch dem gewerblichen Frieden gedient, da gerade der Inhalt der Arbeitsordnungen oft zu Streitigkeiten Anlaß gegeben hat. Zwar ist auch der Abschluß von Tarifverträgen oft mit Kämpfen verbunden, doch zeigt die Statistik am Schluß dieses Kapitels, daß die meisten Tarifverträge ohne Arbeitseinstellungen zustande gekommen sind. Ist aber der Tarifvertrag abgeschlossen, so ist damit dem betreffenden Gewerbe für längere Zeit die Ruhe gesichert[3]).

Damit kommen wir zur zweiten Behauptung, daß der Tarifvertrag dem Gewerbe Ruhe bringe. Diese erste Vorbedingung für die gedeihliche Entwicklung der heimischen Industrie ist durch die gewaltigen Kämpfe in der Eisenindustrie gerade in den letzten

---

[1]) Ebenda S. 4.

[2]) Vgl. Drucksachen des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 5.

[3]) Vgl. Vortrag in der Ausschußsitzung des „Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller" am 6. April 1909, Protokoll S. 13.

Jahren sehr in Frage gestellt. Die offenen Kämpfe haben an Umfang zugenommen[1]). Da ist es denn nicht verwunderlich, daß man von allen Seiten nach einer Einrichtung ruft, die geeignet scheint, die ersehnte und erforderliche Ruhe zu bringen. Für die Dauer des Vertrages ist dem Gewerbe ohne Zweifel Ruhe gegeben, wenn auch von den Unternehmern immer wieder einzelne Beispiele angeführt werden, wo trotz des vereinbarten Tarifvertrags der Kampf ausgebrochen ist[2]). Dieses sind aber Ausnahmen zur Bestätigung der Regel, daß der Tarifvertrag im allgemeinen Ruhe schafft. Selbst in dem erwähnten Protokoll der Ausschußsitzung des „Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller" S. 13 wird dies zugegeben: „Was den ersten Punkt (die Tarifverträge fördern den gewerblichen Frieden) anbelangt, so muß zugegeben werden, daß der Kleinkrieg im sozialen Kampfe, die Einzelstreiks, durch Tarifverträge eingedämmt werden, da der Vertrag für eine bestimmte meist mehrjährige Zeitdauer abgeschlossen wird und in dieser Zeit Lohnbewegungen also nicht eintreten dürfen. Wenn nun auch Fälle bekannt geworden sind, in denen sich die Arbeiter bei eintretender Hochkonjunktur nicht an den Vertrag gebunden hielten, sondern ihn brachen, um durch einen Streik noch bessere Arbeitsbedingungen als die tariflich festgelegten zu erzielen, so muß doch anderseits betont werden, daß im großen und ganzen die Tarifverträge bisher in der Tat innegehalten wurden."

Dann heißt es in dem erwähnten Protokoll jedoch weiter: „Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß nach Ablauf des Vertrages meist ein sehr erbitterter Kampf wegen der von der Arbeiterschaft regelmäßig geforderten großen Lohnerhöhungen und anderer Vergünstigungen ausbricht." In der Tat liegt bei der Betrachtung der starken Entwicklung der Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände in der Metallindustrie der Gedanke nahe, daß diese Verträge nur als Waffenstillstandsverträge besonders auf der Arbeiterseite gedacht sind. Verschiedene Äußerungen von

---

[1]) Doch nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen — damit die heimische Volkswirtschaft ihren Anteil an der Weltwirtschaft steigern und damit schließlich auch den Arbeitern erhöhten Lohn zahlen kann —, sondern auch aus kulturellen Gründen sind Tarifverträge zu wünschen. (Vgl. Brentano in „Der Buchdruckertarif vom Standpunkt der nationalen Volkswirtschaft." Berlin 1909, S. 22 und „Zur Frage des Arbeitstarifvertrags". Stuttgart 1909, S. 8.)

[2]) Dr. Offenbacher aaO. S. 7.

Theoretikern und Praktikern der Gewerkschaftsbewegung scheinen diese Annahme zu rechtfertigen[1]).

Für Arbeiterführer wie A. Braun scheint der Gedanke, einen Tarifvertrag abzuschließen, um diese Zeit der Ruhe nur zur Stärkung für einen desto heftigeren Angriff zu benutzen, der leitende zu sein: „Eine Organisation mit 100 000 Mitgliedern und 5 Millionen Kronen Vermögen besitzt somit 50 Kronen für jeden Organisierten. Bei 12½ Kronen Streikunterstützung reicht das für 4 Wochen aus, wenn alle Mitglieder den Kampf zu führen haben, wenn etwa das Scharfmacherideal einer allgemeinen Aussperrung tatsächlich durchgeführt wird. Sind bei der gleichen Mitgliederzahl und dem gleichen Vermögensstand Tarifverträge abgeschlossen für

Mitglieder	so bleiben für jedes Mitglied zur Verfügung Kronen	und die Unterstützung kann dauern Wochen
25 000	66,66	5,4
50 000	100	8
75 000	200	16
90 000	500	40

Je mehr Mitglieder für die Dauer der Tarifgeltung von dem Bezug der Streikunterstützung aller Voraussicht nach ausgeschlossen sind, desto kräftiger wird die Organisation einzugreifen vermögen, um die Lage der übrig gebliebenen zu heben, um für diese höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und diese festlegende Tarifverträge durchzusetzen“[2]).

Eine solche Auffassung der Tarifverträge seitens der Arbeiter wird natürlich die Unternehmer nicht zum Verhandeln geneigt machen, da auf diese Weise zwar für einige Zeit Ruhe gebracht würde, doch dann die Kämpfe — auf eine breitere Basis gestellt — mit vermehrter Heftigkeit über die Industrie hereinbrechen würden.

---

[1]) „Der Tarifgedanke als Friedensprinzip wird bekämpft werden müssen“ (Koeppe aaO. S. 61). „Keiner gefährlicheren Täuschung können sich die Arbeiter hingeben, als wenn sie in den Tarifverträgen den Anbruch einer Periode des sozialen Friedens, eines Ausgleichs von Unternehmerinteressen und Arbeiterbestrebungen sehen würden. Die mit jedem Tage neu sich mehrenden Ursachen des Klassenkampfes können nicht ausgeglichen werden durch Tarifverträge“ (A. Braun im „Kampf“ 1910, Nr. 5: Die Gewerkschaften und der Kampf gegen die Teuerung. Vgl. auch „Neue Zeit“ vom 15. April 1910).

[2]) Braun aaO. S. 53.

Welches ist nun die tatsächliche Folge der Tarifverträge?

Brüggerhoff (aaO. S. 115) behauptet, daß die Tarifverträge auf die Streiks nur von geringer Wirkung gewesen sind und sucht für diese Behauptung durch eine Tabelle für einige Gewerbe mit Tarifverträgen und einige ohne Tarifverträge den Beweis zu bringen. Doch ist dies wohl ein gewagter Schluß; denn wir haben, wie er selbst zugibt, erst seit den letzten Jahren in erheblichem Maße Tarifverträge, die zum Teil noch nicht abgelaufen sind, so daß sich schon aus diesem Grunde ein solcher Schluß noch nicht ziehen läßt. Dann aber müßte man, um zu beweisen, daß die Tarifverträge die Streiks nicht minderten, statistisch feststellen, wie viele Streiks und Aussperrungen in Gewerben mit Tarifverträgen und wie viele Streiks und Aussperrungen in Gewerben ohne Tarifverträge zu verzeichnen sind. Dies ist bei der heutigen Aufstellung der Streikstatistik aber nicht möglich. Solange dies aber nicht möglich ist, darf man nicht vorzeitig über die Tarifverträge ein endgültiges Urteil fällen — weder ein günstiges noch ein ungünstiges[1]). Wie die tatsächliche Entwicklung zeigt (vgl. den Schluß dieses Kapitels) kommen die meisten Tarifverträge ohne Lohnbewegungen zustande.

Einer eingehenderen Betrachtung als die beiden ersten Behauptungen bedarf die dritte: (Für den Arbeiter Sicherung des Einkommens. Für den Unternehmer Sicherung der Kalkulation und Beseitigung der Schmutzkonkurrenz.)

Als ein Hauptzweck der Tarifverträge wird die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz angegeben. Doch kommt dies weniger für die Großindustrie als für das Handwerk in Betracht. Deshalb finden wir auch den Tarifvertrag hauptsächlich in den Gewerben — Handwerk — eingeführt, wo beide Teile daran Interesse haben. In den Großbetrieben der Eisenindustrie (Krupp, Siemens usw.), wo man die unlautere Konkurrenz nicht zu fürchten braucht, findet man Tarifverträge nicht.

Für den Arbeiter soll der Tarifvertrag außerdem eine Sicherung des Einkommens bedeuten, insofern als ein gewisser Mindestlohn garantiert wird. Diese Vereinbarungen, bei denen ein Einstellungslohn festgesetzt wird, kommen jedoch in der Metallindustrie jetzt schon dort häufig vor, wo auf beiden Seiten starke Organi-

---

[1]) Vgl. dazu Dr. Fellinger aaO. S. 25.

sationen vorhanden sind. Bei dem Prämiensystem, wie wir es in der Metallindustrie häufig finden[1]), wird den Arbeitern ein nach der Leistung abgestufter Lohn garantiert, der aber von dem Arbeitgeber einseitig festgesetzt wird[2]). Beim Akkordsystem wird dagegen vom Arbeitgeber und Arbeiter der Preis für die Arbeit jedesmal festgesetzt. Zwar ist eine offizielle Mitwirkung der Gewerkschaft ausgeschlossen, doch ist sie hier „hinter den Kulissen" ebenso wirksam tätig[3]). „Will der Arbeitgeber zu niedrige Akkordpreise geben, so weigern sich zunächst die fähigeren Arbeiter, die angebotenen Akkordpreise anzuerkennen und scheiden nacheinander aus, um sich lohnendere Arbeit zu suchen. Es werden daher nur die mäßigeren Kräfte zurückbleiben und die Arbeit wird qualitativ und quantitativ zum Schaden des Arbeitgebers zurückgehen, so daß dieser sich genötigt sieht, höhere Preise zu bezahlen. Überdies setzt dann die Tätigkeit der Arbeiterorganisation ein, so daß der Arbeitgeber schließlich vor die Frage gestellt wird, ob er höhere Preise zahlen oder einen Streik riskieren will." Ein strenges Binden des Arbeitgebers an fest normierte Löhne durch Tarifverträge *kann* dem Arbeiter in Zeiten der Krise noch verhängnisvoller werden, als wenn die Löhne mit der Konjunktur steigen bzw. sinken[4]).

---

[1]) Vgl. die Untersuchungen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

[2]) Die Unternehmer sträuben sich vielfach gegen Festsetzung von Mindestlöhnen, weil in den Tarifverträgen keine Mindestleistung festgesetzt ist. Doch kann dies geschehen nach dem Muster des Reichstarifs für das Malergewerbe, in dem eine Klausel über die Mindestleistung als Voraussetzung für den Bezug des Mindestlohnes aufgenommen worden ist (§ 2 Ziffer 4 des Reichstarifs für das Malergewerbe, gültig vom 16. Januar 1910 bis 15. Februar 1913): „Gleichzeitig ist damit ein Weg gezeigt, die Frage der Ausbildung des Lehrlingsnachwuchses auf einfache Weise zu lösen, für die bisher den Prinzipalen die ganze Sorge aufgebürdet war. Wenn zum Bezuge der Mindestlöhne der Nachweis einer Mindestleistung durch den jungen Gehilfen Voraussetzung wird, so hat er das größte Interesse daran, für seine zureichende Ausbildung besorgt zu sein, und das gleiche Interesse haben die Gewerkschaften, die dann wohl etwas mehr Wert auf die fachtechnische als auf die gewerkschaftliche Ausbildung des Nachwuchses legen werden" (Zeitungsverlag Nr. 6 vom 12. Februar 1909, zitiert in „Der Buchdruckertarif vom Standpunkt der nationalen Volkswirtschaft" aaO. S. 37).

[3]) Vgl. Protokoll der erwähnten Sitzung des „Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller" S. 6—7.

[4]) „Ist der Unternehmer bei beginnender Wirtschaftskrise an die höheren Löhne der Tarifverträge rechtlich gebunden, so wird er noch eher zu Arbeiter-

Ist denn überhaupt ein tarifliches Festlegen der Zeit- und Akkordlöhne möglich? Damit kommen wir zu den wichtigsten Hindernissen, die sich der Einführung des Tarifvertrags in der Metallindustrie entgegenstellen.

Als Hauptgrund gegen die Einführung von Zeitlohntarifen wird von Unternehmerseite angeführt, daß das bei sinkender Konjunktur aus Solidaritätsgefühl schon jetzt häufig eintretende „Strecken" der Arbeit (langsameres Arbeiten) kein Gegengewicht mehr finden würde in der Notwendigkeit durch ein gewisses Mindestmaß von Leistungen sich ausreichenden Verdienst zu verschaffen. Da bei Zeitlohn, der infolge des Tarifs nicht herabgesetzt werden könnte, dem Arbeiter aus der Einschränkung seiner Leistung keinerlei Nachteile erwachsen könnten, so wäre gerade in der Zeit mit einer starken Abnahme der Leistung zu rechnen, wenn die Preise der Produkte am meisten gedrückt sind und der Unternehmer auf billige Herstellung angewiesen ist[1]). In der Praxis gestaltet sich die Durchführung der Zeitlohntarife jedoch so, daß hier im allgemeinen eine bedeutend schärfere Kontrolle durch Vorarbeiter, Meister und Werkbeamte ausgeübt wird als bei Akkordarbeiten. Zuweilen ist den Arbeitern sogar die Stundenzahl vorgeschrieben, innerhalb deren die Arbeit fertiggestellt sein muß. Gegen das Strecken der Arbeit steht dem Unternehmer schließlich immer die Entlassung des Arbeiters zu Gebote und gerade in Zeiten niedergehender Konjunktur wird er von diesen Mitteln Gebrauch machen. Daher würde die beste Wirkung der Tarifverträge in Zeiten der Krise darin bestehen, die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen[2])[3]).

Die Einführung von Tarifverträgen ist nach Ansicht der Unternehmer nur möglich, wenn zwei Vorbedingungen erfüllt sind:

1. Die Bindung durch Tarifverträge darf nicht auf lange Zeit erfolgen, damit es möglich ist, die Löhne der Konjunktur und den Fortschritten der Technik anzupassen.

---

entlassungen schreiten, als wenn er unter Herabsetzung der Löhne noch eine Weile in dem alten Umfang weiter wirtschaften lassen könnte" (Neue Zeit, 1908/09 II, S. 87, W. Häusgen: „Tarifverträge und Wirtschaftskrisen").

[1]) Vgl. Dr. Offenbacher aaO. S. 9 und Drucksachen des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 6.

[2]) Zur Frage des Tarifvertrags aaO. S. 15, 16.

[3]) Vgl. jedoch die sehr beachtenswerten Ausführungen in Selter aaO. S. 10—14, die die Ausführungen Dr. Offenbachers bestätigen.

2. Bei Einführung von Stücklohntarifen muß sich ein vollständiges Stücklohnverzeichnis aufstellen lassen.

Betrachten wir die erste Vorbedingung. Auch die Arbeiter sind mit der Forderung, daß die Bindung nicht auf zu lange Zeit erfolge, einverstanden, da sie dann auch nach Ablauf der Zeit an der durch die verbesserte Technik gesteigerten Produktivität der Industrie in Form höherer Löhne Anteil nehmen. Sie haben durch eine Bindung der Löhne denselben Vorteil wie die Unternehmer: beide können mit gleichbleibenden Löhnen rechnen. Deshalb können auch zu kurze Fristen nicht im Interesse der Unternehmer liegen, da hierdurch wieder fortwährende Beunruhigung in die Industrie hineingetragen würde. Auch die Industrie muß also mit einer längeren Frist des Tarifvertrags rechnen. Tut sie das aber, so kann sie nicht die Löhne der sinkenden Konjunktur anpassen. Damit würde auch der größte Vorteil, den die Arbeiter durch den Tarifvertrag erreichen, hinfällig[1]). Die Löhne werden auch bei gleichbleibenden Akkordsätzen sinken, da in Zeiten der Krise weniger Akkordstücke gleicher Art unter die Arbeiter verteilt werden als in Zeiten guter Konjunktur[2]).

Wenn Dr. Offenbacher aaO. S. 12 die Rohstoffverbände als Vergleich heranzieht, indem er anführt, daß man es diesen verüble, wenn sie bei der Preisstellung für ihre Erzeugnisse nicht in genügendem Maße der Geschäftslage Rechnung tragen und daraus schließt, daß auch bei dem Preis der Arbeit die Möglichkeit einer Anpassung an die Geschäftslage gewahrt bleiben müsse, so entgegnet hierauf die Schrift des Metallarbeiterverbandes ein zweifaches. Der Vorwurf, daß die Rohstoffkartelle mit Unrecht in Zeiten der niedergehenden Konjunktur die Preise hochhalten, kann dadurch begründet werden, daß viele Krisen ihren Grund in der „natürlichen Ordnung" (Ernten im weitesten Sinne)[3]) haben. Infolgedessen sollen diese sonst in größerem Maße von der Natur gebotenen Gaben auch der Allgemeinheit zugute kommen. Der Preis der Arbeit soll aber nicht gedrückt werden, da die Arbeiter

[1]) Zur Frage des Tarifvertrags S. 19—20.

[2]) Daher liegt in der Forderung: der Tarifvertrag muß eine Anpassung an die schwankende Konjunktur ermöglichen, ein innerer Widerspruch; es sei denn, daß im Vertrag selbst eine gleitende Lohnskala enthalten ist.

[3]) Tietzel, im Art. „Ernte" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 1909.

meist nicht für Fehler der „sozialen Ordnung", wie sie Dietzel nennt, verantwortlich gemacht werden können, diese hingegen meist in falschen Berechnungen der leitenden Kreise ihre Ursachen haben. Doch sieht man auch gerade in der Gleichhaltung der Preise durch die Kartelle einen ihrer Hauptvorteile, wenn nicht den größten Vorteil. Durch diese nivellierende Tätigkeit leisten sie der Volkswirtschaft den größten Dienst. Es liegt daher kein Grund vor, diese günstige Wirkung nicht auch für den Preis der Arbeit durch Tarifverträge herbeizuführen.

Von Unternehmerseite wird eine Bindung durch Tarifverträge auf lange Zeit auch deshalb nicht gewünscht, um ein Anpassen der Löhne an die Fortschritte der Technik zu ermöglichen[1]). Auch die Arbeiter erkennen dieses Argument an[2]), mit der Einschränkung, daß auch sie an den Fortschritten der Technik und der dadurch gesteigerten Produktivität in Form höherer Löhne Anteil nehmen, da die Arbeiter häufig die Anregung dazu gegeben haben oder geben könnten[3]). Eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Lohnfeststellung ist aber dann erforderlich, technisch aber nicht möglich, wie Selter aaO. S. 9 ff. und S. 29 ff. sowie die Anmerkungen S. 29 überzeugend dargelegt hat.

Die zweite Vorbedingung für die Einführung von Akkordtarifverträge liegt in der Möglichkeit ein vollständiges Stücklohnverzeichnis aufzustellen.

Wenn einige Großunternehmungen in der Metallindustrie sich sträuben, Tarifverträge abzuschließen, während die großen Firmen

---

[1]) Vgl. Dr. Offenbacher aaO. S. 12: Drucksachen des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 8; Eingabe des „Vereins Deutscher Schiffswerften an den Reichskanzler" vom 28. Februar 1908.

[2]) Zur Frage des Arbeitstarifsvertrags S. 20.

[3]) Vgl. E. Herrmann, Probleme der modernen Volkswirtschaft, Leipzig 1891, S. 6: „Die ersten Erfinder einer neuen Blüte der praktisch-wissenschaftlichen Technik sind stets vereinzelte bedeutende Männer der Wissenschaft. ... Dann aber erscheinen Erfinder aus Gewerbe- und Arbeiterkreisen, schlichte Männer, die oft nicht lesen und schreiben konnten, in großer Menge, die ihr ganzes Leben der Ausführung eines einzigen praktischen Gedankens, z. B. einer Maschine, widmen" und S. 4: „Unter den Erfindern finden sich besonders viele Physiker und Mathematiker von wissenschaftlichem Rufe; doch die Mehrzahl der technischen Reformatoren besteht aus einfachen Arbeitern, von denen jeder sich zumeist mühsam erst nachträglich jene wissenschaftlichen Kenntnisse aneignete, die zur Ausführung gerade seines speziellen Gedankens notwendig erschienen."

im Bau- und Buchdruckergewerbe bereitwilligst Tarifverträge abschließen, so kann man dies nicht einfach mit dem „Herrn im Hause-Standpunkt" erklären, wie dies zuweilen geschieht[1]).

Schon die Tatsache, daß die meisten Tarife in den Gewerben abgeschlossen sind, die technisch einfach sind (Schlägergewerbe) und nicht oft große technische Umwälzungen zu verzeichnen haben, deutet darauf hin, daß in der Eigenart der Produktionstechnik Hindernisse für die Einführung von Tarifverträgen liegen[2]). Ähnlich einfach wie im Schlägergewerbe, wo die ersten Tarifverträge in der Metallindustrie entstanden[3]), liegen die Verhältnisse beim Hochofenprozeß, im Stahl- und Walzwerk[4]). Daher finden wir auch in England in diesen Industriezweigen die meisten Tarifverträge[5]).

Solange der Arbeitsprozeß kontinuierlich ist, kann ein Tarifvertrag eingeführt werden, selbst dann, wenn 1000 verschiedene Akkordsätze in Betracht kommen. Die Differenzierung allein, solange sie nicht zu weit geht (vgl. weiter unten), ist noch kein Hindernis für die Einführung kollektiver Arbeitsverträge. Deshalb ist die Resolution der Arbeitgeber der Edelmetallindustrie von Pforzheim und Umgebung vom 22. Dezember 1910 nicht begründet[6]).

Besonders der Maschinenbau und die Elektrotechnik bieten der Einführung der Tarifverträge zuweilen unüberwindliche Hinder-

---

[1]) „Aber die zurzeit noch widerstrebenden Gewerbe sind keineswegs trotz entgegenstehender Behauptungen solche, auf welche eine tarifmäßige Regelung des Arbeitsverhältnisses, sei es wegen der besonderen technischen Natur der Betriebe, sei es wegen der Kompliziertheit oder der Vielseitigkeit der Arbeitsleistungen, sei es aus welchem Grunde sonst unanwendbar wären. . . . In sozialen Vorurteilen und falsch verstandenem Eigeninteresse wurzeln die Hindernisse, welche sich namentlich auf den Gebieten des maschinellen Großbetriebs und des Bergbaus der Anwendung des Tarifvertragssystems noch entgegenstellen" (Koeppe aaO. S. 2—3); dagegen MZ. 1908, Nr. 19.

[2]) Vgl. L. Bernhard in der S.-P. 1904, Sp. 1019; F. Imle und Schmelzer S. 46.

[3]) Vgl. Imle aaO. S. 113.

[4]) Vgl. Bosselmann und Dr. Jeidels aaO. S. 121.

[5]) Vgl. Report on Collective Agreements between Employers and Workpeople in The United Kingdom. London 1910, S. 62—85.

[6]) Resolution der Arbeitgeber vom 22. Dezember 1910: „Die Differenzierung nicht nur der Pforzheimer Schmuckketteninduſtrie nach Arbeitseinrichtungen, individueller Veranlagung, Leistungen und Fabrikaten ist zu erheblich, als daß auch nur der Versuch zur Nivellierung der Löhne auf Grund eines Tarifver-

nisse. Wenn schon das Buchdruckergewerbe mit seinen verhältnismäßig einfachen Arbeitsmethoden einen äußerst komplizierten Tarif hat, so daß es notwendig war, ihm einen umfangreichen Kommentar beizugeben, so läßt dies erkennen, daß die Tarifentwicklung im Maschinenbau und in der Elektrotechnik immer in bescheidenen Grenzen bleiben wird, weil hier eine lokale Verschiedenheit und große Mannigfaltigkeit der Fabrikation vorhanden ist. Ein interessantes Bild von der Arbeitsteilung in diesen Gewerben gibt die Metallarbeiterzeitung 1909, Nr. 19:

Elektrotechnik.

I. Starkstromtechnik. Maschinen: Dynamos, Motoren, Transformatoren.

Apparate: Anlasser, Regulatoren, Automaten, Schalttafeln usw.

Installationsmaterial: Schalter, Sicherungen, Isoliermaterialien, Freileitungen usw., Kabel.

Instrumente: Meßinstrumente.

II. Schwachstromtechnik. Elektromedizin und Röntgentechnik, Telegraphie, Telephonie, Kontroll- und Signalanlagen, Instrumente.

Maschinenbau.

I. Kraftmaschinen, Dampfmaschinen, Gasmaschinen, Wasserkraftmaschinen, Wind- und sonstige Elementarkraftmaschinen.

II. Maschinen fürs Transportwesen. Verkehrstransportwesen: Eisenbahnen, Stadtbahnen, Niveaubahnen, Straßen- und Kanalbau, Automobil- und Fuhrwesen, Schiffbau und Schiffahrt, Aeronautik.

Internes Industrietransportwesen: a) für feste Stoffe: Fördervorrichtungen für Massengüter (Getreide, Erz, Kohle), Fördermaschinen und sonstige Bergwerksführungen, Verlade- und Umladeeinrichtungen, Kohlenkipper, Hebezeuge; b) für Flüssigkeiten: Pumpen, Pulsometer, Widder, Wasserhaltungen, Wasserwerke usw.; c) für Gase: Kompressoren, Gebläse, Ventilation.

---

trags unternommen werden könnte. Ein solches Beginnen müßte mit Sicherheit der schon jetzt stark geschwächten Wettbewerbsfähigkeit der Schmuckkettenindustrie auf dem Weltmarkt zu ihrem eigenen wie der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft Schaden zum größten Teil ein Ende machen." In „Der Goldarbeiterstreik in Pforzheim 1910", Pforzheim 1911, Verlag der Pforzheimer Biejouteriezeitung.

III. Arbeitsmaschinenwesen. Landwirtschaft: Maschinen für Bodenbearbeitung, Produktenbearbeitung, Erntemaschinen.

Bergbau: Steinbruchbetriebe, Bergwerke.

Metall- und Maschinenindustrie: Metallurgie, Metallverarbeitung.

Mechanische Technologie: Textilindustrie, Papierindustrie, Graphisches Gewerbe, Müllerei, Bauwesen, Städtehygiene, Heizung und Lüftung, Kälteerzeugung.

Chemische Technologie: Zuckerfabrikation, Brennerei, Brauerei, Farbstoffe, Seife, keramische Industrie.

Kriegstechnik: Geschütze, Geschoßfabrikation, Handfeuerwaffen.

Zuweilen geht die Arbeitsteilung so weit, daß es unmöglich ist, alle Akkordsysteme in einem Tarif zusammenzufassen. Dies wird auch von der Arbeiterseite anerkannt. So schreibt die Metallarbeiterzeitung 1908, Nr. 19:

„Wollte man an die Arbeit gehen, für alle hier vorkommenden Akkordarbeiten die Akkordpositionen festzulegen, so würde ein solcher Entwurf (eines Tarifvertrages) nicht nur einen ungeheuren Umfang annehmen, sondern die technische Durchführung einfach eine Unmöglichkeit werden. Wir stoßen selbst bei Fabrikation für den gleichen Verwendungszweck und die gleiche Leistungsfähigkeit in jeder Fabrik auf eine andere Ausführung. In der Elektrotechnik hat man, um der Anarchie auf dem Gebiete der Produktion entgegenzuarbeiten, Normalien ausgearbeitet, einheitliche Konstruktionsvorschriften, die unter dem Namen Sicherheitsvorschriften und Normalien des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in der Technik bekannt sind. Trotzdem bleibt noch eine große Verschiedenheit der Ausführungen bestehen, es liegt ja gerade im Wesen des Konkurrenzkampfes, immer neue konstruktive Änderungen auf den Markt zu bringen.

Weiter haben wir eine große Verschiedenheit der Herstellungsmethoden. Ein Arbeitsgegenstand wird in einer Fabrik mit ganz anderen Werkzeugen und Maschinen bearbeitet als in der andern. Der scharfe Wettbewerb, der auch in dieser Beziehung zum Ausdruck kommt, schafft stetig wechselnde Formen im Arbeitsvorgang. So geben wir dann auch bei Betrachtung der bestehenden Umstände bald die Hoffnung auf, durch festgelegte Akkordsätze hier Regel und Ordnung in die Produktion zu bringen. In Ingenieurhandbüchern findet man oft derartige Berechnungen. Da werden

zum Beispiel die Löhne für das Drehen von Achsen nach dem Härtegrad des Materials, dem Durchmesser und der Länge der Wellen berechnet. Aber diese Resultate sind recht oberflächliche Schätzungen, für die Praxis bedeuten solche Kunststücke graue Theorie und haben wenig Wert.

Wir sehen also, daß sich brauchbare Akkordpositionen nicht einheitlich regeln lassen, sondern von Fall zu Fall abgeschätzt werden müssen; ein sachgemäßes Kalkulieren ist überhaupt ein Schätzen. Der Kalkulator, der den Auftrag hat, über eine Arbeit in allen Einzelheiten eine Kalkulation aufzustellen, wird die Preise machen, indem er die neue Arbeit mit möglichst ähnlichen Arbeiten, die bereits früher ausgeführt wurden, vergleicht. Deshalb muß ein tüchtiger Kalkulator einen gut ausgebildeten Schätzungsinstinkt, und gute praktische Erfahrungen einen klaren Blick für alle die Begleitumstände haben, die während des Verlaufs der Arbeit entstehen können."

Für die Einführung von Tarifverträgen ähnlich ungünstig wie in der Elektrotechnik liegen die Verhältnisse im Maschinenbau[1]). Während in den Vereinigten Staaten von Amerika die Arbeitsteilung in dieser Branche bis ins Kleinste durchgeführt ist, so daß z. B. ein Fabrikant nicht Werkzeugmaschinen überhaupt fabriziert, sondern nur eine Spezialität dieser Art, z. B. Bohrmaschinen, wurden bis vor nicht langer Zeit in den deutschen Maschinenfabriken allgemein meist die verschiedenartigsten Maschinen in einem Betriebe hergestellt. Der amerikanische Fabrikant geht so weit, daß er seinen Kunden die Maschinen „vorschreibt", während der deutsche Fabrikant jedem Wunsche seines Kunden in bezug auf die Herstellung der Maschinen nachkommt und nachkommen muß, da z. B. die Unternehmer der Samtpresserei, um konkurrenzfähig zu bleiben, ihre Maschinen nach eigenem Entwurf herstellen lassen[2]). Die Folge sind fortwährende Akkordänderungen in der Maschinenfabrik.

---

[1]) „Tarifverträge im Sinne von vertraglich für eine bestimmte Zeitdauer festgelegten Zeit- oder Akkordtarifen werden im deutschen Maschinenbau nicht so bald Eingang finden. Sie passen auch nicht gut dafür; das geben selbst die Arbeiter zu" (Dr. E. Günther aaO. S. 60).

[2]) „Der europäische Kunde ist, anders wie der amerikanische, geneigt zu glauben, daß er am besten wissen muß, welche besonderen Eigenschaften und Einrichtungen die Maschine haben muß, welche er braucht, und möchte deshalb gern für jede Maschine hinsichtlich der Konstruktion und Ausstattung detaillierte

Doch entwickelt sich auch nach und nach in Deutschland der Maschinenbau nach amerikanischem Muster[1]). Schon 1870 versuchte die Firma L. Loewe & Co. bei der Gründung Nähmaschinen nach amerikanischem Prinzip herzustellen, d. h. nicht auf Bestellung, sondern in größeren Quantitäten auf Lager. Diese Art der Fabrikation ist aber nur bei einigen Maschinen möglich, wo keine Zeichnung nötig ist und die einzelnen Teile durch Präzisionsmaschinen hergestellt werden. Andere Maschinen, wie Bergwerksmaschinen, wird man nie als Massenfabrikat, als Typus herstellen können, „da die natürlichen Bedingungen der Zechen immer verschieden sein werden . . ."[2]). Ähnlich liegen die Verhältnisse im Waggonbau. „Wo es nicht den amerikanischen Standardwagen gibt, der in jenem Lande fast unverändert von allen Konkurrenzbahnen benutzt wird, kann die Fabrik keine festen Akkordpreise aufstellen, den Kolonnenführer nicht entbehren, dem Akkordsystem den ununterbrochen wirkenden Stachel zur Mehrleistung einfügen. Die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen machen keine Bestellung, wo nicht mehrere Änderungen im Interesse des reisenden Publikums versucht werden. Man hat sich deshalb davor zu hüten, akkordmeisterähnliche alte Einrichtungen in den rheinisch-westfälischen Fabriken, wie sie in der schroffsten Form im Waggonbau herrschen, technischer oder sozialpolitischer Rückständigkeit zuzuschreiben"[3]).

Daraus geht hervor, daß die Frage, ob Tarifverträge in der Metallindustrie wegen der technischen Eigenart des Betriebes durchführbar sind, sich nicht allgemein, sondern nur für den konkreten Fall beurteilen läßt.

Ein weiterer Einwand gegen die Einführung von Kollektivverträgen ist der, daß die Exportindustrien sie nicht einführen können wegen der Verschiedenheit der Produktionsbedingungen in den einzelnen Ländern und der Anpassung an die Lage und

---

Vorschriften machen und Garantien bedingen Er erwartet, daß der Fabrikant für ihn eine besondere Maschine baut" (Direktor Dr. Waldschmidt in: Beilage zu den Blättern für vergleichende Rechtswissenschaft und Volksw., I., 3. Jahrg. Heft 3 Sp. 10).

[1]) Dies wird begünstigt durch die Patentgesetzgebung und die schärfere Konkurrenz (Dr. Schulte aaO. S. 6, 8, 25; Dr. Reichelt aaO. S. 2, 3; Bosselmann aaO. S. 135).

[2]) Dr. Jeidels aaO. S. 63.

[3]) Dr. Jeidels aaO. S. 89.

Preise des Weltmarktes[1]). Dr. J. Schellwien (Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tarifverträge in Hirts Annalen 1909) zitiert S. 790/91 eine Stelle aus dem Bericht der Gesellschaft für Soziale Reform, der sich über das englische Einigungswesen verbreitet, indem es heißt, daß die Ausschaltung der Lohnfrage im Konkurrenzkampf durch kollektive Arbeitsverträge für die Unternehmer geradezu eine Vereinfachung, ein Stück Arbeitsersparnis in der Geschäftsorganisation und Preiskalkulation sei. Dann fährt er fort: „Das klingt sehr bestechend; die so sprechen, vergessen aber vollkommen, daß wir nicht in Fichtes geschlossenem Handelsstaat leben, sondern daß die Preise der Waren heute auf dem Weltmarkt gemacht werden. Wohin würde da unsere Industrie kommen, wenn sie auf jeden Fall die durch Tarifverträge festgesetzten hohen Löhne zahlen muß, während die ausländische Konkurrenz mit niedrigeren Löhnen je nach der Konjunktur arbeiten und damit so viel billiger produzieren kann. Die einfache Folge würde sein, daß die ausländische Konkurrenz uns binnen kürzester Frist auf der ganzen Linie aus dem Felde geschlagen haben würde. Unser Export würde nicht nur lahmgelegt, sondern im eigenen Lande würden wir kaum noch unsere Waren absetzen können, denn jeder würde die billigen Auslandsprodukte kaufen, es sei denn, daß man sich hinter dem Wall des Schutzzolls verbarrikadierte." Das gilt besonders von der Eisenexportindustrie. Gerade dieses schwerwiegende Argument läßt sich nicht ohne weiteres negieren. Wenn die für uns so wichtige Exportindustrie leidet und zugrunde geht, leiden nicht nur die Unternehmer und die ganze Volkswirtschaft, sondern besonders die Arbeiter; Arbeiterentlassungen werden die Folge sein, da der Lohn infolge Bindung durch Tarifverträge nicht herabgesetzt werden kann[2]).

Außer den erwähnten Hindernissen, die in der Eigenart der Unternehmungen liegen, sind es vor allem organisatorische Hinder-

---

[1]) Vgl. Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes für die nordwestliche Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom 1. April 1905 bis 30. Juni 1906 und Drucksache des „Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten" 1909, Nr. 5 S. 8.

[2]) F. Imle aaO. S. 165 hält jedoch auch in der Eisenexportindustrie den Tarifvertrag für möglich, da ihr ein Beispiel bekannt geworden ist; doch ist der Erfolg dieses Versuches nicht angegeben.

nisse, die sich der Durchführung des Tarifvertrags in den Weg stellen. Vor allem kommt die nicht genügende Organisation der Metallarbeiter überhaupt in Betracht[1]). Erst etwa 1/5 ist organisiert[2]). Diese aber gehören wieder verschiedenen sich gegenseitig befehdenden Gewerkschaften an. So fehlt auf der Seite der Arbeiter eine einheitliche Vertragspartei. Ähnlich ist es bei den Unternehmern.

Doch nicht die numerische Schwäche der Koalition allein ist es, die der Ausbildung des Tarifvertrags nicht förderlich sein kann. Gerade beim Deutschen Metallarbeiterverband tritt hier wieder seine Schwäche, die in dem Charakter des Industrieverbandes liegt, hervor. „Die Förderung des Fachinteresses und der fachlichen Berufstüchtigkeit tritt in den deutschen Gewerkschaften — vielleicht die graphischen und die Holzgewerbe ausgenommen — hinter dem an sich gesunden sozialistischen Prinzip, alle Arbeiter, die gelernten wie die ungelernten, die hochstehenden und minderwertigen aus einer Industrie zusammenzufassen, zurück: „Die ganze Klasse soll es sein!" Das unterscheidet die deutschen Gewerkschaften gewiß ganz vorteilhaft von den englischen zünftlerischen Kastenvereinigungen und ihrer Zersplitterung, aber sie macht sie dafür auch als verhandlungsfähigen Körper in vielen Hinsichten zu schwerfällig, zu wenig elastisch. Das zeigt sich besonders bei der Leitung der gemischten Industrieverbände. Für die Leitung können fachspezialistische Arbeiter, die das Gewerbe in allen Einzelheiten kennen, alle technischen und wirtschaftlichen Fragen dieser großen Industrieverbände beherrschen und sich auf dem Laufenden erhalten und dem Unternehmer bei Verhandlungen gewachsen sind, nur schwer gefunden werden, zumal wenn sie nebenher noch mit anderen Berufspflichten belastet sind"[3])[4]).

---

[1]) Wenn auch im Anfang des Kapitels gesagt wurde, daß die Tarifvertragsfrage als eine Zweckmäßigkeitsfrage, nicht als Machtfrage behandelt werden soll im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, so ist in Wirklichkeit doch noch die Macht entscheidend. Die Schwäche der Metallarbeiterorganisation gegenüber den Unternehmern ist der letzte Grund für das augenblickliche Nichtvorhandensein von Tarifverträgen.

[2]) Vgl. Schmelzer aaO. S. 15; SM. 1902 I, Legien: Tarifgemeinschaften und Verbände von Arbeitern und Unternehmern.

[3]) Dr. Zimmermann in Band II Heft 11—12 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform.

[4]) Vgl. auch Bringmann aaO. S. XII.

Neben dem Mangel an straffer Organisation und mangelnder Rücksichtnahme auf die beruflichen Interessen der Arbeiter beruht die Schwierigkeit darin, daß es sich nicht um den Verkauf einer gewöhnlichen Ware handelt, sondern um Arbeit, die sich sehr schwer schematisch fixieren läßt. Der Verkauf muß dem einzelnen überlassen bleiben, während die Organisation nur allgemeine Normen aufstellen kann[1]).

Nicht zuletzt zeigen die Unternehmer aber keine Neigung, Tarifverträge abzuschließen, weil die rechtlichen Grundlagen fehlen und die Organisation die Arbeiter nicht zum Einhalten der Tarifverträge zwingen kann[2]).

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß die Verhältnisse in einzelnen Gewerben, besonders im Kleingewerbe nicht ohne weiteres auf alle Gewerbe der Metallverarbeitung übertragen werden können, besonders nicht auf die Elektrotechnik, den Maschinenbau im allgemeinen und die Exportindustrie im besonderen. Wie schon oben erwähnt, kann man sich nicht allgemein für Ablehnung oder Einführung von Tarifverträgen in der Metallindustrie entscheiden. Diese Frage kann man nur für den einzelnen Fall beantworten. Arbeiter wie Unternehmer haben in ihren neueren Veröffentlichungen anerkannt, daß, wie überhaupt im Wirtschaftsleben, so besonders bei der Einführung von Tarifverträgen vor der Gefahr des Schablonisierens gewarnt werden muß[3]).

B. Innerer Ausbau.

Die Gewerkschaftsbeamten.

Nur durch besoldete, „freigestellte" Beamte im Hauptberuf kann eine so große Organisation ordentlich geleitet werden, da die Organisationsgeschäfte die Kräfte des einzelnen voll in Anspruch nehmen. Zwar sind auch nichtbesoldete Mitglieder an der Verwaltung im Nebenberuf beteiligt, doch sind sie von verhältnismäßig

[1]) Vgl. Naumann aaO. S. 314/15.

[2]) Vgl. Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 und vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910; „Stahl und Eisen" 1910, S. 1343; Naumann aaO. S. 315.

[3]) Zur Frage des Arbeitstarifvertrags S. 7; Protokoll der Ausschußsitzung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 6. April 1909, S. 14; Dr. Offenbacher aaO. S. 12.

untergeordneter Bedeutung. Die größere Zahl der Beamten muß besoldet sein, da ihre Stellung sonst im wirtschaftlichen Kampf mit dem Unternehmertum zu gefährdet, zu unsicher wäre.

Überaus mühevoll, anstrengend und aufreibend ist ihre Arbeit. Stets für die Erhaltung, Ausbreitung und Stärkung Sorge zu tragen, ist ihre Aufgabe. Besonders trifft dies für größere Verwaltungsstellen, wie z. B. Berlin zu. Hier sind Beschwerden vorzubringen, dort Differenzen beizulegen; dieser ersucht den Vorsitzenden um Teilnahme an einer Versammlung, jener fragt um Auskunft an; an mehreren Stellen zugleich sind Differenzen, Streiks und Aussperrungen — alle Wünsche muß der Beamte möglichst zu befriedigen suchen. Trotzdem werden ihnen von ihren eigenen Kollegen manche Hindernisse in den Weg gelegt. Dies wirkt dann naturgemäß schädigend auf den Verband[1]).

Besonders von undisziplinierten Arbeitern, deren größter Wunsch die Arbeitseinstellung ist, werden die leitenden Beamten zuweilen als „Bremser" bezeichnet, wenn sie in besserer Erkenntnis der Lage vom Streik abraten, bzw. ihre Genehmigung versagen. Zuweilen geht die Abneigung der Arbeiter gegen ihre Führer in solchen Fällen sogar so weit, daß sie ihnen ihre Stellung kündigen, wie es bei dem Werftarbeiterstreik in Hamburg der Fall war. Doch ist der betreffende Beamte dann doch meist nicht ganz dem Unwillen der Masse preisgegeben, da die Verwaltung ihm in solchen Fällen, wenn er im Interesse der Gewerkschaft gehandelt hat, eine andere Stellung in der Verwaltung anweist. Gerade beim Deutschen Metallarbeiterverband sind solche Beamte als Bremser nötig, wo völlig heterogene Elemente zusammengefaßt sind und manche Mitglieder sich berufen fühlen, die Rolle des Heizers und Schürers zu spielen.

Die Anforderungen, die an die Beamten gestellt werden, wachsen Jahr für Jahr. Es genügt nicht, Lesen und Schreiben zu können; gründliche Kenntnis des Gewerkschaftslebens muß sich mit rednerischer Gewandtheit paaren. Wenigstens mit den hauptsächlichsten Erscheinungen des Wirtschaftslebens müssen sie bekannt sein und

---

[1]) „Mit voller Überzeugung sprechen wir es aus, daß die Hemmnisse für die ruhige Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung zum Teil aus dieser selbst hervorgehen, daß man, anstatt den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen, sich selbst fortwährend Ungelegenheiten bereitet und dadurch das Werk der Organisation, Erziehung und Schulung der Arbeiterklasse hindert" (Jahrbuch 1907, S. 165).

ein genügendes Maß von allgemeinen Kenntnissen und sozialpolitischer Bildung besitzen. Dazu kommt bei den mittleren Beamten (Bezirks- und Ortsbeamten) noch Vertrautheit mit dem Kassenwesen.

Alle aber können ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn sie nicht genügende praktische Kenntnis der Massenpsychologie besitzen. Wenn schon den Leitern der kleinsten Organisation eine gewisse Kenntnis der Psychologie bzw. Massenpsychologie nicht abgehen darf, wieviel mehr ist dies der Fall bei der Leitung einer Organisation, die sich aus nahezu 400 000 (1910 — 500 000) Mitgliedern, aus den verschiedenartigsten Elementen (ungelernte, angelernte, gelernte; männliche und weibliche, jugendliche und erwachsene Arbeiter, Diamantarbeiter — Hüttenarbeiter, Werftarbeiter — Goldschmiede usw.) zusammensetzt. Ihre Kunst besteht darin, einerseits die gleichartigen Regungen zu wecken, sie zusammenzufassen und auf ein gemeinsames Ziel zu lenken, andererseits sie mit den entgegengesetzten Anschauungen des Unternehmers in Einklang zu bringen[1]). Wie schwierig dies ist, weiß jeder zu beurteilen, der die heutigen Massenkämpfe aus eigener Anschauung kennt.

Mit dieser Tätigkeit erschöpft sich aber die Aufgabe der Beamten keineswegs. Sammlungspolitik zu treiben, die Massen zu vereinen, die Hindernisse, die sich der Ausbreitung des Verbandes entgegenstellen, zu beseitigen, sind einige ihrer Hauptpflichten. Die Persönlichkeit wird ausschlaggebend, besonders beim Agitator, dem Streikleiter und dem Redakteur.

Gerade in den äußerst heftigen Kämpfen, wie sie sich in Berlin und bei den Hütten- und Werftarbeitern abspielen, ist die Persönlichkeit des Beamten von großer Bedeutung. Trotz mancher abfälligen Bemerkung gelegentlich des großen Kampfes auf den Werften 1910 wurde auch von den Unternehmern anerkannt, daß gerade bei dem deutschen Metallarbeiterverband die leitenden Persönlichkeiten stets Einsicht und Verständnis bei den Verhandlungen zeigten. (Das ruhigere und gemäßigtere Vorgehen der Führer des deutschen Metallarbeiterverbandes im Vergleich zu denen

[1]) „Die Kenntnis der Massenpsychologie ist heute die letzte Zuflucht des Staatsmannes, der nicht etwa sie (die Massen) regieren — das ist zu schwierig geworden —, aber wenigstens nicht zu sehr von ihnen regiert werden will" (Le Bon aaO. S. 6).

anderer Verbände zeigt sich denn auch in den Schriften, die sie im Auftrage des Verbandes herausgeben; man vergleiche z. B. das „Verhaltungsreglement für die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes" mit den „Praktische Winke für die deutsche Zimmerer-Bewegung" von A. Bringmann).

Die Zahl der Beamten des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist verhältnismäßig gering; sie sinkt (verhältnismäßig) mit der wachsenden Zahl der Mitglieder[1]). Die Zahl der Ende 1909 angestellten Beamten betrug 409. Die Besoldung stellte sich wie folgt:

unter 1600—2000 ℳ:		von 2400—2800 ℳ:	
21 Beamte	bis 1600 ℳ,	85 Beamte	2400—2600 ℳ,
37 „	1600—1800 „	15 „	2600—2800 „
59 „	1800—2000 „	über 2800 ℳ:	
von 2000—2400 ℳ:		22 Beamte	2800—3000 ℳ,
63 Beamte	2000—2200 ℳ,	7 „	mehr als 3000 „
100 „	2200—2400 „		

Angesichts der schwierigen Aufgabe der Gewerkschaftsbeamten kann man solche Besoldung nicht als zu hoch bezeichnen[2])[3]). Man vergleiche dazu den höheren Verdienst manches gelernten Arbeiters, der nach Beendigung seiner regulären Arbeitszeit Ruhe hat, während dann für den Gewerkschaftsbeamten zuweilen die angestrengtere Tätigkeit beginnt, die ihm nicht als Überarbeit bezahlt wird. Hausagitation, Vorträge belehrenden und agitatori-

[1]) „Arbeitsteilung läßt sich überhaupt nur in den großen Betrieben durchführen mit Nutzen: die Berliner Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes braucht in der Ortsverwaltung noch nicht einmal für 3500 ihrer Mitglieder einen Beamten. Eine andere Verwaltungsstelle mit nur 3500 Mitgliedern braucht unter Umständen vier Beamte" (A. Quist in SM. 1906, S. 667).

[2]) „In französischen Gewerkschaftskreisen hat man lange Zeit versucht, die Gehälter sehr niedrig zu setzen, um keine antidemokratischen Tendenzen der Führer aufkommen zu lassen. Dies ließ sich aber nur da durchführen, wo die Gewerkschaft klein war und die Beamten nebenher noch etwas verdienen konnten. Bei größeren Gewerkschaften muß dieses Prinzip die Beamten zur Unredlichkeit verleiten" (SM. 1908, S. 1108).

[3]) „Die zurzeit bestehenden Gehälter der sämtlichen Beamten des Arbeiternationalverbandes (der vereinigten Eisen- und Stahlwerksarbeiter von Nordamerika) sind nach der bereits genannten Abhandlung des Prof. John A. Fitch in Political Science Quarterly folgende: der Präsident 2160 Dollar, Schatzmeistersekretär 1800 Dollar, Sekretärassistent 1440 Dollar, fünf Vizepräsidenten 1440 Dollar, Versicherungssekretär 1200 Dollar" (Simmersbach aaO. S. 14).

schen Inhalts nehmen die Abendstunden des Gewerkschaftsbeamten in Anspruch. Gerade für die Beamten der Ortsverwaltung in den Städten mit Groß- und Riesenbetrieben beginnt dann die Hauptarbeit, da eine Werkstättenagitation nicht möglich oder nicht erfolgreich ist. Hier wie in den Orten, wo die Arbeiter zerstreut wohnen, beginnt in den Abendstunden für die Gewerkschaftsbeamten die wichtigste Arbeit.

Durch diese aufreibende Tätigkeit sind die Beamten verschiedenen Gefahren ausgesetzt. Daher war es nur recht und billig, daß die Organisation als ihr Arbeitgeber dafür Sorge trug, daß sie die Gefahren auch überstehen und daß für ihr Alter gesorgt ist. Anfangs trug man sich mit dem Gedanken, die Angestellten bei einer Privatversicherung zu versichern. Doch können solche Versicherungen nur nach allgemeinen Gesichtspunkten handeln und nicht auf die besonderen Verhältnisse, wie sie der Deutsche Metallarbeiterverband mit sich bringt, Rücksicht nehmen. Ähnlich wäre die Versicherung bei der „Arbeiterpresse" gewesen. Außerdem brachte die Privatversicherung den Nachteil mit sich, daß die eingezahlten Gelder beim Wechsel des Beamten verloren gewesen wären.

So wurde denn 1909, nachdem schon vor mehr als 10 Jahren (auf der Generalversammlung zu Magdeburg) der Plan gefaßt war, der „Unterstützungsverein der im Deutschen Metallarbeiterverband tätigen Personen" gegründet. Aufgabe dieses Vereins ist es nach § 1 des Statuts, die im Deutschen Metallarbeiterverband tätigen Personen gegen die ihnen während der Zeit ihrer Anstellung etwa zustoßenden Unfälle und ihre Folgen zu versichern und die im Verband gegen Lohn oder Gehalt Angestellten im Falle des Eintritts ihrer Dienstuntauglichkeit infolge Invalidität oder Alter, sowie im Falle ihres Ablebens deren Hinterbliebene zu unterstützen.

Die Mittel werden aufgebracht:

1. durch Jahresbeiträge des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Höhe von 2‰ des Nennwertes verkaufter Beitragsmarken,
2. durch Monatsbeiträge der beitragspflichtigen Mitglieder in Höhe von 2 % des von ihnen jeweils vom Deutschen Me-Metallarbeiterverband bezogenen Gehalts,
3. durch Kapitalzinsen,
4. durch etwaige Zuwendungen, Geschenke u. dgl.

So sucht der Verband alle Mitglieder (von den anderen Unterstützungen wird in einem späteren Kapitel die Rede sein) materiell so zu stellen, daß die Furcht vor Notlagen ihnen nicht die Arbeitsfreude raubt.

Doch genügt zum modernen Arbeitskampf die materielle Sicherstellung nicht. Zur Unterstützung der Führer im Kampf muß die geistige Hebung und Schulung der Massen hinzutreten, damit sie die Anordnungen der Führer einsehen und ihnen willig Folge leisten.

Die Bildungstätigkeit.

Der Deutsche Metallarbeiterverband begnügt sich nicht wie so manche Organisation damit, eine rege Agitation zu betreiben. Frühzeitig hat er erkannt, daß eine vernünftige Aufklärung der Arbeiter durch rein sachliche, zum Teil wissenschaftliche Vorträge besser ist als eine Verhetzung der Massen.

Diese Erziehungs- und Bildungsarbeit leistet der Verband schon seit einer Reihe von Jahren. Zuerst versuchte er durch Beschickung einer Reihe von Ausstellungen, wie der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt", dieses Ziel zu erreichen. Bald jedoch gab er dieses auf, da es nicht den gewünschten Erfolg hatte.

In neuerer Zeit werden die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse intensiver beschickt.

Die Mitglieder sucht man durch Einzelvorträge in Verbindung mit Lichtbildern in die verschiedensten Wissensgebiete einzuführen. So wurden in den letzten Jahren verschiedene Vorträge über „Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie" gehalten. Der Erfolg zeigte sich nicht nur bei den Arbeitern, die in den Betrieben in der Folge darauf achten, daß der Betrieb den gesundheitlichen und sittlichen Anforderungen entspricht, sondern auch bei den Gewerbeinspektoren und Unternehmern, die meist zu diesen Vorträgen eingeladen wurden und der Einladung folgten — bei den Unternehmern insofern, als einzelne schon nach kurzer Zeit zweckmäßige Verbesserungen einführten; ein Zeichen, daß Arbeiter und Unternehmer wohl zusammen arbeiten können, da manches sie verbindet, sie eint, sie in manchen Punkten gleiche oder ähnliche Interessen verfolgen.

Daß die Fortbildung nicht unbedingt sozialdemokratische Tendenzen verfolgt, geht daraus hervor, daß auch Nichtsozialdemo-

kraten mit der Erteilung des Unterrichts betraut sind. So wird im Jahrbuch 1909 berichtet, daß der Unterricht in den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen z. B. von Calwer erteilt wird, der auf dem Leipziger Parteitag seinen Austritt erklärte. Neben den Vorträgen stehen in den Ortsverwaltungen Bibliotheken belehrenden und unterhaltenden Inhalts den Mitgliedern zur Weiterbildung zur Verfügung.

Die Kosten für Bildungszwecke betrugen im Jahre 1909 427 955,32 ℳ[1]) und ℳ 1,711 pro Kopf, während sich die Kosten für Agitation auf ℳ 840 405,71 oder ℳ 2,301 beliefen.

Die Bildungstätigkeit erstreckt sich — außer anderem — hauptsächlich auf die wirtschaftliche und soziale Fortbildung, um so den Mitgliedern besseres Verständnis für die komplizierten Vorgänge des Wirtschaftslebens zu verschaffen, ihnen einen Einblick in die Konzentrationstendenzen zu geben und ihnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses darzulegen.

Je mehr die Arbeiter bestrebt sind, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen, je mehr sie die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre eigene Stellung in der Volkswirtschaft erkennen, desto eher werden sie zu der Erkenntnis kommen, daß die Entscheidung im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit nicht durch rohe Gewalt ohne Schaden für beide Parteien und die gesamte Volkswirtschaft entschieden werden kann. Deshalb scheint uns diese erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaft qualitativ zum mindesten ebenso wertvoll wie die materielle Unterstützung, die die Gewerkschaft ihren Mitgliedern leistet.

Agitation.

Von einer geschickten und rationell betriebenen Agitation hängt zum großen Teil das Gedeihen des Verbandes ab.

Von den drei Hauptverwaltungsorganen: Vorstand, Bezirksleitung und Ortsverwaltung kommt für die Agitation nur die letztere in Betracht. Die Agitation durch den Vorstand und die Bezirksleiter tritt gegenüber der Tätigkeit der Ortsverwaltungen

[1]) Doch steckt in der Zahl 427 955,32 ℳ auch 294 306,10 ℳ für die Metallarbeiterzeitung, die neben manchen Aufsätzen zur beruflichen Ausbildung der Mitglieder vielfach Artikel enthält, die mehr agitatorischen als bildenden Inhaltes sind.

zurück. Vorstand und Bezirksleitung müssen sich darauf beschränken, die Agitation zu unterstützen, gegebene Anregungen zu verwerten und selbst Anregungen zu geben (Herausgabe von Flugschriften).

Von größeren Agitationsreisen, wie sie z. B. beim Holzarbeiterverband üblich sind[1]), sieht man beim Deutschen Metallarbeiterverbande ab, da die Ausgaben zu groß sind im Vergleich zu den Erfolgen. Der Agitator muß an jedem Ort täglich wenigstens eine Agitationsversammlung halten und hierzu auch ungünstige Tage nehmen.

Während man in der ersten Zeit des Bestehens des Verbandes durch große allgemeine Versammlungen die Agitation zu betreiben suchte, verlegt man heute, wo die Gewerkschaft in fast allen Orten Fuß gefaßt hat, die Agitation aus den großen Massenversammlungen, in denen meist nur Organisierte erscheinen, in die stille Werbearbeit. (Die Massenversammlungen dienen nur noch dazu, die schon gewonnenen Mitglieder der Gewerkschaft zu erhalten; sie haben heute nur noch Erfolg, wenn das angekündigte Thema Neues und Interessantes verspricht.)

Wenn auch die Mittel, die der Agitation zu Gebote stehen, mannigfaltig und zahlreich sind, so ist doch eines der wirksamsten die persönliche Agitation der Vertrauensleute. Das System der Vertrauensmänner bildet das Rückgrat, die Seele der Agitation wie der Organisation überhaupt. Die Vertrauensleute sind das Bindeglied sowohl zwischen den Mitgliedern untereinander wie zwischen Mitgliedern und Verwaltung. Dadurch wird der Organisation stets das Material für ihre Agitation und sonstige Tätigkeit geliefert. Den Ortsverwaltungen sind stets die augenblicklich herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekannt. Jede geringste Veränderung im Betriebe wird der Verwaltung mitgeteilt, so daß diese stets einen Überblick über die Arbeitsverhältnisse hat. Deshalb ist dieses System der Vertrauensleute für die Agitation auch von größter Wichtigkeit.

Seine Anfänge für den Deutschen Metallarbeiterverband fallen in das Jahr 1897, wo durch den Übertritt des Lokalvereins der Berliner Metallarbeiter, der schon damals ein gut durchgebildetes Vertrauensmännersystem besaß, dieses System in vielen Orten

[1]) Vgl. Dr. Cassau aaO. S. 39.

eingeführt wurde[1]). In den Großbetrieben ist in jeder Abteilung ein Vertrauensmann, während sonst in der Regel für jede Werkstätte von 10—15 Mann ein Vertrauensmann angestellt ist. Für die mehr handwerksmäßigen Betriebe wie Feilenhauer, Zinngießer, Klempner, wo vielfach in einzelnen Werkstätten nur 1—3 Gehilfen beschäftigt sind, wird ein Branchenvertrauensmann aufgestellt[2]).

Die Wahl des Vertrauensmanns erfolgt in der Regel in einer Werkstattversammlung, welche die betreffenden Arbeiter unter sich abhalten. (Zuweilen ist der Vertrauensmann wegen seiner gefährdeten Stellung nur der Ortsverwaltung bekannt).

Zu Vertrauensleuten werden nur die intelligentesten, geachtetsten, erfahrensten und schlagfertigsten Mitglieder gewählt, die zudem ein gewisses Maß von Wissen besitzen[3]).

Die einheitliche Leitung der Agitation bleibt in den Händen der Ortsverwaltung, damit nicht etwa durch eigenmächtiges Vorgehen der einzelnen Vertrauensleute die Anordnungen der Führer durchkreuzt werden.

Über die Aufgaben der Vertrauensmänner wird vom Vorstand ein Verhaltungsreglement herausgegeben und jedem Vertrauensmann ausgehändigt. Da dieses jedoch nicht für ganz Deutschland gleichmäßig gelten und alle Besonderheiten einzelner Orte berücksichtigen kann, so geben die größeren Verwaltungsstellen besondere Verhaltungsmaßregeln für die Vertrauenspersonen heraus.

Die Vertrauensleute haben die Aufnahmescheine und Aufnahmegebühren der Ortsverwaltung zu übermitteln. Jeder in einen Betrieb neu eintretende Arbeiter wird vorsichtig gefragt, ob er schon Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist.

---

[1]) Doch war schon 1888 auf dem Kongreß zu Weimar der Beschluß gefaßt worden, Vertrauensmänner einzusetzen: „Zur Betreibung einer regen und geregelten Agitation ernennt der Kongreß für folgende Berufsgruppen je einen Vertrauensmann: 1. der Schlosser und Maschinenbauer, 2. der Schmiede, 3. der Klempner (Spengler), 4. der Eisen- und Metallgießer, 5. der sonstigen Metallarbeiter, und erwartet, daß die Arbeiter einer jeden dieser Gruppen ihrem Vertrauensmann volles Vertrauen entgegenbringen und ihn zur Erreichung des vorgenannten Zweckes tatkräftig unterstützen".

[2]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 154.

[3]) Vgl. Korrespondenzblatt 1908 S. 538/39 und Verhaltungsreglement S. 155.

Tritt ein Arbeiter aus dem Betrieb aus, so wird dies unter Angabe der Gründe der Ortsverwaltung mitgeteilt. Wird ein anderer Arbeiter angestellt, so wird auch dies der Ortsverwaltung mitgeteilt, damit der Arbeitsnachweis der Gewerkschaft dort einen passenden Arbeiter einstellen kann.

Auch die Einziehung der Beiträge und die Verteilung der Metallarbeiterzeitung ist Aufgabe der Vertrauensleute.

Wenigstens ein- bis zweimal im Jahre treten die Vertrauensleute zu einer gemeinsamen Aussprache zusammen, um über wichtige örtliche und allgemeine Verbandsangelegenheiten zu verhandeln.

Außer diesen Vertrauensmännerversammlungen dienen der Agitation hauptsächlich die Werkstattversammlungen, in denen auch Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern besprochen werden. In der Regel findet für jeden Betrieb, Saal oder jede Abteilung monatlich eine Werkstattversammlung statt. Hier erstattet der Vertrauensmann den Bericht der Konferenz der Vertrauensleute. Die Leitung bzw. das Referat in solchen Versammlungen wird wegen der Gefahr der Entlassung in der Regel nicht einem Betriebsangehörigen übertragen. Besonders in den östlichen Provinzen, wo die Industrie nur spärlich vertreten ist, versucht man durch Werkstattversammlungen die Agitation zu beleben.

In solchen Gegenden, wo der Zahl der Mitglieder oder der räumlichen Ausdehnung des Wirkungskreises der Verwaltungsstellen wegen Mitgliederversammlungen nicht abgehalten werden können, sind die Verwaltungsstellen berechtigt, durch vom Vorstand zu genehmigendes Ortsstatut das Recht der Beschlußfassung an eine Vertreterversammlung zu übergeben.

Von anderen Versammlungen, die zum Teil der Agitation dienen, sind hauptsächlich zu erwähnen die Bezirks- und Branchenversammlungen, die alle 4 Wochen stattfinden. Wichtiger als die Bezirksversammlungen sind die Branchen- oder Berufskonferenzen, da hier taktische Fragen erörtert werden.

Zuweilen ist es den Vertrauensleuten nicht möglich, die Agitation in den Werkstätten zu betreiben, da sie hier Gefahr laufen, als Agitatoren bekannt und entlassen zu werden. Besonders in Zeiten der Krise muß diese Art der Agitation wegen der Maß-

regelungsgefahr unterbleiben. Ein gewisser Rückhalt ist dem Agitator bei seiner Tätigkeit darin gegeben, daß er im Falle der Maßregelung Gemaßregeltenunterstützung bekommt[1]).

An die Stelle der öffentlichen Agitation tritt jetzt die Hausagitation. Planmäßig werden die einzelnen Arbeiter in ihren Wohnungen aufgesucht. Hierbei kommen der Gewerkschaft die oft angestellten statistischen Erhebungen über die Zahl der Arbeiter, die Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. in Verbindung mit einem geordneten Mitgliederverzeichnis in Form einer Mitglieder-Registerkarthotek zugute. Der Vorteil der Hausagitation liegt vor allem darin, daß der einzelne Arbeiter individuell erfaßt und besonders auf die Frauen eingewirkt werden kann. Wie im zweiten Kapitel gezeigt wurde, bilden diese nicht nur ein Hindernis für die Ausbreitung der Gewerkschaft dadurch, daß sie selbst nicht der Organisation beitreten, sondern auch dadurch, daß sie die Männer von ihr fern zu halten suchen. Zur Beseitigung dieses Hemmnisses dient vornehmlich und wirksam die durch geschickte Vertrauensmänner betriebene Hausagitation.

Um den Gewerkschaftsmitgliedern, die agitatorisch tätig sind, genügendes und zweckmäßiges Material zu liefern, hat der Deutsche Metallarbeiterverband ein „literarisches Bureau" eingerichtet. Es steht mit der aus mehreren tausend Bänden aus den verschiedensten Wissensgebieten bestehenden Verbandsbibliothek in Verbindung. So ist es den Gewerkschaftsbeamten möglich, sich jederzeit über alle einschlägigen Fragen zu orientieren. Aufgabe des „literarischen Bureaus" ist es, alle bedeutenden Gewerkschaftszeitungen, die Parteizeitungen, sowie die maßgebende bürgerliche Presse zu lesen und aus den wichtigsten Artikeln Auszüge zu machen, um so stets über die wichtigsten wirtschaftlichen Tagesfragen informiert zu sein.

Ein Teil dieses Materials wird seit 1908 fortlaufend für die Agitation bearbeitet und in Form von Flugblättern — Merkblätter für die Agitation genannt — an die Verwaltungsstellen versandt. So wurden Merkblätter herausgegeben über die christliche und Hirsch-Dunckersche Arbeiterbewegung, über die Frage der Arbeitszeitverkürzung usw.

Das Verbandsorgan, die Metallarbeiterzeitung, die in den

[1]) Vgl. Jahrbuch 1908, 1. Agitationsbericht.

80er Jahren das einzig mögliche Agitationsmittel war, unterstützt auch noch heute kräftig die Agitation[1]).

Indirekt dienen nicht minder agitatorischen Zwecken die festlichen Veranstaltungen der Organisation, wie Abendunterhaltung, Ball, Weihnachtsfeier usw.

Alles wird letzten Endes dem einen Zweck unterstellt: Überwindung der sich der Ausbreitung der Organisation entgegenstellenden Hindernisse, Stärkung des Verbandes durch Anwachsen der Mitgliederzahl und der finanziellen Mittel.

Unterstützungseinrichtungen[2]).

Allgemeines.

Mitglieder und finanzielle Mittel sind die beiden Säulen einer jeden Gewerkschaft. Dabei ist zuerst meist das zweite durch das erste bedingt. Die finanziellen Mittel bilden dann die Grundlagen für die Unterstützungen und werben dadurch wieder neue Mitglieder. So bedingt nach einer gewissen Periode eines das andere. Bei einer modernen Gewerkschaft, bei einem Industrieverband, wie es der Deutsche Metallarbeiterverband ist, beruht die Stärke zum großen Teil auf dem Ausgleich der Belastung durch die verschiedenen Berufe und der großen Mitgliederzahl. Zeitlich und nach Berufen ist die Inanspruchnahme der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen verschieden. Der Bauklempner wird z. B. die Arbeitslosenunterstützung in den Wintermonaten in Anspruch nehmen, während die Zeit der Arbeitslosigkeit für den Goldarbeiter in den Sommer und Herbst fällt. Die Zusammensetzung aus völlig verschiedenartigen Elementen verleiht dem Metallarbeiterverband in seinen Unterstützungseinrichtungen eine ganz besondere Stoßkraft, wie sie bei einem reinen Berufsverband völlig ausgeschlossen ist. Durch die Zentralisation des Kassenwesens wird diese Stoßkraft noch erhöht. Alle Mittel stehen im gegebenen Falle für eine Unterstützung, die Streikunterstützung, bereit[3]). Dieses ist der Hauptzweck des

[1]) Die Metallarbeiterzeitung erschien im März 1911 in einer Auflage von 485000; zum Teil wird sie in Stuttgart (für Süddeutschland), zum Teil in Berlin (für Norddeutschland) gedruckt.

[2]) S. Tabellen am Schluß des Kapitels.

[3]) Deshalb sind diese Versicherungen auch nicht der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes unterstellt; dieses müßte für die einzelnen Unterstützungs-

ganzen Unterstützungswesens des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wie überhaupt aller freien Gewerkschaften[1]) (vgl. S. 150 ff.).

Die Unterstützungseinrichtungen sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck[2]). Wie mannigfach auch die Unterstützungseinrichtungen sind, in allen ist doch unter anderem die Tendenz enthalten, den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen für den Verband zu erleichtern. Zum Teil geschieht dies bei den arbeitsfähigen Arbeitern mehr oder weniger direkt durch Reise-, Streik- und Arbeitslosenunterstützung, teils indirekt, indem man bei arbeitsunfähigen Mitgliedern die geistige Depression zu heben sucht, um der Gewerkschaft dadurch den Einfluß auf die Mitglieder in „der schweren Zeit der Prüfung zu erhalten"[3]).

So dienen alle Unterstützungseinrichtungen im letzten Grunde dem Klassenkampf[4]). Deshalb scheint uns auch die Einteilung in „friedliche" und „kriegerische" nicht das Wesen und den Zweck der Unterstützungen zu treffen. Mit Ausnahme der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes dienen alle Unterstützungen dem Kampfzwecke. Doch haben diese beiden Unterstützungen neben dem caritativen auch agitatorischen Charakter[5]).

Mit gewissen Unterstützungen (nach § 2c des Statuts) verfolgt der Verband zuweilen rein moralische Ziele, um das Mitglied vor der Armenunterstützung zu bewahren[6]).

---

einrichtungen besondere Fonds verlangen, so daß ein Heranziehen der Mittel zu der im Augenblick wichtigsten Unterstützung ausgeschlossen wäre (Arbeitgeber 1910, Nr. 6 S. 62; Brüggerhoff aaO. S. 41).

[1]) Vgl. A. Weber aaO. S. 445 und A. Braun aaO. S. 5.

[2]) Vgl. Schlicke auf der Generalversammlung 1903, Protokoll S. 193.

[3]) Protokoll der Generalversammlung 1903, S. 194.

[4]) „Zu diesen Kämpfen gehören die Unterstützungsgelder, sie sind nun einmal das flüssige Feuer, mit dem die Gewerkschaftslokomotive gespeist werden muß. Und wehe dem Zentralvorstand, der mit diesem unentbehrlichen Element nicht besonnen und sparsam umgeht! Die großen Zentralverbände könnten in wenigen Wochen ihre Millionen los sein, wenn sie sich auf das Kampffeld führen lassen, wohin das Scharfmachertum sie haben möchte und — wenn sie unter den Mitgliedern nicht Streiklust und Streiknotwendigkeit mit weisem Maß und sachkundigem Blick verteilen" (MZ. 1906, Nr. 27).

[5]) Protokoll der Generalversammlung 1903, S. 193 ff. und MZ. 1904, Nr. 49 S. 387 Sp. 3.

[6]) Vgl. Brüggerhoff S. 39.

Der Kampfescharakter der Unterstützungen des Verbandes wird schon rein äußerlich dadurch betont, daß die Unterstützungen, die unmittelbar beim Kampf gegeben werden (Streik- und Gemaßregeltenunterstützung), nur eine Karenzzeit von 26 Wochen voraussetzen, während die andern erst 52 Wochen nach erfolgtem Beitritt ausgezahlt werden können[1]). Die kurze Karenzzeit für die Streikunterstützung mag ihren Grund zum Teil auch haben, um den Nichtorganisierten noch den Beitritt zu ermöglichen, wenn ein moderner Riesenarbeitskampf bevorsteht, um so die Zahl derjenigen zu vermindern, die den Erfolg des Kampfes noch mehr in Frage stellen könnten.

Die älteste und wichtigste aller Unterstützungen ist die

Streikunterstützung.

Die Streikunterstützung hat den Zweck, zu verhindern, daß Arbeitswillige ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Sie wird in Streik- und Aussperrungsfällen nur dann bezahlt, wenn der Vorstand seine Zustimmung zur Arbeitseinstellung gegeben hat. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so erfolgt keine Überweisung von Streikgeldern an die Ortskasse.

Anspruch auf Streik- bzw. Aussperrungsunterstützung haben nur die Mitglieder, die mindestens 26 Wochen hintereinander dem Verband angehört und alle Beiträge bezahlt haben. Eine Ausnahme wird zuweilen bei Aussperrungen gemacht für die Mitglieder, die wenigstens 13 Wochen dem Verband angehören. In diesen Fällen beträgt die Unterstützung für verheiratete Mitglieder 10 ℳ, für ledige 8 ℳ, für weibliche 5 ℳ. In den andern Fällen beträgt die Unterstützung

für männliche verheiratete Mitglieder 14 ℳ wöchentlich
„ „ ledige „ 12 ℳ „
„ weibl. u. jug. männl. „ 7 ℳ „

außerdem erhält jeder Familienvater für jedes seiner Fürsorge unterstehende Kind 1 ℳ. Eine Begrenzung nach oben ist nicht festgesetzt[2]).

Die Höhe der Unterstützungen erreicht fast nie die Höhe des Lohnes, damit nicht die Lust zum Streiken wachgerufen wird.

---

[1]) Rechtsschutz schon nach 13 Wochen.

[2]) Dagegen Brüggerhoff aaO. S. 53.

Mitgliedern, die mehreren Organisationen angehören und dort unterstützungsberechtigt sind, können bei Streiks und Aussperrungen nur aus der Organisation Unterstützung erhalten, die dabei in Frage kommt (§ 16 des Statuts). Beziehen Mitglieder trotzdem aus zwei Organisationen zu gleicher Zeit Streikunterstützung, so kann ihnen die vom Deutschen Metallarbeiterverband gewährte Unterstützung entzogen werden, selbst dann, wenn für den Streik oder die Aussperrung nur der Metallarbeiterverband in Frage kommt. Auf diese Weise sucht man zu verhindern, daß Arbeiter mehreren Organisationen angehören. Um jedoch zu verhindern, daß Mitglieder in schwachen Verwaltungsstellen dem Verbande verloren gehen, und indem sie zu dem an dem betreffenden Orte stärkeren Verband übertreten, ist die Bestimmung eingeführt, daß Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die an Streiks beteiligt sind, die von andern Organisationen geführt werden, die Unterstützung ihres Verbandes zusteht.

Die Karenzzeit ist nicht zu lang bemessen — 52 Wochen bei den andern Unterstützungen —, damit die Nichtorganisierten, wenn ein Streik in Aussicht ist, der Organisation noch beitreten können und den Kämpfenden nicht als Arbeitswillige schaden.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt gegen schriftliche Empfangsbestätigung; doch dient diese nicht mehr wie früher als Schuldanerkenntnis, um von dem Empfänger den Betrag zurückzufordern, wenn der Empfänger während dieser Lohnbewegung Streikbrecher wurde[1]). Die Unterstützung beginnt mit dem ersten Werktag[2]).

In der ersten Tabelle wurden Streik und Gemaßregeltenunterstützung zusammengefaßt, weil sie meist demselben Zwecke — Unterstützung solcher Mitglieder, die bei Erstrebung besserer Arbeitsbedingungen im Interesse des gesamten Verbandes arbeitslos wurden — dienen und besonders in den ersten Jahren des Verbandes eng zusammenhängen. In einer weiteren Tabelle ist die Gemaßregeltenunterstützung besonders berechnet.

In den ersten Jahren des Verbandes sind die Ausgaben für Streikunterstützung noch gering, da der Verband es nicht wagen konnte, große Arbeitseinstellungen zu inszenieren; auch im Ver-

[1]) Vgl. Brüggerhoff S. 57.

[2]) Nicht so bei andern Verbänden; vgl. Brüggerhoff S. 53.

hältnis zu den gesamten Ausgaben ist die Unterstützung nicht beträchtlich. Jedoch schon gegen Ende des ersten Jahrzehnts des Bestehens des Verbandes steigen diese Ausgaben (vgl. auch die Tabellen beim Kapitel: „Streik und Streiktaktik"). 1899 betrugen sie pro Kopf 4,89 ℳ und 1900 3,40 ℳ. Auch das Jahr 1903 bringt noch eine Steigerung der Ausgaben für Streiks. Von jetzt ab macht sich die Wirkung der Arbeitgeberverbände bemerkbar (vgl. dazu auch die oben angeführten Tabellen im Kapitel „Streik und Streiktaktik"). Die Ausgaben für Streiks bleiben zwar noch auf derselben Höhe bis 1906; doch überwiegen die Ausgaben für Aussperrungen (die in den Tabellen zusammengefaßt sind). Dieser Gegendruck der Arbeitgeberverbände läßt auch in den letzten Jahren nicht mehr die Wirkungen der Konjunktur in den Tabellen zum Ausdruck kommen. Das Auf und Nieder in der Kurve der Streikunterstützung ist heute verschwunden, da die großen Ausgaben für Streikunterstützung in Zeiten aufsteigender Konjunktur in den letzten Jahren ihr Korrelat finden in den Ausgaben für Aussperrungen.

Nur schwach deutet sich die Krise 1901 in der Zahl 1,94 ℳ gegen 3,40 ℳ im Jahre 1900 an. Doch zeigt das Krisenjahr 1907 hiergegen eine Unterstützung von 5,76 ℳ pro Kopf.

Das Sinken der Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in den letzten Jahren ist wohl hauptsächlich dem Wachsen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zuzuschreiben. Doch sinkt die Streik- bzw. Gemaßregeltenunterstützung nicht nur absolut, sondern auch relativ, da die andern Ausgaben, besonders für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung[1]) gewachsen sind.

Wenn auch die Ausgaben für Streiks anderer Gewerkschaften im Verhältnis zu den gesamten Streikunterstützungen gering sind, so sind sie doch, absolut betrachtet, nicht unbedeutend (vgl. Tabelle)[2]).

Gemaßregeltenunterstützung.

Hat die Streikunterstützung den Zweck, die Mitglieder während des Kampfes zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen zu unterstützen, so soll die Gemaßregeltenunterstützung den Mit-

[1]) „Von den Ausgaben der Arbeiterorganisationen entfällt heute kaum ¼ auf Streiks" (Kulemann auf der Tagung der „Gesellschaft für Soziale Reform" am 3. Dezember 1906).

[2]) Brüggerhoff aaO. S. 119.

gliedern zugute kommen, die infolge Eintretens für vom Verband anerkannte Arbeitsbedingungen oder infolge ihrer im Einverständnis mit den Verbandsorganen entwickelten Verbandstätigkeit arbeitslos werden[1]).

Die Gemaßregeltenunterstützung wurde seit Bestehen des Verbandes bezahlt; doch wurde sie 1904 auf der Berliner Generalversammlung in den Satzungen geregelt. Bezüglich der Maßregelung wegen Teilnahme an der Maifeier wurde auf der Generalversammlung 1905 beschlossen: in allen Betrieben, in denen $^3/_5$ der Arbeiter Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind, ist eine Abstimmung vorzunehmen. Entscheidet sich die Mehrheit für die Arbeitsruhe, so muß auch die Minderheit sich dem Beschlusse fügen. Die wegen Teilnahme an der Maifeier dann Gemaßregelten erhalten eine Unterstützung für die Dauer von 13 Wochen[2]).

Keinen Anspruch auf Gemaßregeltenunterstützung haben die Mitglieder, die entlassen werden, weil sie eigenmächtig, ohne im Einverständnis mit dem Vorstand zu handeln, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis versuchen.

Die Gemaßregeltenunterstützung wird für die Dauer von höchstens 13 Wochen gewährt und beträgt ebenso viel wie die Streikunterstützung. Auch sie wird schon nach einer Karenzzeit von 26 Wochen gewährt. Doch kann schon nach kürzerer Zeit mit Genehmigung des Vorstandes oder der Bezirksleitung Unterstützung gewährt werden, die jedoch die Höhe des niedrigsten Wochen- und Tagessatzes der Erwerbslosenunterstützung nicht überschreiten darf.

Jeder Familienvater erhält außerdem für jedes seiner Fürsorge unterstehende Kind einen Zuschuß von 1 *M*.

Die Gemaßregeltenunterstützung betrug im ersten Jahre pro Kopf der Mitglieder gerade so viel wie die Streikunterstützung; im zweiten Jahre sogar das Dreifache. Dann aber bleibt sie gering bis zum Wirken der Arbeitgeberverbände (1906). Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sind die Ausgaben für Gemaßregeltenunterstützung niedrig.

---

[1]) § 15 Abs. 1 des Statuts.

[2]) Generalversammlungsbeschluß und Korrespondenzblatt 1905, S. 433.

Reise- und Umzugsunterstützung.

Als notwendiges Korrelat zur Streikunterstützung besteht seit Beginn des Verbandes auch die Reiseunterstützung. Schon die die Gründung vorbereitenden Kongresse 1888 und 1890 in Weimar empfahlen „zur Förderung des Solidaritätsgefühls" die Wanderunterstützung und das Herbergswesen. Aus der Fassung der betreffenden Resolutionen dieser Kongresse geht der zunftähnliche Charakter dieser Unterstützung hervor. Bald verliert sie diese Färbung fast ganz und wird dem Klassenkampfzweck dienstbar gemacht. Heute dient sie dazu, die Unterbindung der Produktion durch den Streik wirksamer zu gestalten, indem den jüngeren, besonders unverheirateten Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, den Kampfplatz zu verlassen. Ebenso wird sie den durch Aussperrung, Maßregelung oder durch andere Ursachen arbeitslos gewordenen Mitgliedern gewährt. Als eines der vielen Mittel des Verbandes, die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder zu verbessern, dient sie besonders dazu, daß das Überangebot freier Arbeitskräfte an einem Orte nicht zu groß wird[1]).

Reisegeld wird den Mitgliedern gewährt, die dem Verband ununterbrochen ein Jahr angehört haben und für 52 Wochen ihre Beiträge entrichtet haben. Solche Mitglieder, die innerhalb vier Wochen nach vollendeter Lehrzeit oder nach vollendetem 18. Lebensjahre dem Verband beigetreten sind, wird Reisegeld schon nach 26wöchiger Mitgliedschaft gewährt.

In einer weiteren Ausnahme von der Regel tritt der Kampfescharakter dieser Unterstützung wieder deutlicher in die Erscheinung: bei Streiks, Maßregelungen u. dgl. kommt die Karenzzeit überhaupt in Wegfall[2]).

Auf Reiseunterstützung hat ein Mitglied jedoch nur dann Anspruch, wenn es täglich wenigstens 25 Kilometer zurücklegt. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß der Reisende nur einige Stunden zurücklegt und sich in Orten aufhält, wo keine Arbeit zu finden ist. Ferner bestimmt die Satzung, daß an einem Zahlort nicht mehr als 3 ℳ ausgezahlt werden dürfen, wenn auf der von dem betreffenden Reisenden zurückgelegten Wegstrecke ein Zahlort liegt. Durch diese Bestimmung sucht der Verband dahin

[1]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 57.
[2]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 54 und § 8 Abs. 1 des Statuts.

zu wirken, daß das reisende Mitglied nicht zu lange Strecken auf einmal zurücklegt, sondern möglichst jede ihm sich bietende, in seinen Beruf einschlagende Arbeit annimmt. Auf diese Weise ist dem modernen Maschinenarbeiter Gelegenheit gegeben, seine Kenntnisse zu bereichern. Diese Möglichkeit ist aber größer, wenn er mehrere Orte berührt, als wenn er von einem Orte zum andern weit entfernteren mit der Bahn reist[1]).

Das Reisegeld beträgt pro Tag 1 ℳ bis zu einer Gesamtsumme von 52 aufeinanderfolgenden Wochen bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männl. Mitglieder	für weibl. u. jugendl.-männl. Mitglieder
1 Jahr	50 ℳ	25,— ℳ
2 Jahren	55 „	27,50 „
3 „	60 „	30,— „
4 „	65 „	32,50 „
5 „	70 „	35,— „

Um den reisenden Mitgliedern Gelegenheit zu geben, in größeren Orten Umschau nach Arbeit zu halten, kann für

Orte über 50 000—100 000 Einwohner für 1 Tag 1 ℳ,
„ „ 100 000—200 000 „ „ 2 Tage 2 „
„ „ 200 000—500 000 „ „ 3 „ 3 „
„ „ 500 000 Einwohner für 4 „ 4 „

Aufenthaltsunterstützung ausgezahlt werden.

Wird einem reisenden Mitgliede eine in das Fach einschlagende Arbeitsgelegenheit unter auskömmlichen Bedingungen nachgewiesen oder angeboten, so muß es diese annehmen. Dies geht aus § 12 Abs. 3 a des Statuts hervor: „Des Anspruchs auf Reisegeld . . . geht ein Mitglied verlustig bei beharrlicher und grundloser Verweigerung einer in das Fach einschlagenden, unter auskömmlichen Bedingungen ihm angebotenen oder nachgewiesenen Arbeitsgelegenheit."

In den ersten Jahren des Bestehens des Verbandes wurde die Reiseunterstützung stark in Anspruch genommen — in den ersten 5 Jahren betrug sie $^1/_5$—$^1/_3$ aller Ausgaben —, so daß auf den Generalversammlungen zu Altenburg (1893) und Magdeburg

[1]) In diesem Sinne mag auch der Beschluß der Münchener Generalversammlung gefaßt sein, keine Erstattung der Eisenbahnfahrtkosten zu gewähren.

(1895) der Vorschlag gemacht wurde, sie fallen zu lassen. Zwar sah man von der Aufhebung der Unterstützung ab, da sonst das Angebot von Arbeitskräften an den betreffenden Orten noch gesteigert worden, die Verbindung zwischen den auf der Reise befindlichen Mitgliedern und dem Verbande verloren gegangen wäre; doch machte der Vorstand von dem § 10 Abs. 4 des damals geltenden Statuts Gebrauch und setzte in Gemeinschaft mit dem Ausschuß eine Grenze für die zu erhebende Wanderunterstützung fest.

Auch konnte der Verband die Reiseunterstützung nicht fallen lassen, da sie als Agitationsmittel besonders bei der Jugend wichtig war; gaben doch auch die katholischen und evangelischen Arbeitervereine Reiseunterstützung[1]).

Wie ein Blick auf die Tabelle zeigt, verliert die Reiseunterstützung heute bei der zunehmenden Konzentration und der besseren Ausbildung des Arbeitsnachweises immer mehr an Bedeutung. Im Osten leistet sie als Agitationsmittel dem Verband noch gute Dienste; dort treten viele nur der Organisation bei, um zum Westen reisen zu können. Doch ist dies sowohl für den Verband als auch für die gesamte Volkswirtschaft nicht vorteilhaft: für den Verband bedeutet es eine finanzielle Schwächung, da diese so geworbenen Mitglieder meist sofort austreten, wenn sie im Westen bessere Arbeitsgelegenheit gefunden haben; für die Volkswirtschaft aber bedeutet es verstärkte Konzentration mit allen ihren üblen Folgen: Sinken der Löhne infolge des größeren Angebots von Arbeitern, Steigerung des Mietpreises usw.

Einige Bedeutung kommt dieser Unterstützung nur noch in Krisenjahren zu, wie die Tabelle zeigt. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sind die Ausgaben für Reiseunterstützung gering — in den letzten 5 Jahren 3—4%.

Für Mitglieder, die einen eigenen Haushalt führen, ist die Reiseunterstützung nicht ausreichend. Ihnen wird bei Verlegung des Wohnortes infolge Streik, Maßregelung oder Aussperrung ein Beitrag zu den Übersiedlungskosten gewährt.

Auch diese Unterstützung dient nur dem Kampfzwecke. Dieser Charakter der Unterstützung geht aus der Bestimmung hervor, daß die Unterstützung nicht gewährt wird, wenn ein Mitglied auf

---

[1]) Vgl. MZ 1893, Nr. 17.

Wunsch seines Arbeitgebers (nach einer Geschäftsfiliale) verzieht, oder die Wohnortsveränderung nur vorgenommen wird, weil das betreffende Mitglied auswärts eine besser lohnende Stellung gefunden hat, oder weil es auf Wunsch seiner Ehefrau oder aus eigenem Antrieb verziehen will[1]). Des weiteren geht der Kampfcharakter dieser Unterstützung aus dem § 8 Abs. 1 des Statuts hervor, der bestimmt, daß bei Streik, Maßregelung usw. die Umzugsunterstützung selbst ohne Karrenzzeit gewährt werden kann[2]).

Der Beitrag zu den Umzugskosten beträgt

bei	1	jähriger	Mitgliedschaft	20 ℳ,
„	2	„	„	25 „
„	3	„	„	30 „
„	4	„	„	35 „
„	5	„	„	40 „

Diese Unterstützung kann nur einmal im Jahre gewährt werden und wird als Notfallunterstützung betrachtet (bis 1904 war sie auch nicht besonders geregelt, sondern wurde nur nach den Bestimmungen des § 2c über Notfallunterstützung gewährt).

Im Gegensatz zur Reiseunterstützung wird die Umzugsunterstützung auch nur dann gewährt, wenn das Mitglied beim Wegzug schon eine neue Stelle auswärts angenommen hat.

Die Ausgaben für Umzugsunterstützung sind sowohl pro Kopf der Mitgliederzahl als auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben gering, da sie nur für die Verheirateten und bei einer Entfernung von wenigstens 25 Kilometern in Betracht kommt. Wie die Reiseunterstützung nimmt daher auch die Umzugsunterstützung mit zunehmender Konzentration ab.

Arbeitslosenunterstützung.

Wie Reichel auf der Generalversammlung 1899 in Halle, hatte schon Marx auf die Gefahren hingewiesen, welche die industrielle Reservearmee für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bedeutete. Er bezeichnete sie als das Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterbewegung. Zwar glaubte man zuerst durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu vermindern; doch wurde diese Verkürzung durch die Einführung arbeitsersparender

---

[1]) Vgl. § 8 Abs. 10 des Statuts und Verhaltungsreglement S 73 und 81.
[2]) Anders Brüggerhoff S. 72.

Maschinen illusorisch gemacht. Wenn man so das Übel selbst nicht beseitigen konnte, mußte man wenigstens versuchen, die dadurch entstandene Not zu lindern.

Schon früh tauchte daher der Gedanke auf, durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung dieses Ziel zu erreichen. 1884 stellte man auf dem Kongreß zu Gera den Antrag, unabhängig von der Kasse der Vereinigung, jedoch unter Leitung des Ausschusses, eine Kasse für Arbeitslose zu gründen. Dieser Vorschlag fand fast einstimmige Annahme. Wie aus einem Zusatz des § 4 des damaligen Statuts hervorgeht, war der Beitritt zu dieser Kasse fakultativ: „Aufnahme in die Vereinigung Nachsuchende können der Vereinigung angehören ohne der Kasse für Arbeitslose beizutreten." Mit der Auflösung der Vereinigung fiel auch die Unterstützung fort.

Auf der Gründungsversammlung 1891 in Frankfurt griff man den Plan wieder auf und beantragte: „Arbeitslose, deren familiäre Verhältnisse eine Ortsveränderung erschweren, können eine Arbeitslosenunterstützung nach Maßgabe der festgesetzten Reiseunterstützung erhalten." Doch wurde dieser Antrag abgelehnt unter Hinweis auf § 2c des Statuts: „Unterstützung der Mitglieder in Notfällen sowie in allen Fällen, in denen eine Unterstützung zur Erreichung des Unionszweckes notwendig ist."

In den folgenden Jahren wurde die Frage der Arbeitslosenunterstützung auf der Generalversammlung in Altenburg 1893, Magdeburg 1895, Braunschweig 1897 und in der Metallarbeiterzeitung lebhaft erörtert. Doch gelang es erst 1899 auf der Generalversammlung in Halle, die Unterstützung einzuführen. In einer wohlaufgebauten, nach Form und Inhalt vollendeten Rede wußte Reichel alle Gegenargumente zu widerlegen.

Vor allem wandte man gegen die Arbeitslosenunterstützung ein, daß durch sie der Klassenkampfcharakter verwischt würde, daß Arbeiter in festen Stellungen nicht in die Lage kämen, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen[1]). Doch trägt gerade die Arbeitslosenunterstützung wie kaum eine andere Unterstützung außer der Streikunterstützung den Stempel des Klassenkampfes. Wenn die

[1]) Letzterem wurde entgegengehalten, daß jeder Arbeiter für seine Klassengenossen einzutreten habe; baut sich doch der ganze gewerkschaftliche Kampf auf dem Prinzip auf, daß der sozial bessergestellte Arbeiter für den sozial tieferstehenden einzutreten hat (vgl. Brüggerhoff aaO. S. 78 Anm.).

Streikunterstützung den augenblicklich kämpfenden Mitgliedern zugute kommen soll, so hat die Arbeitslosenunterstützung den Zweck, den nach dem Streik arbeitslos gebliebenen Arbeitern zu helfen, wie auch den andern Arbeitern, die während des Streiks arbeitslos sind und keine Streikunterstützung beziehen. Den letzteren wird die Unterstützung gewährt, damit sie nicht ihren kämpfenden Kollegen als Arbeitswillige in den Rücken fallen[1]).

Die Arbeitslosenunterstützung hat den Zweck, zu verhindern, daß der Arbeiter physisch oder moralisch sinkt und geneigt wird, unter geringeren als den geltenden Bedingungen Arbeit vom Unternehmer anzunehmen. Den Unternehmern wird die Möglichkeit genommen, nach Belieben die Löhne zu drücken[2]).

Die Erwerbslosenunterstützung wird in 52 aufeinderfolgenden Wochen für höchstens 120 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männl. Mitglieder in ℳ		für weibl. und jugendl. männl. Mitglieder in ℳ	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52 Wochen	1,—	6,—	0,50	3,—
104 „	1,16	7,—	0,58	3,50
156 „	1,33	8,—	0,66	4,—
208 „	1,50	9,—	0,75	4,50
260 „	1,66	10,—	0,83	5,—

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Arbeitslosenunterstützung einschließlich der etwa erhobenen Kranken-, Reise- und Umzugsunterstützung beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männl. Mitgl.	für weibl. u. jugendl. männl. Mitglieder
52—156 Wochen	120 ℳ	60 ℳ
156—260 „	140 „	70 „
260—364 „	160 „	80 „
364—468 „	180 „	90 „
über 468 „	200 „	100 „

[1]) Vgl. Moldenhauer, Die Streik- und Boykottversicherung (Arbeitgeber 1910, Nr. 8 S. 87 und Korrespondenzblatt 1906, S. 517, 1908, S. 13 Nr. 31).

[2]) Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Nürnberg 1907 (Sammelband S. 84 und Arbeitgeber 1910, Nr. 21 S. 253).

Es findet also eine Abstufung der Leistungen nach der Dauer der Mitgliedschaft statt, damit nicht diejenigen, die schon mehrere Jahre dem Verband angehören, die gleiche Unterstützung erhalten, wie diejenigen, die gerade beigetreten sind.

Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt erst nach einer Karenzzeit von 52 Wochen und nach Ablauf der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit. Liegt zwischen zwei Erwerbslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 6 Arbeitswochen, so kann die Erwerbslosenunterstützung gleich vom Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit an bezahlt werden. Dasselbe gilt für die vom Militär zurückkommenden, die aus der Haft entlassenen und die vom Streik her arbeitslos gebliebenen oder die mit der Maßregelungsunterstützung ausgesteuerten Mitglieder. Auch hier zeigt sich wieder der Kampfcharakter der Unterstützung in den weniger strengen Vorschriften bezüglich der Karenzzeit, sobald es sich um Streik oder Maßregelung handelt.

Besonders in Krisenjahren wird die Arbeitslosenunterstützung stark in Anspruch genommen; betrugen doch die Ausgaben hierfür in den Jahren 1901 und 1902 ein Viertel aller Ausgaben. In den Jahren der Depression 1908—09 stiegen sie sogar über ein Viertel der Gesamtausgaben, so daß zum ersten Male ein Defizit entstand[1]). Nicht ganz grundlos war daher die Befürchtung derjenigen, die von der Einführung dieser Unterstützung abrieten mit der Begründung, daß der Verband in Krisenjahren nicht die erforderlichen Mittel besitzen würde, sollten nicht die Beitragserhöhungen zu groß werden[2]).

Wenn auch aus rein technischen Gründen, aus Rücksicht auf die Kontrolle der Arbeitslosen die Versicherung bei den Gewerkschaften bleiben muß[3]), so sind diese doch nicht ohne Hilfe des Staates oder der Gemeinden imstande, diese so schwierige Aufgabe zu lösen. Leisten aber Staat oder Gemeinde Beihilfe zur gewerkschaftlichen Arbeiterversicherung, so bedeutet dies auch, daß aus öffentlichen Mitteln, die doch zum Teil aus Steuern der

---

[1]) Vgl. Jahrbuch 1908 S. 28 und Jahrbuch 1909, S. 61.

[2]) Dagegen **Brüggerhoff** S. 78.

[3]) Ein gut ausgebildetes Kartensystem in Verbindung mit einem Arbeitsnachweis ermöglicht selbst den größten Verwaltungsstellen wie Berlin die so schwierige Kontrolle.

Arbeitgeber herrühren, die Lohnkämpfe der Gewerkschaften unterstützt werden[1]).

Der Unterstützung geht ein Mitglied verlustig, wenn es sich beharrlich und ohne Grund weigert, eine in sein Fach einschlagende, unter auskömmlichen Bedingungen ihm angebotene oder nachgewiesene Arbeitsgelegenheit anzunehmen[2]).

Durch diese Bestimmung des § 12 des Statuts sind die Verwaltungen genötigt, einen eigenen Arbeitsnachweis zu führen, oder sich an einem kommunalen zu beteiligen. Doch sind die Ortsverwaltungen angewiesen, neben den etwa bestehenden und von den Mitgliedern benützten Arbeitsnachweisen einen Arbeitsnachweis „unter der Hand" zu organisieren, dadurch, daß die Mitglieder durch Ortsstatut angehalten werden, möglichst jeden Arbeitswechsel zu melden, damit der Geschäftsführer die etwa vorhandenen Arbeitslosen der gleichen Branche auf die Arbeitsgelegenheit aufmerksam machen kann. Mit den kommunalen Arbeitsnachweisen sucht man Übereinkommen zu treffen, daß der Arbeitsnachweis die Kontrollmeldung der Arbeitslosen entgegennimmt[3]).

Mag man auch über die Frage streiten, wem in Zukunft der Arbeitsnachweis gehören soll, so muß man doch die Arbeit anerkennen, die die Gewerkschaft dadurch geleistet hat, daß sie den Arbeitsnachweis organisierte — technisch durchaus vollkommen.

Doch kann der Arbeitsnachweis in Zukunft weder bei den Unternehmern noch bei den Gewerkschaften bleiben, da er von beiden in letzter Linie zu Kampfzwecken benutzt wird. Auf neutraler Basis nach englischem Vorbild aufgebaut, wird er erst imstande sein, das schwierige Problem der Arbeitslosigkeit seiner Lösung näherzubringen. Paritätisch zusammengesetzt, mit einem unparteiischen Vorsitzenden, der sowohl den Interessen der Unternehmer wie denen der Arbeiter Verständnis entgegenbringt, kann der Arbeitsnachweis nutzbringend für beide Parteien und für die gesamte Volkswirtschaft sein[4]).

---

[1]) Vgl. Vortrag von Prof. Moldenhauer, zitiert im „Arbeitgeber" 1910, Nr. 8 S. 87.

[2]) § 12 Abs. 3a des Statuts.

[3]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 101.

[4]) Anders die Arbeitgeberzeitung 1910, Nr. 30 S. 2, die diese Forderung als die braver Sozialideologen bezeichnet.

Diesen Standpunkt scheint in neuerer Zeit auch der Deutsche Metallarbeiterverband zu vertreten: „Der Zweck des Arbeitsnachweises kann und soll nur der sein, den Arbeitern rasch und zuverlässig ihren Fähigkeiten und ihrer beruflichen Ausbildung entsprechende Arbeit nachzuweisen und den Unternehmern in gleicher Weise die passenden Arbeitskräfte zu vermitteln. . . . Soll der Arbeitsnachweis seinen Zweck richtig erfüllen, so muß er aus der Reihe der Kampfmittel ausgeschieden und auf neutralen Boden gestellt werden."

Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung.

Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung begann der Ausbau des Unterstützungswesens. Kaum war die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so wünschte man ihren Ausbau zur Erwerbslosenunterstützung, die zugleich eine Krankenunterstützung umfassen sollte[1]).

War man bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung von dem Gedanken geleitet worden, alle Arbeitslosen zu unterstützen, gleichviel ob sie auf der Reise oder am Ort arbeitslos geworden sind, so mußte man konsequenterweise auch die Krankenunterstützung einführen, da der Kranke ebenso wie die andern Arbeitslosen durch seine Erwerbslosigkeit in eine Notlage gerät.

Eine Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit bei den freien Hilfskassen war nicht immer ratsam und möglich. Die gut fundierten freien Hilfskassen, die dem Arbeiter wirklich in Krankheitsfällen halfen, konnten ihre Aufgaben nur dadurch erfüllen, daß die Mitglieder sich beim Eintritt einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mußten. Deshalb konnten viele nicht in diesen freien Hilfskassen aufgenommen werden. Die Kassen, welche keine ärztliche Untersuchung verlangten, boten den Mitgliedern nicht genügend in Zeiten der Krankheit.

Dieses noch vorhandene Bedürfnis machte sich die Organisation zunutze. Während die Krankenkassen nur den Zweck hatten, Mitglieder nur gegen Krankheit zu versichern, bezweckt die Organisation durch die Krankenunterstützung sich die verschiedenen Ein-

[1]) § 2c wurde von einigen zur Erlangung von Krankenunterstützung und Sterbegeld benutzt, von andern nicht. Daher suchte man die Materie einheitlich zu regeln und den Mitgliedern ein statutarisches Recht auf Auszahlung von Krankenunterstützung bzw. Sterbegeld zu geben.

flüsse, denen die Mitglieder ausgesetzt sind, zunutze zu machen, die geistige Depression in Notfällen zu heben, um dadurch mehr Einfluß zu bekommen[1]). So ist auch diese Unterstützung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Neben dem caritativen soll sie auch agitatorischen Zwecken dienen.

Die Höhe der Unterstützung ist die gleiche wie die der Arbeitslosenunterstützung. Der Anspruch auf Krankenunterstützung beginnt erst nach Ablauf von einer Woche (6 Wochentage und 1 Sonntag); für diese wird keine Unterstützung gezahlt. Wöchnerinnen, die genötigt sind, die Arbeit zu unterbrechen, steht die Erwerbslosenunterstützung unter denselben Bedingungen wie allen übrigen durch Erkrankung erwerbslos gewordenen Mitgliedern zu.

Sowohl die Kopfquote als auch der Anteil an den Gesamtausgaben ist in fortwährendem Steigen begriffen. Dies führte 1908 und 1909 (wie bei der Arbeitslosenunterstützung) ein Defizit herbei[2]).

Ohne Erhöhung der Beiträge wird durch die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung der Kampffonds geschwächt. Deshalb soll die Generalversammlung 1911 eine Erhöhung der Beiträge beschließen.

Mit dem Klassenkampfcharakter des Verbandes hängen fast gar nicht zusammen:

Sterbeunterstützung, Unterstützung in Notfällen und Rechtsschutz.

Auch sie dienen agitatorischen Zwecken[3]). Das Sterbegeld ist eine Beihilfe zu den Bestattungskosten, kann aber auch unter Umständen (wenn die Angehörigen diese Kosten nicht tragen) zur Unterstützung der hinterbliebenen Familienmitglieder gezahlt werden.

Es beträgt bei einjähriger Mitgliedschaft 30 *M* und steigt mit jedem Jahre der Mitgliedschaftsdauer um 5 *M* bis zum Höchstbetrage von 100 *M*.

Diese sowie die folgenden Unterstützungen belasten den Verband sowohl pro Kopf der Mitgliederzahl, als auch im Verhältnis zu

---

[1]) Schlicke, Auf der Generalversammlung 1903, Protokoll S. 193.
[2]) Jahrbuch 1908, S. 28 und 1909 S. 61.
[3]) Vgl. MZ. 1904, Nr. 49 S. 387.

den Gesamtausgaben wenig. Dennoch leisten sie ihm agitatorisch gute Dienste.

Einen ähnlichen Zweck wie mit der Krankenunterstützung verfolgt der Verband mit der Notfallunterstützung und dem Rechtsschutze. Er will seinen Mitgliedern zeigen, daß sie auch in der Not an der Organisation eine Stütze haben.

Die Unterstützung wird nur gewährt in Fällen dringender Not: bei schwerer Schädigung durch elementare Ereignisse, Unglück in der Familie usw. Der Bezug solcher Unterstützung setzt eine Karenzzeit von mindestens 52 Wochen voraus. Die Höhe der Unterstützung bestimmt der Vorstand oder die Bezirksleitung.

Rechtsschutz kann erst nach drei Monaten gewährt werden. Die Karenzzeit fällt weg bei Anklagen, die aus der organisatorischen oder agitatorischen Tätigkeit entstehen. Als gewerbliche Streitigkeiten, in denen Rechtsschutz gewährt wird, gelten: Streitigkeiten in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten zwischen Unternehmer und Arbeiter, Unfallstreitigkeiten in nicht versicherungspflichtigen Betrieben, sofern vollgültige Beweise vorliegen, daß der Unfall nicht durch Verschulden des Verunglückten geschehen ist usw.[1]).

Von den Unterstützungen werden Reisegeld, die Übersiedelungs- sowie die Erwerbslosenunterstützung gegeneinander aufgerechnet. Eine dieser drei Unterstützungen darf nur erhoben werden, wenn die für die Erwerbslosenunterstützung festgesetzte Jahressumme in den letzten 52 Wochen noch nicht voll erhoben ist. Doch steht einem so ausgesteuerten Mitglied jederzeit jede andere Unterstützung zu.

Wirkung der Unterstützungen bezw. der Beseitigung der Hindernisse.

Wie andere Einrichtungen und Tätigkeiten des Verbandes zur Beseitigung der Hindernisse dienen — z. B. Agitation und Hauskassierung gegen die Nachteile des zersplitterten Wohnens —, so auch die Unterstützungen.

Arbeitslosen- und Krankenunterstützung können dahin wirken, daß die Fluktuation vermindert wird. Doch läßt sich dies nicht zahlenmäßig nachweisen. Wenn Brüggerhoff aaO. S. 144 eine Tabelle aufstellt, aus welcher dieses scheinbar zahlenmäßig hervorgeht, so ist dies doch mit Vorsicht aufzunehmen. Manche

[1]) Vgl. Verhaltungsreglement S. 123.

andere Momente — Konjunktur, drohende Streiks, Aussperrungen usw. — wirken hier mit, die sich ebensowenig zahlenmäßig exakt in ihrer Wirkung feststellen lassen. Der Prozentsatz der Fluktuation erscheint in den letzten Jahren auch günstiger, da die Mitgliederzahl nicht mehr in demselben Verhältnis zunimmt wie in früheren Jahren[1]). Andererseits geht auch die Fluktuation in den Jahren zurück, wo keine neue Unterstützung eingeführt wurde[2]).

Arbeitslosen-, Krankenunterstützung und Sterbegeld wirken agitatorisch besonders bei den Frauen, die der Organisation schwer zu gewinnen sind. Solche, die dem Verband nicht beitreten, und ihre Männer abhalten, dem Verband beizutreten, weil sie ihm nicht die Kraft zutrauen, die Arbeitsbedingungen der Mitglieder zu verbessern, zahlen willig die Beiträge in Hinblick auf die zahlreichen Unterstützungen in Notfällen. Doch auch für die männlichen Mitglieder bildet speziell die Arbeitslosenunterstützung einen Anreiz, bei niedergehender Konjunktur der Organisation beizutreten, um mit Hilfe der Unterstützung besser über schwere Zeiten hinwegzukommen, während früher besonders die niedergehende Konjunktur dem Verband starke Verluste an Mitgliedern brachte, da meist die Arbeiter bei Beschäftigungsmangel zuerst entlassen wurden, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert waren.

Mit der wachsenden Stärke der Unternehmerorganisationen wächst auch die Gefahr der Aussperrungen, die meist in der Zeit schlechten Geschäftsgangs vorgenommen werden. Auch hier sucht der Verband durch Gewährung von Gemaßregelten- und Aussperrungs- (Streik-) Unterstützung seinen Mitgliedern zu helfen. Gegen den Mitgliedern ungünstige, einseitige Auslegung der Gesetze, gegen ungerechte Behandlung durch die Behörden, stellt

---

[1]) Anders erscheint das Bild, wenn man den Wiederabgang von Mitgliedern zum Zugang eines Jahres in Beziehung setzt. (Die Richtigkeit dieser Methode wird von Brüggerhoff aaO. S. 143 und Troeltsch-Hirschfeld aaO. S. 12 bestritten.) Zur Beurteilung der Fluktuation genügt diese Methode allein nicht, doch ist sie zur Ergänzung der andern notwendig.

1903	69,97 %	1906	59,79 %	1908	100,12 %
1904	65,4 %	1907	83,09 %	1909	90,13 %
1905	59,34 %				

[2]) Vgl. die Jahre 1897 und 1898 in der Tabelle bei Brüggerhoff S. 144.

der Verband seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz zur Verfügung.

Neben den klassenkämpferischen dienen gerade die Arbeitslosen-, Streik-, Gemaßregelten- und Umzugsunterstützung auch (wie bei den einzelnen Unterstützungen schon hervorgehoben) agitatorischen Zwecken. Zur Ausbreitung der Organisation, zur Überwindung der sich entgegenstellenden Hindernisse besitzen die Unterstützungseinrichtungen größere agitatorische Kraft als Reden und Schriften[1]).

Neben der Unterstützung der Mitglieder sollen die erhöhten Beiträge zum Teil direkt dem Kampfzweck dienen. Ein Teil dient zur Speisung des Kampffonds. „Die Unterstützung ist nicht der Hauptzweck des Verbandes, sondern Mittel zum Zweck. Sie (die Beiträge) sollten daher dauernd Überschüsse abwerfen, um aus ihnen den Kampffonds des Verbandes zu speisen"[2]).

Beim Ausbau des Unterstützungswesens von 1895 bis 1906 ließ man sich von dem Gedanken leiten, daß allen Mitgliedern für ihre Leistung eine Gegenleistung geboten werden müsse, da gerade der Arbeiter, dessen Budget durch die Beiträge zur Gewerkschaft manchmal stark belastet wird, möglichst nur solche Ausgaben zu machen sucht, für die er in absehbarer Zeit eine Gegenleistung zu bekommen hofft. Wenn den jungen Arbeiter die Reiseunterstützung anzieht, so wird dem alternden Mitglied ein Äquivalent in dem Kranken- und Sterbegeld geboten.

Die Ausgaben für die meisten Unterstützungen sind in stetigem Wachsen begriffen[3]). Eine auffallende Ausnahme macht die Streikunterstützung. Auch sie zeigt bis 1905 ein fortwährendes Steigen. Dann jedoch macht sich ein Sinken bemerkbar. Dieses wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß in der ersten Tabelle Streik- und Gemaßregeltenunterstützung zusammengefaßt

---

[1]) Vgl. dazu den Wettlauf zwischen altem und christlichem Bergarbeiterverband; Brüggerhoff aaO. S. 90. Dagegen den Ausspruch Bebels auf dem Cölner Parteitag: „In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal durch die Versicherungsgesetzgebung dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat.

[2]) Jahrbuch 1909, S. 61.

[3]) Die Unterstützung für Notfälle nimmt seit 1906 ab, weil die Krankenunterstützung gesondert aufgeführt ist.

sind. Wie die nächste Tabelle aber zeigt, steigt die Gemaßregeltenunterstützung besonders von 1906 ab stark — die Streikunterstützung nimmt also noch mehr ab, als dies aus der ersten Tabelle hervorgeht[1]). Dies ist auf die immer stärker werdenden Arbeitgeberorganisationen zurückzuführen, denen gegenüber die Arbeiterorganisationen sich auf die Defensive beschränken müssen.

Fluktuationsziffer (Verhältnis des Verlustes zur Mitgliedschaftsziffer)

1903	48,4 %	1906	17,6 %
1904	40,9 „	1907	37,9 „
1905	38,6 „	1908	29,9 „

Rechtsschutz.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1891	1,01	0,5	1901	11,69	1,0
1892	5,75	1,0	1902	8,61	0,8
1893	3,24	0,5	1903	28,33	1,4
1894	6,42	0,9	1904	29,24	1,4
1895	6,49	0,9	1905	31,32	1,5
1896	2,87	0,4	1906	23,54	0,9
1897	6,32	0,8	1907	20,10	0,7
1898	7,49	1,4	1908	19,31	0,5
1899	5,90	0,5	1909	14,79	0,5
1900	5,87	0,5			

Reisegeld.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1891	0,63	31,5	1901	1,05	9,0
1892	1,80	31,3	1902	1,05	8,8
1893	1,61	27,7	1903	0,91	4,7
1894	1,99	30,5	1904	0,96	5,9
1895	1,48	20,3	1905	0,95	4,6
1896	0,47	8,1	1906	0,72	2,9
1897	0,36	4,7	1907	0,81	3,1
1898	0,36	7,9	1908	1,10	3,4
1899	0,45	4,3	1909	0,86	3,0
1900	0,68	6,8			

[1]) Vgl. auch Reichsarbeitsblatt 1905, S. 303; dagegen Brüggerhoff S. 113ff., besonders S. 115.

Arbeitslosenunterstützung.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1900	0,50	5,0	1905	1,84	9,0
1901	3,03	25,9	1906	1,69	6,7
1902	2,68	23,9	1907	2,63	10,1
1903	2,05	10,6	1908	8,54	26,8
1904	2,01	12,4	1909	8,56	29,8

Krankenunterstützung.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1906	2,14	8,6
1907	5,94	22,9
1908	8,42	26,4
1909	8,13	28,2

Sterbegeld.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1906	0,05	0,2
1907	0,15	0,6
1908	0,19	0,5
1909	0,21	0,7

Unterstützungen in Notfällen (nach § 2e des Statuts).

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1891	0,04	2,4	1901	0,55	4,7
1892	0,14	2,5	1902	0,51	4,3
1893	0,21[1])	3,7[1])	1903	0,52	2,7
1894	0,94[1])	14,48[1])	1904	0,57	3,4
1895	0,23	3,1	1905	0,27	1,3
1896	0,18	3,1	1906	0,18	0,7
1897	0,18	2,4	1907	0,15	0,5
1898	0,24	4,9	1908	0,17	0,5
1899	0,24	2,6	1909	0,14	0,5
1900	0,31	3,1			

[1]) Mit Streikunterstützung zusammen angegeben.

Umzugsunterstützung.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1904	0,16	1,3	1907	0,27	1,0
1905	0,19	0,9	1908	0,28	0,8
1906	0,23	0,9	1909	0,24	0,8

Gemaßregeltenunterstützung.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %
1891/92	0,05	1,1	1903[1])	0,27	1,4
1893/94	0,18	3,7	1904	0,37	2,2
1895/96	0,14	2,2	1905	0,39	1,9
1897/98	0,12	1,9	1906	0,64	2,5
1899	0,05	0,5	1907	0,84	3,2
1900	0,07	0,7	1908	0,95	3,0
1901	0,21	1,8	1909	0,66	2,3
1902	0,22	1,7			

[1]) 1903 einschließlich Umzugsunterstützung.

Streik- einschließlich Gemaßregeltenunterstützung.

(Berechnet auf Grund der Mitgliederzahl am Ende des Jahres.)

Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Die Streikunterstützung für fremde Verbände in Prozent der gesamten Streikunterstützung	Jahr	pro Kopf ℳ	Verhältnis zu den Gesamtausgaben %	Die Streikunterstützung für fremde Verbände in Prozent der gesamten Streikunterstützung
1891	0,05	2,86		1901	1,94	16,64	2,49
1892	0,06	0,96		1902	3,25	27,23	0,71
1893	0,21	3,70[1])		1903	7,62	39,20	0,02
1894	0,94	14,48[1])		1904	4,21	26,05	0,11
1895	1,11	15,15	3,55	1905	8,62	42,39	0,44
1896	2,04	34,22	7,34	1906	9,90	36,81	1,67
1897	1,85	21,80	13,24	1907	5,76	22,23	0,76
1898	0,93	18,53	19,03	1908	3,21	10,08	2,31
1899	4,89	46,12	0,40	1909	2,21	7,70	0,36
1900	3,40	34,02	2,06				

[1]) Einschließlich Notlageunterstützung.

Schluß.

Entwicklungstendenzen.

Während zu Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter in England und auch in Deutschland in anderen Berufen begannen, sich dauernd zusammenzuschließen (Buchdrucker 1865, Handschuhmacher 1869), gelang dies den Metallarbeitern endgültig erst 1891. Manche vergebliche Versuche brachten allerdings die 23 vorhergegangenen Jahre. Man stritt besonders um die heute noch nicht von allen Verbänden einheitlich[1]) beantwortete Frage: Fach- oder Zentral- (Industrie-) Verband.

Nachdem schon in den 70er Jahren hier und da in der damals spärlich erscheinenden und wenig verbreiteten Gewerkschaftspresse die Frage Fach- oder Zentralorganisation aufgeworfen worden war[2]), beschäftigten sich die Kongresse zu Gera (1884), Weimar (1888 und 1890) und Frankfurt eingehend hiermit. Für Fachorganisation sprach hauptsächlich die Erwägung, daß besonders junge Arbeiter leichter zu organisieren sind, wenn die Vereinigung aus einer kleinen Zahl von Berufsgenossen mit verwandten Interessen besteht. Dann aber schienen in jener Zeit Fachvereine auch das Zweckmäßigste zu sein, weil diese in ihren Versammlungen politische Fragen diskutieren konnten, ohne durch Vereinsgesetze gehindert zu sein.

Schwerwiegende Gründe ließen jedoch die Industrieorganisation geeigneter erscheinen. Die Branchenorganisation führte zur Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte. Hätte man Ende der 80er Jahre in Berlin eine strenge Branchenorganisation durch-

[1]) Vgl. die Ausführungen Bringmanns in „Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung".

[2]) Vgl. besonders „Panier" 1876, Nr. 22.

führen wollen, so hätten dort 76 Vereine entstehen müssen, die zur völligen Aktionsunfähigkeit verurteilt gewesen wären. Dementsprechend hatten schon die damals bestehenden Berufsvereine das Prinzip der Branchenorganisation nicht streng durchgeführt, sondern nahmen auch Arbeiter verwandter Berufe auf; meist trugen diese Vereine den Zusatz: „und verwandter Berufsgenossen". In England war ein Zusammenschluß nach Berufen möglich, weil der „fröhliche Anfang" der Trade Unions an das „fröhliche Ende" der Zunftreste anknüpfte[1]). Dies war in Deutschland nicht möglich, weil hier der Zusammenhang zwischen den Zünften und der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht bestand.

Wegen der immer weiter getriebenen Arbeitsteilung war auch keine regelrechte Bildung von Berufsvereinen möglich; war schon die Zahl der in einem Teilberufe Beschäftigten gering, so kam noch hinzu, daß in jener Zeit der Gewerkschaftsgedanke nicht so verbreitet war und infolgedessen nur ein Teil der Arbeiter sich der Organisation anschloß, ganz abgesehen davon, daß durch die Branchenvereine die Gefahr gegeben war, den Kastengeist zu züchten. Dies mußte aber besonders vermieden werden, da mit dem zunehmenden Verschwinden des gelernten Handwerkers die Interessen für die Arbeiter immer mehr die gleichen wurden. Höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit waren die Forderungen der Arbeiter. Diese Ziele waren beim Zusammenschluß in einer straffen Zentralorganisation aber besser zu erreichen als durch kleine Berufsvereine.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 20 Jahren drängte zu dieser Zusammenfassung der Arbeiter hin[2]). Abgesehen von der Elektrizitätsindustrie, wo diese Konzentration besonders deutlich ist[3]), finden wir diese Kapitalkonzentration auch

---

[1]) Vgl. Protokoll des Kongresses der Metallarbeiter Deutschlands 1884 zu Gera.

[2]) „Schon die technische Entwicklung verwischt ja die Berufsgrenzen; die Konzentration des Kapitals, die noch weit über die Betriebskonzentration hinausgeht, bringt die verschiedensten Arbeiterkategorien unter das gleiche kapitalistische Kommando" (Parvus, Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum, Berlin 1910, S. 53).

[3]) Vgl. auch den Abschnitt über „gelbe Gewerkschaften" im Kapitel „Hindernisse der Bewegung".

in großem Maße in der Schwereisenindustrie, teils in Angliederung von Werken derselben Art, teils in Angliederung von Zechen[1]). Zweifellos geschieht dies aus rein wirtschaftlichen Gründen; doch wird durch die Vergrößerung und Konzentration des „Eisenkapitals" und die Verbrüderung des „Eisen- mit dem Kohlenkapital" auch die soziale Macht des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft gestärkt[2]).

Damit ist zugleich ein psychologisches Moment gegeben, das den Zusammenschluß der Arbeiter zu einem Industrieverband begünstigt. In den Groß- und Riesenbetrieben mit mehreren hundert oder tausend Arbeitern schwindet immer mehr das Persönliche in den Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Eine individuelle Behandlung des einzelnen Arbeiters ist nicht mehr möglich. Immer schärfer wird hierdurch der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, zu dessen Ausgleichung in den modernen Riesenbetrieben die Aufsichtspersonen vielfach wenig beitragen. Durch das Zusammenarbeiten zu Hunderten und Tausenden schwindet auch beim Arbeiter vielfach die bewußte Persönlichkeit. Der einzelne fühlt, daß gleiche Interessen ihn mit seinen Mitarbeitern verbinden. Trotz aller Verschiedenheiten der einzelnen Individuen bildet sich bei dem Handeln der Masse eine Kollektivseele heraus. Das gemeinsam erstrebte Ziel — Verbesserung der Lage —, der gemeinsame Gegner — der Unternehmer — läßt die Arbeitermassen im wirtschaftlichen Kampfe mehr und mehr ein Ganzes bilden. Nicht zum wenigsten hat dies seinen Grund darin, daß auch hier die „unbewußten Phänomene eine überwiegende Rolle spielen" (Le Bon aaO. S. 9 und 13; dagegen Bringmann).

Haben die zwei letzten Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung auch eine ungeahnte soziale Entwicklung gerade beim Gewerkschaftswesen mit sich gebracht, so ist doch die neugeschaffene Bahn

---

[1]) Einige Beispiele aus dem Jahre 1910: Roheisenwerke legten sich die Stahlerzeugung bei; Stahlverbraucher schaffen sich eigene Stahlwerke, Stahlerzeuger nehmen die Verarbeitung selbst in die Hand. Zechen vereinigen sich mit Eisenwerken (Eschweiler Bergwerksverein mit dem Eschweiler-Cölner Eisenwerken); umgekehrt kaufte die Hütte Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede die Zeche Viktor; vgl. Frankfurter Zeitung 1910, Nr. 359 II.

[2]) Vgl. Parvus, Der gewerkschaftliche Kampf, Berlin 1908, S. 17; Förster, Der Gewerkschaftskampf, in N.Z. 1908/09, I, S. 591 und Resolution des Kongresses in Weimar 1890.

noch lange nicht durchmessen. Wie im politischen, so scheint auch im sozialen Leben die Schaffung großer Verbände die Kämpfe zurückzuhalten und eine ruhige Entwicklung des Wirtschaftslebens zu ermöglichen. Doch soll man noch nicht mit einem abschließenden Urteil die Akten über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen wie über die Metallarbeiterbewegung speziell schließen.

Die Tendenz geht dahin, die Arbeiter der ganzen Industrie in einem großen Verband zu sammeln, um so der konzentrierten sozialen Gewalt, die das Kapital an sich darstellt, eine größere Macht entgegenzustellen als es der einzelne vermag. Trotzdem aber führen die offenen Kämpfe, wie gezeigt, nicht zu den gewünschten Erfolgen. Deshalb versuchen die Arbeiter es mit dem stillen Kampf. Vom Standpunkte der Volkswirtschaft ist dieser ebenso scharf wie der offene Kampf zu verurteilen: einmal wegen des dadurch entstehenden materiellen Schadens; dann aber auch wegen der verderblichen Wirkungen, indem die Parteien immer verbitterter werden, ein Ausgleich immer schwerer wird.

Durch Tarifvertrag in Verbindung mit einem guten Kassenwesen wollen die Arbeiter ihre Macht stärken. Doch ist es den Unternehmern in der Metallindustrie, wie gezeigt, nicht immer möglich, solche „Waffenstillstandsverträge" im Interesse des sozialen Friedens einzugehen; besonders dann nicht, wenn klar ausgesprochen wird, daß der Tarifvertrag nur benutzt wird seitens der Arbeiter, um sich während der Ruhe zu stärken und dann einen desto heftigeren Kampf zu führen (Braun aaO. S. 53).

Der soziale Friede kann und wird nur, wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, erreicht werden durch sozialpolitische Erziehung, durch Aufklärung in wissenschaftlicher Weise — nicht verhetzend und einseitig.

Anhang.

Anhang.

I. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter.

Vorschläge des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Jahre 1904.

An die Herren Arbeitgeber
der Eisen, Stahl und Metall verarbeitenden Betriebe und Werkstätten beziehungsweise deren wirtschaftliche Vereinigungen

wendet sich der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit der höflichen Anfrage, ob dieselben geneigt wären, mit dem unterzeichneten Vorstand ein für beide Teile verbindliches Abkommen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses zu treffen und zu diesem Zwecke in Verhandlungen einzutreten über:

1. Regelung der täglichen Arbeitszeit, der Überzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit.
2. Festsetzung eines bestimmten Mindestlohns für die einzelnen Gewerbe, unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit.
3. Schaffung bestimmter Normen für das Akkordsystem.
4. Schaffung von Vorbeugungsmaßregeln gegen umfangreichere Arbeiterentlassungen bei schlechtem Geschäftsgang.
5. Regelung von Streitpunkten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch Einsetzung einer örtlichen oder Bezirksschlichtungskommission in paritätischer Zusammensetzung mit einem unbeteiligten Vorsitzenden.
6. Einsetzung einer in gleicher Weise zusammengesetzten Zentralinstanz zur Durchführung und Überwachung der etwa getroffenen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beziehungsweise deren wirtschaftlichen Vereinigungen.

Wenn wir im obigen den Herren Arbeitgebern beziehungsweise deren wirtschaftlichen Vereinigungen Vorschläge zur Regelung bestimmter, das Arbeitsverhältnis betreffenden Punkte unterbreiten, so tun wir dies von der Erwägung ausgehend, daß solche Vereinbarungen durch die heutigen Zeitverhältnisse bedingt sind.

Die heutige Zeit legt auch dem Arbeiter höhere Pflichten gegen sich selbst, seine Angehörigen und die menschliche Gesellschaft auf, so daß er, will er diesen gerecht werden, notwendigerweise auch auf Sicherstellung seiner Existenz bedacht sein muß. Diese Sicherstellung scheint ihm aber nur gewährleistet, wenn er im Verein mit seinen Berufsgenossen auf wirtschaftlichen Gebiet seine Interessen in der gleichen Weise vertritt, wie es die Mitglieder anderer Gesellschaftsschichten, und nicht zuletzt die Herren Arbeitgeber, auch tun. Dieses Vorgehen der Arbeiter, und im vorliegenden Falle der in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, hat für sie schon mehrfach Verbesserungen im Arbeitsverhältnis gezeitigt, und es ist schon mehrfach gelungen, in diesem oder jenem Falle mit den organisierten Arbeitgebern auf dem Wege der Vertragschließung eine Sicherung der Arbeitsverhältnisse zu Nutz und Frommen der Arbeitgeber und Arbeiter zu erreichen. Bedauerlicherweise sind aber eine ganze Anzahl solcher Verträge erst durch harte Kämpfe erreicht worden. Wenn es auch hier nicht unsere Aufgabe sein soll und kann, zu untersuchen, ob diese Kämpfe in jedem einzelnen Falle unvermeidlich gewesen sind, oder festzustellen, welcher der beiden später vertragschließenden Parteien mehr Schuld an dem Ausbruch solcher Kämpfe beizumessen ist, so glauben wir doch auf die Tatsache hinweisen zu müssen, daß in fast allen Fällen diese Kämpfe den Beteiligten einen mehr oder weniger empfindlichen Schaden zugefügt und dementsprechend auf beiden Seiten mehr oder weniger große Erbitterung zurückgelassen haben. Noch heute stehen die Kämpfe des letzten Jahres in aller Gedächtnis und noch heute sind, wie sich unter anderem auch aus den Berichten der Handelskammer und der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin ergibt, die durch sie geschlagenen Wunden nicht vollständig vernarbt. Aber nicht nur der einzelne, den gerade ein solcher Kampf direkt angeht, ist durch einen längeren Stillstand der Produktion benachteiligt. Es können bei dem heutigen Ineinandergreifen der einzelnen Industrien und der mehr oder weniger großen Abhängigkeit derselben voneinander durch einen einzelnen Streik, eine einzelne Aussperrung auch andere Industriebetriebe beunruhigt und lahmgelegt werden, und es entsteht auch je nach der Ausdehnung eines Ausstandes oder einer Aussperrung die Gefahr, daß ein ganzes Gewerbe im höchsten Grade geschädigt und für längere Zeit vom Markte ausgeschlossen wird, zum Nachteil nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber.

Alle diese Erfahrungen, alle diese Erscheinungen auf dem Gebiet des gewerblichen Arbeitsverhältnisses müssen den Beteiligten immer und immer wieder die Frage vorlegen, ob es denn nötig, ob es denn ratsam ist, die auf Verbesserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter als unberechtigt zu bekämpfen und es in jedem einzelnen Falle auf einen Bruch ankommen zu lassen? Einzelne Herren Arbeitgeber und ihre Vereinigungen haben diese Frage verneint, einzelne Herren Arbeitgeber und auch einzelne Vereinigungen derselben erkennen die auf Hebung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter als gerechtfertigt an und sind bereit, mit ihren (der Arbeiter) Organisationen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse dienende Abkommen zu verhandeln, die große Mehrzahl der Herren Arbeitgeber und ihre Vereinigungen erblickt aber in jeder Forderung der Arbeiter einen Eingriff in die eigenen Rechte als Arbeitgeber und läßt sich auf Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Ver-

einigungen der Arbeiter nicht ein. Mag sich auch manches in diesem Verhalten der Herren Arbeitgeber aus formalen Gründen und aus der Gewohnheit erklären lassen, so können und dürfen solche Gründe doch nicht ausschlaggebend sein, wir halten vielmehr dafür, daß die Herren Arbeitgeber und deren wirtschaftliche Vereinigungen das Gemeininteresse der persönlichen Anschauung voranstellen und einem Zustand den Vorzug geben werden, der auch ihnen Ruhe und Sicherheit im Gewerbe gewährleistet. Als ein solcher Weg zur Sicherung des Gewerbes vor Beunruhigungen durch Forderungen der Arbeiter, Lohnkürzungen oder Aussperrungen durch die Arbeitgeber, erscheint uns die Abschließung eines Vertrags zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitern.

Wenn auch durch die Verschiedenartigkeit der in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie üblichen Arbeitsmethode eine einheitliche Regelung dieser Materie anscheinend erschwert sein mag, so ist eine solche, wie wir sie vorschlagen, im Interesse der Industrie gelegen und auf keinen Fall unmöglich. Man wird sich eben auf die Punkte beschränken müssen, die für ein Gewerbe einheitlich geregelt werden können, während man für spezielle Fragen, deren Beurteilung ohne genaue Kenntnis der besonderen, in diesem oder jenem Betrieb üblichen Arbeitsmethode nicht möglich ist, nur Normen für ihre Regelung schafft.

In dieser Weise wäre die Abschließung von Tarifverträgen auch in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie sehr wohl möglich und werden wir dies an den von uns für solche Regelung des Arbeitsverhältnisses aufgestellten Punkten im einzelnen beweisen in der nachfolgenden Begründung.

1. Regelung der täglichen Arbeitszeit, der Überzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit.

Die fortschreitende Entwicklung der Technik, die weitere Ausdehnung industrieller Anlagen und Verkaufsstätten und die durch sie zum Teil hervorgerufene Entwicklung der Großstädte und Industriezentren zwingt den Arbeiter, in immer weiterer Entfernung vom Verkehrsmittelpunkt für Gewerbe und Handel, an der Peripherie der Stadt oder in Vororten zu wohnen und läßt selbst den, der eine größere Anstrengung infolge der größeren Intensität und Eintönigkeit der Arbeit, wie sie die Vervollkommnung der Technik ebenfalls mit sich bringt, nicht gelten lassen will, das Bestreben der Arbeiter nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gerechtfertigt erscheinen. Diesem Anerkenntnis ist die in verschiedenen Gegenden und Gewerben Deutschlands erfolgte Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und damit zusammenhängend die Regelung der Überzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nacharbeit zu verdanken. Kann man aber aus den Verhältnissen heraus eine Berechtigung des Bestrebens der Arbeiter auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Regelung der Überzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit nicht absprechen, so liegt kein Grund vor, dem Verlangen der Arbeiter auf möglichst gleichmäßige Regelung der Arbeitszeit für alle Betriebe entgegenzutreten, zumal da ja auch Betriebe mit längerer Arbeitszeit und ungeregelter Überzeitarbeit eine Gefahr für die mit verkürzter Arbeitszeit und geregelter Überzeitarbeit insofern bilden, als die ersteren den letzteren gegenüber in weitaus den meisten Fällen ein minderwertige Konkurrenz darstellen. Wir betrachten also die tägliche Arbeitszeit als eine Materie,

die sehr wohl von Arbeitgebern und Arbeitern gemeinsam für ganze Gewerbe einheitlich geregelt werden kann und deren einheitliche Regelung nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern reichlich ebensosehr im Interesse der Arbeitgeber gelegen ist.

Die einheitliche Regelung der Überzeit-, Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit und eine gleichmäßige Bezahlung derselben rechtfertigt sich aus den gleichen Gründen. Eine Verlängerung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit über das festgesetzte Maß hinaus bedeutet eine Mehrleistung seitens der davon betroffenen Arbeiter und gebührt einer Mehrleistung an Arbeit auch ein Mehr an Entschädigung.

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Punkt unserer Vorschläge:

2. Festsetzung eines Mindestlohns.

Wenn auch eine gleichmäßige Bezahlung der Arbeiter eines Gewerbes bei der Verschiedenartigkeit der zur Verwendung gelangenden technischen Hilfsmittel unmöglich ist, so schließt dies die Beseitigung verschiedener, dem heutigen Lohnsystem anhaftenden Mängel nicht aus. Als ein Mangel am heutigen Lohnsystem muß es aber betrachtet werden, daß selbst der tüchtige Arbeiter und auch der Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit und Verläßlichkeit heute bei Annahme einer Stellung der Ungewißheit darüber ausgesetzt ist, ob er soviel an Lohn erhalten wird, wie ihm nach seiner Leistungsfähigkeit mit Recht zusteht. Dieser Mangel ist um so mehr zu beklagen, weil er sowohl den Arbeiter in seiner Arbeitsfreudigkeit zu beeinträchtigen geeignet ist, als auch die Gefahr in sich birgt, die Schundkonkurrenz zu begünstigen und das unsaubere Treiben derselben zu fördern. Die Sicherstellung der Bezahlung der Arbeitskraft nach ihrem reellen Wert ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit und liegt sowohl im Interesse der Arbeiter als auch der Arbeitgeber, sofern sie unter Berücksichtigung etwa vorhandener besonderer Verhältnisse stattfindet.

Zusammenhängend mit dieser Materie bedarf auch

3. Die Akkordarbeit.

der Regelung, weil ja auch sie nur ein Entlohnungssystem darstellt.

Die Akkordarbeit gilt allgemein als eine höhere Form der Arbeit, einesteils weil sie die Produktivität derselben erhöht, anderenteils weil sie es in die Hand des Arbeiters legt, einer seiner Leistungsfähigkeit entsprechende Bezahlung seiner Arbeitskraft zu erreichen. Letzteres trifft aber nur dann zu, wenn die Akkordarbeit das ist, was sie eigentlich sein soll. Zum Wesen der Akkordarbeit gehört:

1. Vereinbarung des Akkordpreises vor Beginn der Arbeit nach der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit.
2. Auszahlung des ausbedungenen Akkordpreises für ordnungsgemäß hergestellte Arbeit.

Diese Grundsätze werden heute fast nirgends beachtet. In einer großen Anzahl von Betrieben wird dem Arbeiter nicht einmal der Akkordpreis bei Beginn der Arbeit mitgeteilt. Von einer Vereinbarung der Akkordpreise nach der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit ist gar nie die Rede. Abzüge nach

Fertigstellung der Arbeit gehören nicht zu den Seltenheiten, kurzum die Unsicherheit der Akkordarbeiter in bezug auf ihren Verdienst ist eine ganz ungeheure. Wenn ein Entlohnungssystem sich mit Recht die Unzufriedenheit großer Kreise zugezogen hat, wenn diese Unzufriedenheit sich im Laufe der Zeit immer mehr gesteigert hat, so ist das nicht der Akkordarbeit an sich, sondern diesen ihr häufig anhaftenden Nebenerscheinungen, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben, zuzuschreiben. Gerade diese Nebenerscheinungen sind es, die in weiten Kreisen der Arbeiter Mißstimmung und manches abfällige Urteil über die Akkordarbeit gezeitigt haben. Das heutige Akkordsystem verlangt wohl eine größere Intensität der Arbeit, legt dem Arbeiter eine größere körperliche wie geistige Anstrengung auf, ohne ihm für diese Mehrleistung eine entsprechende Entschädigung in jedem Falle zu gewährleisten.

Um den hauptsächlichsten Mißständen im Akkordsystem zu begegnen, schlagen wir folgende Normen vor:

1. Die Festsetzung der Akkordpreise erfolgt durch den Arbeitgeber in Gemeinschaft mit einer aus seinen Arbeitern des in Betracht kommenden Berufs gewählten Kommission. Das gleiche gilt für die Regulierung der Akkordpreise, wenn eine solche durch technische Verbesserungen oder Versehen bei der Kalkulation bedingt sind.
2. Die Preise müssen so normiert sein, daß ein Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit über den ihm gewährleisteten Mindestlohn verdienen kann.
3. Jeder Arbeiter erhält bei Beginn der Akkordarbeit einen Akkordzettel, aus dem die Stückzahl und der festgesetzte Preis der betreffenden Arbeit ersichtlich sein muß.
4. Abzüge von den für die Akkordarbeit festgesetzten Preisen sind nach Übernahme der Akkordarbeit durch den Arbeiter nur für die vorgeschriebenen Leistungen der gesetzlichen Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter zulässig.
5. Die festgesetzten Akkordpreise sind zu einer Liste zusammenzustellen, zur Einsicht der Arbeiter in den Geschäftsräumen aufzulegen und in je einem Exemplar der örtlichen beziehungsweise Bezirksschlichtungskommission und der Zentralinstanz einzureichen.

4. Schaffung von Vorbeugungsmaßregeln gegen umfangreichere Arbeiterentlassungen bei schlechtem Geschäftsgang.

Hier erscheint es wünschenswert, daß die Arbeitgeber und Arbeiter in jedem Falle, wo ein Rückgang des Geschäfts sich bemerkbar macht, der eine Einschränkung der Produktion geraten erscheinen läßt, sich darüber verständigen, ob die etwa notwendige Produktionseinschränkung durch Arbeiterentlassungen, durch Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit oder durch Aussetzen auf bestimmte Zeit erfolgen soll. Als Vertretung der Arbeiter zur Herbeiführung einer solchen Verständigung gilt die bei der Akkordarbeit vorgesehene Kommission derselben. Das Recht des Arbeitgebers, ihm nicht zusagende oder seinen Erwartungen nicht entsprechende Arbeiter zu entlassen, soll durch eine solche Verständigung nicht eingeschränkt werden. Die Verständigung

soll lediglich nur den Zweck haben, die Härten, welche eine Produktionseinschränkung namentlich für die Arbeiter mit sich bringt, möglichst abzuschwächen. Eine ausführliche Begründung dieser Absicht glauben wir uns ersparen zu können, wir wollen nur darauf hinweisen, daß eine solche Regelung der Produktion, von Fall zu Fall unter Hinzuziehung einer Arbeitervertretung, dieser Maßnahme den Stachel der Bitterkeit nehmen und sowohl in dieser Hinsicht als auch dadurch, daß die Arbeitgeber sich ihre eingeschulten Arbeiter auch während der schlechten Geschäftszeit erhalten können, beiden Teilen Vorteile gewähren dürfte.

5. Regelung von Streitpunkten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch Einsetzung örtlicher oder Bezirksschlichtungskommissionen in paritätischer Zusammensetzung.

Streitigkeiten, die aus den zwischen Arbeitgebern und Arbeitern getroffenen Vereinbarungen oder sonst sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sollten nach Möglichkeit von den streitenden Parteien in Güte geregelt werden und sollen zur Herbeiführung einer solchen Verständigung die oben bezeichneten Schlichtungskommissionen dienen. Die Schlichtungskommission wird deswegen vorgeschlagen, weil in nicht gar seltenen Fällen besondere Berufs- und Betriebsverhältnisse in Frage kommen, die nur von Fachleuten beurteilt werden können. Die örtliche oder bezirkliche Abgrenzung solcher Schlichtungskommissionen soll sich nach den Verhältnissen richten. Kleine Orte mit einem Arbeitgeber und nur wenigen Arbeitern können kaum eine örtliche Schlichtungskommission bilden, weil dann der Fall eintreten kann, daß die Beteiligten zugleich Partei und Richter sind. In diesem Falle dürfte die Einsetzung einer Schlichtungskommission für einen ganzen Bezirk den Vorzug verdienen. Eine paritätische Zusammensetzung der Schlichtungskommission ist aber nur gewährleistet, wenn der Vorsitzende derselben weder aus dem Kreise der Arbeitgeber noch aus dem der Arbeiter entnommen, sondern hierzu eine geeignete unbeteiligte Person bestimmt wird.

6. Einsetzung einer in gleicher Weise (paritätisch mit einem unbeteiligten Vorsitzenden) zusammengesetzten Zentralinstanz zur Durchführung und Überwachung der etwa getroffenen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beziehungsweise deren wirtschaftlichen Vereinigungen.

Zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen, namentlich in den Betrieben, die noch nicht solche Vereinbarungen getroffen haben, ist die Schaffung einer Zentralstelle unerläßlich, einesteils um ein einheitliches Vorgehen auf der ganzen Linie zu ermöglichen, andernteils aber als Sammelstelle für alle Vorkommnisse während der Vertragszeit. Ohne uns in Einzelheiten zu verlieren, glauben wir behaupten zu dürfen, daß eine solche Zentralstelle den Arbeitgebern reichlich ebensoviel Vorteile gewährt wie den Arbeitern. Hier findet sich Gelegenheit zur Aussprache über gemeinsame Interessen, deren Vorhandensein niemand abstreiten kann. Verschiedene Erscheinungen des gewerblichen Lebens, so das Submissionswesen, die Schundkonkurrenz usw. mit der die Preise unterbietenden Tendenz bilden Gefahren auch für den Arbeiter, wenngleich sie für die Arbeitgeber ungleich größer sind. Diesen Gefahren zu begegnen ist aber

nur möglich durch Zusammenwirken beider Interessenten. Nur angemessene Arbeitsbedingungen für die Arbeiter vermögen deren Kauffähigkeit zu steigern, während sie die Produktionsfähigkeit der das Submissionsunwesen züchtenden Schundkonkurrenz vermindern und sie durch Erschwerung ihrer Existenz als Konkurrenten unmöglich macht oder zur Umkehr zwingt. Eines wie das andere wird zur Gesundung des Gewerbes beitragen.

Wir haben im vorstehenden in großen Zügen die Mittel bezeichnet, die unseres Erachtens nach zur Gesundung der heutigen gewerblichen Verhältnisse in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie beitragen können, wollen aber nicht verfehlen, zu bemerken, daß uns hierbei in der Hauptsache das Interesse der durch unseren Verband vertretenen Arbeiter leitet und daß wir uns in den obigen Vorschlägen nur auf die wesentlichsten Punkte beschränkt haben, deren allgemeine Regelung ohne Nachteil für die einzelnen Gewerbe generell erfolgen kann. Das soll natürlich nicht ausschließen, daß an Orten und in Gewerben, wo dies im Interesse des Gewerbes gelegen und durchführbar ist, auch die Vereinbarungen auf weitere Materien sich ausdehnen können. Wir halten dies sogar für durchaus wünschenswert, sehen aber an dieser Stelle von weiteren Vorschlägen ab.

Die Durchführung der einleitenden Schritte denken wir uns in der Weise, daß die Herren Arbeitgeber in ihren wirtschaftlichen Organisationen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Organisationen ihre Bereitwilligkeit, mit uns auf obiger Grundlage zu verhandeln, aussprechen und uns eventuell noch weitere Vorschläge machen. Im Falle einer Bereitwilligkeit der Arbeitgebervereinigungen, Innungen usw. würden dann Vertreter der beiderseitigen Vorstände zur Beratung zusammentreten und auf angeführter oder durch weitere Vorschläge erweiterter Grundlage Normen schaffen, deren Durchführung nachher Aufgabe eines gemeinsamen Vorgehens der Arbeitgeber und Arbeiter wäre. Wir halten uns zu einem solchen Zusammengehen mit den Herren Arbeitgebern schon deswegen berufen, weil der von uns vertretene Verband kraft seiner Stärke und Verbreitung sowie seiner Finanzkraft volle Gewähr dafür bietet, daß die etwa getroffenen Vereinbarungen auch eingehalten werden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband zählt jetzt über 160000 Mitglieder in nahezu 500 Orten und setzt sich aus Arbeitern aller in der Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitung beschäftigten Berufe und den Arbeitern ohne besondere berufliche Ausbildung zusammen.

Wir unterbreiten den Herren Arbeitgebern hierdurch unsere Vorschläge mit dem höflichen Ersuchen, in eine vorurteilslose Prüfung derselben eintreten und uns baldgefälligst ihre Ansicht darüber mitteilen zu wollen.

Stuttgart, im Juni 1904.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

II. Zur Behebung von Mißständen im Gießereigewerbe.

Vorschläge des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Jahre 1906.

1. Hygienische Einrichtungen.

Lüftung.

Gießereiräume sind mit ausreichenden Lüftungseinrichtungen zu versehen, namentlich ist dafür zu sorgen, daß beim Gießen entstehende schädliche Gase möglichst schnell durch Absaugvorrichtungen entfernt werden. Trockenkammern müssen durch gutschließende Türen von den Arbeitsräumen getrennt und für sich mit einem guten Abzug versehen sein, so daß ein Entweichen der sich in ihnen entwickelnden Gase in den Arbeitsraum ausgeschlossen ist. Die Verwendung von offenen Koks- oder Holzkohlenfeuern zum Trocknen nicht transportabler Formen ist möglichst zu vermeiden. Ist sie dennoch unumgänglich notwendig, so soll sie außerhalb der Arbeitszeit erfolgen und müssen hier ebenfalls Absaugvorrichtungen oder Rauchabzüge zur Anwendung kommen. Bei transportablen Formen ist zum Trocknen der Formen stets die Trockenkammer zu benutzen. Die Lüftung der Gießereien hat durch besondere Ventilationseinrichtungen, Ventilatoren, Klappfenster mit Seitenverschluß, Zugjalousien, Oberlichtfenster, Wandklappen, die mit Luftschächten in Verbindung stehen, nicht aber durch Öffnen der Türen und Fenster zu geschehen. Letzteres ist nur in Ausnahmefällen vorübergehend zulässig.

Beleuchtung.

Außer der Beleuchtung der Arbeitsplätze ist in jeder Gießerei so viel an allgemeiner Beleuchtung anzubringen, daß ein allgemeiner Überblick über den Betrieb auch während des Gießens möglich ist, namentlich ist dafür zu sorgen, daß die Gänge zwischen den einzelnen Gießformen schon von weitem deutlich zu erkennen sind. Insbesondere ist ein Starklicht am Ofen unerläßlich, damit die Blendung der Augen der Arbeiter beim Anstich des Eisens möglichst abgeschwächt wird. Die Verwendung offener Öllämpchen (Grubenlampen) ist als unzureichend zu vermeiden.

Heizung.

Die Heizung in den Gießereien hat, sofern sie nicht durch eine Zentralanlage geschieht, durch geschlossene, mit einem Rauchabzug verschlossene Öfen zu geschehen. Diese müssen in solcher Anzahl vorhanden sein, daß die Temperatur an kalten Wintertagen nicht unter 12 Grad Reaumur sinkt. Die Verwendung von offenen Koks- oder Holzkohlenfeuern in Körben oder aufeinandergestellten Formkasten ist, weil gesundheitsschädlich, abzuschaffen.

Waschein richtungen

müssen in genügender Anzahl vorhanden sein und derart angeordnet, daß das Wasser stets erneuert werden kann. Letzteres scheint schon im Hinblick auf etwa vorkommende Unfälle selbstverständlich. Auch sollte es nie an warmem Wasser mangeln.

2. Unfallgefahr.

In jeder Gießerei ist für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Werkzeuge, Schwereisen und sonstige den freien Durchgang behindernde Gegenstände dürfen nicht in den Gängen herumliegen. Desgleichen ist für eine ausreichende Anzahl genügend starker Kranen, Rollbahnen und sonst etwa nötiger Hilfswerkzeuge und ihre Instandhaltung zu sorgen. Zur Bedienung der Kranen, zu Aufräumungsarbeiten und zur Hilfeleistung bei den Arbeiten der Former sind Hilfsarbeiter in ausreichender Zahl anzustellen. Dieselben dürfen zu anderen, namentlich häuslichen Arbeiten und Geschäftsgängen nur ausnahmsweise und nur dann verwendet werden, wenn sie von ihren Obliegenheiten in der Gießerei ohne Nachteil für die übrigen Arbeiter abkommen können.

Ausschußguß.

Abzüge für mißratene Arbeit (Ausschuß) sind nur zulässig, wenn dieser Ausschuß durch grobes Selbstverschulden des betreffenden Formers (oberflächliche Herstellung der Form, Einlegen der Kerne usw.) entstanden ist. Über Gußstücke, die als Ausschuß in Abzug gebracht werden sollen, ist dem betreffenden Arbeiter sofort nach Entdeckung des Fehlers Mitteilung zu machen und ihm Gelegenheit zur Besichtigung des betreffenden Gußstückes zu geben. Geschieht dies nicht, so gilt die Arbeit als brauchbar und ist als solche zu bezahlen. Fehler (poröse Stellen usw.), die erst bei der Weiterverarbeitung entdeckt werden, dürfen dem Former nicht zur Last gelegt werden, auch ist es unzulässig, die Aufwendungen an Lohn und sonstigen Kosten für andere Arbeiten dem Former des betreffenden Gußstückes in Abzug zu bringen.

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Former und der Gießereileitung über Ausschußgußstücke entscheidet eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, zu der die Firma und der betreffende Arbeiter je zwei Vertreter ernennt. Die Vertreter sollen tunlichst dem betreffenden Betrieb nicht vorstehen bzw. in ihm als Arbeiter beschäftigt sein. Liegt nach dem Gutachten der Kommission eine Fahrlässigkeit oder grobe Selbstverschuldung des Arbeiters nicht vor, so ist der Arbeiter für die auf das Akkordstück verwendete Zeit in Zeitlohn zu entschädigen.

Entscheidet die Kommission zuungunsten des betreffenden Formers und macht dieser seinen Anspruch im Klageweg geltend, so soll das kein Grund sein, den Former deswegen zu entlassen oder ihn von der Einstellung in Verbandsbetrieben auszuschließen. Das gleiche gilt auch für die Tätigkeit der Arbeiter als Begutachter bei Ausschußgußstücken.

Überzeitarbeit.

Die Betriebseinrichtungen sind derart zu treffen, daß in der Regel pünktlich zu der in der Arbeitsordnung angegebenen Stunde die Arbeitszeit beginnt und auch Feierabend ist. Unvermeidliche Überstunden sind mit einem Aufschlag von 25 Prozent zu vergüten. Dieser Zuschlag wird auch den Akkordarbeitern gewährt und nach ihrem Stundenlohn bemessen.

Mindestlohngrenze.

In den Gießereien, wo noch außerordentlich niedrige Löhne bezahlt werden, sind dieselben dergestalt aufzubessern, daß

1. ein Former durchschnittlicher Leistungsfähigkeit in Akkord oder Lohn pro Woche 21 Mark,
2. ein Hilfsarbeiter in Akkord oder Taglohn 18 Mark pro Woche verdient.

Durchführung der vereinbarten Grundsätze.

Zum Schlusse noch einige Worte über die Durchführung der etwa aufgestellten Grundsätze. Diese Grundsätze bilden eine Vereinbarung, deren Innehaltung und Durchführung beiden Verbänden obliegt.

Diese Vereinbarungen werden in den beiderseitigen Publikationsorganen veröffentlicht, treten mit dem 1. Januar 1905 in Kraft und gelten bis 1. Januar 1906. Falls sie nicht drei Monate vorher, also spätestens am 30. September 1905, von einer der beiden Parteien gekündigt werden, gelten sie auf ein Jahr weiter. Diese Vereinbarungen stellen Mindestnormen dar, durch die etwa schon bestehende bessere Arbeitsbedingungen in keiner Weise berührt werden.

Zur Durchführung der Vereinbarungen werden paritätische örtliche oder Bezirksschlichtungskommissionen gebildet, denen auch die Entscheidung über Ausschußgußstücke übertragen werden kann.

Stuttgart, November 1904.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

An den
Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller
in Berlin.

III. Tabellen.

a) Fachvereine.

	Anfang 1886	Mitte 1887	März 1888	Ende 1888 Anzahl der Vereine	Ende 1888 Anzahl der Mitglieder ca.	April 1890 Anzahl der Vereine	April 1890 Anzahl der Mitglieder ca.
Metallarbeiter	27	25	24	31	2700	42	15603
Former	7	12	18	20	2700	40	5072
Klempner	8	10	11	13	1400	31	4176
Schlosser und Maschinenbauer	5	7	9	9	1600	17	5787
Eisen- und Metalldreher	1	.	2	.	.	.	.
Metalldrücker	1	.	.	.	.	.	.
Gelbgießer und Gürtler	.	2	2	.	.	.	.
Reiseunterstützungsvereine der Feilenhauer	.	29	24	18	600	34	1941
Gas-, Wasser- und Dampfarmateure	.	.	1	.	.	.	.
Verschiedene Vereine	.	.	.	.	1000	14	1000

b) Gegenüberstellung der Mitgliederzahl und der Einnahmen und Ausgaben.

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl am Ende des Geschäftsjahres männlich	Mitgliederzahl am Ende des Geschäftsjahres weiblich	Einnahmen Mk.	Einnahmen Pf.	Ausgaben Mk.	Ausgaben Pf.	Vermögensbestand Mk.	Vermögensbestand Pf.
1891	22 875	330	57 444	83	46 643	65	10 801	20
1892	26 121	152	165 282	44	150 945	42	14 337	02
1893	28 269	169	197 073	30	171 941	78	25 131	30
1894	33 128	278	254 575	59	218 154	06	36 421	53
1895	32 406	703	280 262	78	241 319	68	38 943	10
1896	48 367	1 587	351 381	03	287 718	66	63 662	37
1897	58 610	1 280	550 419	01	464 117	76	86 291	25
1898	74 160	1 271	771 244	52	379 903	86	391 360	66
1899	82 811	2 202	1 288 046	01	902 897	70	385 148	31
1900	98 069	2 693	1 578 379	23	1 006 776	52	571 602	71
1901	100 445	2 460	1 880 995	61	1 202 407	17	678 588	44
1902	125 389	3 453	2 246 022	11	1 543 083	24	702 938	87
1903	154 567	5 568	3 242 773	48	3 092 508	87	150 264	61
1904	191 762	7 202	3 517 367	48	3 227 776	98	289 680	50
1905	249 457	10 235	5 647 418	30	5 283 921	74	363 496	56
1906	320 103	14 972	8 615 771	53	8 275 935	65	339 835	88
1907	344 526	17 678	[1]) 9 822 771	78	9 391 378	75	431 392	95
1908	341 011	21 062	[2]) 11 778 761	78	11 529 835	99	248 925	79
1909	349 941	23 408	[3]) 11 088 184	28	10 732 936	65	355 247	63

[1]) Darunter 3 180 jugendliche. [2]) Darunter 5 895 jugendliche.
[3]) Darunter 7 860 jugendliche.

c) Spezifikation der Ausgaben des

Geschäftsjahr	Agitation		Metallarbeiterzeitung		Rechtsschutz		Reiseunterstützung		Streikunterstützung	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891[1]	978	45	6 270	84	235	38	14 729	57	1 342	67
1892	1 721	97	31 383	81	1 511	17	47 317	03	1 460	—
1893	1 874	08	37 276	70	956	15	47 642	80	[2]	
1894	6 584	83	40 378	38	2 145	92	66 643	70	·	
1895	5 375	80	41 623	88	2 194	54	49 092	22	[4] 36 577	26
1896	9 330	86	46 928	99	1 434	36	23 473	90	[5] 102 075	61
1897	8 995	99	58 634	43	3 785	82	21 965	46	[6] 101 185	43
1898	12 370	66	73 654	05	5 651	62	27 340	52	[7] 70 407	74
1899	21 862	20	72 694	65	5 019	08	38 828	77	[8] 416 445	17
1900	36 140	85	78 329	80	5 917	94	69 191	63	[9] 342 675	56
1901	44 991	13	89 182	14	12 030	81	108 625	19	[10] 200 181	09
1902	52 635	70	94 259	21	12 372	68	135 226	24	[11] 420 050	01
1903	74 899	58	133 866	72	45 374	36	146 773	14	[12] 1 221 551	59
1904	93 279	20	143 651	66	58 205	67	192 098	14	[13] 839 394	39
1905	127 201	17	177 049	88	81 361	17	247 372	13	[14] 2 135 549	02
1906	191 549	05	243 106	11	78 902	21	243 409	03	[15] 2 832 394	55
1907	177 398	39	285 966	57	72 984	45	294 997	82	[16] 1 782 247	84
1908	193 806	92	301 563	09	69 922	08	401 607	39	[17] 1 216 648	14
1909	185 192	10	294 306	10	55 240	26	324 051	70	577 429	91

Geschäftsjahr	Sonstige Ausgaben		Versammlungen usw.		Darlehen		Zurückgezahlte Vorschüsse		Hypotheken		Sterbegeld	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1891[1]	·		·		·		·		·		·	
1892	1 003	16	·		·		105	21	·		·	
1893	1 971	30	8 046	—	·		365	82	·		·	
1894	2 076	59	·		500	—	137	61	·		·	
1895	5 681	93	6 933	21	·		83	73	·		·	
1896	5 018	60	1 768	46	1 000	—	55	81	·		·	
1897	15 098	77	0 009	65	·		36	74	·		·	
1898	6 018	03	·		600	—	506	45	·		·	
1899	16 077	29	16 330	82	600	—	101	85	·		·	
1900	114 706	95	·		·		1 704	56	·		·	
1901	18 607	84	25 241	08	3 000	—	2 810	34	·		·	
1902	16 923	42	3 777	65	10 300	—	963	66	·		·	
1903	33 831	68	23 415	52	106 156	67	80 145	77	·		·	
1904	30 782	38	4 408	52	65 000		1 340	91	·		·	
1905	13 059	76	36 186	75	269 427	25	215	01	·		·	
1906	139 236	84	19 859	30	449 843	23	239 010	39	88 400	—	16 981	70
1907	218 285	79	48 280	20	201 645	93	122 265	30	156 599	99	56 165	75
1908	114 992	70	23 287	95	532 825	34	12 132	63	70 000	—	68 888	65
1909	79 467	62	60 568	76	100 000	—	19 829	91	·		78 492	95

[1]) Ende 1891 schloß die Hauptkasse mit einem Manko von ℳ 3,15 ab.
[2]) 1893: Streikunterstützung und Unterstützung nach § 2e zusammengefaßt.
[3]) Bis 1903 wurden 33⅓% der Beiträge an die Ortsverwaltungen überwiesen; von da ab 20%.
[4]) Dav. an and. Organ.: ℳ 1300,—. [5]) Dav. an and. Organ.: ℳ 7500,—.
[6]) „ „ „ „ „ 1700,—. [7]) „ „ „ „ „ 13400,—.

Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Unterstützung nach § 2e		Verwaltungskosten		Überweisungen an die Ortsverwaltungen[8])		Protokolle		Beitrag an die Generalkommission		Diäten, Reisekosten usw.	
Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1 150	20	9 986	—	11 947	37	·		·		·	
3 796	—	7 603	25	43 871	75	1 088	55	400	—	1 957	20
6 376	—	20 495	35	45 707	62	730	—	500	—	·	
31 601	87	18 595	32	49 489	84	·		·		·	
7 660	65	19 222	93	51 662	33	685	20	14 466	10	·	
9 129	73	18 700	92	63 946	02	·		4 855	40	·	
11 230	86	29 915	95	98 677	80	1 161	36	4 456	80	372	50
18 603	01	28 121	68	129 651	27	·		5 514	10	1 007	95
23 731	—	35 042	62	215 941	83	2 806	10	7 630	84	1 734	28
31 622	39	34 271	96	230 153	02	·		·		2 145	75
55 685	58	39 220	86	248 397	39	7 453	80	9 979	—	2 356	25
66 344	27	59 200	54	292 554	43	100	—	10 804	—	1 337	31
84 060	19	66 256	85	449 353	39	2 781	17	12 566	12	1 582	85
114 640	83	91 816	65	644 332	75	360	—	30 774	08	1 821	20
70 623	20	123 483	79	937 531	75	2 577	86	35 297	44	3 917	30
60 680	30	130 580	90	406 049	05	·		37 284	48	2 696	40
54 666	28	193 098	92	1 803 531	97	1 526	52	40 188	96	3 018	75
64 664	30	195 153	38	2 001 702	04	987	—	67 060	16	3 165	30
54 487	05	212 286	15	2 022 777	55	·		58 051	52	1 557	05

Bankkonto		Übernommene Schulden		Arbeitslosenunterstützung		Notfall- und Umzugsunterstützung		Maßregelung		Krankenunterstützung	
Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
·		·		·		·		{ 1 150	—	·	
·		·		·		·				·	
·		·		·		·		{ 5 650	—	·	
·		·		·		·				·	
·		·		·		·		{ 5 870	—	·	
·		·		·		·				·	
90 000	—	·		·		·		{ 7 900	—	·	
·		·		·		·				·	
		vom Gold- und Silberarb.-Verb.									
·		27 900	—	·		·		4 445	—	·	
·		·		50 577	27	·		7 100	—	·	
		vom Formerbund.									
·		21 695	—	311 949	07	·		21 900	—	·	
·		200	—	366 034	12	·		28 534	—	·	
292 501	—	·		329 859	59	·		[10]) 84 060	—	·	
481 460	35	·		400 803	75	148 129	33	70 041	33	·	
·		·		480 187	58	51 421	62	103 504	55	·	
513 600	51	·		568 138	99	49 900	79	214 647	27	719 664	35
426 535	05	·		952 820	50	100 347	57	305 792	—	2 152 565	20
·		·		3 093 559	20	102 044	31	346 032	73	3 049 747	57
15 965	89	·		3 199 236	71	90 569	67	249 847	12	3 036 547	64

[8]) Dav. an and. Organ.: ℳ 7500,—. [9]) Dav. an and. Organ.: ℳ 7000,—.
[10]) „ „ „ „ „ 3000,—. [11]) „ „ „ „ „ 300,—.
[12]) „ „ „ „ „ 1000,—. [13]) „ „ „ „ „ 10000,—.
[14]) „ „ „ „ „ 51000,—. [15]) „ „ „ „ „ 16003,75.
[16]) „ „ „ „ „ 14320,—. [17]) „ „ „ „ „ 4000,—.
[18]) einschl. Notfall- u. Umzugsunterstützung. Notfallunterstützung etwa 40000 ℳ

d) Mitgliederbewegung von 1891—1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Je 1 mm = 1000 Mitglieder.

e) Einnahmen und Ausgaben von 1891—1909 des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 43.44
Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag

Handbuch der Sozialen Wohlfahrtspflege in Deutschland

Auf Grund des Materials der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen

bearbeitet von

Prof. Dr. H. Albrecht

Mit 111 Textabbildungen und einer Mappe mit 87 Tafeln

Preis 36 M., geb. 39 M., postfrei je 50 Pf. mehr

Die Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen

der industriellen Unternehmer

in den preußischen Provinzen, Rheinland und Westfalen

und

ihre volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung

von

Dr. P. Mieck

Preis 4 M., bei postfreier Zusendung M. 4.20

Neue Beiträge zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung

von

Dr. Georg Schanz

Professor der Nationalökonomie in Würzburg

Preis 4 M., bei postfreier Zusendung 4.20 M.

Dritter Beitrag zur Frage der Arbeitslosenversicherung

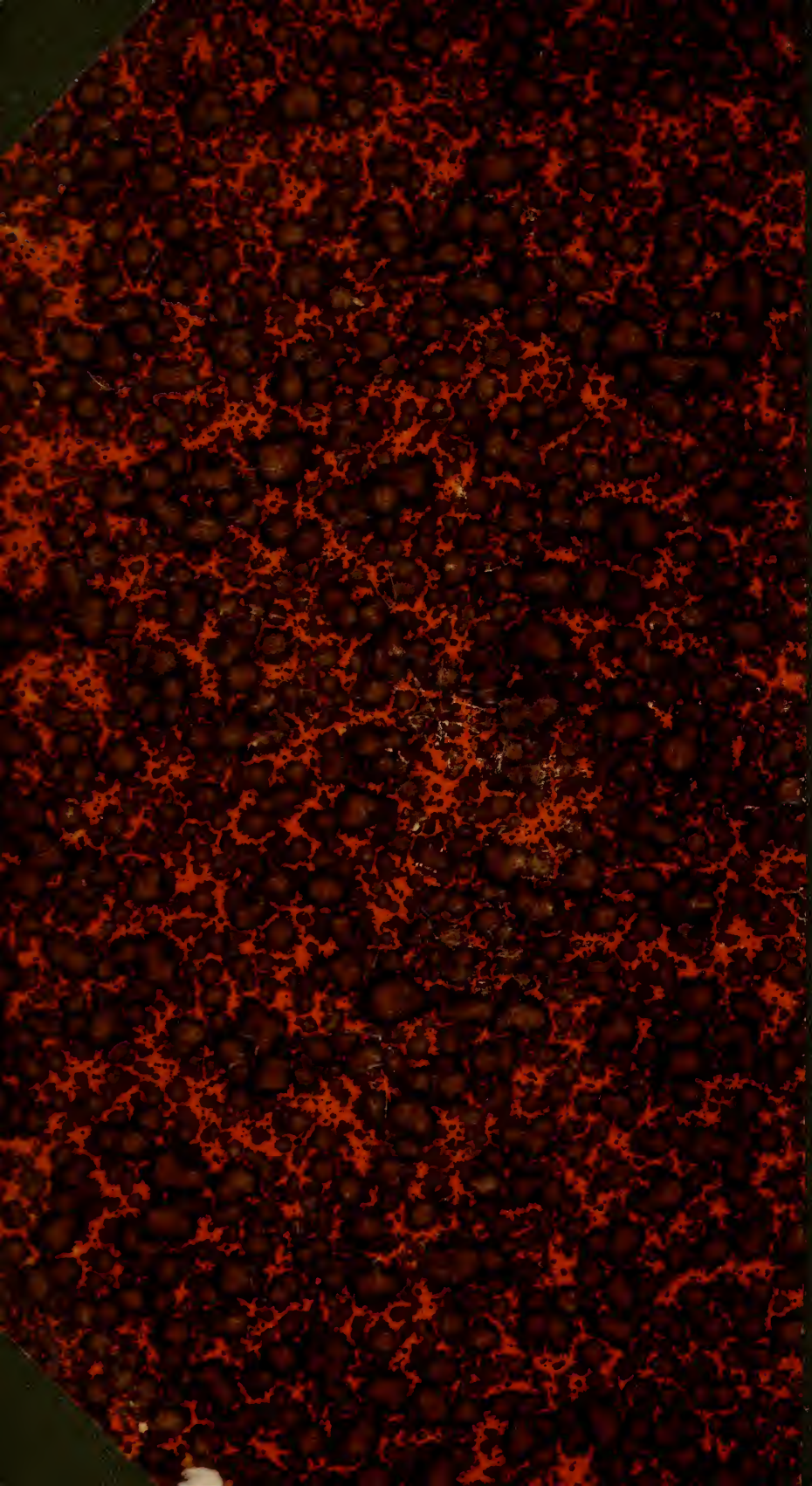
und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

von

Dr. Georg Schanz

Professor der Nationalökonomie in Würzburg

Preis 7 M., bei postfreier Zusendung 7.30 M.

University of
Connecticut
Libraries

39153027958133